

# Armut und Lebensbedingungen in der Steiermark 2008

## VORWORT

Der vorliegende Bericht über Armut und Lebensbedingungen in der Steiermark ist der **dritte umfangreiche Armutsbericht der Landesstatistik Steiermark**. Mit dieser Publikation wird nun die im Jahr 2006 begonnene Berichterstattung zur Armutssituation in der Steiermark fortgesetzt.

Datenbasis des Berichts ist die **Sonderauswertung Steiermark EU-SILC 2008** (über Einkommen und Lebensbedingungen) von Statistik Austria. Weitere Daten kommen aus Publikationen der Landesstatistik Steiermark, des Hauptverbandes der österreichischen Sozialversicherungsträger, der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Steiermark, des AMS Steiermark, einiger Bundesministerien sowie von Statistik Austria.

Die **Schwerpunkte des Berichtes** sind die Darstellung der Armutssituation in der Steiermark – wobei hier besonders auf Einkommen, Armutsgefährdung und Lebensbedingungen eingegangen wird – sowie die Analyse der Verteilung und der Lebenssituation von besonders armutsgefährdeten Gruppen. Daran anschließend wird auf staatliche Sozialleistungen im Kontext von Armutsgefährdung und Armutsbekämpfung näher eingegangen. Heuer wird erstmals auch die Dauerhaftigkeit der Armutsgefährdung (von 2004 bis 2007) näher betrachtet sowie ein Vergleich der wichtigsten Ergebnisse mit allen anderen EU-Ländern angestellt. Das abschließende Kapitel wird einem Bereich gewidmet, der im Rahmen von EU-SILC 2008 besonders beleuchtet wurde, nämlich das Thema „Verschuldung, Überschuldung und finanzielle Ausgrenzung“.

Somit bietet dieser Bericht eine **Grundlage zur Darstellung der Armutssituation in unserem Bundesland**, indem diesbezügliche detaillierte Informationen und Analysen geliefert werden, wodurch auch ein besseres Verständnis für diese Problematik geschaffen werden soll. Über die Armutssituation hinaus werden aber auch weitere interessante Aspekte wie Beschäftigung, Wohnen, Gesundheitszustand, Lebenszufriedenheit und eben diesmal Verschuldung und finanzielle Ausgrenzung in den verschiedenen Bevölkerungsgruppen der Steiermark betrachtet.

Graz, im Juni 2010

DI Martin Mayer  
Landesstatistiker

AU ISSN 0039-1093

54. Jahrgang

Eigentümer, Herausgeber, Verleger:

Amt der Steiermärkischen Landesregierung, Fachabteilung 1C - Landesstatistik

Redaktion: DI Martin Mayer (Tel.: 0316/877-2904, FAX: 0316/877-5943)

E-mail: [landesstatistik@stmk.gv.at](mailto:landesstatistik@stmk.gv.at)

Internet: [www.statistik.steiermark.at](http://www.statistik.steiermark.at)

Preis pro Exemplar: €6 + Versandkosten

Druck: Abteilung 2 – Zentralkanzlei

Alle: 8010 Graz-Burg, Hofgasse 15

## Inhaltsverzeichnis

1	Hauptergebnisse - Zusammenfassung.....	5
2	Einleitung .....	9
2.1	Geschlechtergerechte Formulierung.....	9
2.2	Datenquelle .....	9
2.3	Stichprobe .....	10
3	Zugrundeliegende Armutsbegriffe – Definitionen.....	10
3.1	Verfügbares Haushaltseinkommen.....	12
3.2	Äquivalenzeinkommen .....	12
3.3	Armutgefährdungsschwelle .....	13
3.4	Armutgefährdung .....	14
3.5	Armutgefährdungsquote.....	14
3.6	Armutgefährdungslücke.....	14
3.7	Armutslagen.....	15
4	(Armut-) Situation in der Steiermark – Fakten.....	16
4.1	Einkommen und Armutgefährdung .....	16
4.1.1	Haushaltseinkommen .....	16
4.1.2	Äquivalenzeinkommen.....	18
4.1.3	Armutgefährdung.....	25
4.1.4	Armutslagen in Österreich .....	35
4.2	Lebensbedingungen in der Steiermark .....	36
4.2.1	Konsum .....	36
4.2.2	Finanzielle Einschränkungen .....	40
4.2.3	Wohnen .....	46
4.2.4	Gesundheit.....	57
4.2.5	Zufriedenheit .....	65
4.2.6	Armutslagen – Deprivation .....	67
5	Armutgefährdete Gruppen .....	69
5.1	Der Zusammenhang zwischen Bildung und Armut .....	69
5.1.1	Bildungssituation in Österreich und der Steiermark .....	69
5.1.2	Auswirkungen des Bildungsniveaus auf die Armutgefährdung .....	72
5.2	Der Zusammenhang von Erwerbstätigkeit und Armut.....	77
5.2.1	Beschäftigungssituation in der Steiermark.....	77
5.2.2	Arbeitslosigkeit in Österreich und der Steiermark.....	78
5.2.3	Working Poor .....	87
5.3	Der Zusammenhang zwischen bestimmten Bevölkerungsgruppen und Armut .....	94
5.3.1	Weibliche Bevölkerung.....	94

5.3.2	Pensionsbezieher .....	101
5.3.3	Menschen mit Behinderung .....	109
5.3.4	Bevölkerung ausländischer Herkunft .....	113
5.4	Haushalts- und Familientyp .....	119
5.4.1	Haushalts- und Familienstruktur in der Steiermark .....	119
5.4.2	Alleinstehende und Mehrpersonenhaushalte mit Kindern .....	123
5.4.3	(Paar-)Familien mit ... Kindern .....	130
5.4.4	Alleinerzieher-Familien .....	132
5.4.5	Haushalte mit weiblicher Hauptverdienerin.....	132
6	Sozialschutz.....	138
6.1	Arten des Sozialschutzes .....	138
6.2	Sozialausgaben .....	140
6.3	Bedeutung staatlicher Sozialleistungen .....	141
6.3.1	Armutsreduzierende Wirkung staatlicher Sozialleistungen .....	141
6.3.2	Staatliche Sozialleistungen als Haupteinkommensquelle .....	142
6.3.3	Resümee .....	145
7	Dauerhaftigkeit der Armutsgefährdung in Österreich.....	146
7.1	Allgemeines .....	146
7.2	Dauerhafte Armutsgefährdung .....	147
7.2.1	Dauerhafte Armutsgefährdung nach soziodemografischen Merkmalen .....	148
7.2.2	Dauerhafte Armutsgefährdung nach Haushaltstyp .....	149
7.2.3	Dauerhafte Armutsgefährdung nach Haushaltsmerkmalen.....	150
7.2.4	Teilhabemängel nach Dauerhaftigkeit der Armutsgefährdung .....	151
7.2.5	Wohnen und Gesundheit nach Dauerhaftigkeit der Armutsgefährdung .....	152
7.2.6	Übertritte in und aus Armutsgefährdung.....	153
8	Österreich und die Steiermark im Vergleich zur EU 2008 .....	154
8.1	Einkommen und Armutsgefährdung in der EU und Österreich .....	154
8.2	Konsum in der EU und Österreich .....	156
8.3	Wohnen in der EU und Österreich .....	158
8.4	Subjektiver Gesundheitszustand in der EU und Österreich.....	159
8.5	Ungleichheit der Einkommensverteilung in der EU und Österreich.....	160
9	Überschuldung und finanzielle Ausgrenzung .....	163
9.1	Verschuldung.....	163
9.2	Finanzielle Schwierigkeiten .....	166
9.3	Überschuldung.....	168
9.4	Finanzielle Exklusion .....	171
10	Verwendete Quellen und Literatur .....	173
	<b>Berichte aus der Publikationsreihe „Steirische Statistiken“ seit 1980 .....</b>	<b>177</b>

# ARMUT UND LEBENSBEDINGUNGEN IN DER STEIERMARK 2008

Josef Holzer, Martin Mayer

## 1 Hauptergebnisse - Zusammenfassung

- Laut EU-SILC 2008 beträgt das **mittlere verfügbare Jahreseinkommen** (Median) der **steirischen Haushalte etwas über 28.000 Euro** (genau 28.092). Das schwächste Einkommensviertel verfügt dabei über maximal 18.200 Euro jährlich, während dem stärksten Einkommensviertel zumindest 43.000 Euro zur Verfügung stehen.
- Das **mittlere Jahresäquivalenzeinkommen** (dieses entspricht einem bedarfsgewichteten **Netto-Pro-Kopf-Einkommen** – siehe Kapitel 3.2) der Steirer und Steirerinnen beträgt demnach knapp über **18.800 Euro** (genau 18.805, das sind 1.567 Euro monatlich).
- Die **Armutsgefährdungsquote** liegt in der Steiermark bei **12%** (genau 11,9%, das ist etwas mehr als jede(r) Neunte) bzw. mit einer Wahrscheinlichkeit von 95% zwischen 9,1% und 14,6% (Stichprobe!). Demnach sind **142.000 Steirer** (bzw. mit einer 95%-igen Wahrscheinlichkeit 109.000 bis 175.000) **armutsgefährdet, wobei sich diese Zahl und die Armutsgefährdungsquote von 2004 bis 2008 nicht signifikant geändert haben.**
- Daten bezüglich der Verteilung der Bevölkerung auf die verschiedenen **Armutslagen** gibt es zwar nur für Österreich, jedoch ist die Situation in der Steiermark sehr ähnlich. Fast drei Viertel (73,7%) der Bevölkerung sind nicht arm. Deprivation durch mangelnde Teilhabe in zentralen Lebensbereichen ohne Einkommensarmut erleidet etwa jeder Siebente (13,9%). Weitere 6,4% sind einkommensarm, ohne jedoch an Deprivation, also mangelnder Teilhabe, zu leiden. Am prekärsten ist die Lage für Menschen, die in **manifesten Armut** (Deprivation und Einkommensarmut) leben. Dies betrifft **6%** der Bevölkerung und damit umgerechnet auf die **Steiermark 71.700 Menschen**, also etwa jeden zweiten Armutsgefährdeten.
- Der Faktor **Bildung** spielt eine entscheidende Rolle hinsichtlich Einkommen, Armutsgefährdung und Konsum. In der Steiermark beträgt das mittlere Jahresäquivalenzeinkommen von Personen mit Matura oder Universitätsabschluss 23.473 Euro, für Personen mit Lehre oder mittlerer Schule 19.172 Euro und für Personen mit maximal Pflichtschulabschluss 16.049 Euro. Dementsprechend liegt die Armutsgefährdungsquote für letztere mit 23% deutlich über dem steirischen Durchschnitt und auch über der von Personen mit Lehre oder mittlerer Schule (9%) sowie von Personen mit Matura oder Universitätsabschluss (7%).
- Mit einer **Arbeitslosenquote** von 7,7% waren im Jahresdurchschnitt 2009 genau 39.165 Personen in der Steiermark von Arbeitslosigkeit betroffen. 2008 lag die Arbeitslosenquote noch bei 6,1%, damit waren 2008 im Jahresschnitt 30.896 Personen arbeitslos. Bei einem mittleren Jahresäquivalenzeinkommen von 12.331 Euro, das beinahe 6.500 Euro unter dem Gesamtmittel liegt, beträgt die **Armutsgefährdungsquote der Arbeitslosen sehr hohe 38%**.

- **6% der steirischen Erwerbstätigen** (das sind 30.000 Menschen) **sind trotz Erwerbstätigkeit armutsgefährdet** und werden demnach als „**working poor**“ bezeichnet.
- Laut Mikrozensus-Arbeitskräfteerhebung 2008 von Statistik Austria gehen nach dem Labour Force-Konzept von 500.700 unselbständig Beschäftigten in der Steiermark 120.700 einer **Teilzeitbeschäftigung** nach. Diese Beschäftigungsform wird hauptsächlich von **Frauen** (104.800) ausgeübt, deren **Teilzeitquote bei 45,2%** (im Vergleich zu **5,9% bei Männern**) liegt. Die Armutsgefährdungsquote von Teilzeitbeschäftigten liegt bei 11% (im Vergleich zu 4% von Vollzeitbeschäftigten).
- Auch die **berufliche Stellung** gilt als wichtige Determinante in Hinsicht auf Einkommen, Armut und Lebensbedingungen. So sind 9% der Hilfsarbeiter, 5% der Facharbeiter und 2% der Personen in mittlerer Tätigkeit/Meister sowie 9% der Selbständigen (darunter viele Landwirte) armutsgefährdet.
- **Frauen sind signifikant stärker armutsgefährdet als Männer.** Das mittlere Jahresäquivalenzeinkommen von Frauen beträgt 18.504 Euro und das von Männern 19.017 Euro. 78.000 Frauen (13% aller Frauen) sind in der Steiermark von Armut gefährdet, während dies nur auf 11% der Männer (64.000) zutrifft. Besonders groß ist die Benachteiligung der Frauen gegenüber Männern in den Altersgruppen der bis 19-Jährigen und der über 65-Jährigen.
- Das geschlechtsspezifische Verdienstgefälle nach dem EU-Strukturindikator „**Gender Pay Gap**“ liegt in Österreich im Jahr 2008 bei 25,5%, das ist einer der höchsten Werte in der ganzen EU.
- Mit Ende 2008 wurden in der Steiermark laut Hauptverband der Sozialversicherungsträger 287.399 **Pensionen** ausbezahlt. Dabei beträgt die durchschnittliche Alterspension (in Gesamtösterreich) 1.419 Euro für Männer und 842 Euro für Frauen. Die Armutsgefährdungsquote von **Haushalten mit Pension** (als Haupteinkommensquelle) liegt in der Steiermark bei 18% und damit 6 Prozentpunkte über dem steirischen Gesamtdurchschnitt. Stärker benachteiligt sind alleinstehende Pensionsbezieher mit einer Armutsgefährdungsquote von 26% gegenüber 14% bei Mehrpersonenhaushalten.
- Am 1.1.2009 lebten in der Steiermark 75.839 **Personen mit ausländischer Staatsbürgerschaft** (6,3% der Wohnbevölkerung). Davon kommen 41,0% aus EU-Staaten. Nicht-Österreicher beziehen im Mittel (Median) ein Jahresäquivalenzeinkommen von 14.362 Euro (das sind fast 4.500 Euro weniger als Österreicher). Besonders benachteiligt sind Nicht-Österreicher aus Nicht-EU/EFTA-Ländern: Eingebürgerte beziehen im Mittel 16.206 Euro und ausländische Staatsbürger 11.649 Euro jährlich. 36% der Personen mit ausländischer Staatsbürgerschaft und 44% derer mit einer Nicht-EU/EFTA-Staatsbürgerschaft sind armutsgefährdet, während dies nur auf 10% der Personen mit österreichischer Staatsbürgerschaft zutrifft.
- In der Steiermark leben 947.000 Personen in **Haushalten ohne Pension**. Rund 8% (96.000) der Gesamtbevölkerung leben alleine (in Haushalten ohne Pension), weitere 49% (580.000) in Mehrpersonenhaushalten mit Kindern und 23% (272.000) leben in Mehrpersonenhaushalten ohne Kinder. Die Armutsgefährdung ist unter den Alleinlebenden am höchsten und beträgt 21%. Im Vergleich dazu sind 7% der Mehrpersonenhaushalte ohne Kinder und 10% derer mit Kindern armutsgefährdet.

- Von 80.300 **Paarfamilien** in der Steiermark (Ehepaare und Lebensgemeinschaften, ohne Alleinerzieher, laut Mikrozensus 2008) mit einem Kind sind ca. 7.200 (9%) armutsgefährdet. Von den 66.100 Paarfamilien mit zwei Kindern sind 6.600 (10%) armutsgefährdet und von den 19.900 steirischen Paarfamilien mit zumindest 3 Kindern sind etwa 4.000 (20%) armutsgefährdet. **Ein Ansteigen der Armutsgefährdungsquote mit dem Anstieg der Kinderzahl ist klar ersichtlich.**
- Ebenfalls laut Mikrozensus 2008 gab es in der Steiermark 46.200 **Alleinerzieher** (13,3% aller Familien). Ungefähr 13.400 (29%) dieser sind armutsgefährdet.
- 338.000 Menschen leben in der Steiermark in einem **Haushalt mit weiblicher Hauptverdienerin**. Personen in Haushalten mit weiblicher Hauptverdienerin sind zu 19% armutsgefährdet, während dies nur auf 9% der Personen in Haushalten mit männlichem Hauptverdiener zutrifft und auch beim mittleren Jahresäquivalenzeinkommen sind Haushalte mit weiblicher Hauptverdienerin benachteiligt.
- Ohne **Sozialschutzsystem** läge die Armutsgefährdung in der Steiermark bei 44%. Nach Pensionen aber vor Sozialleistungen würde sie 25% betragen, um schließlich auf 12% nach Pensionen und nach Sozialleistungen abzusinken. **7%** der steirischen Bevölkerung beziehen ihr **Haupteinkommen aus Sozialleistungen** und für weitere **22%** stellen **Pensionen die Haupteinkommensquelle** dar. Trotz der armutsreduzierenden Wirkung von Sozialleistungen sind 52% der Personen mit Haupteinkommensquelle Sozialleistungen und 16% der Personen mit Haupteinkommensquelle Pensionen armutsgefährdet.
- Insgesamt **5%** der Bevölkerung in Österreich war zwischen 2004 und 2007 **dauerhaft armutsgefährdet**, das bedeutet im Jahr 2007 und in mindestens zwei der drei vorhergehenden Jahre armutsgefährdet. Weitere **22%** waren zwischen 2004 und 2007 **zeitweilig armutsgefährdet**, das heißt in mindestens einem Jahr, aber nicht dauerhaft armutsgefährdet.
- Die **dauerhafte Armutsgefährdung** ist bei alleinlebenden Frauen mit Pension mit 21%, bei alleinlebenden Frauen ohne Pension mit 19%, bei Ein-Eltern-Haushalten sowie bei Personen, deren Haupteinkommensquelle Sozialleistungen sind mit jeweils 16%, bei Haushalten mit keiner Erwerbstätigkeit mit 15%, bei Haushalten mit weiblicher Hauptverdienerin mit 13%, bei Personen mit maximal Pflichtschulabschluss mit 12%, bei Älteren (65 Jahre und älter) mit 10%, bei Nicht-Österreichern mit 9% und bei Personen, deren Haupteinkommensquelle Pensionen sind mit ebenfalls 9% besonders hoch. Genau diese Gruppen sind auch bei der jährlichen Armutsgefährdung am meisten betroffen.
- Überdurchschnittlich hohe Werte von **zeitweiliger Armutsgefährdung** treten, außer bei den bereits oben erwähnten Gruppen, die überdurchschnittlich oft dauerhaft armutsgefährdet sind, bei Jüngeren (bis 19 Jahre), bei Mehrpersonenhaushalten mit mindestens drei Kindern, bei Selbständigen und bei Haushalten mit teilweiser Erwerbstätigkeit auf.
- Die zuvor erwähnten Gruppen sind die Gruppen, die auch bei der **Teilhabe am Mindestlebensstandard, bei der Ausstattung mit Konsumgütern, beim Wohnen und Wohnumfeld, bei der Gesundheit und bei den Lebensbedingungen am meisten benachteiligt sind.**

- **Im Vergleich zu anderen EU-Staaten** ist Österreich (und die Steiermark) immer im oberen Drittel zu finden. Einige Ergebnisse dazu, wie Einkommen, Armutsgefährdung, Wohnen und Gesundheit, findet man in Kapitel 8.
- Die Indikatoren, die die Ungleichheit der Einkommensverteilung messen, nämlich **S80/S20-Quote und der Gini-Koeffizient**, sind seit 2004 relativ konstant. 2008 lagen sie bei 3,7 und 26,1%.
- Im Jahr 2008 waren in Österreich insgesamt **38% der Haushalte verschuldet** bzw. 46% der Wohnbevölkerung lebten in verschuldeten Haushalten. Verschuldung bezieht sich in diesem Fall auf das Vorhandensein von Kreditverbindlichkeiten, entweder für Wohnraum oder sonstige Rückzahlungsverpflichtungen.
- **30%** der Bevölkerung leben in einem Haushalt, der **laufende Kredite** für diesen **Wohnraum** bezahlt, damit ist es auch die häufigste Form von Verschuldung. Danach kommen Konsumkredite mit einem Anteil von 19% der Wohnbevölkerung, gefolgt von Kontokorrentkrediten (Kontoüberziehungen) mit einem Anteil von 18%. 11% der Mieterinnen und Mieter mussten für die Finanzierung (Schaffung/Sanierung) von Mietwohnungen Kredite aufnehmen.
- In Österreich leben 55% der Bevölkerung in Privathaushalten, die in der Vergangenheit **ernsthafte oder immer wieder kleinere finanzielle Schwierigkeiten** hatten.
- 9% der Bevölkerung leben in Haushalten, die zum Zeitpunkt der Befragung und/oder während der vorherigen 12 Monate zumindest einmal **Zahlungsrückstände** aufwiesen. 6% waren nur mit einer Zahlung im Rückstand, weitere 3% mit mindestens zwei Zahlungen.
- Unter **finanzieller Exklusion** versteht man, keinen oder nur erschwerten Zugang zu wesentlichen Finanzdienstleistungen in der Gesellschaft zu haben. 155.000 Personen oder **2%** der Bevölkerung in Österreich leben in einem **Haushalt ohne Konto**. **4%** der Bevölkerung können sich **keine Haushaltsversicherung** leisten. Fast die Hälfte aller Personen in Österreich besitzt **keine Kreditkarte (47%)**. Damit hat der Besitz einer Kreditkarte sehr wenig Einfluss auf finanzielle Ausgrenzung.



## 2 Einleitung

Der Großteil der Auswertungen dieses Berichts stammt aus Daten des EU-SILC (Statistics on Income and Living Conditions) Datensatzes. Dieser Datensatz ist eine Erhebung über Einkommen, Armut und Lebensbedingungen von Privathaushalten. In Österreich wird diese Erhebung seit 2003 jährlich durchgeführt. Seit 2005 wird EU-SILC verpflichtend in allen EU-Mitgliedsstaaten durchgeführt und bildet die Basis für die Erhebung der Indikatoren zur sozialen Eingliederung, die Armut messen. Durch die jährliche Erhebung sollen mit diesen Indikatoren auch die Fortschritte bei der Verringerung von Armut dargestellt werden können. In diesem Zusammenhang ist das Jahr **2010** auch das **Europäische Jahr gegen Armut und soziale Ausgrenzung**.

Die zentralen Themen von EU-SILC sind **Einkommen, Beschäftigung, Wohnen und einige andere Bereiche, wie subjektive Fragen zu Gesundheit und zur Zufriedenheit**. In diesem Bericht soll vor allem auf die Ergebnisse der Steiermark eingegangen werden, allerdings wird es auch Vergleiche mit Österreich und auch den Ländern der EU geben. Es muss aber beachtet werden, dass die Stichprobe von EU-SILC repräsentativ für Österreich gezogen wurde und daher Auswertungen auf Bundeslandebene mit einer höheren Schwankungsbreite der Ergebnisse behaftet sind und für die Interpretation der Ergebnisse muss vor allem die Stichprobengröße beachtet werden.

### 2.1 Geschlechtergerechte Formulierung

Aus Gründen der leichteren Lesbarkeit wird auf eine geschlechtsspezifische Differenzierung, wie z.B. SteirerInnen, verzichtet. Entsprechende Begriffe gelten im Sinne der Gleichbehandlung für beide Geschlechter.

### 2.2 Datenquelle

Die Grundlage für diesen Bericht zur Armutssituation in der Steiermark stellt die Studie „EU-SILC 2008 – Sonderauswertung zu Haushaltseinkommen, Armutsgefährdung und Lebensbedingungen in der Steiermark“ dar. Zur Ergänzung wurden diverse weitere Daten zuverlässiger Quellen herangezogen, um ein möglichst vielfältiges und abgerundetes Bild der Lage darstellen zu können.

Dabei werden Personen von Privathaushalten ab 16 Jahren persönlich befragt und grundlegende Informationen zu Kindern unter 16 Jahren werden zusätzlich erhoben. Nicht erfasst sind Bewohner von Anstaltshaushalten (z. B. Pflegeheime) bzw. Gemeinschaftsunterkünften und Personen ohne festen Wohnsitz. Die verwendete Stichprobe ist repräsentativ für Österreich und die Stichprobe wird mittels einer einfachen Zufallsauswahl aus dem Zentralen Melderegister gezogen.

EU-SILC 2008 bezieht sich auf das Erhebungsjahr 2008, allerdings stammen Angaben zum Jahreseinkommen und damit zur Armutsgefährdung aus dem Jahr 2007. Ebenso Angaben, die den „Haupttätigkeitenkalender“ zur Grundlage haben. Hingegen beziehen sich Informationen zur Haushaltszusammensetzung, aktuelle Erwerbstätigkeit und Ausstattung mit Konsumgütern auf das Jahr 2008.

## 2.3 Stichprobe

Für **EU-SILC 2008** wurden in Österreich 5.711 Haushalte erfolgreich befragt – davon **753 in der Steiermark**. Damit wurden in ganz Österreich Daten von 13.631 Personen erhoben, von denen 10.955 zumindest 16 Jahre alt waren. In der Steiermark wurden 753 Haushalte und die darin lebenden **1.867 Personen** befragt. Davon waren 370 Personen jünger als und 1.497 Personen zumindest 16 Jahre alt. Damit ist die steirische Stichprobe natürlich deutlich kleiner als die von Gesamtösterreich, was zwei Konsequenzen hat. Erstens wird die mögliche Subgruppenanalyse eingeschränkt, und zweitens unterliegt der Repräsentativschluss auf die steirische Gesamtbevölkerung einer entsprechend höheren Zufallsschwankung (d.h. die hochgerechneten Ergebnisse auf die gesamte steirische Bevölkerung entsprechen immer einer Schätzung für die Verteilung in dieser Grundgesamtheit, die bei kleinerer Stichprobenzahl einer höheren Zufallsschwankung ausgesetzt ist). Deshalb werden Werte, die auf zu geringen Fallzahlen basieren, in Klammer gesetzt, da sie nur eingeschränkt interpretierbar sind. Außerdem mussten manche Kategorien, die für Gesamtösterreich gemacht wurden, für die Steiermark zusammengefasst werden. Zusätzlich können für einige Bereiche nur Aussagen auf Bundesniveau getroffen werden.

In diesem Bericht werden jene Tabellen von EU-SILC 2008 – Sonderauswertung Steiermark verwendet, welche eine Hochrechnung auf die steirische Gesamtbevölkerung zeigen. Die Werte in den Tabellen von EU-SILC 2008 bezeichnen Personen; werden Euro-Beträge dargestellt, so wird das vermerkt.

Werte, die auf geringen Fallzahlen beruhen werden in Klammer gesetzt. Dabei geht Statistik Austria wie folgt vor: *„Sind in der Randverteilung weniger als 50 und in der Zelle weniger als 20 Fälle vorhanden, wird geklammert. Zahlen, die auf Randverteilungen <20 beruhen, werden nicht ausgewiesen. Bei Quartilsauswertungen wird folgendermaßen geklammert: Wenn weniger als 200 Personen vorhanden sind, werden erstes und drittes Quartil (25%, 75%), bei weniger als 100 Personen auch der Median und bei weniger als 50 Personen auch das arithmetische Mittel geklammert. Bei Auswertung von nicht-äquivalisierten Haushaltseinkommen treffen diese Regeln auf Haushalte zu.“*

## 3 Zugrundeliegende Armutsbegriffe – Definitionen

Armut gehört zu den zentralen Problemen der Menschheit und ihre Bekämpfung ist eine dauernde Herausforderung für Politiker wie Ökonomen. Im Jahr 2000 stellten die Vereinten Nationen die „Millennium Development Goals“ auf. Diese zielen darauf ab, den Anteil der

weltweit in Armut lebenden Menschen bis zum Jahr 2015 auf die Hälfte von 1990 zu reduzieren. Dabei werden diejenigen als „arm“ bezeichnet, die mit weniger als einem US-Dollar am Tag auskommen müssen. Dieser eine Dollar wurde im Jahr 2005 von der Weltbank auf 1,25 Dollar pro Tag erhöht. Die Erhöhung fand nach Angaben der Weltbank auf bessere Daten über die Preise in den armen Entwicklungsländern statt. Laut Weltbank mussten im Jahr 2005 rund 1,4 Milliarden Menschen mit weniger als 1,25 Dollar am Tag auskommen, was entspricht in etwa 20 Prozent der Weltbevölkerung.

Armut ist ein vieldeutig gebrauchter Begriff zur Beschreibung von ökonomischen und/oder sozialen Randlagen (d.h. Zuständen gravierender Benachteiligung). Dabei kommt der Definition von Armutsgrenzen, unterhalb derer Menschen als „arm“ zu bezeichnen sind, eine besondere Bedeutung zu. Die Art der Definition hat verständlicherweise einen großen Einfluss auf den Umfang und die Verteilung von Armut in einer Gesellschaft oder einem Staat. Grundsätzlich unterscheidet man *freiwillige Armut* (z.B. des Franziskaner-Ordens), *absolute* und *relative Armut*. **Absolute Armut** kennzeichnet dabei den Zustand eines physischen Überlebensproblems (hierbei soll ein absolutes Existenzminimum erfasst werden), und **relative Armut** bezeichnet die Lage einer Person, die das gesellschaftliche Existenzminimum nicht aus eigenen Kräften bestreiten kann. Diese letzte Form der Armut ist somit relativ, da sie immer in Bezug zu dem steht, was in einer Gesellschaft als Mindestbedarf oder Existenzminimum festgelegt wird<sup>1</sup>. Relative Armutsmaße beziehen sich immer auf Ungleichheiten innerhalb einer Gesellschaft.

Obwohl der Begriff „Armut“ für Benachteiligungen in unterschiedlichen Lebensbereichen herangezogen wird, stehen materielle Aspekte meist im Mittelpunkt. Neben dem eigenen Einkommen tragen aber auch andere Faktoren, wie Wohnumfeld, Familienzusammenhang oder Gesundheitsversorgung, zum subjektiven Armutsempfinden bei. Diese und andere, unterschiedliche Formen von Benachteiligungen, stehen meist eng miteinander in Verbindung. Deshalb wird in diesem Bericht Armut von mehreren Seiten beleuchtet. Betrachtet werden Daten zum Einkommen, den Konsummöglichkeiten, den Wohnbedingungen, dem Gesundheitsbefinden und der Lebenszufriedenheit.

Armut hat für die Betroffenen und die Gesellschaft zahlreiche Konsequenzen. Sie geht im Durchschnitt mit einem sehr starken Verlust von existenzwichtigen Versorgungsstandards (Wohnung, Lebensmittel, Kleider etc.) einher und verringert die gesellschaftliche Integration und Partizipation erheblich. Im letzten Kapitel dieses Berichtes wird deshalb auch dem Aspekt „Finanzielle Ausgrenzung und Überschuldung“ Rechnung getragen.

Angaben zum Jahreseinkommen und damit zur Armutsgefährdung beziehen sich auf das Jahr 2007. Ebenso Angaben, die den „Haupttätigkeitenkalender“ (Nennung der Haupttätigkeit je Kalendermonat im Jahr 2007) zur Grundlage haben. Hingegen beziehen sich Informationen über Haushaltszusammensetzung, aktuelle Erwerbstätigkeit, Ausstattung mit Konsumgütern usw. auf den Erhebungszeitpunkt, also das Jahr 2008.

---

<sup>1</sup> Ein zentrales Problem der Armutforschung liegt in der Bestimmung eines solchen Existenzminimums als objektives Kriterium der Armutbestimmung.

Im Folgenden werden nun einige Begriffe und Definitionen zum Thema „Armut“ der EU-SILC 2008 Studie, auf der dieser Bericht basiert und die häufige Verwendung finden, erläutert.

### 3.1 Verfügbares Haushaltseinkommen

Das verfügbare Jahreseinkommen eines Privathaushaltes errechnet sich aus dem Sekundäreinkommen zuzüglich erhaltener Privattransfers weniger geleisteten Privattransfers. Das Sekundäreinkommen setzt sich zusammen aus dem Markteinkommen (aus Erwerbstätigkeit und/oder Kapitalbesitz), den Pensionen und Sozialleistungen, sowie den Steuern und Sozialabgaben. Als Privattransfers werden Alimente, Unterhaltszahlungen und freiwillige Unterstützungen zwischen Haushalten deklariert. EU-SILC ist die einzige Datenquelle in Österreich, bei der man Informationen über das Einkommen der Haushalte bekommt. Dadurch kann unter anderem auf den Lebensstandard ganzer Haushalte geschlossen werden.

### 3.2 Äquivalenzeinkommen

Das Äquivalenzeinkommen bezeichnet das gewichtete verfügbare Haushaltseinkommen. Damit soll der Lebensstandard von Haushalten unterschiedlicher Zusammensetzung (Anzahl der Personen und Altersstruktur) vergleichbar gemacht werden. Dahinter steckt die Annahme, dass es mit zunehmender Haushaltsgröße zu einer Kostenersparnis bei Fixkosten kommt, weil diese auf mehrere Personen aufgeteilt werden können.

Zur Gewichtung des Haushaltseinkommens wird die so genannte EU-Skala (modifizierte OECD-Skala), die auch bei EU-Berichterstattungen zur Anwendung kommt, verwendet. Den Referenzpunkt (oder Konsumäquivalent) bildet eine allein lebende erwachsene Person. Der Ressourcenbedarf für jeden weiteren Erwachsenen beträgt 0,5 Konsumäquivalente und für jedes Kind unter 14 Jahren 0,3 Konsumäquivalente. Der Gesamtbedarf eines Haushaltes besteht dann aus dem konstanten (fixen) Haushaltsbedarf, das sind 0,5 Konsumäquivalente, und dem Bedarf der jeweiligen Haushaltsmitglieder.

**Tabelle 1: Beispiel für die Berechnung der Haushaltsäquivalente**

Familienstruktur	Fixbedarf des Haushalts	Bedarf für Erwachsene	Bedarf für Kinder	Gesamtbedarf
Alleinlebende Person	0,5	0,5	0,0	1,0
Ein-Eltern -Haushalt mit 1 Kind	0,5	0,5	0,3	1,3
Ein-Eltern -Haushalt mit 2 Kindern	0,5	0,5	0,6	1,6
2 Erwachsene mit 2 Kindern	0,5	1,0	0,6	2,1
2 Erwachsene mit 3 Kindern	0,5	1,0	0,9	2,4

Quelle: Statistik Austria, EU-SILC

Das äquivalisierte Haushaltseinkommen ergibt sich dann, wenn man das verfügbare Haushaltseinkommen durch die Summe der Konsumäquivalente des Haushaltes dividiert. Dieses Äquivalenzeinkommen gilt als Indikator für den materiellen Lebensstandard jedes einzelnen Haushaltsmitglieds. Es drückt jenen Lebensstandard aus, den ein Einpersonenhaushalt mit diesem Einkommen erzielen kann.

**Tabelle 2: Berechnungsbeispiel für das Äquivalenzeinkommen einer Familie (2 Erwachsene, 1 Kind) mit einem Jahreseinkommen von 30.000 €**

	Nettoeinkommen pro Jahr	Bedarfsäquivalente	Äquivalenzeinkommen
<b>Haushalt</b>	<b>30.000€</b>	<b>0,5+1,3=1,8</b>	<b>16.667€</b>
Mutter	14.000€	0,5	16.667€
Vater	14.000€	0,5	16.667€
Kind	2.000€ <sup>2</sup>	0,3	16.667€

Quelle: Statistik Austria, EU-SILC

### 3.3 Armutsgefährdungsschwelle

Die Armutsgefährdungsschwelle ist jener Betrag des Äquivalenzeinkommens, der die Grenze zur Armutsgefährdung bildet. Menschen mit einem äquivalisierten Haushaltseinkommen unter diesem Schwellenwert werden als armutsgefährdet bezeichnet.

Die Armutsgefährdungsschwelle wird nach Eurostat-Definition bei 60% des Medians<sup>3</sup> des äquivalisierten Haushaltseinkommens festgelegt. In **Österreich** liegt das Median-Äquivalenzeinkommen laut EU-SILC 2008 bei **19.011 Euro**. 60% davon sind 11.406 Euro. Durch 12 dividiert, erhält man eine monatliche Armutsgefährdungsschwelle von 951 Euro. Die **Steiermark** hat ein **Median-Äquivalenzeinkommen von 18.805 Euro** und damit eine Armutsgefährdungsschwelle von 11.284 Euro (jährlich). Auf das monatliche Einkommen herunter gerechnet beträgt die Armutsgefährdungsschwelle 940 Euro.

Das Äquivalenzeinkommen in der Steiermark liegt etwas unter dem Bundesdurchschnitt, jedoch überschneiden sich die Konfidenzintervalle und es kann nicht von einem signifikant niedrigeren mittleren Einkommen in der Steiermark gesprochen werden. Das steirische Einkommensniveau unterscheidet sich nicht so stark vom gesamtösterreichischen, um eine regionale Definition von Armutsgefährdung nötig zu machen. Aus diesem Grund und um die Vergleichbarkeit mit den für Österreich publizierten Werten zu ermöglichen, wird daher in den folgenden Analysen auf die für Österreich berechnete Armutsgefährdungsschwelle von 11.406 Euro abgestellt.

Es sollte auch beachtet werden, dass die Erhebung der Einkommensdaten aus EU-SILC 2008 vor dem Auftreten der Finanz- und Wirtschaftskrise erfolgt ist. Daher werden die Folgen der Wirtschaftskrise erst in den Auswertungen von EU-SILC 2009 sichtbar sein.

<sup>2</sup> Zur besseren Veranschaulichung wird hier die Familienbeihilfe als Jahreseinkommen des Kindes ausgewiesen.

<sup>3</sup> Der Median ist jener Wert, der die Verteilung der erhobenen (bzw. hochgerechneten) Daten in zwei gleich große Hälften teilt. Genau 50% der Population liegen unterhalb und die übrigen 50% oberhalb dieses Wertes.

### 3.4 Armutsgefährdung

Armutsgefährdung betrifft alle Personen, deren Äquivalenzeinkommen unter dem Schwellenwert von 60% des Medians des äquivalisierten Haushaltseinkommens liegt.

Es soll darauf hingewiesen werden, dass diese Definition von Armut nur das Einkommen eines Haushaltes berücksichtigt. Ausgabenseitige Belastungen, individuelle Lebenslagen und Kostenstrukturen (wie Eigenheim oder Mietwohnung) werden dabei nicht berücksichtigt. Die vorliegende Analyse stützt sich ausnahmslos auf die Befragung EU-SILC, die Einkommen in Privathaushalten in Österreich erhebt. Über Armutslagen von Personen in Heimen, anderen Anstaltshaushalten, Asylwerbern und wohnungslose Menschen können daher keine Angaben gemacht werden. Ebenso ist es ein Begriff „relativer Armut“, da er sich auf die durchschnittliche Einkommenssituation von Haushalten in einem Land bezieht.

### 3.5 Armutsgefährdungsquote

**Die Armutsgefährdungsquote ist ein Maß für die Häufigkeit der Armutsgefährdung.** Sie gibt den Anteil der Personen in der Gesamtbevölkerung an, die unter der Armutsgefährdungsschwelle leben.

Diese Ergebnisse sind nur Schätzungen für die Verteilung in der Grundgesamtheit und unterliegen einer Zufallsschwankung. Die Interpretation der Ergebnisse muss daher unter Berücksichtigung des Stichprobenfehlers erfolgen. Zusätzlich ist die Antwortwahrscheinlichkeit der Haushalte nicht zufällig, und erhöht die Ungenauigkeit der Ergebnisse. Unterschiede zwischen Untergruppen, wie der Vergleich einzelner Bundesländer, müssen daher in Hinblick auf die Schwankungsbreite interpretiert werden. Für die Schwankungsbreite werden 95%- Konfidenzintervalle<sup>4</sup> verwendet.

### 3.6 Armutsgefährdungslücke

Die Armutsgefährdungslücke ist ein Maß für die Intensität der Armutsgefährdung (d.h. wie stark Menschen von Einkommensarmut betroffen sind). Dabei wird die durchschnittliche Abweichung des Medianeinkommens der Armutsgefährdeten von der Armutsgefährdungsschwelle berechnet und als Prozent dieser Schwelle angegeben. Laut EU-SILC 2008 betrug die **Armutsgefährdungslücke in Österreich 15,3%**. Demnach liegt das Einkommen armutsgefährdeter Haushalte im Schnitt um 15,3% unter dem Schwellenwert (60% des Medianeinkommens oder 11.406 Euro). Die Armutsgefährdungslücke in der **Steiermark** liegt bei **16%**.

---

<sup>4</sup> Entsprechend einer 95%-igen Wahrscheinlichkeit enthält das Konfidenzintervall den wahren Wert. Je größer die Stichprobe ist, desto genauer kann der daraus bestimmte Mittelwert den wahren Mittelwert abbilden, was mit einem kleineren Konfidenzintervall einhergeht.

### 3.7 Armutslagen

Da Einkommen nur ein indirektes Maß für die Armutssituation darstellt und Armut weit mehr Faktoren umfasst, spricht man im Zusammenhang mit diesem einkommenszentrierten Konzept von *Armutgefährdung*. EU-SILC 2008 nimmt daher eine Kategorisierung nach vier unterschiedlichen Armutslagen vor, die den Zusammenhang zwischen niedrigem Einkommen und benachteiligten Lebensbedingungen verdeutlichen soll.

**Tabelle 3: Zusammenhang zwischen Armutgefährdung und Deprivation**

		Deprivation	
		NEIN	JA
Armutgefährdung durch niedriges Einkommen	NEIN	Nicht arm	Mangelnde Teilhabe
	JA	Einkommensarmut	Manifeste Armut

Quelle: Statistik Austria

Dieses Konzept der Armutslagen basiert auf (zumindest) drei Begrifflichkeiten, die jeweils andere Aspekte von Armut erfassen wollen: Armutgefährdung als Ressourcenmangel (Einkommen), Deprivation<sup>5</sup> als beschränkter Zugang zu einem gewissen Lebensstandard und soziale Ausgrenzung aus, als notwendig erachteten, gesellschaftlichen Bereichen.

Bei Personen, die in „manifeste Armut“ leben, tritt niedriges Einkommen gleichzeitig mit Deprivation in zumindest einem zentralen Lebensbereich auf. Diese Lebenslage ist demgemäß am gefährlichsten. Andererseits sind andere trotz niedrigem Einkommen von keiner Lebensdimension ausgeschlossen und werden daher als „einkommensarm“ bezeichnet. Umgekehrt wird ein Ausschluss aus zentralen Lebensbereichen ohne Armutgefährdung als „mangelnde Teilhabe“ bezeichnet. Die restliche Bevölkerung, welche weder Armutgefährdung durch niedriges Einkommen noch Deprivation erlebt, wird „nicht arm“ genannt.

<sup>5</sup> **Deprivation** beschreibt Armut als mangelnde Teilhabe aufgrund mangelnder Ressourcen. Dieser Ressourcenmangel bewirkt, dass nicht im „üblichen“ Maß an der Gesellschaft partizipiert werden kann (d.h. ein üblicher Lebensstandard nicht erreicht werden kann). Deprivation wird über mehrere Faktoren gemessen: **primäre Benachteiligungen** der Lebensführung (sich nicht leisten können: die Wohnung angemessen warm zu halten, bei Bedarf neue Kleider zu kaufen, Fleisch oder Fisch jeden zweiten Tag zu essen, unerwartete Ausgaben zu tätigen oder mit Zahlungen im Rückstand zu sein, notwendiger Arzt- oder Zahnarztbesuch, Freunde oder Verwandte nach Hause zum Essen einladen zu können), **sekundäre Benachteiligungen** der Lebensführung (der erzwungene Verzicht auf folgende erstrebenswerte Güter: PC, Handy, Telefon, Internetanschluss, DVD-Player, Geschirrspülmaschine, PKW), starke **gesundheitliche Einschränkungen** (sehr schlechter Gesundheitszustand, Beeinträchtigung durch eine Behinderung seit zumindest einem halben Jahr, chronische Krankheit), **Wohnungsprobleme** (kein Bad/WC, Schimmel/Feuchtigkeit, dunkle Räume, keine Waschmaschine) und **Probleme im Wohnumfeld** (Lärmbelästigung, Luft-/Wasserverschmutzung durch Verkehr/Industrie, Kriminalität/Vandalismus). Finanzielle Deprivation (bis EU-SILC 2006) wird angenommen, wenn zumindest zwei Probleme gleichzeitig im Bereich primäre Lebensbedingungen auftreten, Sekundäre Benachteiligung wird angenommen, wenn drei der genannten Gebrauchsgüter nicht leistbar sind oder wenn in den Bereichen Gesundheit und Wohnen zwei Probleme in einem Bereich auftreten. Dies bedeutet auch, dass verschiedene Lebensbedingungen subjektiv unterschiedlich (in ihrer Nachteiligkeit) empfunden werden, weshalb es sich hierbei um eine persönliche Beurteilung handelt. Jedoch sollte beachtet werden, dass der Gesundheitszustand oftmals nicht direkt mit Armut zusammenhängt und daher das Alter der befragten Personen immer berücksichtigt werden muss. Seit EU-SILC 2007 wurde die primäre Deprivation durch die Messung der Teilhabe am Mindestlebensstandard ersetzt. (vgl. Armutgefährdung in Österreich, 2009, S. 83 – S. 99).

## **4 (Armut-) Situation in der Steiermark – Fakten**

Im folgenden Abschnitt wird auf die (Armut-) Situation der steirischen Bevölkerung eingegangen. Auf Basis der EU-SILC 2008 Sonderauswertung Steiermark werden Daten zu Einkommen, Armutsgefährdung und Lebensbedingungen in der Steiermark dargestellt. Auch der subjektiven Lebenszufriedenheit der Steirer und Steirerinnen wird nachgegangen.

Wo dies möglich und sinnvoll ist, werden auch Werte, die Österreich betreffen und Daten der letzten beiden steirischen Armutsberichte (basierend auf EU-SILC 2004 und EU-SILC 2006) angegeben, um Vergleiche zu erlauben.

### **4.1 Einkommen und Armutsgefährdung**

Einkommen ist einer der wichtigsten Indikatoren für die Messung von Armut. Da der materielle Lebensstandard einer Person viel mehr vom gemeinsamen Einkommen eines Haushaltes abhängt, als vom Personeneinkommen, arbeitet EU-SILC mit dem Konzept des Haushaltseinkommens.

In diesem Abschnitt werden zuerst verfügbares Haushalts- sowie Äquivalenzeinkommen dargestellt, bevor auf die Armutsgefährdung in der Steiermark eingegangen wird.

#### **4.1.1 Haushaltseinkommen**

Das verfügbare Haushaltseinkommen erfasst das Netto-Gesamteinkommen des Haushaltes im Kalenderjahr 2007. In der Befragung wird zunächst das persönliche Einkommen jedes erwachsenen Haushaltsmitglieds erfasst. Zusätzlich wird nach Einkünften gefragt, die dem Haushalt insgesamt zufließen. Die dafür berücksichtigten Einkommensbestandteile sind Markteinkommen (aus unselbständiger oder selbständiger Erwerbstätigkeit, Kapitalbesitz), Pensionen (Bezüge nach der gesetzlichen Altersgrenze), Sozialleistungen (Bezüge vor der gesetzlichen Pensionsaltersgrenze), Steuern und Sozialabgaben sowie private Transfers zwischen Haushalten.

Die folgende Tabelle stellt die verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte in der Steiermark untergliedert nach Haushalten mit bzw. ohne Haupteinkommen aus Pensionen, nach dem Geschlecht der Hauptverdienerin/des Hauptverdieners und nach der Haushaltsgröße dar.



**Tabelle 4: Verfügbares Jahreseinkommen der privaten Haushalte in der Steiermark nach soziodemographischen Merkmalen und Erwerbsstatus (EU-SILC 2008)**

...Haushalte verfügen über weniger als ...EUR	Anzahl in 1.000	verfügbares Haushaltseinkommen			
		25%	50%	75%	arithm. Mittel
<b>Insgesamt</b>	<b>497</b>	<b>18.200</b>	<b>28.092</b>	<b>43.012</b>	<b>33.144</b>
<b>Haushalte mit Pension</b>					
<b>Zusammen</b>	<b>148</b>	<b>13.881</b>	<b>21.521</b>	<b>29.964</b>	<b>24.779</b>
<b>Haushalte ohne Pension</b>					
<b>Zusammen</b>	<b>349</b>	<b>21.323</b>	<b>32.033</b>	<b>47.011</b>	<b>36.690</b>
ohne Kinder	148	29.906	40.861	53.452	43.128
mit Kindern	200	17.000	26.126	38.345	31.921
<b>Haushalt mit</b>					
männlichem Hauptverdiener	326	21.534	30.845	44.678	35.612
weiblicher Hauptverdienerin	170	12.828	22.131	33.771	28.416
<b>Haushaltsgröße</b>					
1 Person	168	11.660	16.738	23.730	18.961
2 Personen	135	21.517	28.148	39.282	31.383
3 Personen	81	(27.752) <sup>6</sup>	37.740	(45.322)	39.907
4 und mehr Personen	112	(36.161)	47.892	(63.917)	51.640

Quelle: Statistik Austria, EU-SILC 2008

Hochgerechnet auf 497.000 Haushalte steht einem **steirischen Haushalt nach EU-SILC 2008 durchschnittlich ein Jahreseinkommen von 33.144 Euro** zur Verfügung. Im Österreichvergleich liegt die Steiermark etwas unter dem Durchschnitt von 33.985 Euro.

Eine differenziertere Betrachtung zeigt, dass das schwächste Einkommensviertel in der Steiermark über maximal 18.200 Euro im Jahr verfügt, während das stärkste Einkommensviertel zumindest 43.012 Euro bezieht. Haushalte mit Pension, mit weiblicher Hauptverdienerin sowie mit einer Person oder mit Kindern haben in allen Quartilen ein unterdurchschnittliches Einkommen. Gründe dafür liegen unter anderem in der benachteiligten Einkommenssituation von Frauen<sup>7</sup> und im hohen Frauenanteil unter den Pensionsbeziehern.

<sup>6</sup> Zahlen in Klammern beruhen auf geringen Fallzahlen: Sind in der Randverteilung weniger als 50 oder in der Zelle weniger als 20 Fälle vorhanden, wird geklammert. Zahlen, die auf Randverteilungen <20 beruhen, werden nicht ausgewiesen. Bei Quartilsauswertungen wird folgendermaßen geklammert: Wenn weniger als 200 Personen vorhanden sind, werden erstes und drittes Quartil (25%, 75%), bei weniger als 100 Personen auch der Median und bei weniger als 50 Personen auch das arithmetische Mittel geklammert. Bei Auswertung von nicht-äquivalisierten Haushaltseinkommen treffen diese Regeln auf Haushalte zu. Dies ist auch für alle weiteren Tabellen gültig.

<sup>7</sup> Tendenzielle Ursachen für die Einkommensschere zwischen Männern und Frauen, die trotz formaler Gleichstellung bei ca. 30% verharren, sind vielfach bekannt: die wirtschaftlich unvorteilhafte Erstberufswahl von jungen Frauen, Unterbrechungen der Erwerbstätigkeit durch Karenz, schlechterer Zugang zu betrieblichen Qualifikations- und Aufstiegsmöglichkeiten, kürzere bezahlte Wochenarbeitszeit aufgrund von verstärkter Teilzeitbeschäftigung von Frauen und damit verbundene Beschränkungen bei der Wahl von Arbeitsplätzen (vgl. BMWA, 2000, S. 2-3).

Wie eine Publikation des Bundeskanzleramtes aufzeigt, verdienen Arbeitnehmerinnen nach einer Karenz durchschnittlich deutlich weniger als zuvor. Das aus der Unterbrechung resultierende Zurückbleiben beim Einkommen kann auch in einem Zeitraum von 20 Berufsjahren im Schnitt nicht mehr aufgeholt werden (vgl. BMGF, 2004, S. 4).

**Tabelle 5: Vergleich des verfügbaren Jahreseinkommen der privaten Haushalte in der Steiermark nach EU-SILC 2004, 2006 und 2008**

...Haushalte verfügen über weniger als ...EUR	Anzahl in 1.000	verfügbares Haushaltseinkommen			
		25%	50%	75%	arithm. Mittel
<b>EU-SILC 2004</b>	489	15.800	25.241	38.420	29.206
<b>EU-SILC 2006</b>	491	16.863	26.117	38.651	30.750
<b>EU-SILC 2008</b>	497	18.200	28.092	43.012	33.144

Quelle: Statistik Austria, EU-SILC

Verglichen mit dem durchschnittlichen Haushaltseinkommen nach EU-SILC 2004 (29.206 Euro) entspricht es einer Steigerung um 13,5%, gegenüber EU-SILC 2006 (30.750) steigerte sich das durchschnittliche Haushaltseinkommen um 7,8%. Auch bei den Einkommensvierteln verhalten sich die Erhöhungen ähnlich.

## 4.1.2 Äquivalenzeinkommen

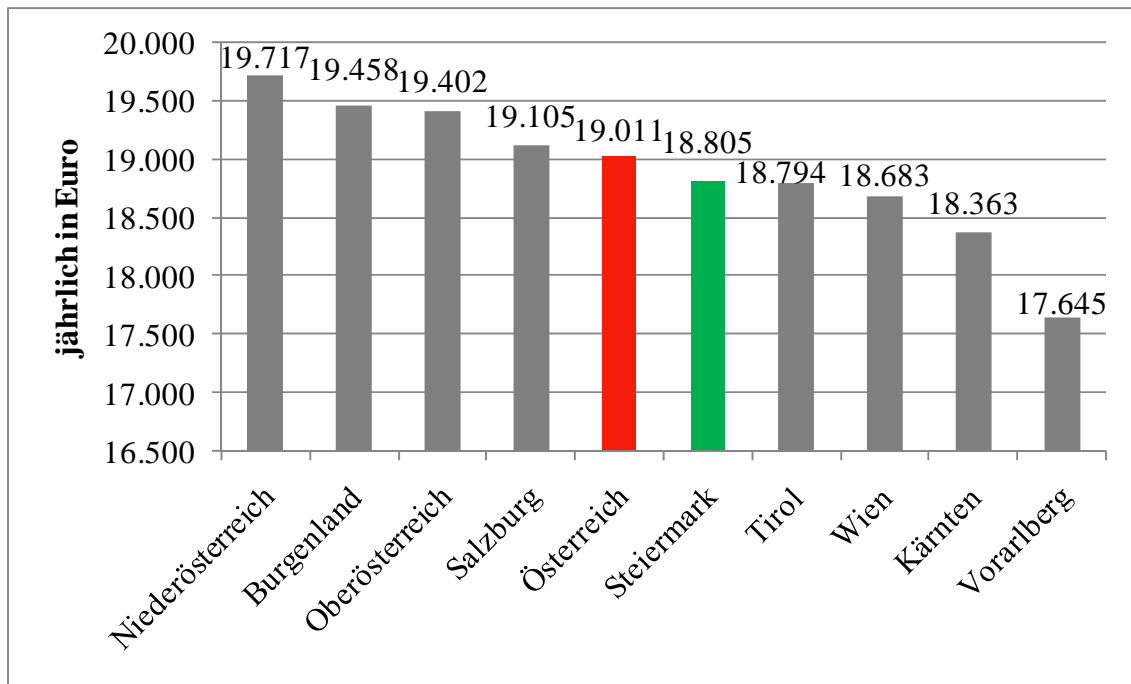
Die Betrachtung des Äquivalenzeinkommens soll einen besseren Vergleich des Lebensstandards von Haushalten unterschiedlicher Zusammensetzung ermöglichen.

### 4.1.2.1 Äquivalenzeinkommen in Österreich und der Steiermark

Gemäß EU-SILC 2008 liegt das **gewichtete Median-Äquivalenzeinkommen der Steirer pro Kopf bei 18.805 Euro**. Exakter gesagt, liegt es mit 95%-iger Wahrscheinlichkeit zwischen 18.125 Euro und 19.485 Euro. Monatlich verfügen die Steirer damit im Mittel über 1.567 Euro.

Der Österreichvergleich zeigt, dass auch das Äquivalenzeinkommen der Steirer knapp unter dem Bundesdurchschnitt von 19.011 Euro liegt. Überdurchschnittlich hohe Median-Äquivalenzeinkommen gibt es in Niederösterreich mit 19.717 Euro, Burgenland (19.458 Euro), Oberösterreich (19.402 Euro) und Salzburg (19.105 Euro). Tirol, Wien, Kärnten und Vorarlberg hingegen haben niedrigere Median-Äquivalenzeinkommen als die Steiermark.

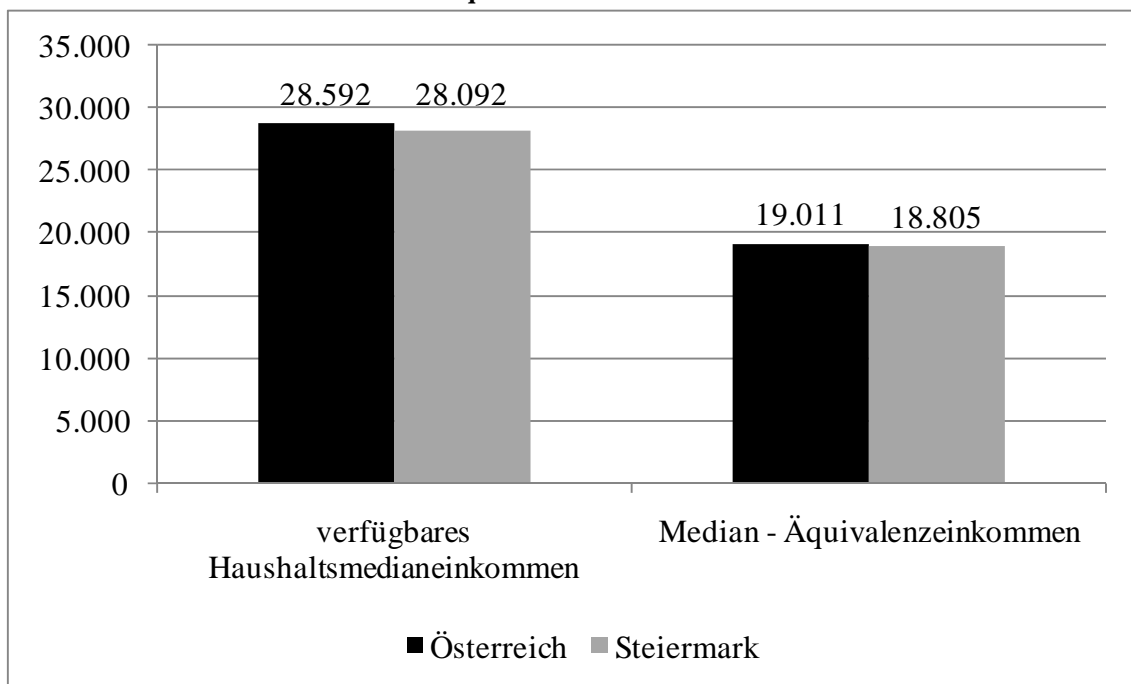
**Abbildung 1: Median-Jahresäquivalenzeinkommen in Österreich und den Bundesländern nach EU-SILC 2008**



Quelle: Statistik Austria, EU-SILC 2008

Die nachfolgende Grafik vergleicht das jährliche verfügbare Haushalts-Medianeinkommen und das Median-Äquivalenzeinkommen jeweils der Steiermark und Gesamtösterreichs. Wie bereits oben beschrieben, liegt die Steiermark in beiden Fällen unter dem Bundesschnitt.

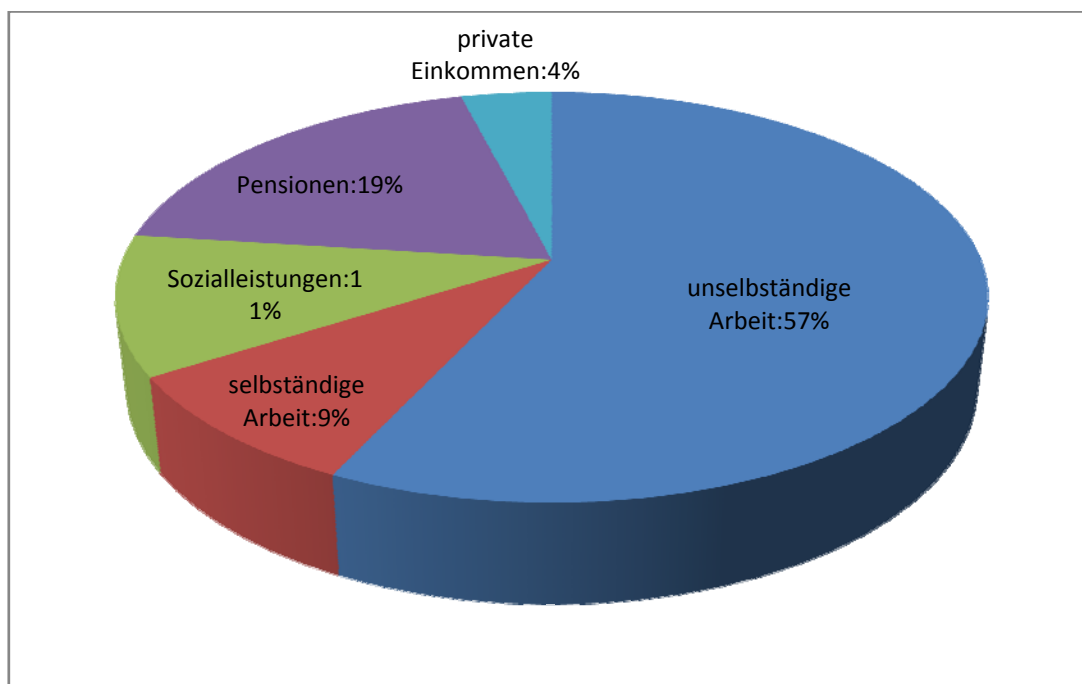
**Abbildung 2: Vergleich Österreich - Steiermark: Verfügbares Haushaltsmedianeinkommen und Median - Äquivalenzeinkommen**



Quelle: Statistik Austria, EU-SILC 2008

Betrachtet man die Zusammensetzung der Haupteinkommensquellen am Median-Äquivalenzeinkommen (österreichweit), so kommen 57% aus unselbständiger und 9% aus selbständiger Arbeit, 11% aus Sozialleistungen, 19% aus Pensionen und 4% aus privaten Einkommen. In der Steiermark und den anderen Bundesländern sind diese Werte mit geringen Schwankungen sehr ähnlich.

**Abbildung 3: Zusammensetzung des äquivalisierten Haushaltseinkommens in Österreich (EU-SILC 2008)**



Quelle: Statistik Austria, EU-SILC 2008

#### 4.1.2.2 Verteilung des Äquivalenzeinkommens in der Steiermark

Nachfolgende Tabellen zeigen die Verteilung des äquivalisierten Nettohaushaltseinkommens in der Steiermark sowohl nach soziodemographischen Merkmalen als auch nach Erwerbsstatus. Hierbei werden die Quartile<sup>8</sup> (Einkommensviertel) sowie das arithmetische Mittel angegeben.

<sup>8</sup> Werte, die die Verteilung in vier gleich große Teile teilen. 25% liegen unterhalb des ersten Quartils, das zweite Quartil entspricht dem Median, 75% liegen unterhalb und 25% oberhalb des dritten Quartils.

**Tabelle 6: Äquivalisiertes Nettohaushaltseinkommen von Personen in der Steiermark nach soziodemographischen Merkmalen (EU-SILC 2008)**

...Personen verfügen über weniger als ...EUR	Anzahl in 1.000	Jahresäquivalenzeinkommen			
		25%	50%	75%	arithm. Mittel
<b>Insgesamt</b>	<b>1.195</b>	<b>13.971</b>	<b>18.805</b>	<b>24.490</b>	<b>20.308</b>
<b>Männer</b>					
<b>Zusammen</b>	<b>573</b>	<b>14.035</b>	<b>19.017</b>	<b>24.639</b>	<b>20.594</b>
bis 19 Jahre	130	13.476	18.087	22.209	18.868
20 bis 39 Jahre	162	14.823	19.401	24.639	21.113
40 bis 64 Jahre	187	15.308	19.796	26.434	21.549
65 Jahre +	94	(13.876)	17.676	(23.355)	20.203
<b>Frauen</b>					
<b>Zusammen</b>	<b>622</b>	<b>13.726</b>	<b>18.504</b>	<b>24.398</b>	<b>20.045</b>
bis 19 Jahre	135	13.698	17.500	21.552	18.173
20 bis 39 Jahre	164	14.025	19.342	24.589	20.495
40 bis 64 Jahre	179	15.826	20.921	27.188	22.174
65 Jahre +	144	12.413	16.928	23.163	18.642
<b>Staatsbürgerschaft</b>					
Österreich	1.118	14.522	18.990	24.639	20.717
davon eingebürgert (Nicht EU/EFTA)	23	(12.333)	14.035	(16.049)	16.206
Nicht Österreich	77	(10.056)	12.162	(19.361)	14.362
davon EU/EFTA	18	(17.806)	20.473	(29.765)	23.434
davon sonstiges Ausland	59	(8.459)	11.940	(13.976)	11.649
<b>höchster Bildungsabschluss</b>					
max. Pflichtschule	262	11.716	16.049	21.441	16.891
Lehre/mittlere Schule	500	15.192	19.172	24.589	20.919
Matura/Universität	233	16.608	23.473	29.765	24.464
<b>Haushalte mit Pension</b>					
<b>Zusammen</b>	<b>248</b>	<b>12.484</b>	<b>16.516</b>	<b>22.936</b>	<b>18.651</b>
Alleinlebend	73	(11.168)	14.170	(21.498)	17.538
Mehrpersonenhaushalte	176	12.665	16.708	23.355	19.111
<b>Haushalte ohne Pension</b>					
<b>Zusammen</b>	<b>947</b>	<b>14.725</b>	<b>19.342</b>	<b>24.639</b>	<b>20.743</b>
Alleinlebend	96	(11.660)	18.417	(25.490)	20.040
Mehrpersonenhaushalte ohne Kinder	272	16.199	21.775	30.306	24.019
Mehrpersonenhaushalte mit Kindern	580	14.035	18.504	23.211	19.324
<b>Haushalt mit</b>					
männlichem Hauptverdiener	857	14.565	18.825	24.020	20.543
weiblicher Hauptverdienerin	338	12.331	18.504	24.732	19.714

Quelle: Statistik Austria, EU-SILC 2008

**Das mittlere Jahresäquivalenzeinkommen in der Steiermark liegt bei 18.805 Euro**, wobei das schwächste Einkommensviertel über maximal 13.971 Euro und das stärkste Einkommensviertel über mehr als 24.490 Euro verfügen. **Ein überdurchschnittliches Median-Äquivalenzeinkommen beziehen sowohl Männer als auch Frauen im Alter von 20 bis 39 und 40 bis 64 Jahren, sowie Personen mit Lehre, mittlerer Schule, Matura oder**

**Universität, Mehrpersonenhaushalte ohne Kinder, Haushalte mit männlichem Hauptverdiener und österreichische Staatsbürger sowie Bürger aus EU-/EFTA-Staaten. Ein Vergleich nach Geschlecht zeigt, dass Frauen in allen Einkommensquartilen wie auch in den meisten Altersklassen weniger verdienen als Männer.** Die stärkste Annäherung, und damit den geringsten Einkommensunterschied, gibt es zwischen den Gruppen der 40- bis 64- Jährigen, wo der Wert der Frauen in der Steiermark (stichprobenbedingt?) sogar höher als der der Männer ist.

Dementsprechend verfügen Haushalte mit männlichem Hauptverdiener im Mittel über ein höheres Äquivalenzeinkommen als solche mit weiblicher Hauptverdienerin. Einzig im stärksten Einkommensviertel ist die Situation umgekehrt. Allerdings sind diese Ergebnisse wahrscheinlich eher auf die kleine Stichprobe der Steiermark zurückzuführen, denn österreichweit tritt dieses Phänomen nicht auf.

**Österreicher verdienen mehr als Nicht-Österreicher**, wobei unter diesen jene aus EU- und EFTA-Staaten deutlich besser gestellt sind und jene aus Nicht-EU/EFTA-Staaten besonders benachteiligt sind. Haushalte mit Pension haben ein deutlich geringeres Äquivalenzeinkommen als solche ohne Pension. Bei letzteren ist das Jahresäquivalenzeinkommen von Mehrpersonenhaushalten ohne Kinder deutlich höher als das von Mehrpersonenhaushalten mit Kindern.

**Tabelle 7: Vergleich des äquivalisierten Nettohaushaltseinkommens in der Steiermark nach EU-SILC 2004, 2006 und 2008**

...Personen verfügen über weniger als ...EUR	Anzahl in 1.000	Jahresäquivalenzeinkommen			
		25%	50%	75%	arithm. Mittel
<b>EU-SILC 2004</b>	1.201	12.604	16.548	20.736	17.630
<b>EU-SILC 2006</b>	1.167	13.657	17.549	22.815	19.020
<b>EU-SILC 2008</b>	1.195	13.971	18.805	24.490	20.308

Quelle: Statistik Austria, EU-SILC

Verglichen mit dem mittleren Jahresäquivalenzeinkommen von EU-SILC 2004 (16.548 Euro) entspricht es einer Steigerung um 13,6%, gegenüber EU-SILC 2006 (17.549) steigerte sich das durchschnittliche Haushaltseinkommen 2008 um 7,2%.

Eine Betrachtung des äquivalisierten Nettohaushaltseinkommens nach beruflicher Stellung zeigt, dass unter den Erwerbstätigen Personen mit mittlerer Tätigkeit sowie höherer und führender Tätigkeit am meisten verdienen. Das Median - Jahresäquivalenzeinkommen von Nicht-Erwerbstätigen liegt unter dem steirischen Median-Äquivalenzeinkommen. Verglichen mit Vollzeit-Beschäftigten haben Nicht-Erwerbstätige im Mittel ein um mehr als 2.000 Euro geringeres Median - Jahreseinkommen.

**Großen Einfluss auf das Jahresäquivalenzeinkommen hat auch die Erwerbsintensität<sup>9</sup> eines Haushaltes.** So beziehen Haushalte mit voller Erwerbstätigkeit ein um fast 10.000 Euro höheres Median-Äquivalenzeinkommen als solche ohne Erwerbstätigkeit.

<sup>9</sup> EU-SILC 2008 definiert Erwerbsintensität des Haushaltes folgendermaßen: „Anteil erwerbstätiger Personen nach Anzahl erwerbstätiger Monate im Jahr 2007 an allen Personen im Erwerbsalter (20-64 Jahre), unter Berücksichtigung von Voll- oder Teilzeit, Teilzeit erwerbstätige Monate werden als halbe Erwerbsmonate gerechnet. Wurden mehr als 75% der maximalen Erwerbsmonate im Haushalt erreicht, zählt das als volle Erwerbstätigkeit, bis zu 75% zählt als teilweise Erwerbstätigkeit, keine Erwerbstätigkeit bei null

**Tabelle 8: Äquivalisiertes Nettohaushaltseinkommen von Personen in der Steiermark nach Erwerbsstatus (EU-SILC 2008)**

...Personen verfügen über weniger als ...EUR	Anzahl in 1.000	Jahresäquivalenzeinkommen			
		25%	50%	75%	arithm. Mittel
<b>Insgesamt</b>	<b>1.195</b>	<b>13.971</b>	<b>18.805</b>	<b>24.490</b>	<b>20.308</b>
<b>Haupttätigkeit (2008)</b>					
Erwerbstätig	502	16.787	21.301	26.781	23.006
davon Vollzeit <sup>10</sup>	402	17.110	21.658	27.799	23.680
davon Teilzeit	99	(15.552)	19.638	(23.869)	20.277
Pension	281	13.706	18.297	24.099	20.137
Arbeitslos <sup>11</sup>	33	(7.680)	12.331	(16.059)	13.288
Haushalt in Ausbildung	114	(11.235)	14.035	(19.359)	15.391
65	65	(12.033)	16.787	(24.015)	18.209
<b>Berufliche Stellung</b>					
nicht erwerbstätig	209	11.660	15.955	21.252	17.298
Hilfsarbeiter	117	(14.694)	18.620	(22.100)	18.605
Facharbeiter	111	(16.608)	19.696	(25.236)	21.516
Mittlere Tätigkeit, Meister	85	(19.342)	23.083	(29.911)	24.901
höhere/führende Tätigkeit	99	(22.216)	26.821	(33.886)	28.835
Selbständige	70	(14.961)	19.750	(26.900)	23.012
<b>Erwerbsintensität des Haushaltes</b>					
keine Erwerbstätigkeit	95	(8.596)	12.295	(18.087)	14.254
teilweise	428	13.198	16.554	21.571	18.403
Erwerbstätigkeit					
volle Erwerbstätigkeit	508	18.155	21.946	27.991	23.899

Quelle: Statistik Austria, EU-SILC 2008

Wie die nachfolgende Abbildung 4 zeigt, beziehen Vollzeit-Erwerbstätige mit 21.658 Euro das höchste Median-Äquivalenzeinkommen. Mit einem rund 2.000 Euro geringeren mittleren Äquivalenzeinkommen folgen Teilzeit-Tätigkeiten, Pension und Personen in Ausbildung. Im Haushalt beschäftigte Personen verfügen im Mittel über ein Jahresäquivalenzeinkommen von 14.035 Euro. **Das geringste mittlere Äquivalenzeinkommen steht mit 12.331 Euro Arbeitslosen und Haushalten mit keiner Erwerbstätigkeit mit 12.295 Euro zur Verfügung.**

Bei Personen die nach Haupttätigkeit aufgelistet sind, sind nur Personen im Alter ab 16 Jahren zur Analyse verwendet worden. Diese Einteilung basiert auf der Selbsteinschätzung der aktuellen Haupttätigkeit. Bei der beruflichen Stellung werden nur Personen im Erwerbsalter (20 – 64 Jahre) berücksichtigt. Bei der Erwerbsintensität des Haushaltes werden nur Personen in Haushalten mit mindestens einer Person im Erwerbsalter berücksichtigt.

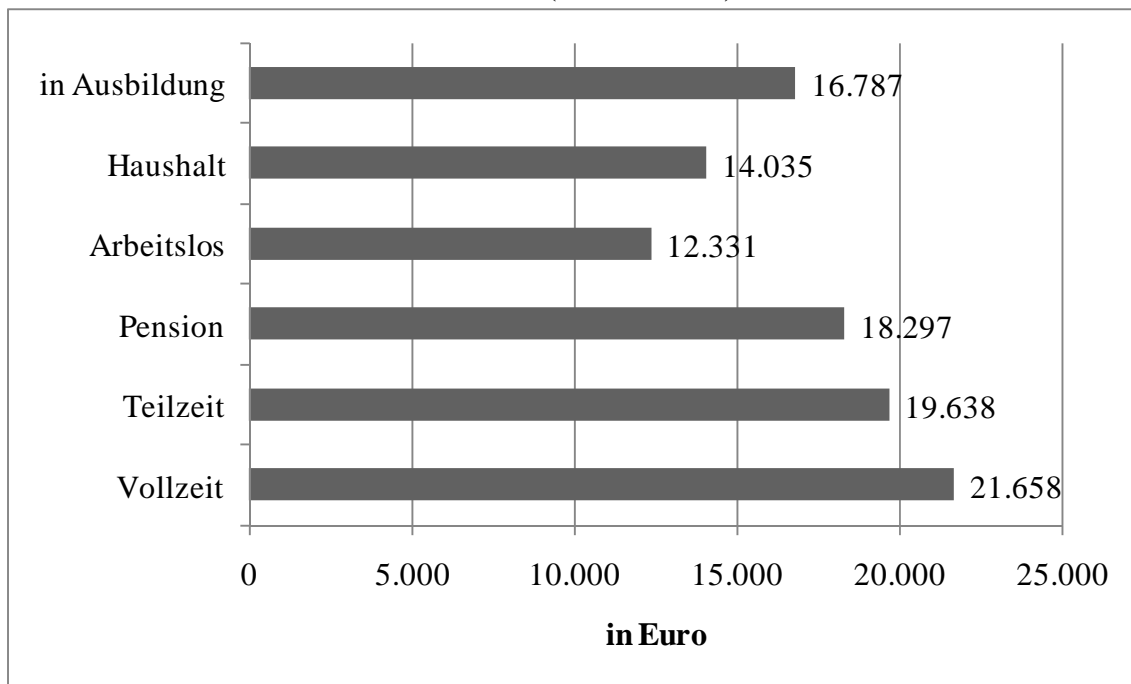
Erwerbsmonaten. Ausgewiesen werden nur Personen in Haushalten mit mindestens einer Person im Erwerbsalter.“

<sup>10</sup> Vollzeit erwerbstätig wurde definiert mit einer mindesten Erwerbstätigkeit von 35 Stunden pro Woche, Teilzeit erwerbstätig ist man bei weniger als 35 Stunden pro Woche Erwerbstätigkeit.

<sup>11</sup> Wenn die Person mindestens sechs Monate arbeitslos war, wird sie als arbeitslos gewertet.

Keine Erwerbstätigkeit ist definiert, wenn keine Erwerbsmonate gezählt werden und volle Erwerbstätigkeit ist, wenn zumindest 75% der maximalen Erwerbsmonate erreicht wurden. Daher ist bei Auswertungen nach dem Erwerbsstatus die Summe der Personen geringer als die Gesamtsumme der Bevölkerung in der Steiermark.

**Abbildung 4: Vergleich des Median - Äquivalenzeinkommens in Euro nach Haupttätigkeit in der Steiermark (EU-SILC 2008)**



Quelle: Statistik Austria, EU-SILC 2008

#### 4.1.2.3 Resümee

Zusammenfassend zeigt sich, dass laut EU-SILC 2008 sowohl das verfügbare Haushalts- als auch das Äquivalenzeinkommen in der Steiermark unter dem Schnitt von Gesamtösterreich liegen (Median-Äquivalenzeinkommen pro Jahr: 18.805 in der Steiermark und 19.011 in Österreich). **Im Mittel haben Männer höhere Einkommen als Frauen, österreichische Staatsbürger höhere Einkommen als Nicht-Österreicher und Haushalte ohne Pension höhere Einkommen als Haushalte mit Pension.** Ebenso ist ein positiver Zusammenhang von höherer Bildung und steigenden Einkommen zu erkennen. **Nach Erwerbsstatus haben Vollzeit-Erwerbstätige das höchste Median-Äquivalenzeinkommen.** Dieses steigt mit höherer beruflicher Stellung.



### 4.1.3 Armutsgefährdung

Armutsgefährdung wird gemäß EU-SILC über niedriges Einkommen definiert. **Menschen mit weniger als 60% des Median-Äquivalenzeinkommens werden als armutsgefährdet bezeichnet.** Zur Darlegung der diesbezüglichen Situation in der Steiermark werden nachfolgend Daten zur Armutsgefährdung in der Steiermark mit österreichweiten Daten verglichen. Anschließend werden armutsgefährdete Personengruppen näher untersucht.

#### 4.1.3.1 Armutsgefährdung in Österreich und der Steiermark

Nach EU-SILC 2008 waren **11,9%**<sup>12</sup> der steirischen Bevölkerung, also **142.000 Steirer, armutsgefährdet.** Mit 95%-iger Sicherheit liegt die steirische Armutsgefährdungsquote 2008 zwischen 9,1% und 14,6% (dies entspricht 109.000 bis 175.000 Personen). Die Armutsgefährdungsquote der Steiermark<sup>13</sup> (11,9%) ist damit um 0,5% niedriger als jene von Österreich (12,4%). Salzburg (7,8%), Kärnten (9,9%), Oberösterreich (10,3%), Niederösterreich (10,9%) und Tirol (11,6%) haben niedrigere Armutsgefährdungsquoten als die Steiermark. Höhere Armutsgefährdungsquoten haben das Burgenland (13,0%), Wien (17,0%) und Vorarlberg (18,2%).

Tabelle 9: Vergleich der Armutsgefährdungsquote in der Steiermark nach EU-SILC 2004, 2006 und 2008

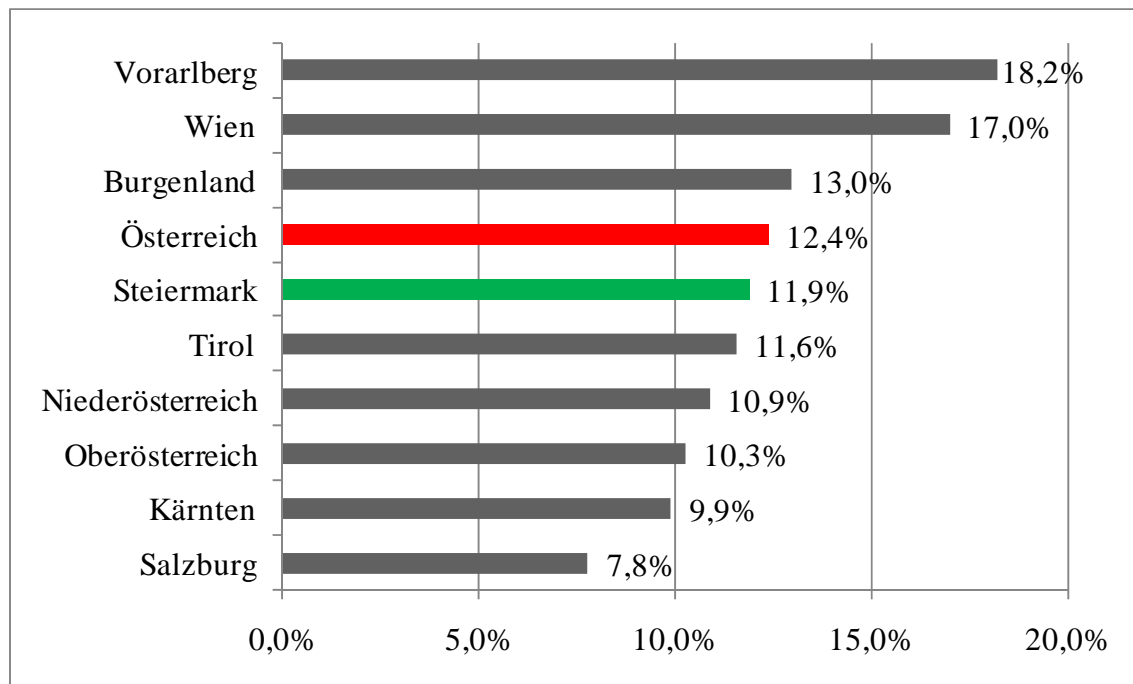
	Armutsgefährdungs- quote		Konfidenzintervall 95%			
			untere Schwelle		untere Schwelle	
	in %	in 1.000	in %	in 1.000	in %	in 1.000
<b>EU-SILC 2004</b>	12,5	150	9,8	118	15,2	182
<b>EU-SILC 2006</b>	11,6	136	9,3	109	14,0	163
<b>EU-SILC 2008</b>	11,9	142	9,1	109	14,6	175

Quelle: Statistik Austria, EU-SILC

Im Vergleich zu EU-SILC 2004 (12,5%) bedeutet dies eine Senkung der Armutsgefährdungsquote um 0,6 Prozentpunkte, gegenüber EU-SILC 2006 (11,6%) ergibt sich jedoch eine Erhöhung um 0,3 Prozentpunkte. Betrachtet man die 95% - Konfidenzintervalle der Armutsgefährdungsquote, dann erkennt man, dass sich diese Intervalle überschneiden und daher **die Unterschiede auf Grund der Zufallsschwankungen nicht signifikant und daher nicht interpretierbar sind.**

<sup>12</sup> In der Folge wird die gerundete Zahl von 12% Armutsgefährdung ausgewiesen, um nicht einen falschen Eindruck von der Genauigkeit zu vermitteln.

<sup>13</sup> Die EU-SILC 2008 – Sonderauswertung Steiermark verwendet aus Konsistenzgründen die österreichische Armutsgefährdungsschwelle (11.406 Euro) anstelle der steirischen (11.284 Euro) zur Berechnung der steirischen Armutsgefährdungsquote. Da das steirische Einkommensniveau nur geringfügig von dem Gesamtösterreichs abweicht, ist dies problemlos möglich. Die steirische Armutsgefährdungsquote beträgt daher mit Österreich-Schwelle 11,9% anstatt 11,4% mit Steiermark-Schwelle.

**Abbildung 5: Vergleich der Armutsgefährdungsquoten in Österreich und den Bundesländern**

Quelle: Statistik Austria, EU-SILC 2008

#### 4.1.3.2 Profil armutsgefährdeter Personen

Die Betrachtung **soziodemographischer Merkmale** zeigt, welche Bevölkerungsgruppen in der Steiermark besonders armutsgefährdet sind.

Wie aus nachfolgender Tabelle ersichtlich wird, sind **Nicht-Österreicher** aus Nicht-EU bzw. EFTA-Staaten mit einer **Armutsgefährdungsquote von 44%** am meisten armutsgefährdet. Auch Nicht-Österreicher insgesamt haben eine äußerst hohe (die zweithöchste) Armutsgefährdungsquote von 36%. Im Vergleich zu Österreichern (10%) ist die Armutsgefährdung von Nicht-Österreichern somit mehr als drei Mal so hoch.

Nach Nicht-Österreichern ist die am stärksten von Armut gefährdete Gruppe jene der **Alleinstehenden**. In Haushalten mit Pension beträgt ihre Armutsgefährdungsquote 26%, in Haushalten ohne Pension 21%. 25% beträgt die Armutsgefährdungsquote von Personen, die in sonstiger Haupt- bzw. Untermiete wohnen, 26% sind in mietfreien Wohnungen/Häusern armutsgefährdet. Im Gegensatz dazu finden sich die geringsten Armutsgefährdungsquoten bei Personen mit Hauseigentum (7%) und Wohnungseigentum (11%). Auffallend gering ist auch die Armutsgefährdungsquote von Mehrpersonenhaushalten ohne Kinder (7%). Mehrpersonenhaushalte mit Kindern haben im Vergleich dazu eine höhere Armutsgefährdungsquote mit 10%.

Tabelle 10: Armutsgefährdung in der Steiermark nach soziodemographischen Merkmalen

	Gesamt in 1.000	nicht armutsgefährdet			armutsgefährdet			Lücke in %
		in 1.000	Anteil in %	Quote in %	in 1.000	Anteil in %	Quote in %	
<b>Insgesamt</b>	<b>1.195</b>	<b>1.053</b>	<b>100</b>	<b>88</b>	<b>142</b>	<b>100</b>	<b>12</b>	<b>16</b>
<b>Männer</b>								
<b>Zusammen</b>	<b>573</b>	<b>509</b>	<b>100</b>	<b>89</b>	<b>64</b>	<b>100</b>	<b>11</b>	<b>20</b>
bis 19 Jahre	130	117	23	90	(14)	(21)	(10)	13
20 bis 39 Jahre	162	146	29	90	(16)	(25)	(10)	32
40 bis 64 Jahre	187	166	33	89	21	33	11	26
65 Jahre +	94	81	16	86	14	21	14	10
<b>Frauen</b>								
<b>Zusammen</b>	<b>622</b>	<b>544</b>	<b>100</b>	<b>87</b>	<b>78</b>	<b>100</b>	<b>13</b>	<b>15</b>
bis 19 Jahre	135	118	22	87	17	22	13	24
20 bis 39 Jahre	164	149	27	91	14	19	9	12
40 bis 64 Jahre	179	158	29	88	21	27	12	24
65 Jahre +	144	119	22	83	25	32	17	14
<b>Staatsbürgerschaft</b>								
Österreich	1.118	1.004	95	90	114	80	10	15
davon eingebürgert (Nicht EU/EFTA)	(23)	(19)	(2)	(85)	(4)	(2)	(15)	(13)
Nicht Österreich	77	49	5	64	28	20	36	28
davon EU/EFTA	(18)	(16)	(2)	(91)	(2)	(1)	(9)	(1)
davon sonstiges Ausland	59	33	3	56	26	18	44	38
<b>höchster Bildungsabschluss</b>	995	873	100	88	122	100	12	16
max. Pflichtschule	262	202	23	77	60	49	23	16
Lehre/mittlere Schule	500	455	52	91	45	37	9	21
Matura/Universität	233	216	25	93	17	14	7	16
<b>Haushalte mit Pension</b>								
<b>Zusammen</b>	<b>248</b>	<b>205</b>	<b>100</b>	<b>82</b>	<b>44</b>	<b>100</b>	<b>18</b>	<b>13</b>
Alleinlebend	73	53	26	74	19	44	26	14
Mehrpersonenhaushalte	176	151	74	86	24	56	14	8
<b>Haushalte ohne Pension</b>								
<b>Zusammen</b>	<b>947</b>	<b>848</b>	<b>100</b>	<b>90</b>	<b>99</b>	<b>100</b>	<b>10</b>	<b>25</b>
Alleinlebend	96	76	9	79	20	20	21	32
Mehrpersonenhalte ohne Kinder	272	252	30	93	19	20	7	15
Mehrpersonenhaushalte mit Kindern	580	521	61	90	59	60	10	25
<b>Haushalt mit</b>								
männlichem Hauptverdiener	857	781	74	91	77	54	9	13
weiblicher Hauptverdienerin	338	272	26	81	66	46	19	26
<b>Rechtsverhältnis an der Wohnung</b>								
Hauseigentum	686	639	61	93	47	33	7	19
Wohnungseigentum	129	115	11	89	(14)	(10)	(11)	24
Gemeindewohnung	54	42	4	77	(12)	(9)	(23)	12
Genossenschaft	99	88	8	89	(11)	(8)	(11)	24
sonst. Haupt-/Untermiete	150	112	11	75	38	27	25	31
mietfreie Wohnung/Haus	78	58	5	74	20	14	26	13

Quelle: Statistik Austria, EU-SILC 2008

Ein Vergleich der **Armutsgefährdungsquote zwischen Männern und Frauen zeigt**, dass letztere, mit Ausnahme der 20- bis 39- Jährigen, in **allen Altersgruppen eine höhere Armutsgefährdung aufweisen**. Besonders armutsgefährdet sind dabei Frauen über 65 Jahren (17%). Auch unter den Männern findet sich die höchste Armutsgefährdungsquote bei den über 65- Jährigen (14%). Dieser Geschlechterunterschied findet sich im Vergleich von Haushalten mit männlichem Hauptverdiener bzw. weiblicher Hauptverdienerin wieder. Erstere weisen eine Armutsgefährdungsquote von 9% auf, wohingegen diese bei Haushalten mit weiblicher Hauptverdienerin mit 19% mehr als doppelt so hoch ist.

Auch die hohe Bedeutung von Bildung für die Armutsgefährdung geht aus den vorliegenden Daten hervor. Während **Personen mit maximal Pflichtschulabschluss** eine Armutsgefährdungsquote von **23%** haben, ist diese bei Personen mit Lehre bzw. mittlerer Schule und bei Personen mit Matura bzw. Universität mit 9% und 7% deutlich geringer.

Von soziodemographischen Merkmalen abgesehen, ist auch der **Erwerbsstatus** einer Person bedeutend für deren Armutsgefährdung, wie aus folgender Tabelle ersichtlich wird.

Die höchste **Armutsgefährdung** mit **52%** betrifft Personen, deren **Haupteinkommensquelle Sozialleistungen** sind. In Zusammenhang damit steht auch die **hohe Armutsgefährdungsquote von Arbeitslosen (37%)**. Ebenso sind Personen, deren Haupttätigkeit im Haushalt liegt, zu 28% armutsgefährdet.

Erwerbstätigkeit verringert augenscheinlich das Armutsrisiko, da von den Vollzeit-Erwerbstätigen nur 4% und von den Teilzeit-Beschäftigten nur 11% armutsgefährdet sind. Im Vergleich dazu ist die **Armutsgefährdungsquote der Nicht-Erwerbstätigen mit 23%** beachtlich höher.

Betrachtet man die berufliche Stellung, so sind Facharbeiter (5%), Personen mit mittlerer Tätigkeit und Meister (2%) sowie Personen mit höherer Tätigkeit (0%) am geringsten von Armut gefährdet. Höher ist die Armutsgefährdungsquote bei Hilfsarbeitern (9%) und Selbstständigen (9%).

Bei **Selbstständigen**<sup>14</sup> könnte diese hohe Gefährdung mit der noch immer hohen Anzahl an Landwirten zusammenhängen, die als Selbstständige eingestuft werden und besonders häufig armutsgefährdet sind. Bei Landwirten ist die Quote auch deshalb so hoch, da diese zum Teil auch Selbstversorger sind und zum größten Teil Immobilien besitzen und dafür keine Miete zahlen müssen und dies bei den Einkommen nicht berücksichtigt wird. Das Einkommen von Selbstständigen<sup>15</sup> ist generell ungleicher verteilt als das der Unselbständigen. Ein Grund dafür ist, dass alle nicht unselbständigen Erwerbstätigkeiten wie Personen mit kurzfristigen Werkverträgen, freie Dienstnehmer, Freiberufler, Landwirte und Gewerbetreibende zusammengefasst sind.

---

<sup>14</sup> vgl. Statistik Austria, 2009

<sup>15</sup> Selbständigeneinkommen sind in der Erfassung besonders problematisch; Untererfassungen sowie etwaige Verluste können die Abbildung des tatsächlichen Lebensstandards erschweren.

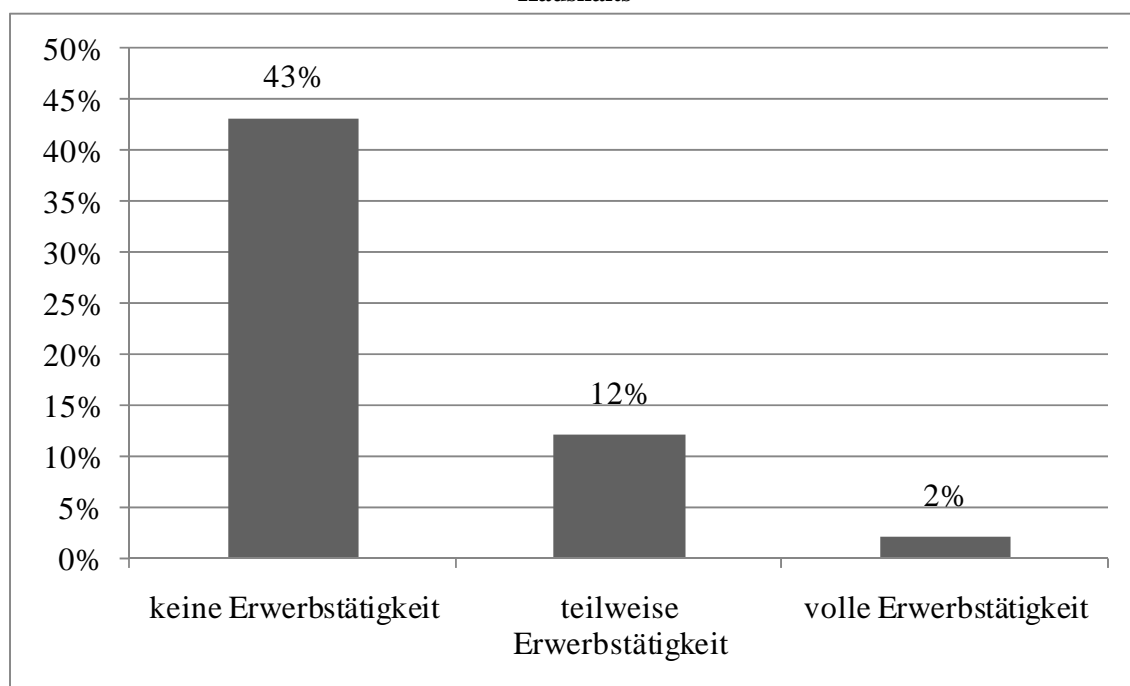
Tabelle 11: Armutsgefährdung in der Steiermark nach Erwerbsstatus

	Gesamt in 1.000	nicht armutsgefährdet			armutsgefährdet			Lücke in %
		in 1.000	Anteil in %	Quote in %	in 1.000	Anteil in %	Quote in %	
<b>Insgesamt</b>	<b>1.195</b>	<b>1.053</b>	<b>100</b>	<b>88</b>	<b>142</b>	<b>100</b>	<b>12</b>	<b>16</b>
<b>Haupttätigkeit (2008)</b>								
Erwerbstätig	502	477	45	95	25	18	5	25
davon Vollzeit	402	388	37	96	14	10	4	19
davon Teilzeit	99	88	8	89	(11)	(8)	(11)	26
Pension	281	243	23	87	38	26	13	12
Arbeitslos	(33)	(21)	(2)	(63)	(12)	(9)	(37)	(37)
Haushalt in Ausbildung	114 65	82 50	8 5	72 77	32 (15)	22 (10)	28 (23)	15 25
<b>Berufliche Stellung</b>								
nicht erwerbstätig	209	162	15	77	47	33	23	24
Hilfsarbeiter	117	106	10	91	(11)	(8)	(9)	24
Facharbeiter	111	106	10	95	(5)	(4)	(5)	21
Mittlere Tätigkeit, Meister	85	83	8	98	(2)	(1)	(2)	34
höhere/führende Tätigkeit	99	98	9	100	(0)	(0)	(0)	2
Selbständige	70	64	6	91	(7)	(5)	(9)	32
<b>Erwerbsintensität des Haushaltes</b>								
keine Erwerbstätigkeit	95	54	5	57	41	29	43	37
teilweise Erwerbstätigkeit	428	377	36	88	51	36	12	20
volle Erwerbstätigkeit	508	496	47	98	11	8	2	6
<b>Haupteinkommensquelle</b>								
unselbständige Arbeit	746	700	67	94	45	32	6	13
selbständige Arbeit	88	81	8	92	(7)	(5)	(8)	30
Sozialleistungen	81	39	4	48	42	30	52	37
Pensionen	268	224	21	84	44	31	16	13
private Einkommen	(13)	(8)	(1)	(65)	(4)	(3)	(35)	(71)

Quelle: Statistik Austria, EU-SILC 2008

Auffallend sind die beachtlichen Unterschiede in der Armutsgefährdung in Abhängigkeit von der **Erwerbsintensität** eines Haushaltes. Mit einer Armutsgefährdungsquote von 2% haben Haushalte mit voller Erwerbsintensität ein sehr geringes Armutsrisiko. Die Grafik veranschaulicht aber auch, dass mit abnehmender Erwerbsintensität eines Haushaltes dessen Armutsgefährdung stark zunimmt. So steigt die Armutsgefährdungsquote bei Haushalten mit teilweiser Erwerbsintensität auf 12% und weiter auf **43% bei Haushalten mit keiner Erwerbsintensität**. Dies veranschaulicht die positive Auswirkung von Erwerbstätigkeit bei der Reduzierung des Armutsrisikos. Nicht zu vergessen ist dennoch, dass es auch unter den Erwerbstätigen armutsgefährdete Personen gibt, die als „working poor“ bezeichnet werden (siehe dazu Kapitel 5.2.3).

**Abbildung 6: Vergleich der Armutsgefährdungsquote in der Steiermark nach Erwerbsintensität des Haushalts**



Quelle: Statistik Austria, EU-SILC 2008

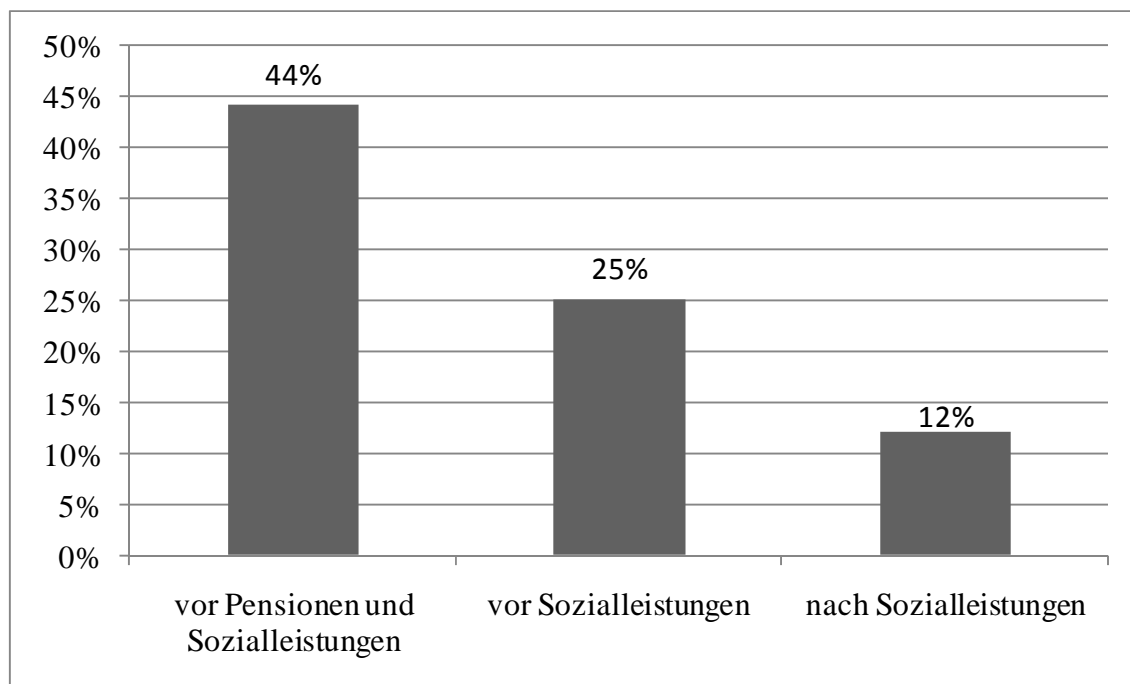
Die Betrachtung der Haupteinkommensquelle eines Haushaltes bestätigt diesen Zusammenhang. Kommt diese aus unselbstständiger oder selbstständiger Arbeit, beträgt die Armutsgefährdungsquote nur 6 bis 8%, wohingegen das Armutsrisiko bei hauptsächlichem Bezug von Sozialleistungen und Pensionen auf 52% bzw. 16% ansteigt.

Nachfolgende Grafik zeigt die armutsreduzierende Wirkung des österreichischen Sozialschutzes.

Deutlich zeigt sich, dass **ohne das System des Sozialschutzes 44% der steirischen Bevölkerung armutsgefährdet wären**. Hochgerechnet auf eine (hier verwendete) Bevölkerung von 1.195.000 Steirern wären dies 525.000 Menschen. Auch in Gesamtösterreich wären ohne Sozialschutz 43% der Bevölkerung oder 3.504.000 Menschen armutsgefährdet.

**Nach Pensionszahlungen wären in der Steiermark noch immer 25% und in Gesamtösterreich 24% armutsgefährdet. Erst nach den Sozialleistungen sinkt die Armutsgefährdungsquote auf 12% in der Steiermark und in ganz Österreich.**

Abbildung 7: Armutsgefährdung in der Steiermark vor und nach sozialen Transfers



Quelle: Statistik Austria, EU-SILC 2008

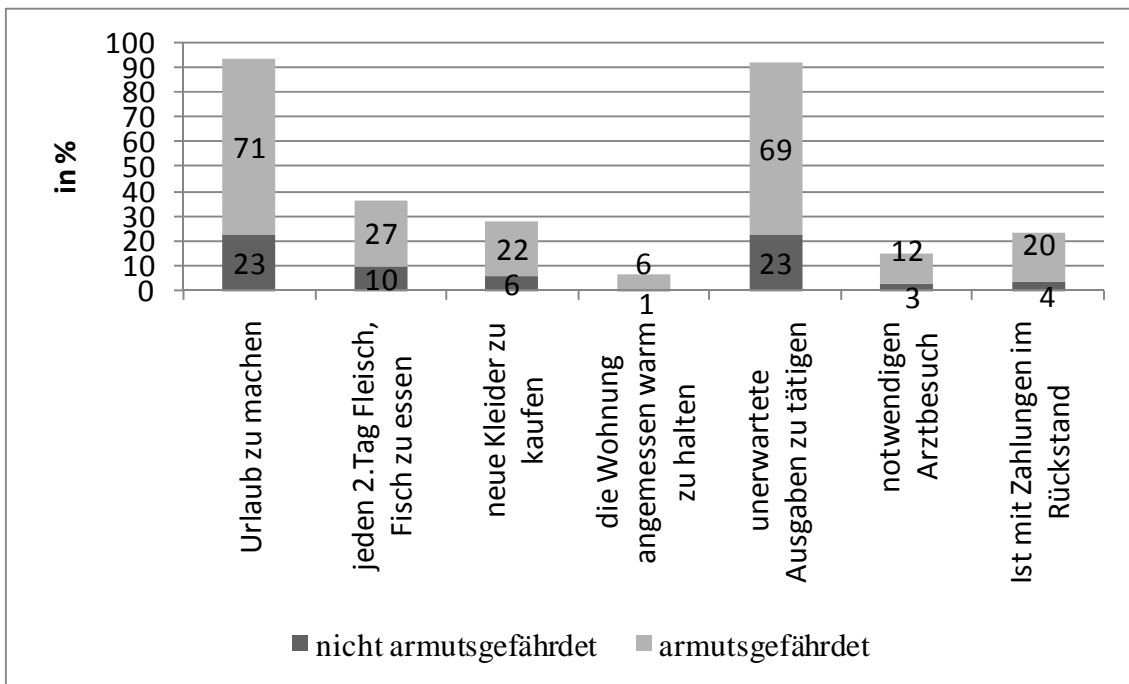
#### 4.1.3.3 Lebensbedingungen armutsgefährdeter Personen

Zur Veranschaulichung der Folgen von Armutsgefährdung wird hier zum Schluss noch ein kurzer Einblick in die Lebensbedingungen von Armutsgefährdeten bzw. Nicht-Armutsgefährdeten gegeben. Dabei geht es um die Teilhabe an primären wie sekundären Lebensbedingungen, die Gesundheitssituation und die Wohnbedingungen der Bevölkerung.

Die nachfolgende Abbildung zeigt sehr deutlich die unterschiedlichen Lebensbedingungen von armutsgefährdeten und nicht-armutsgefährdeten Personen. Alleine bei den hier betrachteten **primären Lebensbedingungen** ist die Anzahl derer, die sich diese Güter nicht leisten können, unter den Armutsgefährdeten zumindest doppelt so hoch wie unter den Nicht-Armutsgefährdeten.

**Die größten Schwierigkeiten bereiten „Urlaub machen“ und „unerwartete Ausgaben tätigen“, was sich 71% bzw. 69% der armutsgefährdeten Personen nicht leisten können.** Weiters können es sich 27% nicht leisten „jeden 2. Tag Fleisch/Fisch zu essen“ und 22% können es sich nicht leisten „neue Kleider zu kaufen“, während es nur 10% bzw. 6% der Nicht-Armutsgefährdeten so ergeht. 1% der Nicht-Armutsgefährdeten kann es sich nicht leisten „die Wohnung angemessen warm zu halten“, 3% kann sich einen „notwendigen Arztbesuch“ nicht leisten und 4% „ist mit Zahlungen im Rückstand“, wohingegen dies auf 6%, 12 % bzw. 20% der Armutsgefährdeten zutrifft.

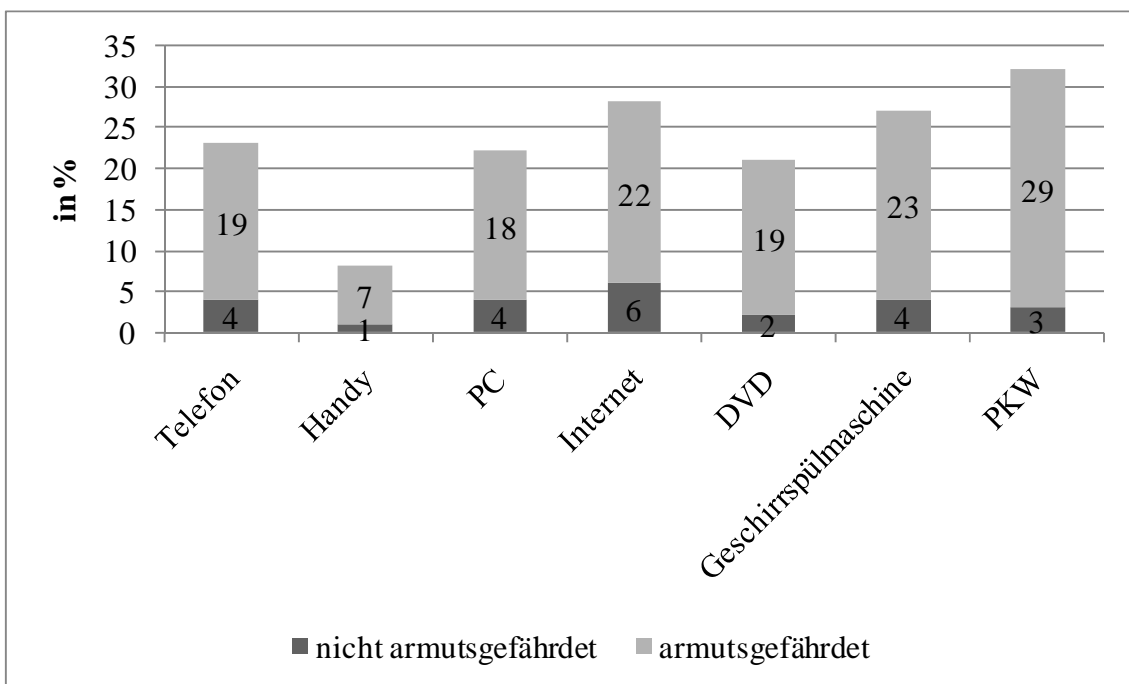
**Abbildung 8: Primäre Lebensbedingungen von Personen über/unter der Armutsgefährdungsschwelle in der Steiermark "...% kann sich nicht leisten..."**



Quelle: Statistik Austria, EU-SILC 2008

Auch eine Betrachtung der **sekundären Lebensbedingungen** zeigt die Benachteiligungen der armutsgefährdeten Bevölkerung in dieser Hinsicht.

**Abbildung 9: Sekundäre Lebensbedingungen für Personen über/unter der Armutsgefährdungsschwelle in der Steiermark "...% können sich nicht leisten..."**



Quelle: Statistik Austria, EU-SILC 2008



**Von den hier ausgewählten sekundären Lebensgütern ist der PKW das Gut, das sich der größte Anteil Armutsgefährdeter – 29% - nicht leisten kann.** Im Gegensatz können sich nur 3% der Nicht-Armutsgefährdeten keinen PKW leisten. Danach folgen die Geschirrspülmaschine und das Internet, die sich 23% bzw. 22% der Armutsgefährdeten nicht leisten können. Auch hier ist der Anteil unter den Nicht-Armutsgefährdeten beträchtlich geringer mit 4% bzw. 6%. Nur bei Handys scheinen die Bedingungen eher ausgeglichen, da sich 7% der Armutsgefährdeten und 1% der Nicht-Armutsgefährdeten deren Konsum nicht leisten können.

Natürlich gilt es bei der Betrachtung von fehlenden bzw. vorhandenen Konsumgütern zu bedenken, dass deren Vorkommen von spezifischen Konsumgewohnheiten abhängt und keinen direkten Rückschluss auf die finanzielle Situation erlaubt. So ist es durchaus einsichtig, dass Güter moderner Technik, wie ein PC, Internetanschluss oder ein DVD-Player, seltener in Haushalten von über 65- Jährigen zu finden sind. Später wird dieser Differenzierung noch nähere Bedeutung geschenkt, wenn auf das finanziell bedingte Fehlen bestimmter Güter eingegangen wird.

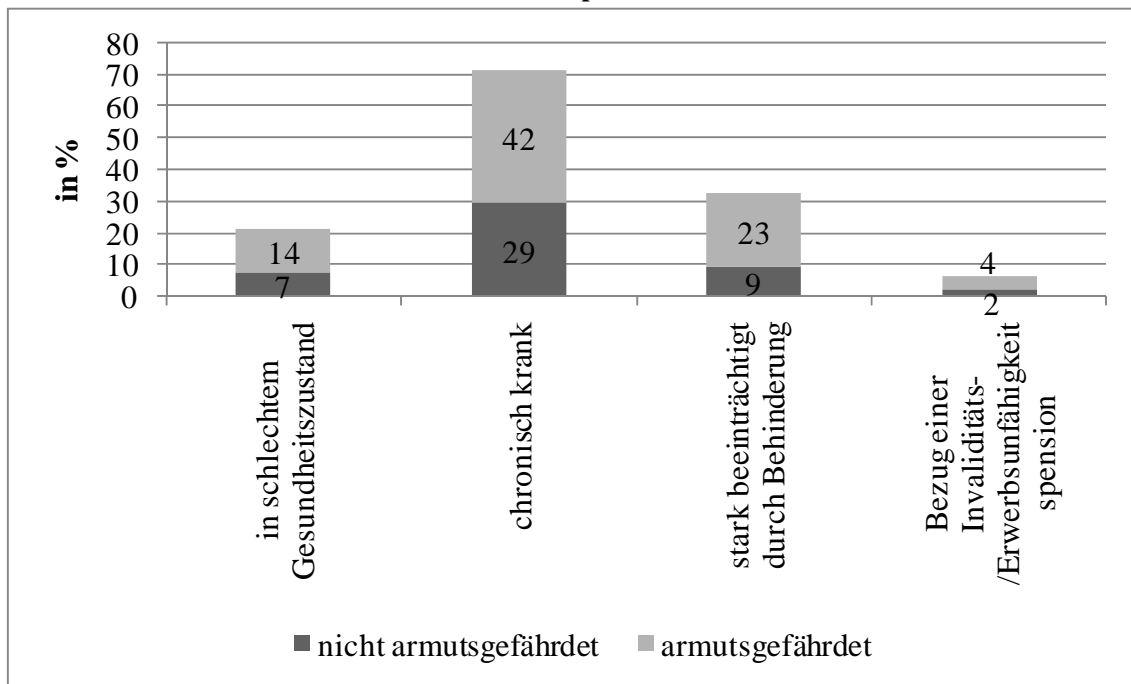
Weiters beeinflusst auch das **Rechtsverhältnis an der Wohnung** die Lebensbedingungen von Menschen, da dieses unmittelbar den Kostenaufwand für das Wohnen mitbestimmt. Nicht-Armutsgefährdete stehen im Vergleich zu Armutsgefährdeten viel öfter in einem Eigentumsverhältnis zu ihren Wohngegebenheiten. **So besitzen 61% der nicht-armutsgefährdeten Bevölkerung ein Haus und 11% eine Wohnung, während dies nur auf 33% bzw. 10% der armutsgefährdeten Personen zutrifft.** Diese leben dafür zu höheren Anteilen in Gemeindewohnungen (9%), Genossenschaftswohnungen (8%), sonstigen Haupt-/Untermieten (27%) und mietfreien Wohnungen/Häusern (14%).

Verglichen mit urbaneren Gebieten ist der Anteil der Hauseigentümer in der Steiermark sehr hoch. 57% der Steirer besitzen ein Haus, wohingegen es nur 7% in Wien und 48% in Gesamtösterreich sind.

Ebenso hat der armutsgefährdete Teil der Bevölkerung häufiger mit **Wohnproblemen** zu kämpfen. Während sich die Anteile bei Problemen mit „Kriminalität und Vandalismus“, „Luft- und Umweltverschmutzung“, „Lärm“ sowie „dunklen Räumen“, mit geringen Nachteilen für die Armutsgefährdeten, in etwa die Waage halten, sind Armutsgefährdete bei anderen Problemen erheblich größeren Belastungen ausgesetzt als Nicht-Armutsgefährdete. So müssen 20% (im Gegensatz zu 6%) „Überbelag“ in Kauf nehmen und 20% (im Vergleich zu 12%) beklagen „Schimmel und Feuchtigkeit“.

**Gesundheitsprobleme** sind ein weiterer Indikator zur Messung der Lebensbedingungen. Wie bereits an früherer Stelle erwähnt, ist nicht ganz klar, in welchem Zusammenhang Gesundheitszustand und Armut stehen. **Dennoch geht aus den Daten eindeutig hervor, dass 14% der Armutsgefährdeten und damit doppelt so viele wie Nicht-Armutsgefährdete sich als „in schlechtem Gesundheitszustand“ befindlich beschreiben.** Mit 42% „chronisch Kranken“ unter den Armutsgefährdeten ist auch dieser Anteil um 13 Prozentpunkte größer als unter den Nicht-Armutsgefährdeten. 23% der armutsgefährdeten Bevölkerung im Vergleich zu 9% der nicht-armutsgefährdeten Personen sind durch eine Behinderung beeinträchtigt und 4% im Gegensatz zu 2% beziehen eine Invaliditäts- bzw. Erwerbsunfähigkeitspension.

Abbildung 10: Prozent der Armutsgefährdeten und Nicht-Armutsgefährdeten in der Steiermark mit Gesundheitsproblemen



Quelle: Statistik Austria, EU-SILC 2008

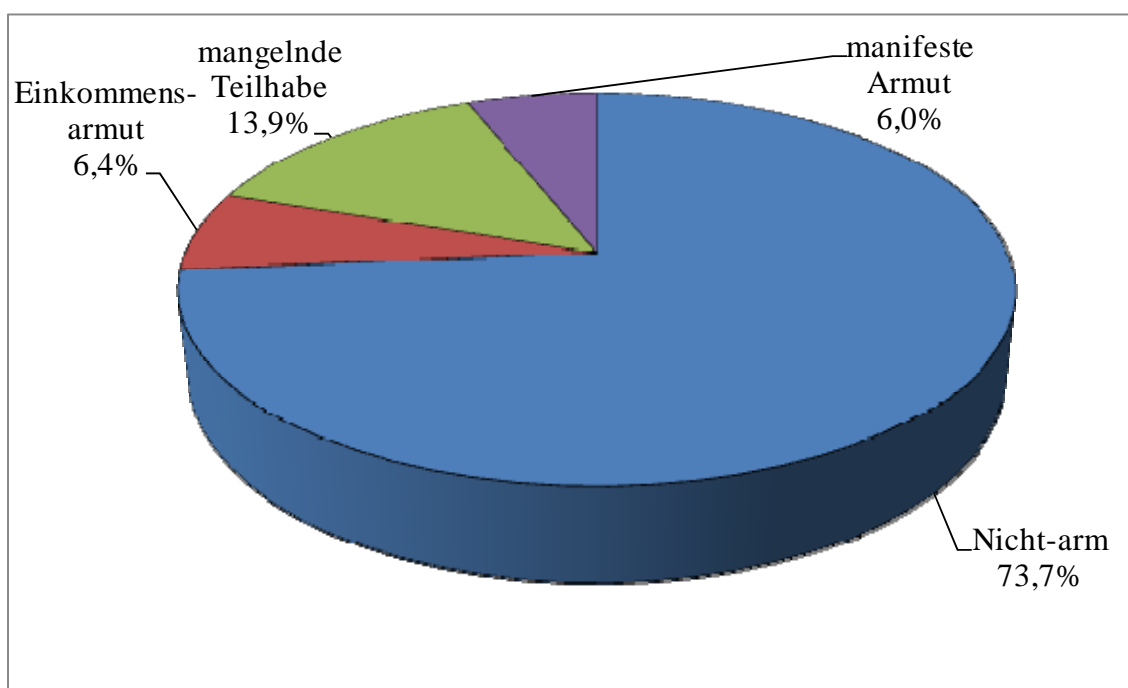
#### 4.1.3.4 Resümee

**Die Armutsgefährdungsquote ist laut EU-SILC 2008 in der Steiermark mit 11,9% um einen halben Prozentpunkt niedriger als in Österreich (12,4%).** Am stärksten von Armut gefährdet sind Nicht-Österreicher, Alleinstehende (in Haushalten mit oder ohne Pension), Personen in Haushalten mit weiblicher Hauptverdienerin, Personen mit maximal Pflichtschulabschluss, Frauen über 65 Jahre, sowie Personen, die in Gemeindewohnungen, sonstigen Haupt-/Untermieten oder mietfreien Wohnungen/Häusern wohnen. Deprivationen im Bereich primärer und sekundärer Lebensbedingungen sowie Benachteiligungen beim Wohnen werden von der armutsgefährdeten Bevölkerung deutlich öfter erlebt.

#### 4.1.4 Armutslagen in Österreich

Kommt man nun auf die anfangs erläuterte Typologie der Armutslagen zurück, so ergibt sich in Österreich (leider gibt es hierfür keine Daten für die Steiermark, jedoch dürfte der Unterschied eher gering sein) folgendes Bild: **Fast drei Viertel (73,7%) der österreichischen Bevölkerung sind nicht-arm**<sup>16</sup>. Allerdings leidet **13,9% an Deprivation ohne Einkommensarmut**, **6,4% sind einkommensarm**, aber dennoch sozial beteiligt, während weitere **6,0% der Österreicher und Österreicherinnen in manifester Armut leben**. Das bedeutet, dass ca. 492.000 Personen in Österreich sowohl unter niedrigem Einkommen als auch unter Deprivation leiden. Umgerechnet auf die Steiermark wären dies ca. 71.700 Menschen, die von manifester Armut betroffen sind.

Abbildung 11: Armutslagen in Österreich 2008



Quelle: Statistik Austria, EU-SILC 2008

Da sich die Definition der Armutslagen ab EU-SILC 2007 geändert hat, sind die Ergebnisse bis 2006 nicht vergleichbar. Allerdings hat sich der Anteil der österreichischen Bevölkerung, der in manifester Armut lebt, mit 6% gegenüber 2006 nicht geändert.

<sup>16</sup> Vorsicht ist bei der Unterscheidung von „nicht-arm“ und „nicht-armutsgefährdet“ zu geben: Nicht-arm bedeutet, dass Personen weder Einkommensarmut noch Deprivation erleiden. Nicht-armutsgefährdet bezieht sich hingegen nur auf das Einkommen, das in diesem Fall über der Armutsgefährdungsschwelle, also mehr als 60% des Medianäquivalenzeinkommens, liegen muss. Nicht-arm sind 73,7% der Österreicher wohingegen 87,6% der Österreicher nicht-armutsgefährdet sind (die Armutsgefährdungsquote für Österreich beträgt 12,4%; für die Steiermark 11,9%).

## 4.2 Lebensbedingungen in der Steiermark

Um die Lebenssituation möglichst umfassend darzustellen, wurden nicht nur die Einkommensverhältnisse analysiert, sondern auch die wichtigsten Lebensbereiche, die Aufschluss über die Lebensqualität der Steirer und Steirerinnen geben können: Konsum-, Wohn- und Gesundheitssituation. Zusätzlich wurde auf die allgemeine Lebenszufriedenheit der Bevölkerung eingegangen.

### 4.2.1 Konsum

Einkommen ist nicht der einzige Indikator für Armut. In EU-SILC 2008, wie auch die Jahre davor, werden zusätzlich zum Einkommen, das als indirektes Maß für den Lebensstandard dient, auch direkte Merkmale des Lebensstandards erhoben, um ein vollständigeres Bild von den Lebensbedingungen in der Steiermark zu erhalten. Bedeutend ist hierbei vor allem das Vorhandensein bestimmter Konsumgüter wie PC, Handy oder PKW sowie die Möglichkeit sich bestimmte primäre Lebensgüter wie Urlaub oder neue Kleider leisten zu können.

Gemäß nachfolgender Tabelle verfügen im Jahr 2008 63% der **steirischen Gesamtbevölkerung** über Internet, 73% über DVDs, 71% über PCs, 81% über Geschirrspüler, 87% über PKWs, 62% über Telefone und 93% über Handys<sup>17</sup>.

Im Vergleich zu Gesamtösterreich schwanken die meisten Anteile nur um +/-3%. Größere Unterschiede gibt es nur beim Besitz von Geschirrspülmaschinen. Österreichweit sind die Konsumanteile hier bei 76%. Außer bei den Festnetzanschlüssen hat Vorarlberg überall die höchsten Anteilswerte. Generell steigen die Anteile bei allen Konsumgütern, außer bei den Festnetztelefonen, in allen Bundesländern leicht.

Eine genauere Betrachtung der einzelnen Konsumgüter zeigt, dass die Mehrheit der Steirer mindestens über eines der beiden Kommunikationsmittel – **Handy** oder **Festnetztelefon** – verfügt. In beinahe allen Fällen überwiegt mittlerweile der Besitz von Handys gegenüber dem von Festnetztelefonen. Eine Ausnahme davon bilden Männer sowie Frauen über 65 Jahren sowie Haushalte mit Pension. Hier dürfte allerdings das höhere Alter ausschlaggebend für den unterdurchschnittlichen Handybesitz (von 77% bzw. 65% und 74%) sein und nicht dessen finanzielle Unleistbarkeit. Die eben angesprochenen Bevölkerungsgruppen sind als Ausgleich dafür zu 84% bzw. 87% und 79% in Besitz eines Festnetztelefons. Bei den restlichen Bevölkerungsgruppen scheint dafür umgekehrt das Handy Ersatz für ein nicht vorhandenes Festnetztelefon zu sein. So haben unter den bis 39-Jährigen weniger als 60% ein Telefon, aber dafür beinahe alle (99% bzw. 100%) ein Handy. Nicht-Österreicher sind in ebenso unterdurchschnittlichem Telefonbesitz (51%), haben dafür aber zu 94% ein Handy. In Bezug auf den höchsten Bildungsabschluss verfügen Personen mit maximal Pflichtschulabschluss

---

<sup>17</sup> 2004 noch waren 42% der steirischen Bevölkerung im Besitz von Internet, 46% von DVDs, 64% von PCs, 73% von Geschirrspülern, 88% von PKWs, 77% von Telefonen und 89% von Handys; 2006 waren 43% der steirischen Bevölkerung im Besitz von Internet, 60% von DVDs, 64% von PCs, 76% von Geschirrspülern, 87% von PKWs, 71% von Telefonen und 90% von Handys.

mit nur 84% in unterdurchschnittlichem Maße über ein Handy und haben auch nur zu 64% ein Festnetztelefon. Bei Personen mit höherem Bildungsabschluss sinkt der Anteil der Telefonbesitzer noch weiter, jedoch haben unter ihnen 92% bzw. 98% ein Handy. Auffallend ist noch, dass Haushalte mit weiblicher Hauptverdienerin nicht nur in geringerer Zahl über Telefon und Handy als Haushalte mit männlichem Hauptverdiener verfügen, sondern dass sie mit 60%-igem Telefonbesitz und 85%-igem Handybesitz auch in beiden Fällen unter dem steirischen Durchschnitt liegen.

Der Besitz eines **PKW** ist in der Steiermark aufgrund der ländlichen Abgeschiedenheit oft sehr wichtig und so zeigt die Tabelle auch, dass **87%** der Haushalte einen solchen besitzen. Vergleicht man den PKW-Besitz zwischen den Geschlechtern, so erkennt man eine kleine Differenz zugunsten der Männer, die mit 90% öfter über einen PKW verfügen als Frauen mit 85%. Bei genauerer Betrachtung wird ersichtlich, dass dieses Ungleichgewicht vor allem durch die Altersgruppe der über 65-Jährigen ausgelöst wird, in der zwar 87% der Männer aber nur 62% der Frauen einen PKW besitzen. Nichts desto trotz zeigt sich der geschlechtsspezifische Unterschied auch im Vergleich von Haushalten mit männlichem Hauptverdiener bzw. weiblicher Hauptverdienerin. Während 93% der ersteren über einen PKW verfügen, tun dies bei Zweiteren nur 73%. Hinsichtlich der Staatsbürgerschaft haben Österreicher mit 89% deutlich öfter einen PKW als Nicht-Österreicher, unter denen der Anteil nur 63% beträgt. Nach höchstem Bildungsabschluss besitzen Steirer mit Lehre oder mittlerer Schule und Personen mit Matura oder Universitätsabschluss mit 90% am öftesten einen PKW und Personen mit Pflichtschulabschluss zu 74%. Weiters haben 72% der Haushalte mit Pension und 91% der Haushalte ohne Pension einen PKW, wobei dieser Unterschied möglicherweise durch die unterschiedliche Altersstruktur erklärbar ist.

Das Vorhandensein eines **Geschirrspülers** dient als weiterer Indikator für den Lebensstandard. In der steirischen Gesamtbevölkerung besitzen **81%** einen solchen. Dabei gibt es keinen nennenswerten Unterschied zwischen Männern und Frauen, auffallend ist nur, dass unter den über 65-Jährigen der Besitz von Geschirrspülern deutlich geringer ist als in jüngeren Altersgruppen. Österreicher besitzen mit 82% deutlich öfter dieses Konsumgut als Nicht-Österreicher, von denen nur 67% einen Geschirrspüler haben. Hinsichtlich des höchsten Bildungsabschlusses, nimmt der Besitz von Geschirrspülern mit steigendem Bildungsniveau zu. Eine klare Differenz zeigt sich auch zwischen Haushalten mit männlichem Hauptverdiener und weiblicher Hauptverdienerin. 84% der ersteren haben einen Geschirrspüler, aber nur 73% der letzteren. Auch zwischen Haushalten mit und ohne Pension ist ein großer Unterschied zu erkennen. 66% der Haushalte mit Pension haben einen Geschirrspüler im Vergleich zu 85% der Haushalte ohne Pension. Ruft man sich die Aussage über den altersabhängigen Besitz von Geschirrspülern unter Männern wie Frauen in Erinnerung, so kann man annehmen, dass auch hierbei die unterschiedliche Altersstruktur der Haushalte maßgeblichen Einfluss hat.

Beim Besitz von **Internet**, **DVD** und **PC** sind die Konsummuster relativ ähnlich. Es gibt kaum Unterschiede zwischen Männern und Frauen, jedoch sehr wohl zwischen Haushalten mit männlichem Hauptverdiener (68%, 77%, 76%) und weiblicher Hauptverdienerin (50%, 64%, 58%). Personen über 65 Jahren, Nicht-Österreicher, Haushalte mit Pension und Personen mit niedrigem Bildungsabschluss verfügen in unterdurchschnittlichem Maße über diese Konsumgüter. Allerdings steigen die Anteile dieser drei Konsumgüter in den letzten Jahren deutlich an.

**Tabelle 12: Vorhandensein von Konsumgütern im Haushalt nach soziodemographischen Merkmalen 2008  
in der Steiermark**

... % besitzen ...	Gesamt		Internet		DVD		PC		Geschirrspülmaschine		PKW		Telefon		Handy	
	in 1.000	in 1.000	in %	in 1.000	in %	in 1.000	in %	in 1.000	in %	in 1.000	in %	in 1.000	in %	in 1.000	in %	
<b>Insgesamt</b>	<b>1.195</b>	<b>749</b>	<b>63</b>	<b>873</b>	<b>73</b>	<b>849</b>	<b>71</b>	<b>965</b>	<b>81</b>	<b>1.043</b>	<b>87</b>	<b>738</b>	<b>62</b>	<b>1.107</b>	<b>93</b>	
<b>Männer</b>																
<b>Zusammen</b>	<b>573</b>	<b>377</b>	<b>66</b>	<b>429</b>	<b>75</b>	<b>421</b>	<b>73</b>	<b>463</b>	<b>81</b>	<b>516</b>	<b>90</b>	<b>344</b>	<b>60</b>	<b>542</b>	<b>94</b>	
bis 19 Jahre	130	108	83	119	91	120	92	117	90	125	96	74	56	129	99	
20 bis 39 Jahre	162	120	74	139	86	132	82	135	83	139	86	74	46	160	99	
40 bis 64 Jahre	187	119	64	134	72	136	73	144	77	170	91	117	63	180	96	
65 Jahre +	94	31	33	37	39	33	35	67	71	82	87	79	84	72	77	
<b>Frauen</b>																
<b>Zusammen</b>	<b>622</b>	<b>371</b>	<b>60</b>	<b>443</b>	<b>71</b>	<b>429</b>	<b>69</b>	<b>502</b>	<b>81</b>	<b>527</b>	<b>85</b>	<b>394</b>	<b>63</b>	<b>565</b>	<b>91</b>	
bis 19 Jahre	135	106	78	120	89	119	88	120	89	125	93	73	54	135	100	
20 bis 39 Jahre	164	116	71	140	85	137	83	141	86	147	90	82	50	163	100	
40 bis 64 Jahre	179	109	61	129	72	127	71	147	82	164	92	113	63	173	97	
65 Jahre +	144	40	28	55	38	46	32	94	65	90	62	126	87	94	65	
<b>Staatsbürgerschaft</b>																
Österreich	1.118	708	63	824	74	799	71	913	82	995	89	699	62	1.035	93	
davon eingebürgert (Nicht EU/EFTA)	(23)	(11)	(47)	(17)	(74)	(13)	(57)	(12)	(53)	(15)	(67)	(13)	(55)	(20)	(89)	
Nicht Österreich	77	40	52	48	63	51	66	52	67	48	63	40	51	72	94	
davon EU/EFTA	(18)	(15)	(87)	(15)	(85)	(17)	(93)	(14)	(77)	(16)	(91)	(14)	(79)	(18)	(100)	
davon sonstiges Ausland	59	25	42	33	56	34	58	38	64	32	54	26	43	55	92	
<b>höchster Bildungsabschluss</b>																
max. Pflichtschule	262	114	44	143	55	133	51	180	69	194	74	167	64	219	84	
Lehre/mittlere Schule	500	291	58	357	71	340	68	410	82	451	90	317	63	461	92	
Matura/Universität	233	181	78	188	81	198	85	196	84	210	90	144	62	228	98	
<b>Haushalte mit Pension</b>																
<b>Zusammen</b>	<b>248</b>	<b>66</b>	<b>27</b>	<b>88</b>	<b>36</b>	<b>74</b>	<b>30</b>	<b>163</b>	<b>66</b>	<b>178</b>	<b>72</b>	<b>197</b>	<b>79</b>	<b>183</b>	<b>74</b>	
Alleinlebend	73	(3)	(5)	(12)	(16)	(7)	(10)	(31)	(42)	(25)	(34)	(56)	(77)	(33)	(46)	
Mehrpersonenhaushalte	176	63	36	77	44	67	38	132	75	153	87	141	80	150	85	
<b>Haushalte ohne Pension</b>																
<b>Zusammen</b>	<b>947</b>	<b>682</b>	<b>72</b>	<b>784</b>	<b>83</b>	<b>775</b>	<b>82</b>	<b>802</b>	<b>85</b>	<b>865</b>	<b>91</b>	<b>541</b>	<b>57</b>	<b>924</b>	<b>98</b>	
Alleinlebend	96	49	51	61	63	54	56	57	59	68	71	22	23	88	92	
Mehrpersonenhaushalte ohne Kinder	272	159	58	205	75	200	74	231	85	249	92	184	68	258	95	
Mehrpersonenhaushalte mit Kindern	580	475	82	519	90	522	90	515	89	548	94	335	58	577	100	
<b>Haushalt mit männlichem Hauptverdiener</b>	857	581	68	657	77	655	76	719	84	796	93	536	62	819	95	
<b>weiblicher Hauptverdienerin</b>	338	167	50	215	64	194	58	246	73	247	73	202	60	288	85	

Quelle: Statistik Austria, EU-SILC 2008

Folgende Tabelle zeigt das Vorhandensein dieser Konsumgüter in Abhängigkeit vom **Erwerbsstatus**.

**Tabelle 13: Vorhandensein von Konsumgütern im Haushalt nach Erwerbsstatus 2008 in der Steiermark**

... % besitzen ...	Gesamt		Internet		DVD		PC		Geschirrspülmaschine		PKW		Telefon		Handy	
	in 1.000	in 1.000	in %	in 1.000	in %	in 1.000	in %	in 1.000	in %	in 1.000	in %	in 1.000	in %	in 1.000	in %	
<b>Insgesamt</b>	<b>1.195</b>	<b>749</b>	<b>63</b>	<b>873</b>	<b>73</b>	<b>849</b>	<b>71</b>	<b>965</b>	<b>81</b>	<b>1.043</b>	<b>87</b>	<b>738</b>	<b>62</b>	<b>1.107</b>	<b>93</b>	
<b>Haupttätigkeit (2008)</b>																
Erwerbstätig	502	356	71	423	84	408	81	435	87	474	94	284	57	496	99	
davon Vollzeit	402	283	70	339	84	324	81	345	86	379	94	227	56	397	99	
davon Teilzeit	99	73	74	84	85	84	84	91	91	95	95	57	57	99	99	
Pension	281	100	35	122	43	113	40	198	70	213	76	230	82	212	75	
Arbeitslos	(33)	(18)	(53)	(22)	(65)	(20)	(60)	(19)	(58)	(20)	(59)	(10)	(31)	(30)	(90)	
Haushalt	114	59	52	74	65	71	62	78	69	94	82	62	55	104	92	
in Ausbildung	65	54	83	48	74	59	91	55	86	55	85	41	64	65	100	
<b>Berufliche Stellung</b>																
nicht erwerbstätig	209	122	58	138	66	143	68	152	73	167	80	116	55	199	95	
Hilfsarbeit	117	67	57	96	82	82	70	91	78	106	90	51	44	114	97	
Facharbeit	111	79	71	98	88	91	82	98	88	110	99	62	56	111	100	
Mittlere Tätigkeit, Meister	85	62	73	70	83	70	83	73	85	78	92	48	57	85	100	
Höhere Tätigkeit	49	44	90	44	89	46	93	44	89	48	97	27	55	48	98	
Hochqualifizierte Tätigkeit	49	43	88	41	83	48	97	47	96	44	89	28	57	49	100	
Selbständige	70	46	65	55	79	51	72	62	89	68	97	54	77	70	99	
<b>Erwerbsintensität des Haushaltes</b>																
keine Erwerbstätigkeit	95	34	35	34	36	40	42	59	61	64	67	49	52	88	92	
teilweise Erwerbstätigkeit	428	306	71	363	85	353	82	359	84	390	91	237	55	424	99	
volle Erwerbstätigkeit	508	382	75	432	85	428	84	446	88	487	96	315	62	499	98	
<b>Haupteinkommensquelle</b>																
unselbständige Arbeit	746	560	75	651	87	645	87	650	87	700	94	399	54	736	99	
selbständige Arbeit	88	63	71	68	78	64	72	77	88	85	96	75	86	85	97	
Sozialleistungen	81	34	42	40	50	40	49	46	57	50	62	39	49	73	91	
Pensionen	268	85	32	105	39	93	35	182	68	198	74	217	81	202	75	
private Einkommen	(13)	(7)	(54)	(8)	(61)	(8)	(62)	(9)	(74)	(11)	(83)	(7)	(58)	(10)	(76)	

Quelle: Statistik Austria, EU-SILC 2008

Ein erster Blick auf diese Tabelle zeigt, dass hinsichtlich der Konsummöglichkeiten **kaum Unterschiede zwischen Vollzeit- und Teilzeit-Erwerbstätigen** bestehen. Nicht-Erwerbstätige haben vor allem in geringeren Anteilen Internet, DVD, PC und Geschirrspülmaschine. Ebenso besitzen Pensionsbezieher in geringerem Maße die betrachteten Konsumgüter. Mit Ausnahme des schon festgestellten hohen Telefonbesitzes verfügen sie über alle anderen Güter in unterdurchschnittlichem Ausmaß. Erwerbstätige gleich welcher beruflichen Stellung verfügen zumeist in durchschnittlichem Anteil über diese Konsumgüter und es finden sich nur graduelle Unterschiede.

Ein Handy besitzen 93% der steirischen Bevölkerung, und wie diese Tabelle veranschaulicht, gibt es kaum Unterschiede in Abhängigkeit vom Erwerbsstatus. Nur Personen in Pension besitzen mit 75% seltener ein Handy. Dafür besitzen Pensionsbezieher mit 81% relativ oft ein Festnetztelefon. Einen ebenso hohen Telefonbesitz haben Selbstständige mit 86%. Bei allen Erwerbstätigen ist zwischen 91% und 96% ein PKW vorhanden. Nicht-Erwerbstätige (80%) und Pensionsempfänger (76%) haben seltener einen PKW. In der Steiermark haben 81% der Bevölkerung einen Geschirrspüler. Unter diesem Schnitt liegen Personen, die Sozialleistungen beziehen (57%), Arbeitslose (58%), mit Pension (70%), im Haushalt Tätige (69%), Nicht-Erwerbstätige (73%) und Hilfsarbeiter (78%). PC bzw. Internet haben 71% bzw. 63% der Steirer. Seltener ist das Vorhandensein dieser IT-Zugänge bei Pensionsbeziehern (40% bzw. 35%), bei Sozialleistungsbeziehern (49% bzw. 42%), bei im Haushalt Tätigen (62% bzw. 52%) und bei Arbeitslosen (60% bzw. 53%). Besonders stark verbreitet sind diese Güter unter den in Ausbildung Befindlichen (91% bzw. 83%) sowie unter Personen mit höherer und hochqualifizierter Tätigkeit (97% bzw. 90%). DVDs finden sich bei 73% der steirischen Bevölkerung, allerdings nur bei 43% der Pensionsempfänger, bei 65% der im Haushalt Beschäftigten und bei 50% deren Haupteinkommensquelle die Sozialleistung ist.

#### **4.2.1.1 Resümee**

Der vorige Abschnitt hat gezeigt, dass im Bereich des Konsums starke Differenzen zwischen verschiedenen Bevölkerungsgruppen bestehen. Stärker benachteiligt sind vor allem Pensionsbezieher, Alleinstehende, Nicht-Österreicher, Personen in Haushalten mit weiblicher Hauptverdienerin, sowie Personen mit niedriger Bildung. Ebenso treten Benachteiligungen bei Personen auf, die im Haushalt tätig, nicht-erwerbstätig sind oder Sozialleistungen beziehen. Es soll aber noch einmal darauf verwiesen werden, dass das Fehlen der ausgewählten Güter noch kein Beweis dafür ist, dass diese aus finanziellen Gründen nicht leistbar sind. Deshalb wird im nächsten Abschnitt auf finanzielle Einschränkungen eingegangen.

#### **4.2.2 Finanzielle Einschränkungen**

In diesem Abschnitt werden finanziell bedingte Konsumeinschränkungen betrachtet. Das finanziell bedingte Fehlen von Grundbedürfnissen wird zur Berechnung der Anteile der Bevölkerung herangezogen, die in manifester Armut leben.



**Tabelle 14: Aus finanziellen Gründen fehlende Konsumgüter nach soziodemographischen Merkmalen im Jahr 2008 in der Steiermark**

... % können sich nicht leisten	Gesamt		Internet		DVD		PC		Geschirrspülmaschine		PKW		Telefon		Handy	
	in 1.000	in 1.000	in %	in 1.000	in %	in 1.000	in %	in 1.000	in %	in 1.000	in %	in 1.000	in %	in 1.000	in %	
<b>Insgesamt</b>	<b>1.195</b>	<b>99</b>	<b>8</b>	<b>48</b>	<b>4</b>	<b>68</b>	<b>6</b>	<b>76</b>	<b>6</b>	<b>69</b>	<b>6</b>	<b>70</b>	<b>6</b>	<b>21</b>	<b>2</b>	
<b>Männer</b>																
<b>Zusammen</b>	<b>573</b>	<b>46</b>	<b>8</b>	<b>23</b>	<b>4</b>	<b>30</b>	<b>5</b>	<b>33</b>	<b>6</b>	<b>30</b>	<b>5</b>	<b>33</b>	<b>6</b>	<b>(9)</b>	<b>(2)</b>	
bis 19 Jahre	130	(8)	(6)	(3)	(3)	(4)	(3)	(6)	(4)	(5)	(4)	(9)	(7)	(0)	(0)	
20 bis 39 Jahre	162	(13)	(8)	(7)	(5)	(10)	(6)	(11)	(7)	(12)	(7)	(8)	(5)	(1)	(1)	
40 bis 64 Jahre	187	18	10	(7)	(4)	(13)	(7)	(14)	(8)	(9)	(5)	(12)	(7)	(0)	(0)	
65 Jahre +	94	(8)	(8)	(5)	(6)	(3)	(4)	(2)	(3)	(5)	(5)	(3)	(4)	(7)	(8)	
<b>Frauen</b>																
<b>Zusammen</b>	<b>622</b>	<b>53</b>	<b>8</b>	<b>26</b>	<b>4</b>	<b>37</b>	<b>6</b>	<b>43</b>	<b>7</b>	<b>39</b>	<b>6</b>	<b>37</b>	<b>6</b>	<b>12</b>	<b>2</b>	
bis 19 Jahre	135	(14)	(10)	(4)	(3)	(9)	(6)	(9)	(7)	(8)	(6)	(10)	(8)	(0)	(0)	
20 bis 39 Jahre	164	(11)	(7)	(7)	(4)	(8)	(5)	(12)	(8)	(8)	(5)	(10)	(6)	(0)	(0)	
40 bis 64 Jahre	179	20	11	(10)	(5)	16	9	(13)	(7)	(9)	(5)	(13)	(7)	(1)	(0)	
65 Jahre +	144	(8)	(5)	(5)	(3)	(6)	(4)	(8)	(6)	15	10	(3)	(2)	(11)	(8)	
<b>Staatsbürgerschaft</b>																
Österreich	1.118	72	6	28	3	51	5	61	5	44	4	53	5	18	2	
davon eingebürgert (Nicht EU/EFTA)	(23)	(6)	(25)	(1)	(5)	(5)	(20)	(3)	(13)	(4)	(19)	(2)	(10)	(1)	(5)	
Nicht Österreich	77	27	35	(20)	(26)	(17)	(22)	(16)	(20)	26	34	(17)	(22)	(3)	(4)	
davon EU/EFTA	(18)	(1)	(3)	(0)	(0)	(0)	(0)	(2)	(11)	(1)	(4)	(0)	(0)	(0)	(0)	
davon sonstiges Ausland	59	27	45	(20)	(34)	(17)	(29)	(14)	(23)	25	42	(17)	(28)	(3)	(5)	
<b>höchster Bildungsabschluss</b>																
max. Pflichtschule	262	33	13	24	9	27	10	33	12	33	13	23	9	(9)	(3)	
Lehre/mittlere Schule	500	42	8	16	3	29	6	26	5	19	4	24	5	(11)	(2)	
Matura/Universität	233	(9)	(4)	(4)	(2)	(4)	(2)	(7)	(3)	(8)	(3)	(8)	(4)	(1)	(0)	
<b>Haushalte mit Pension</b>																
<b>Zusammen</b>	<b>248</b>	<b>(14)</b>	<b>(5)</b>	<b>(10)</b>	<b>(4)</b>	<b>(11)</b>	<b>(5)</b>	<b>17</b>	<b>7</b>	<b>22</b>	<b>9</b>	<b>(6)</b>	<b>(2)</b>	<b>16</b>	<b>6</b>	
Alleinlebend	73	(6)	(8)	(5)	(7)	(7)	(10)	(7)	(10)	(11)	(15)	(3)	(4)	(9)	(13)	
Mehrpersonenhaushalte	176	(8)	(4)	(5)	(3)	(5)	(3)	(10)	(6)	(11)	(6)	(3)	(2)	(7)	(4)	
<b>Haushalte ohne Pension</b>																
<b>Zusammen</b>	<b>947</b>	<b>85</b>	<b>9</b>	<b>38</b>	<b>4</b>	<b>56</b>	<b>6</b>	<b>59</b>	<b>6</b>	<b>47</b>	<b>5</b>	<b>64</b>	<b>7</b>	<b>(5)</b>	<b>(0)</b>	
Alleinlebend	96	(12)	(13)	(5)	(5)	(13)	(13)	(12)	(13)	(11)	(12)	(7)	(7)	(1)	(1)	
Mehrpersonenhaushalte ohne Kinder	272	24	9	(12)	(4)	13	5	(13)	(5)	(11)	(4)	(11)	(4)	(3)	(1)	
Mehrpersonenhaushalte mit Kindern	580	49	8	(21)	(4)	31	5	34	6	25	4	46	8	(1)	(0)	
<b>Haushalt mit</b>																
männlichem Hauptverdiener	857	53	6	24	3	26	3	35	4	26	3	32	4	(11)	(1)	
weiblicher Hauptverdienerin	338	46	14	24	7	42	12	41	12	43	13	38	11	(9)	(3)	

Quelle: Statistik Austria, EU-SILC 2008

Schon ein erster Blick auf die oben stehende Tabelle zeigt, dass der Anteil der Personen, die sich diese ausgewählten Konsumgüter aus finanziellen Gründen nicht leisten können, deutlich niedriger ist als der Anteil derer, die aus offensichtlich anderen Gründen dieselben Güter nicht zu besitzen angaben.

**Aufgrund fehlender finanzieller Mittel können sich in der Steiermark 8% kein Internet, 4% keine DVDs, 6% keinen PC, 6% keinen Geschirrspüler, 6% keinen PKW, 6% kein Telefon und 2% kein Handy leisten<sup>18</sup>.** Wie diese Zahlen zeigen, ist das Fehlen von Konsumgütern nur in geringem Maße finanziell bedingt. Erklärungen für ihr Fehlen müssen dann wohl eher in den persönlichen Bedürfnis- und Wunschstrukturen bzw. Konsumgewohnheiten gesucht werden.

Dennoch sind manche Bevölkerungsgruppen stärker von Konsumeinschränkungen aus finanziellen Gründen betroffen. So können sich 35% der Nicht-Österreicher kein Internet, 22% keinen PC, 34% keinen PKW und 22% kein Telefon leisten. Auch von den Haushalten mit weiblicher Hauptverdienerin können sich 14% kein Internet und 12% keinen PC, 12% keine Geschirrspülmaschine und 13% keinen PKW leisten. Ebenso können Personen, die maximal einen Pflichtschulabschluss haben, sich häufiger aus finanziellen Gründen bestimmte Konsumgüter nicht leisten. Gegenteilig zeigt sich die Situation der Pensionsbezieher, die in unterdurchschnittlichem Maße angaben, im Besitz der betrachteten Konsumgüter zu sein.

Die Anteile der Haushalte mit Pension, die sich tatsächlich aus finanziellen Gründen jene Güter nicht leisten können, bewegen sich zwischen 4% und 7%. Einzig einen PKW können sich 9% der Haushalte mit Pension nicht leisten, doch auch dieser Wert liegt nur wenig über dem Durchschnitt.

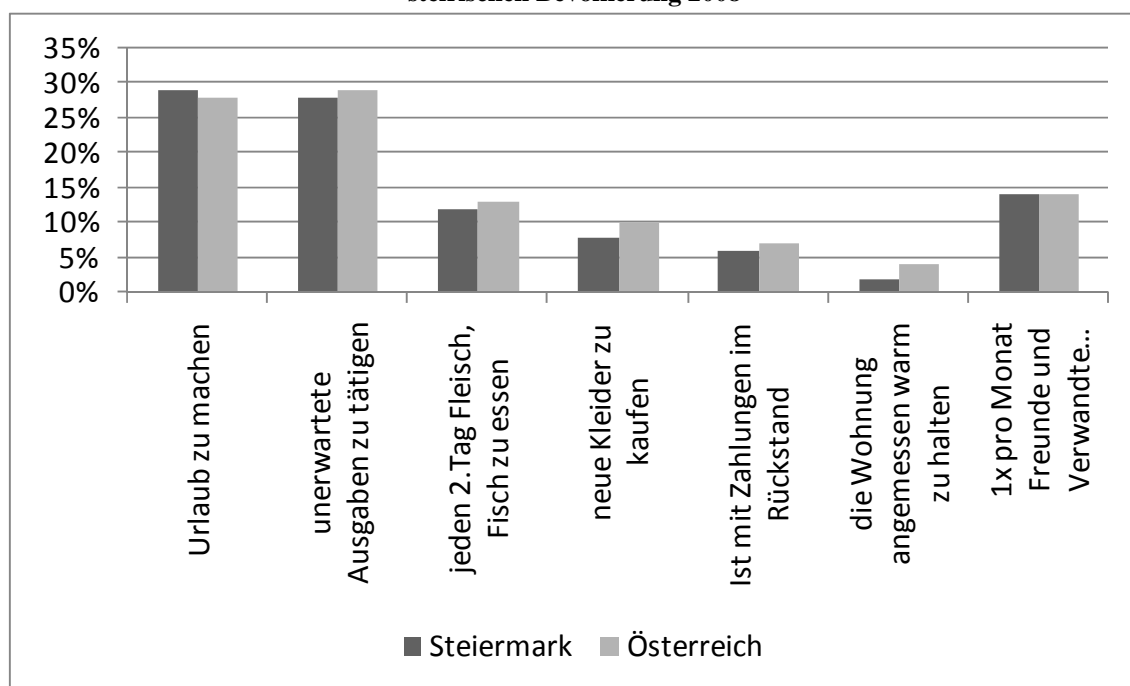
Hinsichtlich der finanziell bedingten Einschränkung bei Konsumgütern zeigen sich kaum Unterschiede zwischen der Steiermark und Österreich.

Auch hinsichtlich der Bedürfnisse der primären Lebensbedingungen ist die Situation in der Steiermark und in Österreich sehr ähnlich. Schlechter sieht die Lage für Steirer in folgenden Bereichen aus: 29% im Vergleich zu 28% können es sich nicht leisten auf Urlaub zu fahren.

---

<sup>18</sup> Im Jahr 2004 besaßen aufgrund finanziellen Mangels 12% der Steirer kein Internet, 7% keine DVDs und keinen PC, 5% keinen Geschirrspüler, 4% keinen PKW und kein Telefon sowie 1% kein Handy, im Jahr 2006 besaßen aufgrund finanziellen Mangels 7% kein Internet, 4% keine DVDs, 5% keinen PC, 3% keinen Geschirrspüler, 4% keinen PKW, 3% kein Telefon und 1% kein Handy.

**Abbildung 12: Finanziell bedingte Einschränkungen bei Grundbedürfnissen in der österreichischen und steirischen Bevölkerung 2008**



Quelle: Statistik Austria, EU-SILC 2008

**In der Steiermark können sich 29% der Bevölkerung aus finanziellen Gründen nicht leisten „Urlaub zu machen“, 28% „unerwartete Ausgaben zu tätigen“, 12% „jeden 2. Tag Fleisch/Fisch zu essen“, 8% „neue Kleider zu kaufen“, 6% „sind mit Zahlungen im Rückstand“, 2% „die Wohnung angemessen warm zu halten“ und 14% „1x pro Monat Freunde und Verwandte einzuladen“.**

Eine genauere Betrachtung zeigt die besonders betroffenen Bevölkerungsgruppen. Frauen über 65 Jahren erleiden öfters finanziell bedingte Einschränkungen, sodass 31% von ihnen es sich nicht leisten können „Urlaub zu machen“, 27% „unerwartete Ausgaben zu tätigen“ und 22% „jeden 2. Tag Fleisch/Fisch zu essen“. Auch von den Nicht-Österreichern können sich 62% nicht leisten „Urlaub zu machen“ und 66% „unerwartete Ausgaben zu tätigen“. Überdurchschnittliche Einschränkungen aufgrund finanzieller Probleme erleiden auch Personen mit maximal Pflichtschulabschluss, Haushalte mit Pension sowie Haushalte mit weiblicher Hauptverdienerin. Besonders betroffen sind auch Alleinstehende, sowohl in Haushalten mit wie auch ohne Pension.

Die folgende Tabelle zeigt, welche Personengruppen in der Steiermark bei Grundbedürfnissen Einschränkungen aufgrund finanzieller Probleme erdulden müssen.

**Tabelle 15: Finanziell bedingte Einschränkungen bei Grundbedürfnissen nach soziodemographischen Merkmalen in der Steiermark 2008**

... % können sich nicht leisten	Gesamt		Urlaub zu machen		unerwartete Ausgaben zu tätigen		jeden 2.Tag Fleisch, Fisch zu essen		neue Kleider zu kaufen		Ist mit Zahlungen im Rückstand		1x p. Monat Freunde u. Verwandte einzuladen	
	in 1.000	in 1.000	in %	in 1.000	in %	in 1.000	in %	in 1.000	in %	in 1.000	in %	in 1.000	in %	
<b>Insgesamt</b>	<b>1.195</b>	<b>348</b>	<b>29</b>	<b>339</b>	<b>28</b>	<b>149</b>	<b>12</b>	<b>97</b>	<b>8</b>	<b>73</b>	<b>6</b>	<b>166</b>	<b>14</b>	
<b>Männer</b>														
<b>Zusammen</b>	<b>573</b>	<b>151</b>	<b>26</b>	<b>156</b>	<b>27</b>	<b>60</b>	<b>10</b>	<b>48</b>	<b>8</b>	<b>33</b>	<b>6</b>	<b>71</b>	<b>12</b>	
bis 19 Jahre	130	42	32	39	30	(11)	(8)	(7)	(5)	(6)	(5)	14	11	
20 bis 39 Jahre	162	43	26	48	29	(11)	(7)	(12)	(7)	(14)	(9)	19	12	
40 bis 64 Jahre	187	45	24	47	25	21	11	18	10	(12)	(6)	23	12	
65 Jahre +	94	21	22	22	24	18	19	(11)	(12)	(1)	(1)	16	17	
<b>Frauen</b>														
<b>Zusammen</b>	<b>622</b>	<b>197</b>	<b>32</b>	<b>183</b>	<b>30</b>	<b>89</b>	<b>14</b>	<b>50</b>	<b>8</b>	<b>40</b>	<b>6</b>	<b>94</b>	<b>15</b>	
bis 19 Jahre	135	53	39	51	38	16	12	(10)	(7)	15	11	22	16	
20 bis 39 Jahre	164	58	35	44	27	20	12	(9)	(5)	(10)	(6)	23	14	
40 bis 64 Jahre	179	42	23	49	28	21	12	17	10	(12)	(7)	24	14	
65 Jahre +	144	45	31	39	27	32	22	14	10	(2)	(1)	24	17	
<b>Staatsbürgerschaft</b>														
Österreich	1.118	301	27	289	26	145	13	90	8	55	5	146	13	
davon eingebürgert (Nicht EU/EFTA)	(23)	(15)	(64)	(13)	(57)	(2)	(7)	(2)	(8)	(2)	(10)	(6)	(26)	
Nicht Österreich	77	47	62	51	66	(4)	(5)	(8)	(10)	(17)	(23)	(20)	(26)	
davon EU/EFTA	(18)	(6)	(36)	(6)	(33)	(1)	(5)	(0)	(0)	(0)	(0)	(1)	(8)	
davon sonstiges Ausl.	59	41	69	45	76	(3)	(5)	(8)	(13)	(17)	(29)	(18)	(31)	
<b>höchster Bildungsabschluss</b>														
max. Pflichtschule	262	112	43	97	37	47	18	30	11	26	10	58	22	
Lehre/mittlere Schule	500	122	24	121	24	67	13	45	9	25	5	65	13	
Matura/Universität	233	38	16	47	20	(14)	(6)	(10)	(4)	(5)	(2)	(14)	(6)	
<b>Haushalte mit Pension</b>														
<b>Zusammen</b>	<b>248</b>	<b>70</b>	<b>28</b>	<b>64</b>	<b>26</b>	<b>61</b>	<b>25</b>	<b>30</b>	<b>12</b>	<b>(4)</b>	<b>(2)</b>	<b>41</b>	<b>16</b>	
Alleinlebend	73	27	38	28	38	21	29	(13)	(17)	(0)	(0)	20	27	
Mehrpersonenhaushalte	176	43	24	37	21	40	23	17	10	(4)	(2)	21	12	
<b>Haushalte ohne Pension</b>														
<b>Zusammen</b>	<b>947</b>	<b>278</b>	<b>29</b>	<b>275</b>	<b>29</b>	<b>87</b>	<b>9</b>	<b>68</b>	<b>7</b>	<b>69</b>	<b>7</b>	<b>125</b>	<b>13</b>	
Alleinlebend	96	23	24	33	34	(13)	(14)	(10)	(10)	(4)	(5)	(16)	(17)	
Mehrpersonenhaushalte ohne Kinder	272	77	28	59	22	21	8	23	9	17	6	29	11	
Mehrpersonenhaushalte mit Kindern	580	178	31	183	32	53	9	35	6	47	8	80	14	
<b>Haushalt mit männlichem Hauptverdiener</b>	857	212	25	221	26	83	10	58	7	36	4	89	10	
<b>weiblicher Hauptverdienerin</b>	338	136	40	118	35	65	19	40	12	37	11	77	23	

Quelle: Statistik Austria, EU-SILC 2008

Noch vor vier Jahren konnten sich 26% der Steirer aus finanziellen Gründen nicht leisten „Urlaub zu machen“, 18% „unerwartete Ausgaben zu tätigen“, 8% „jeden 2. Tag Fleisch/Fisch zu essen“ und „neue Kleider zu kaufen“, 2% „die Wohnung angemessen warm zu halten“ und ebenso 2% waren „mit Zahlungen im Rückstand“. 2006 konnten 29% der Steirer aus finanziellen Gründen „keinen Urlaub machen“, 26% keine „unerwartete Ausgaben tätigen“, 10% nicht „jeden 2. Tag Fleisch/Fisch essen“, 4% keine „neuen Kleider kaufen“, 2% waren mit „Zahlungen im Rückstand“ und 1% schafften es nicht, „die Wohnung angemessen warm zu halten“.

**Tabelle 16: Vergleich von finanziell bedingte Einschränkungen bei Grundbedürfnissen in der Steiermark in den Jahren 2004, 2006 und 2008**

... % können sich nicht leisten	Gesamt		Urlaub zu machen		unerwartete Ausgaben zu tätigen		jeden 2.Tag Fleisch, Fisch zu essen		neue Kleider zu kaufen		Ist mit Zahlungen im Rückstand		die Wohnung angemessen warm zu halten		1x pro Monat Freunde und Verwandte einzuladen <sup>19</sup>	
	in 1.000	in 1.000	in %	in 1.000	in %	in 1.000	in %	in 1.000	in %	in 1.000	in %	in 1.000	in %	in 1.000	in %	
EU-SILC 2004	1.201	311	26	219	18	90	8	90	8	29	2	20	2	-	-	
EU-SILC 2006	1.167	336	29	306	26	122	10	43	4	21	2	12	1	-	-	
EU-SILC 2008	1.195	348	29	339	28	149	12	97	8	73	6	18	2	166	14	

Quelle: Statistik Austria, EU-SILC

#### 4.2.2.1 Resümee

Finanziell bedingte Einschränkungen bei der Erfüllung von Grundbedürfnissen und dem Erwerb von Konsumgütern sagen mehr über Benachteiligungen aus als ihr bloßes Fehlen. So zeigt sich, dass beispielsweise Pensionsbezieher in unterdurchschnittlichem Maße ausgewählte Konsumgüter besitzen, dies aber häufig nicht aus finanziellen Gründen der Fall ist. Finanziell bedingte Einschränkungen erfahren hingegen besonders Alleinstehende, Nicht-Österreicher, Personen in Haushalten mit weiblicher Hauptverdienerin, Personen mit maximal Pflichtschulabschluss und Frauen über 65 Jahren.

<sup>19</sup> Diese Fragestellung wurde bei den Grundbedürfnissen erst ab dem Jahr 2007 gestellt.

### 4.2.3 Wohnen

Die Wohnbedingungen sind zentral für die Lebenssituation. Innerhalb dieser kann mit vorhandenen Ressourcen gewirtschaftet werden. In diesem Abschnitt werden deshalb das Rechtsverhältnis an der Wohnung, Wohnprobleme, Wohnzufriedenheit und Wohnkostenbelastungen betrachtet.

#### 4.2.3.1 Situation in Österreich und der Steiermark

Der Vergleich der Wohnsituation in der Steiermark mit der von Gesamtösterreich zeigt folgende Auffälligkeiten: Die **Wohnstruktur** in der Steiermark offenbart – mit 57% - einen höheren Anteil an Hauseigentümern als in Österreich (48%). Ein Vergleich der Bundesländer zeigt den höchsten Anteil an Hauseigentümern im Burgenland (80%). Auch Niederösterreich (66%) hat verhältnismäßig mehr Hauseigentümer als die Steiermark. In Oberösterreich und Kärnten ist der Anteil mit 57% ungefähr gleich, während Salzburg, Tirol (jeweils 47%) und Vorarlberg (51%) unterdurchschnittlich viele Hausbesitzer haben. Mit 7% gibt es in Wien am wenigsten Hauseigentümer.

Die steirische Bevölkerung beklagt in geringerem Maße diverse **Wohnprobleme**. Nur 6% klagen über Kriminalität oder Vandalismus, was ungefähr die Hälfte des Österreichschnitts ist. Auch von den übrigen Problemen sind in Österreich geringfügig mehr Menschen betroffen.

In der Folge gehört die **Wohnzufriedenheit** in der Steiermark zu den höchsten in Österreich<sup>20</sup>. In der Steiermark gaben 79% an, sehr oder ziemlich zufrieden mit ihrer Wohnsituation zu sein. Einzig das Burgenland und Tirol mit jeweils 83% haben höhere Werte als die Steiermark. Die kleinsten Anteile an Personen, die sehr bis ziemlich zufrieden mit ihrer Wohnsituation sind, haben Vorarlberg (71%) und Wien (69%).

#### 4.2.3.2 Wohnsituation in der Steiermark

Einführend in die steirische Wohnsituation wird die Verteilung von Rechtsverhältnissen an den Unterkünften untersucht.

Von der gesamten steirischen Bevölkerung leben 57% in Hauseigentum, 11% in Wohnungseigentum, 5% in Gemeindewohnungen, 8% in Genossenschaftswohnungen, 13% in sonstigen Haupt- oder Untermietverhältnissen und 7% in mietfreien Wohnungen bzw. Häusern. Im Vergleich zu den Jahren 2004 und 2006 hat sich an dieser Verteilung kaum etwas geändert (Variationen um max. +/- 2%).

---

<sup>20</sup> Dies könnte am höheren Anteil an Hauseigentümern liegen.

**Tabelle 17: Rechtsverhältnis an der Wohnung in der Steiermark nach soziodemographischen Merkmalen 2008**

	Gesamt		Hauseigentum		Wohnungs- eigentum		Gemeinde- wohnung		Genossenschaft		sonst. Haupt- /Untermiete		mietfreie Wohnung/Haus	
	in 1.000	in 1.000	in %	in 1.000	in %	in 1.000	in %	in 1.000	in %	in 1.000	in %	in 1.000	in %	
<b>Insgesamt</b>	<b>1.195</b>	<b>686</b>	<b>57</b>	<b>129</b>	<b>11</b>	<b>54</b>	<b>5</b>	<b>99</b>	<b>8</b>	<b>150</b>	<b>13</b>	<b>78</b>	<b>7</b>	
<b>Männer</b>														
<b>Zusammen</b>	<b>573</b>	<b>331</b>	<b>58</b>	<b>58</b>	<b>10</b>	<b>22</b>	<b>4</b>	<b>49</b>	<b>9</b>	<b>78</b>	<b>14</b>	<b>36</b>	<b>6</b>	
bis 19 Jahre	130	79	61	(11)	(8)	(6)	(4)	10	8	16	12	(8)	(6)	
20 bis 39 Jahre	162	72	45	20	13	(7)	(4)	21	13	34	21	(8)	(5)	
40 bis 64 Jahre	187	120	64	20	11	(7)	(4)	13	7	22	12	(5)	(2)	
65 Jahre +	94	60	63	(7)	(7)	(2)	(2)	(5)	(6)	(6)	(6)	15	16	
<b>Frauen</b>														
<b>Zusammen</b>	<b>622</b>	<b>355</b>	<b>57</b>	<b>71</b>	<b>11</b>	<b>32</b>	<b>5</b>	<b>49</b>	<b>8</b>	<b>72</b>	<b>12</b>	<b>42</b>	<b>7</b>	
bis 19 Jahre	135	72	53	16	12	(9)	(6)	10	8	23	17	(5)	(4)	
20 bis 39 Jahre	164	86	53	19	12	(11)	(7)	14	8	27	16	(7)	(4)	
40 bis 64 Jahre	179	108	61	24	13	(6)	(3)	18	10	16	9	(7)	(4)	
65 Jahre +	144	89	62	(12)	(8)	(6)	(4)	(7)	(5)	(7)	(5)	23	16	
<b>Staatsbürgerschaft</b>														
Österreich	1.118	677	61	120	11	44	4	88	8	115	10	74	7	
davon eingebürgert (Nicht EU/EFTA)	(23)	(9)	(39)	(2)	(10)	(5)	(21)	(1)	(3)	(4)	(17)	(2)	(11)	
Nicht Österreich	77	(8)	(11)	(9)	(12)	(10)	(13)	(10)	(13)	35	46	(4)	(5)	
davon EU/EFTA	(18)	(5)	(29)	(3)	(15)	(1)	(5)	(1)	(3)	(7)	(42)	(1)	(6)	
davon sonstiges Ausland	59	(3)	(6)	(6)	(11)	(9)	(16)	(10)	(16)	28	47	(2)	(4)	
<b>höchster Bildungsabschluss</b>														
max. Pflichtschule	262	158	60	16	6	(14)	(5)	12	5	41	16	20	8	
Lehre/mittlere Schule	500	305	61	56	11	18	4	42	8	40	8	39	8	
Matura/Universität	233	111	48	37	16	(10)	(4)	25	11	42	18	(9)	(4)	
<b>Haushalte mit Pension</b>														
<b>Zusammen</b>	<b>248</b>	<b>145</b>	<b>58</b>	<b>25</b>	<b>10</b>	<b>(8)</b>	<b>(3)</b>	<b>14</b>	<b>6</b>	<b>18</b>	<b>7</b>	<b>39</b>	<b>16</b>	
Alleinlebend	73	33	45	(10)	(14)	(4)	(6)	(7)	(9)	(8)	(10)	12	17	
Mehrpersonenhaushalte	176	112	64	15	9	(4)	(2)	(7)	(4)	(11)	(6)	27	15	
<b>Haushalte ohne Pension</b>														
<b>Zusammen</b>	<b>947</b>	<b>541</b>	<b>57</b>	<b>104</b>	<b>11</b>	<b>46</b>	<b>5</b>	<b>85</b>	<b>9</b>	<b>132</b>	<b>14</b>	<b>39</b>	<b>4</b>	
Alleinlebend	96	23	24	(9)	(9)	(7)	(7)	21	22	30	31	(6)	(6)	
Mehrpersonenhaushalte ohne Kinder	272	171	63	34	13	(12)	(4)	19	7	24	9	12	4	
Mehrpersonenhaushalte mit Kindern	580	346	60	61	11	28	5	45	8	78	13	21	4	
<b>Haushalt mit männlichem Hauptverdiener</b>														
	857	519	61	86	10	35	4	65	8	98	11	55	6	
<b>weiblicher Hauptverdienerin</b>														
	338	167	49	43	13	19	6	34	10	52	15	22	7	

Quelle: Statistik Austria, EU-SILC 2008

Der Anteil an Männern (58%) und Frauen (57%), die Hauseigentümer sind, unterscheidet sich nur geringfügig. Auch haben etwa gleich viele Männer (10%) wie Frauen (11%) eine Wohnung im Eigentum. Sehr wohl zeigt sich jedoch ein Unterschied hinsichtlich des Rechtsverhältnisses an der Wohnung, wenn man Haushalte mit männlichem Hauptverdiener und Haushalte mit weiblicher Hauptverdienerin vergleicht. Von ersteren haben 61% ein Haus im Gegensatz zu 49% der Haushalte mit weiblicher Hauptverdienerin.

Die Staatsbürgerschaft ist entscheidend, wenn 61% der Österreicher und 11% der Nicht-Österreicher ein Haus besitzen. Auch Alleinstehende, gleich ob in Haushalten mit oder ohne Pension, sind unterdurchschnittlich in Hauseigentum mit 45% bzw. 24%. Interessant ist, dass 60% der Pflichtschulabsolventen, 61% der Personen mit Lehre oder mittlerer Schule und 48% der Bevölkerung mit Matura oder Universitätsabschluss ein Haus haben. Mit 16% aller Personen mit Matura oder Universitätsabschluss, haben diese einen überdurchschnittlich hohen Anteil an Personen im Wohnungseigentum.

Die Annahme, dass ärmere Bevölkerungsgruppen in Genossenschaftswohnungen wohnen, wird von dieser Tabelle bestätigt. So wohnen in diesem Rechtsverhältnis 16% der Nicht-Österreicher, die nicht aus EU / EFTA Staaten stammen, 9% der Alleinstehenden aus Haushalten mit Pension und 22% der Alleinstehenden aus Haushalten ohne Pension sowie 10% der Haushalte mit weiblicher Hauptverdienerin. Der größte Anteil der Nicht-Österreicher (46%) wohnt in sonstiger Haupt- oder Untermiete. Mietfrei leben vor allem Männer und Frauen über 65 Jahren (jeweils 16%) und Haushalte mit Pension (16%).

Zusammenfassend kann man sagen, dass der Großteil der steirischen Bevölkerung 2008 ein Haus besitzt. Ausnahmen bilden Nicht-Österreicher, Alleinstehende ohne und mit Pension, wobei letztere größtenteils mietfrei wohnen und die ersten beiden Gruppen am öftesten in sonstiger Haupt-/Untermiete leben.



Tabelle 18: Rechtsverhältnis an der Wohnung nach Erwerbsstatus in der Steiermark 2008

	Gesamt	Hauseigentum		Wohnungs- eigentum		Gemeinde- wohnung		Genossen- schaft		sonst. Haupt- /Untermiete		mietfreie Wohnung/Haus	
	in 1.000	in 1.000	in %	in 1.000	in %	in 1.000	in %	in 1.000	in %	in 1.000	in %	in 1.000	in %
<b>Insgesamt</b>	<b>1.195</b>	<b>686</b>	<b>57</b>	<b>129</b>	<b>11</b>	<b>54</b>	<b>5</b>	<b>99</b>	<b>8</b>	<b>150</b>	<b>13</b>	<b>78</b>	<b>7</b>
<b>Haupttätigkeit (2008)</b>													
Erwerbstätig	502	304	61	56	11	18	4	43	9	61	12	20	4
davon Vollzeit	402	248	62	43	11	(14)	(4)	35	9	48	12	14	4
davon Teilzeit	99	56	56	13	13	(4)	(4)	(8)	(8)	(13)	(13)	(5)	(5)
Pension	281	178	63	26	9	(8)	(3)	16	6	18	6	34	12
Arbeitslos	(33)	(6)	(19)	(3)	(10)	(5)	(16)	(7)	(21)	(10)	(29)	(2)	(6)
Haushalt	114	53	46	(11)	(10)	(9)	(8)	(9)	(8)	20	18	(12)	(10)
in Ausbildung	65	33	51	(11)	(17)	(1)	(1)	(3)	(5)	(15)	(23)	(1)	(2)
<b>Berufliche Stellung</b>													
nicht erwerbstätig	209	96	46	29	14	(14)	(7)	23	11	37	18	(9)	(4)
Hilfsarbeit	117	59	50	(13)	(11)	(13)	(11)	12	10	(13)	(11)	(7)	(6)
Facharbeit	111	75	67	(10)	(9)	(1)	(1)	(8)	(7)	15	13	(3)	(2)
Mittlere Tätigkeit, Meister	85	49	58	13	16	(4)	(4)	(8)	(10)	(6)	(7)	(4)	(5)
Höhere Tätigkeit	49	32	64	(7)	(14)	(0)	(0)	(3)	(5)	(7)	(15)	(1)	(1)
Hochqualifizierte Tätigkeit	49	21	43	(8)	(16)	(0)	(0)	(7)	(13)	(13)	(25)	(1)	(2)
Selbständige	70	54	77	(3)	(4)	(0)	(0)	(4)	(6)	(7)	(10)	(2)	(2)
<b>Erwerbsintensität des Haushaltes</b>													
keine Erwerbstätigkeit	95	42	44	(8)	(8)	(5)	(5)	12	12	22	23	(7)	(7)
teilweise Erwerbstätigkeit	428	220	51	55	13	29	7	38	9	74	17	12	3
volle Erwerbstätigkeit	508	335	66	50	10	14	3	38	7	46	9	25	5
<b>Haupteinkommensquelle</b>													
unselbständige Arbeit	746	424	57	89	12	39	5	67	9	97	13	29	4
selbständige Arbeit	88	65	73	(6)	(7)	(0)	(0)	(6)	(7)	(8)	(9)	(3)	(4)
Sozialleistungen	81	28	34	(8)	(10)	(7)	(9)	(9)	(11)	27	33	(2)	(2)
Pensionen	268	162	60	25	9	(8)	(3)	14	5	18	7	41	15
private Einkommen	(13)	(8)	(60)	(1)	(8)	(0)	(0)	(2)	(16)	(0)	(0)	(2)	(16)

Quelle: Statistik Austria, EU-SILC 2008

Diese Darstellung der **Rechtsverhältnisse** an der Wohnung nach Erwerbsstatus zeigt, dass 61% der Erwerbstätigen und 46% der Nicht-Erwerbstätigen ein Haus besitzen. Von ersteren besitzen Personen mit hochqualifizierten Tätigkeiten mit 43% am seltensten und Facharbeiter (67%) sowie Selbständige (77%) am häufigsten ein Haus. In Genossenschaftswohnungen leben 21% der Arbeitslosen, 11% der Nicht-Erwerbstätigen und 10% der Hilfsarbeiter. In Mietwohnungen leben 29% der Arbeitslosen, 18% der Nicht-Erwerbstätigen und 33% der Personen, deren Haupteinkommensquelle die Sozialhilfe ist. Mietfrei wohnen vor allem Pensionsbezieher und im Haushalt Tätige.

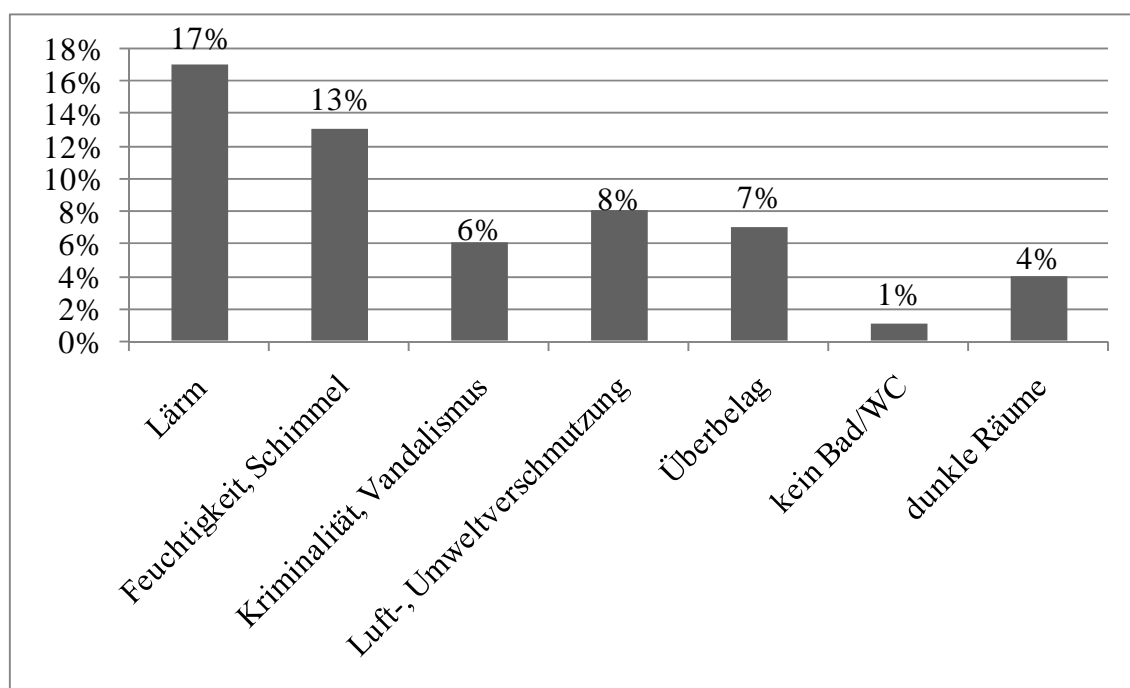
Tabelle 19: Wohnprobleme nach soziodemographischen Merkmalen in der Steiermark 2008

	Gesamt		Lärm		Feuchtigkeit, Schimmel		Kriminalität, Vandalismus		Luft-, Umwelt- verschmutz- ung		Über- belag		kein Bad/WC		dunkle Räume	
	in 1.000	in 1.000	in %	in 1.000	in %	in 1.000	in %	in 1.000	in %	in 1.000	in %	in 1.000	in %	in 1.000	in %	
<b>Insgesamt</b>	<b>1.195</b>	<b>203</b>	<b>17</b>	<b>153</b>	<b>13</b>	<b>74</b>	<b>6</b>	<b>101</b>	<b>8</b>	<b>88</b>	<b>7</b>	<b>(9)</b>	<b>(1)</b>	<b>52</b>	<b>4</b>	
<b>Männer</b>																
<b>Zusammen</b>	<b>573</b>	<b>93</b>	<b>16</b>	<b>71</b>	<b>12</b>	<b>40</b>	<b>7</b>	<b>46</b>	<b>8</b>	<b>37</b>	<b>6</b>	<b>(5)</b>	<b>(1)</b>	<b>26</b>	<b>5</b>	
bis 19 Jahre	130	22	17	11	9	10	7	9	7	(13)	(10)	(0)	(0)	(3)	(2)	
20 bis 39 Jahre	162	22	13	23	14	(11)	(7)	(11)	(7)	(15)	(9)	(0)	(0)	(6)	(4)	
40 bis 64 Jahre	187	32	17	31	17	(13)	(7)	19	10	(6)	(3)	(3)	(1)	(10)	(5)	
65 Jahre +	94	17	18	(6)	(6)	(6)	(6)	(8)	(8)	(2)	(3)	(2)	(2)	(6)	(7)	
<b>Frauen</b>																
<b>Zusammen</b>	<b>622</b>	<b>110</b>	<b>18</b>	<b>82</b>	<b>13</b>	<b>34</b>	<b>5</b>	<b>54</b>	<b>9</b>	<b>51</b>	<b>8</b>	<b>(4)</b>	<b>(1)</b>	<b>27</b>	<b>4</b>	
bis 19 Jahre	135	26	19	20	15	(7)	(5)	(9)	(7)	22	16	(0)	(0)	(8)	(6)	
20 bis 39 Jahre	164	24	15	25	15	(10)	(6)	(13)	(8)	20	12	(1)	(1)	(6)	(4)	
40 bis 64 Jahre	179	33	18	26	14	(10)	(6)	15	8	(6)	(3)	(0)	(0)	(6)	(3)	
65 Jahre +	144	27	19	(12)	(8)	(7)	(5)	17	12	(3)	(2)	(3)	(2)	(7)	(5)	
<b>Staatsbürgerschaft</b>																
Österreich	1.118	192	17	130	12	63	6	87	8	62	6	(8)	(1)	48	4	
davon eingebürgert (Nicht EU/EFTA)	(23)	(3)	(15)	(1)	(6)	(1)	(6)	(0)	(0)	(3)	(15)	(0)	(0)	(1)	(6)	
Nicht Österreich davon EU/EFTA	77	11	15	23	30	(11)	(14)	(14)	(18)	26	34	(0)	(0)	(5)	(6)	
davon sonstiges Ausland	(18)	(3)	(17)	(4)	(22)	(0)	(0)	(6)	(34)	(1)	(7)	(0)	(2)	(3)	(19)	
höchster Bildungsabschluss																
max. Pflichtschule	262	47	18	43	17	(11)	(4)	18	7	30	12	(3)	(1)	(13)	(5)	
Lehre/mittlere Schule	500	85	17	56	11	29	6	37	7	15	3	(5)	(1)	22	4	
Matura/Universität	233	35	15	30	13	18	8	30	13	(12)	(5)	(0)	(0)	(9)	(4)	
<b>Haushalte mit Pension</b>																
<b>Zusammen</b>	<b>248</b>	<b>48</b>	<b>19</b>	<b>19</b>	<b>8</b>	<b>16</b>	<b>6</b>	<b>29</b>	<b>12</b>	<b>(10)</b>	<b>(4)</b>	<b>(5)</b>	<b>(2)</b>	<b>(13)</b>	<b>(5)</b>	
Alleinlebend	73	14	19	(7)	(9)	(5)	(6)	(7)	(10)	(1)	(2)	(5)	(7)	(5)	(7)	
Mehrpersonenhaushalte	176	34	19	(12)	(7)	(11)	(6)	22	12	(8)	(5)	(0)	(0)	(9)	(5)	
<b>Haushalte ohne Pension</b>																
<b>Zusammen</b>	<b>947</b>	<b>155</b>	<b>16</b>	<b>134</b>	<b>14</b>	<b>58</b>	<b>6</b>	<b>72</b>	<b>8</b>	<b>78</b>	<b>8</b>	<b>(4)</b>	<b>(0)</b>	<b>39</b>	<b>4</b>	
Alleinlebend	96	18	19	(15)	(16)	(10)	(10)	(12)	(13)	(0)	(0)	(2)	(3)	(6)	(7)	
Mehrpersonenhaushalte ohne Kinder	272	40	15	38	14	10	4	22	8	(7)	(3)	(1)	(0)	(14)	(5)	
Mehrpersonenhaushalte mit Kindern	580	97	17	82	14	38	7	38	7	71	12	(0)	(0)	19	3	
<b>Haushalt mit männlichem Hauptverdiener</b>																
weiblicher Hauptverdienerin	857	142	17	96	11	54	6	64	8	57	7	(5)	(1)	41	5	
<b>Rechtsverhältnis an der Wohnung</b>																
Hauseigentum	686	104	15	72	10	29	4	42	6	15	2	(2)	(0)	27	4	
Wohnungseigentum	129	29	23	17	13	11	8	18	14	(9)	(7)	(0)	(0)	(4)	(3)	
Gemeindewohnung	54	20	38	(5)	(9)	(8)	(14)	(7)	(12)	(17)	(31)	(1)	(1)	(1)	(1)	
Genossenschaft	99	23	23	20	21	(9)	(9)	11	11	(7)	(7)	(0)	(0)	(2)	(2)	
sonst. Haupt- /Untermiete	150	17	12	35	23	(15)	(10)	19	13	37	25	(5)	(3)	18	12	
mietfreie Wohnung/Haus	78	(8)	(11)	(4)	(5)	(3)	(4)	(4)	(5)	(3)	(4)	(0)	(0)	(1)	(1)	

Quelle: Statistik Austria, EU-SILC 2008

Neben dem Rechtsverhältnis wurden auch ausgewählte **Wohnprobleme** der Steirer erhoben, die ebenso maßgeblich für deren Lebensbedingungen sind. Demnach beklagen 17% der steirischen Bevölkerung über Lärm, 13% über Feuchtigkeit/Schimmel, 8% über Luft-/Umweltverschmutzung, 7% über Überbelag, 6% über Kriminalität/Vandalismus, 4% über dunkle Räume und 1% das Nicht-Vorhandensein von Bad/WC. Verglichen mit den Jahren 2004 und 2006 sind die meisten Anteile derer, die diverse Wohnprobleme beklagten, wenn auch nur marginal, gesunken. Beispielsweise gaben 2004 22% an unter Lärm zu leiden und 11% an Luft-/Umweltverschmutzung.

Abbildung 13: Wohnprobleme der steirischen Bevölkerung 2008



Quelle: Statistik Austria, EU-SILC 2008

In der Steiermark sind vor allem Nicht-Österreicher von Wohnproblemen betroffen. Der Anteil der Betroffenen unter ihnen ist in fast allen Bereichen zumindest doppelt so hoch wie der Anteil der betroffenen Österreicher. Besonders häufig sind Überbelag und Feuchtigkeit/Schimmel, woran 34% bzw. 30% der Ausländer leiden. Damit sind sie mehr als fünf Mal so oft von Überbelag betroffen wie die durchschnittliche steirische Bevölkerung. Auch Personen in sonstigen Haupt- oder Untermietverhältnissen haben bei fast allen Wohnproblemen höhere Anteile. 23% leiden unter Feuchtigkeit / Schimmel, 13% leiden an Luft-/Umweltverschmutzung, 25% an Überbelag und 12% an dunklen Räumen. 3% haben kein Bad / WC. Die stärksten Probleme mit Kriminalität und Vandalismus haben offensichtlich Bewohner von Gemeindewohnungen, von denen 14% dieses Problem beklagten, wo auch das Problem des Überbelags mit 31% am stärksten vertreten ist.

Tabelle 20: Wohnzufriedenheit nach soziodemographischen Merkmalen in der Steiermark 2008

	Gesamt	sehr/ziemlich unzufrieden		eher unzufrieden		eher zufrieden		sehr/ziemlich zufrieden		arithm. Mittel
	in 1.000	in 1.000	in %	in 1.000	in %	in 1.000	in %	in 1.000	in %	
<b>Insgesamt</b>	<b>692</b>	<b>26</b>	<b>4</b>	<b>14</b>	<b>2</b>	<b>103</b>	<b>15</b>	<b>549</b>	<b>79</b>	<b>5,2</b>
<b>Männer</b>										
<b>Zusammen</b>	<b>319</b>	<b>(14)</b>	<b>(4)</b>	<b>(6)</b>	<b>(2)</b>	<b>51</b>	<b>16</b>	<b>248</b>	<b>78</b>	<b>5,1</b>
bis 19 Jahre	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
20 bis 39 Jahre	111	(8)	(7)	(3)	(2)	(13)	(11)	88	79	5,0
40 bis 64 Jahre	130	(3)	(3)	(3)	(3)	23	18	100	77	5,2
65 Jahre +	71	(3)	(4)	(0)	(0)	15	22	52	74	5,1
<b>Frauen</b>										
<b>Zusammen</b>	<b>373</b>	<b>(12)</b>	<b>(3)</b>	<b>(8)</b>	<b>(2)</b>	<b>52</b>	<b>14</b>	<b>300</b>	<b>81</b>	<b>5,2</b>
bis 19 Jahre	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
20 bis 39 Jahre	110	(8)	(7)	(5)	(5)	(13)	(12)	85	77	5,0
40 bis 64 Jahre	140	(1)	(1)	(1)	(1)	19	14	117	84	5,4
65 Jahre +	109	(3)	(3)	(1)	(1)	18	17	86	79	5,1
<b>Staatsbürgerschaft</b>										
Österreich	654	22	3	12	2	94	14	526	80	5,2
davon eingebürgert (Nicht EU/EFTA)	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Nicht Österreich	(38)	(4)	(12)	(2)	(6)	(9)	(23)	(23)	(60)	(4,6)
davon EU/EFTA	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
davon sonstiges Ausland	(28)	(4)	(16)	(1)	(5)	(7)	(26)	(15)	(54)	(4,3)
<b>höchst. Bildungsabschl.</b>										
max. Pflichtschule	171	(6)	(4)	(3)	(2)	38	22	124	73	5,0
Lehre/mittlere Schule	363	(11)	(3)	(7)	(2)	50	14	295	81	5,2
Matura/Universität	158	(9)	(6)	(4)	(3)	15	10	130	82	5,2
<b>Haushalte mit Pension</b>										
<b>Zusammen</b>	<b>191</b>	<b>(5)</b>	<b>(3)</b>	<b>(2)</b>	<b>(1)</b>	<b>33</b>	<b>17</b>	<b>150</b>	<b>78</b>	<b>5,2</b>
Alleinlebend	73	(2)	(2)	(0)	(0)	14	20	56	77	5,2
Mehrpersonenhaushalte	119	(4)	(3)	(2)	(2)	19	16	94	79	5,2
<b>Haushalte ohne Pension</b>										
<b>Zusammen</b>	<b>501</b>	<b>20</b>	<b>4</b>	<b>(11)</b>	<b>(2)</b>	<b>70</b>	<b>14</b>	<b>399</b>	<b>80</b>	<b>5,2</b>
Alleinlebend	96	(7)	(7)	(3)	(3)	17	18	69	72	4,9
Mehrpersonenhaushalte ohne Kinder	164	(2)	(1)	(3)	(2)	27	16	132	81	5,3
Mehrpersonenhaushalte mit Kindern	241	(11)	(5)	(6)	(3)	26	11	197	82	5,2
<b>Rechtsverhältnis an der Wohnung</b>										
Hauseigentum	366	(6)	(2)	(4)	(1)	42	11	315	86	5,4
Wohnungseigentum	81	(1)	(2)	(1)	(1)	(10)	(12)	69	85	5,3
Gemeindewohnung	(32)	(4)	(11)	(1)	(2)	(6)	(19)	(21)	(67)	(4,6)
Genossenschaft	65	(3)	(5)	(2)	(3)	14	21	46	71	5,0
sonst. Haupt-/Untermiete	101	(11)	(10)	(6)	(6)	26	26	58	58	4,6
mietfreie Wohnung/Haus	47	(1)	(3)	(1)	(2)	(5)	(12)	39	84	5,2

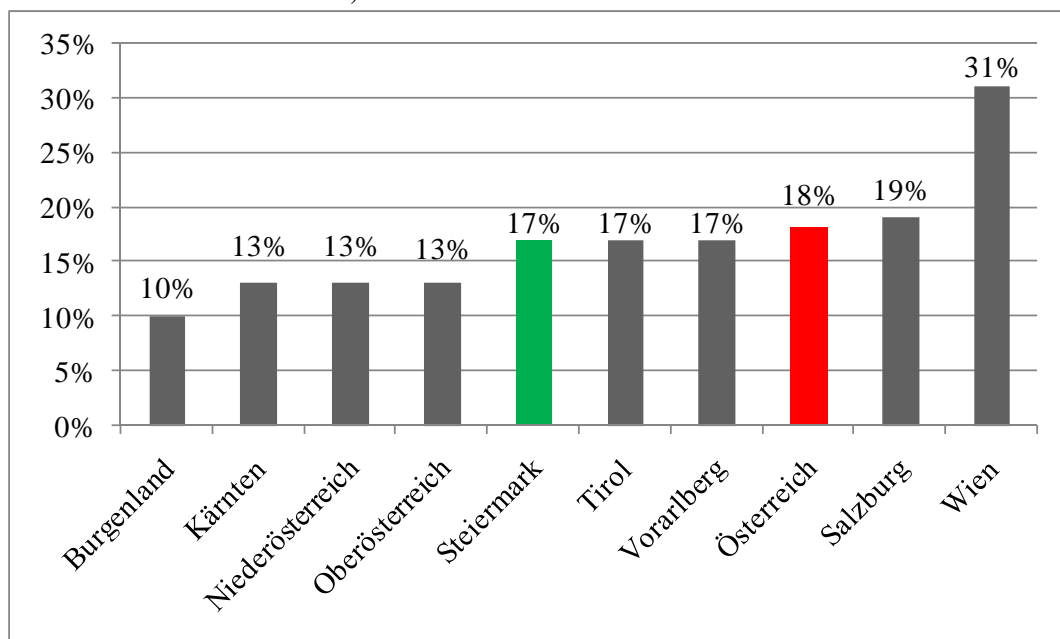
Quelle: Statistik Austria, EU-SILC 2008

Zur Untersuchung der Lebensbedingungen wurde auch die **subjektive Wohnzufriedenheit** erhoben. EU-SILC 2008 misst diese mit Hilfe von 6 abgestuften Antwortmöglichkeiten (von sehr zufrieden bis sehr unzufrieden). Es wurden nur auskunftsbereite Personen ab 16 Jahren für die Auswertung herangezogen. Da bei den äußeren Kategorien nur sehr geringe Fallzahlen vorhanden sind, wurden diese zusammengelegt. Die Ergebnisse dieser Befragung sind in oben stehender Tabelle abgebildet. Das arithmetische Mittel der Wohnzufriedenheit der Steirer und Steirerinnen liegt bei 5,2. Bei einem (theoretisch möglichen) Höchstwert von 6, bedeutet dies, dass die **steirische Bevölkerung im Durchschnitt sehr bis ziemlich zufrieden mit ihrer Wohnsituation** ist. Die durchschnittliche Wohnzufriedenheit schwankt zwischen einem Wert von 4,3 und 5,4. Diesen höchsten Wohnzufriedenheits-Wert haben Hauseigentümer, wohingegen das Empfinden der sonstigen Haupt- und Untermieter am unzufriedensten ist. Niedrigere Zufriedenheitswerte haben auch Alleinstehende ohne Pension (4,9) und Nicht-Österreicher (4,6). Auch Bewohner von Gemeinde- und Genossenschaftswohnungen haben eine unterdurchschnittliche Wohnzufriedenheit von 4,6 bzw. 5,0.

Im Jahr 2006 betrug der durchschnittliche Wohnzufriedenheitswert auch 5,2, 2004 war der Wert bei 5,3 (bei einer höheren Schwankungsbreite von 4,2 bis 5,6) gelegen. An der Tatsache welche Bevölkerungsgruppen tendenziell höhere bzw. niedrigere Zufriedenheitswerte aufwiesen, änderte sich nichts.

In der Folge wurde auch die **subjektive Wohnkostenbelastung** der steirischen Bevölkerung analysiert. Dabei werden die gesamten Wohnkosten mit dem Äquivalenzeinkommen in Beziehung gesetzt. Die daraus abgeleitete Wohnkostenbelastung beeinflusst die Lebenssituation der Betroffenen in hohem Maße, da mit steigenden Belastungen der finanzielle Spielraum für andere Ausgaben kleiner wird.

**Abbildung 14: Anteil der Bevölkerung, deren Wohnkosten mehr als 25% am Äquivalenzeinkommen ausmachen, in Österreich und den Bundesländern 2008**



Quelle: Statistik Austria, EU-SILC 2008

Für **17% der steirischen Bevölkerung** machen die Wohnkosten **mehr als 25% des Äquivalenzeinkommens** aus. Durchschnittlich betrifft dies 18% der Österreicher. Besonders stark scheint die Wohnkostenbelastung in Wien, wo 31% der Bewohner mehr als 25% des Äquivalenzeinkommens für die Wohnung aufbringen müssen. Auch in Salzburg hat ein überdurchschnittlich hoher Anteil (19%) Wohnkosten von mehr als 25% des Äquivalenzeinkommens. Den geringsten Anteil weist das Burgenland mit 10% aus.

Nachfolgend wird nun die Wohnkostenbelastung für verschiedene Bevölkerungs- und Erwerbsgruppen in der Steiermark näher analysiert.

**Die durchschnittlichen jährlichen Wohnkosten (arithmetisches Mittel) der steirischen Bevölkerung betragen 2.916 Euro pro Person.** Deutlich höhere Wohnkosten haben Alleinstehende ohne Pension (4.659 Euro) sowie alleinstehende Männer mit Pension (3.317 Euro) und alleinstehende Frauen mit Pension (3.289 Euro). Diese erhebliche Differenz weist auf die überdimensionale Belastung jener Personengruppen hin, die alleine für ihre Wohnkosten aufkommen müssen.

Für 17% der Steirer machen die Wohnkosten mehr als 25% ihres Äquivalenzeinkommens aus. Besonders betroffen von hohen Wohnkostenanteilen sind Alleinstehende ohne Pension (45%), Alleinstehende mit Pension (32%), Nicht-Österreicher (49%) und Haushalte mit weiblicher Hauptverdienerin (24%). Im Gegensatz dazu haben nur 8% der Mehrpersonenhaushalte mit Pension sowie 12% der Mehrpersonenhaushalte ohne Kinder und 16% der Mehrpersonenhaushalte mit Kindern Wohnkosten, die 25% ihres Äquivalenzeinkommens übersteigen. Dies spricht für die These, dass Wohnkosten bei Mehrpersonenhaushalten auf mehrere Haushaltsbewohner aufgeteilt werden können, wodurch der subjektive Wohnkostenanteil sinkt.

**32% der steirischen Bevölkerung gaben an „keine Belastung“, 55% eine „gewisse Belastung“ und 13% eine „starke Belastung“ durch Wohnkosten zu erfahren.**

Personen mit Matura oder Universitätsabschluss (36%), Mehrpersonenhaushalte ohne Kinder (39%) und Haushalte mit männlichem Hauptverdiener (35%) empfanden am häufigsten „keine Kostenbelastung“. Die Mehrheit aller Personengruppen empfindet eine „gewisse Belastung“. Mit 44% der Nicht-Österreicher gaben diese am seltensten an eine „gewisse Belastung“ zu erfahren. Die Wohnkosten als „starke Belastung“ empfinden 27% der Nicht-Österreicher, 17% der Haushalte mit weiblicher Hauptverdienerin und 16% der Personen mit maximal Pflichtschulabschluss.

**Tabelle 21: Subjektive Wohnkostenbelastung und Anteil der gesamten Wohnkosten am Äquivalenzeinkommen in der Steiermark 2008**

	Gesamt	Keine Belastung		Gewisse Belastung		starke Belastung		Wohnkostenanteil >25%		Wohnkosten	
	in 1.000	in 1.000	in %	in 1.000	in %	in 1.000	in %	in 1.000	in %	arithm. Mittel in EUR	in %
<b>Insgesamt</b>	<b>1.195</b>	<b>380</b>	<b>32</b>	<b>659</b>	<b>55</b>	<b>157</b>	<b>13</b>	<b>208</b>	<b>17</b>	<b>2.916</b>	<b>17</b>
<b>Männer</b>											
<b>Zusammen</b>	<b>573</b>	<b>186</b>	<b>33</b>	<b>319</b>	<b>56</b>	<b>68</b>	<b>12</b>	<b>94</b>	<b>16</b>	<b>2.950</b>	<b>17</b>
bis 19 Jahre	130	36	28	78	60	16	12	15	11	2.673	16
20 bis 39 Jahre	162	53	33	89	55	20	12	40	25	3.371	20
40 bis 64 Jahre	187	67	36	97	52	23	12	29	16	2.919	16
65 Jahre +	94	30	32	56	59	(9)	(9)	(10)	(11)	2.659	15
<b>Frauen</b>											
<b>Zusammen</b>	<b>622</b>	<b>193</b>	<b>31</b>	<b>339</b>	<b>55</b>	<b>89</b>	<b>14</b>	<b>113</b>	<b>18</b>	<b>2.884</b>	<b>17</b>
bis 19 Jahre	135	39	28	75	55	22	16	30	22	2.836	18
20 bis 39 Jahre	164	47	29	89	54	28	17	35	22	3.087	18
40 bis 64 Jahre	179	65	36	92	51	22	12	24	13	2.954	16
65 Jahre +	144	43	30	84	58	17	12	24	17	2.587	16
<b>Staatsbürgerschaft</b>											
Österreich	1.118	357	32	625	56	136	12	170	15	2.902	16
davon eingebürgert (Nicht EU/EFTA)	(23)	(11)	(46)	(10)	(45)	(2)	(9)	(7)	(30)	(2855)	(19)
Nicht Österreich	77	22	29	34	44	(21)	(27)	38	49	3.109	27
davon EU/EFTA	(18)	(2)	(9)	(12)	(70)	(4)	(21)	(3)	(19)	(4043)	(19)
davon sonstiges Ausland	59	21	35	21	36	(17)	(29)	35	59	2.842	29
<b>höchster Bildungsabschluss</b>											
max. Pflichtschule	262	79	30	140	54	43	16	53	20	2.379	18
Lehre/mittlere Schule	500	164	33	273	55	63	13	70	14	2.904	16
Matura/Universität	233	84	36	128	55	20	9	46	20	3.571	17
<b>Haushalte mit Pension</b>											
<b>Zusammen</b>	<b>248</b>	<b>72</b>	<b>29</b>	<b>147</b>	<b>59</b>	<b>29</b>	<b>12</b>	<b>38</b>	<b>15</b>	<b>2.724</b>	<b>17</b>
Alleinlebend männlich	(18)	(9)	(50)	(7)	(39)	(2)	(11)	(6)	(33)	(3317)	(22)
Alleinlebend weiblich	54	17	32	29	53	(8)	(15)	17	32	3.289	21
Mehrpersonenhaushalte	176	46	26	111	63	19	11	15	8	2.480	15
<b>Haushalte ohne Pension</b>											
<b>Zusammen</b>	<b>947</b>	<b>307</b>	<b>32</b>	<b>512</b>	<b>54</b>	<b>128</b>	<b>14</b>	<b>169</b>	<b>18</b>	<b>2.962</b>	<b>17</b>
Alleinlebend	96	34	36	49	52	(12)	(12)	43	45	4.659	29
Mehrpersonenhaushalte ohne Kinder	272	105	39	134	49	32	12	34	12	2.785	14
Mehrpersonenhaushalte mit Kindern	580	167	29	329	57	84	14	93	16	2.764	17
<b>Haushalt mit männlichem Hauptverdiener</b>											
	857	301	35	458	53	98	11	128	15	2.852	16
<b>Haushalt mit weiblicher Hauptverdienerin</b>											
	338	79	23	201	59	59	17	80	24	3.075	20

Quelle: Statistik Austria, EU-SILC 2008

Die nachfolgende Tabelle zeigt die Wohnkostenbelastung nach Erwerbsstatus. Überdurchschnittlich hohe Anteile von Personen, die „keine Kostenbelastung“ empfinden, finden sich unter Personen mit hochqualifizierter Tätigkeit (50%), Personen mit mittlerer und höherer Tätigkeit (41%) und unter Vollzeit Erwerbstätigen (39%). Besonders stark scheint die Wohnkostenbelastung für Nicht-Erwerbstätige (22%), Arbeitslose (38%) und im Haushalt Tätige (21%) zu sein. Bei Betrachtung der Erwerbsintensität eines Haushaltes zeigen sich deutliche Differenzen. 26% der Haushalte ohne Erwerbsintensität empfinden „starke Belastungen“. Dieser Anteil sinkt mit steigender Erwerbstätigkeit, sodass Haushalte mit teilweiser Erwerbsintensität nur mehr zu 15% und Haushalte mit voller Erwerbsintensität zu 9% eine starke Wohnkostenbelastung spüren. Für 38% der Haushalte ohne Erwerbstätigkeit betragen die Wohnkosten mehr als 25% des Äquivalenzeinkommens, womit ihr Anteil mehr als doppelt so hoch ist wie der steirische Durchschnitt. Auch Personen, deren Haupttätigkeit im Haushalt liegt (25%), und Nicht-Erwerbstätige (30%) haben überdurchschnittlich oft Wohnkosten, die mehr als ein Viertel ihres Äquivalenzeinkommens ausmachen.

**Tabelle 22: Subjektive Wohnkostenbelastung und Anteil der gesamten Wohnkosten am Äquivalenzeinkommen nach Erwerbstätigkeit in der Steiermark 2008**

	Gesamt	Keine Belastung		Gewisse Belastung		starke Belastung		Wohnkostenanteil >25%		Wohnkosten	
		in 1.000	in 1.000	in %	in 1.000	in %	in 1.000	in %	in 1.000	in %	arithm. Mittel in EUR
<b>Insgesamt</b>	<b>1.195</b>	<b>380</b>	<b>32</b>	<b>659</b>	<b>55</b>	<b>157</b>	<b>13</b>	<b>208</b>	<b>17</b>	<b>2.916</b>	<b>17</b>
<b>Haupttätigkeit (2008)</b>											
Erwerbstätig	502	188	37	262	52	52	10	69	14	3.089	16
davon Vollzeit	402	156	39	211	52	36	9	53	13	3.162	15
davon Teilzeit	99	32	32	52	52	16	16	16	16	2.799	17
Pension	281	90	32	162	58	29	10	39	14	2.719	16
Arbeitslos	(33)	(3)	(8)	(18)	(54)	(13)	(38)	(18)	(55)	(3170)	(29)
Haushalt	114	27	23	63	55	24	21	29	25	2.691	21
in Ausbildung	65	20	31	36	55	(9)	(13)	(14)	(21)	2.796	20
<b>Berufliche Stellung</b>											
nicht erwerbstätig	209	51	24	113	54	45	22	62	30	2.974	22
Hilfsarbeit	117	42	36	61	52	(14)	(12)	25	22	2.786	17
Facharbeit	111	35	31	65	58	(12)	(11)	(11)	(10)	2.898	15
Mittlere Tätigkeit, Meister	85	34	41	43	51	(7)	(9)	(6)	(7)	2.967	13
Höhere Tätigkeit	49	20	41	24	48	(6)	(11)	(6)	(13)	3.458	14
Hochqualifizierte Tätigkeit	49	25	50	24	48	(1)	(2)	(5)	(9)	4.237	16
Selbständige	70	25	35	37	52	(9)	(13)	13	19	3.148	18
<b>Erwerbsintensität des Haushaltes</b>											
keine Erwerbstätigkeit	95	21	22	49	52	25	26	36	38	2.934	28
teilweise Erwerbstätigkeit	428	111	26	252	59	66	15	97	23	2.868	18
volle Erwerbstätigkeit	508	197	39	267	53	44	9	46	9	2.982	14

Quelle: Statistik Austria, EU-SILC 2008



### 4.2.3.3 Resümee

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass die Wohnsituation in der Steiermark sich kaum von der in Gesamtösterreich unterscheidet. Allerdings gibt es in der Steiermark mehr Hauseigentümer (57%) und die Wohnzufriedenheit gehört zu den höchsten in ganz Österreich. Am häufigsten sind Nicht-Österreicher, Personen in sonstiger Haupt-/Untermiete und Personen in Genossenschafts- oder Gemeindewohnungen von Wohnproblemen betroffen. 17% der Steirer müssen mehr als 25% ihres Äquivalenzeinkommens für Wohnkosten aufwenden. Besonders stark sind die Belastungen durch Wohnkosten für Alleinstehende, Nicht-Österreicher, Personen in Haushalten mit weiblicher Hauptverdienerin, Nicht-Erwerbstätige, Hilfsarbeiter, im Haushalt Tätige und Personen, die sich in Ausbildung befinden.

### 4.2.4 Gesundheit

Wissenschaftliche Forschungen haben ein Verständnis für die Empfänglichkeit der Gesundheit gegenüber Umwelteinflüssen wachsen lassen. Dabei ist die Richtung der Kausalzusammenhänge zwar nicht immer eindeutig, doch dass es solche gibt, belegen unzählige Studien. Schwierige soziale und wirtschaftliche Lebensbedingungen beeinflussen die Gesundheit eines Menschen sein ganzes Leben lang. Dabei sind neben materiellen auch psychosoziale Umstände von großer Bedeutung. Die unterschiedlichen Formen von Benachteiligungen betreffen tendenziell immer die gleichen Menschen und haben kumulative Auswirkungen auf ihre Gesundheit, die mit der Dauer der Belastungen zunehmen<sup>21</sup>.

EU-SILC 2008 unterteilt bei der Auswertung die Ergebnisse in eine Gruppe der 16 bis 64-Jährigen und in eine Gruppe der über 64-Jährigen. Dadurch soll dem natürlich bedingten Unterschied der Gesundheitszustände zwischen diesen Altersgruppen Rechnung getragen werden, damit der Effekt der Einkommens- und Lebensbedingungen möglichst unverfälscht sichtbar wird.

#### 4.2.4.1 Vergleich der Gesundheitssituation in Österreich und der Steiermark

Ein Vergleich zwischen den Gruppen der 16- bis 64- Jährigen zeigt keinen nennenswerten Unterschied in der subjektiven Einschätzung der eigenen Gesundheit zwischen der steirischen und österreichischen Bevölkerung. 78% der Steirer und 76% der Österreicher bezeichnen ihre Gesundheit als gut bis sehr gut. In der zweiten Altersgruppe der über 65- Jährigen hingegen schätzen die Steirer ihren Gesundheitszustand schlechter ein als ihre Altersgenossen in ganz Österreich. Nur 34% der Steirer im Gegensatz zu 38% geben an sich gut bis sehr gut zu

---

<sup>21</sup> vgl. WHO, 2004, S. 7 u. 10

fühlen, aber 23% gegenüber 22% bezeichnen ihren Gesundheitszustand als schlecht bis sehr schlecht.

#### 4.2.4.2 Gesundheitliche Lage der Steirer

Bei der Analyse des Gesundheitszustandes der Steirer wird zuerst die Gruppe der 16- bis 64-Jährigen und danach die der über 65- Jährigen betrachtet. Es werden jeweils Daten in Abhängigkeit von soziodemografischen Merkmalen und vom Erwerbsstatus angegeben.

**Tabelle 23: Subjektiver Gesundheitszustand nach soziodemographischen Merkmalen in der Steiermark (16-64 Jahre) 2008**

	Gesamt	gut/sehr gut		mittelmäßig		schlecht/sehr schlecht		arithm. Mittel
	in 1.000	in 1.000	in %	in 1.000	in %	in 1.000	in %	
<b>Insgesamt</b>	<b>757</b>	<b>587</b>	<b>78</b>	<b>134</b>	<b>18</b>	<b>36</b>	<b>5</b>	<b>4,1</b>
<b>Männer</b>								
<b>Zusammen</b>	<b>376</b>	<b>294</b>	<b>78</b>	<b>63</b>	<b>17</b>	<b>20</b>	<b>5</b>	<b>4,1</b>
bis 19 Jahre	(28)	(26)	(92)	(2)	(8)	(0)	(0)	(4,5)
20 bis 39 Jahre	162	141	87	16	10	(5)	(3)	4,3
40 bis 64 Jahre	187	127	68	45	24	(15)	(8)	3,9
<b>Frauen</b>								
<b>Zusammen</b>	<b>380</b>	<b>293</b>	<b>77</b>	<b>72</b>	<b>19</b>	<b>16</b>	<b>4</b>	<b>4,1</b>
bis 19 Jahre	(37)	(34)	(90)	(4)	(10)	(0)	(0)	(4,5)
20 bis 39 Jahre	164	142	87	18	11	(3)	(2)	4,3
40 bis 64 Jahre	179	117	65	50	28	12	7	3,8
<b>Staatsbürgerschaft</b>								
Österreich	705	552	78	123	18	30	4	4,1
davon eingebürgert (Nicht EU/EFTA)	(18)	(11)	(63)	(4)	(21)	(3)	(15)	(3,7)
Nicht Österreich	51	34	67	(11)	(21)	(6)	(12)	3,8
davon EU/EFTA	-	-	-	-	-	-	-	-
davon sonstiges Ausland	(40)	(26)	(64)	(8)	(20)	(6)	(15)	(3,7)
<b>höchster Bildungsabschluss</b>								
max. Pflichtschule	157	103	66	37	23	(17)	(11)	3,9
Lehre/mittlere Schule	394	303	77	77	19	15	4	4,1
Matura/Universität	205	181	88	21	10	(4)	(2)	4,3
<b>Haushalte ohne Pension</b>								
<b>Zusammen</b>	<b>702</b>	<b>550</b>	<b>78</b>	<b>121</b>	<b>17</b>	<b>31</b>	<b>4</b>	<b>4,1</b>
Alleinlebend	93	73	78	18	19	(3)	(3)	4,2
Mehrpersonenhaushalte ohne Kinder	242	168	69	57	24	17	7	3,9
Mehrpersonenhaushalte mit Kindern	367	310	84	46	13	(11)	(3)	4,3
<b>Haushalt mit</b>								
männlichem Hauptverdiener	545	424	78	103	19	18	3	4,1
weiblicher Hauptverdienerin	212	163	77	31	15	18	8	4,0

Quelle: Statistik Austria, EU-SILC 2008

**Gemäß dieser Tabelle beschreiben 78% der Steirer und Steirerinnen ihren Gesundheitszustand als gut bis sehr gut, 18% als mittelmäßig und 5% als schlecht bis sehr schlecht.** Damit ist das subjektive Gesundheitsempfinden der Steirer ähnlich wie 2004 und 2006.

2008 befinden zumindest 87% der Frauen und Männer im Alter unter 40 Jahren ihren Gesundheitszustand als gut bis sehr gut. 88% der Personen mit Matura oder Universitätsabschluss gaben ihren Gesundheitszustand als gut bis sehr gut an. Das sind 11% bzw. 22% mehr als in der Gruppe der Personen mit Lehre bzw. mit Pflichtschulabschluss.

24% bzw. 28% der Personen über 40 Jahren befinden ihren Gesundheitszustand als mittelmäßig. Mit 23% gaben Personen, die maximal einen Pflichtschulabschluss haben, am häufigsten aller Bildungsniveaus an, dass ihr Gesundheitszustand mittelmäßig sei. Auch Nicht-Österreicher befinden ihren Gesundheitszustand zu 21% als mittelmäßig, wohingegen Österreicher dies nur zu 18% tun (unter ihnen befinden mehr Personen, dass ihre Gesundheit gut bis sehr gut sei). Haushalte mit weiblicher Hauptverdienerin gaben am häufigsten (8%) an, dass ihr Gesundheitszustand schlecht bis sehr schlecht sei. Ebenso gaben Nicht-Österreicher (12%) ihren Gesundheitszustand als schlecht bis sehr schlecht an, wie auch 7 bis 8% der Personen zwischen 40 und 64 Jahren.

Die **Einschätzung des subjektiven Gesundheitszustandes** erlaubt Antworten zwischen 5 „ist sehr gut“ bis 1 „ist sehr schlecht“. Der derart berechnete Mittelwert für alle **Steirer im Alter von 16 bis 65 Jahren beträgt 4,1**. Im Durchschnitt bewertet die steirische Bevölkerung ihre Gesundheit damit mit „4“ also mit „gut“. Die höchsten Gesundheitsbewertungen (und damit die besten) haben Frauen wie Männer bis 19 Jahre (4,5). Auch in der Altersgruppe der bis 39-Jährigen liegen die Mittelwerte, mit 4,3 bei Frauen und Männern, über dem steirischen Durchschnitt. Mit zunehmendem Alter verschlechtert sich die persönliche Gesundheitseinschätzung, was zu einem Mittelwert von 3,9 bei Frauen und 3,8 bei Männern über 40 Jahren führt. Unterschiede zeigen sich jedoch bei der geschlechtsspezifischen Betrachtung des/r Hauptverdieners/in. In Haushalten mit männlichem Hauptverdiener fällt die Gesundheitsbewertung geringfügig besser aus als in solchen mit weiblicher Hauptverdienerin.

Eine bildungsabhängige Betrachtung zeigt, dass die Einschätzung der eigenen Gesundheit mit steigendem Bildungsniveau besser ausfällt, sodass Personen mit Matura oder Universitätsabschluss ihre Gesundheit mit 4,1 bzw. 4,3 bewerten, wohingegen Personen mit Pflichtschulabschluss einen Wert von 3,9 angeben. Weiters lassen sich auch Unterschiede aufgrund der Herkunft ausmachen. So haben Österreicher mit 4,1 ein besseres Gesundheitsempfinden als Nicht-Österreicher mit 3,8. Von den Haushalten ohne Pension hatten jene mit Kindern die positivste Einschätzung ihrer Gesundheit (4,3), vor den Alleinlebenden mit 4,2. Mehrpersonenhaushalte ohne Kinder befanden ihre Gesundheit deutlich schlechter (3,9).

Zusammengefasst kann gesagt werden, dass Menschen mit höherem Alter, niedrigerer Bildung, ausländischer Staatsbürgerschaft und in kinderlosen Haushalten tendenziell ihre Gesundheit schlechter einschätzen. Allerdings sollte beachtet werden, dass die Unterschiede nicht sehr groß sind.

Aufschlussreich ist es auch, den subjektiven Gesundheitszustand nach Erwerbsstatus zu untersuchen, wie nachfolgende Tabelle zeigt.

**Tabelle 24: Subjektiver Gesundheitszustand nach Erwerbsstatus in der Steiermark (16-64 Jahre) 2008**

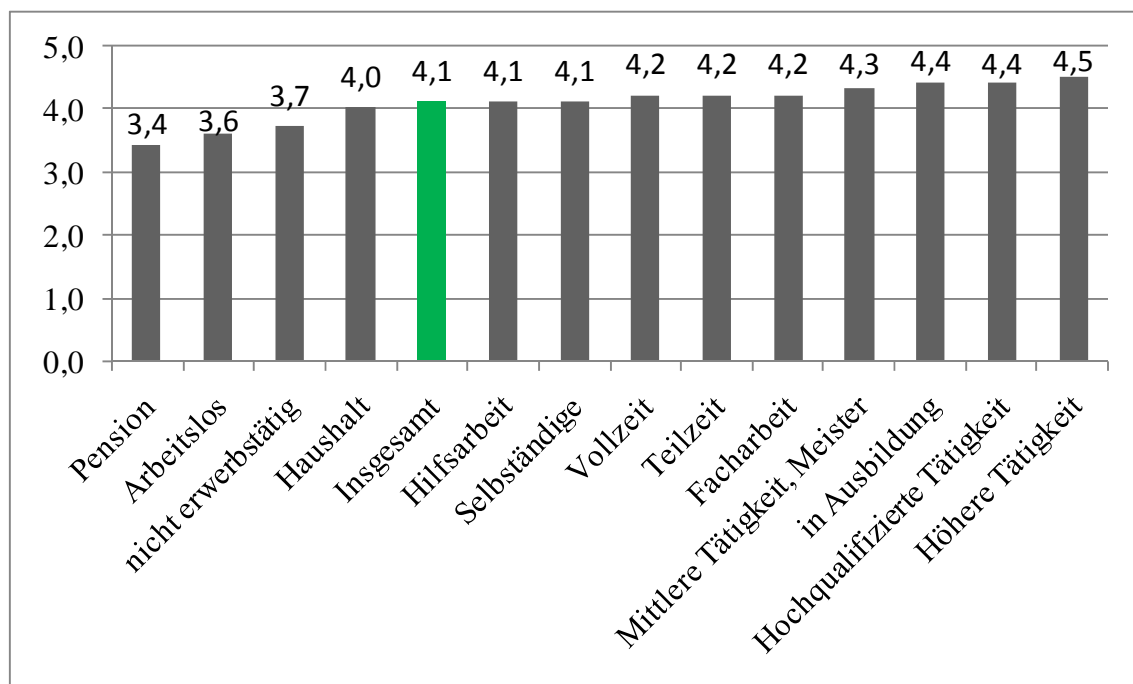
	Gesamt	gut/sehr gut		mittelmäßig		schlecht/sehr schlecht		arithm. Mittel
	in 1.000	in 1.000	in %	in 1.000	in %	in 1.000	in %	
<b>Insgesamt</b>	<b>757</b>	<b>587</b>	<b>78</b>	<b>134</b>	<b>18</b>	<b>36</b>	<b>5</b>	<b>4,1</b>
<b>Haupttätigkeit (2008)</b>								
Erwerbstätig	501	419	84	72	14	(10)	(2)	4,2
davon Vollzeit	402	334	83	60	15	(8)	(2)	4,2
davon Teilzeit	99	85	86	12	12	(2)	(2)	4,2
Pension	70	32	46	29	41	(9)	(13)	3,4
Arbeitslos	(33)	(18)	(53)	(12)	(35)	(4)	(12)	(3,6)
Haushalt	88	61	70	16	18	(11)	(12)	4,0
in Ausbildung	65	57	88	(6)	(9)	(2)	(3)	4,4
<b>Berufliche Stellung</b>								
nicht erwerbstätig	209	123	59	60	29	26	12	3,7
Hilfsarbeit	117	87	74	27	23	(4)	(3)	4,1
Facharbeit	111	95	85	14	13	(3)	(2)	4,2
Mittlere Tätigkeit, Meister	85	75	88	(9)	(10)	(2)	(2)	4,3
Höhere Tätigkeit	49	45	93	(4)	(7)	(0)	(0)	4,5
Hochqualifizierte Tätigkeit	49	44	89	(6)	(11)	(0)	(0)	4,4
Selbständige	70	58	83	(10)	(14)	(2)	(3)	4,1
<b>Erwerbsintensität des Haushaltes</b>								
keine Erwerbstätigkeit	72	34	48	24	34	(14)	(19)	3,4
teilweise Erwerbstätigkeit	299	219	73	64	21	16	5	4,1
volle Erwerbstätigkeit	382	329	86	46	12	(6)	(2)	4,3

Quelle: Statistik Austria, EU-SILC 2008

Die erhobenen Daten weisen auf einen konkreten Zusammenhang zwischen Erwerbstätigkeit bzw. Erwerbslosigkeit und dem subjektiven Gesundheitsbefinden hin. So bezeichnen von den **Erwerbstätigen 84% ihren Gesundheitszustand als gut bis sehr gut** und 2% als schlecht bis sehr schlecht. Bei den **Nicht-Erwerbstätigen** hingegen befinden **59% ihre Gesundheit als gut bis sehr gut** und 12% als schlecht bis sehr schlecht. Damit liegen die Nicht-Erwerbstätigen auch um das mehr als 2-fache über dem steirischen Durchschnitt, da nur 5% der Steirer ihren Gesundheitszustand als schlecht bis sehr schlecht bezeichnen. Auch innerhalb der Berufsgruppen zeigen sich Unterschiede. So meinen 93% der Personen mit höheren Tätigkeiten das ihr Gesundheitszustand gut bis sehr gut ist, während dies nur 74% der Hilfsarbeiter angeben. Diese haben mit 3%-iger Nennung eines schlechten bis sehr schlechten Gesundheitszustandes hierbei auch die häufigste Nennung aller Berufsgruppen.

Aufgrund eingeschränkter Interpretationsfähigkeit durch niedrige Fallzahlen in der Verteilung ist es sinnvoll, das arithmetische Mittel der unterschiedlichen Erwerbsgruppen näher zu betrachten.

Abbildung 15: Subjektiver Gesundheitszustand nach Erwerbsgruppen in der Steiermark (16-64 Jahre) 2008



Quelle: Statistik Austria, EU-SILC 2008

Ein erster Blick auf die oben abgebildete Grafik zeigt, dass **Erwerbstätige** (gleich ob Voll- oder Teilzeit) einen deutlich **höheren Mittelwert bezüglich ihrer Gesundheitseinschätzung** haben als **Nicht-Erwerbstätige** (d.h. Erwerbstätige beurteilen ihren subjektiven Gesundheitszustand besser). Pensionsbezieher haben den niedrigsten (und damit schlechtesten) Mittelwert bei der Beurteilung ihrer Gesundheit, wobei dies sicherlich vielfach auf altersbedingte Probleme zurückzuführen ist. Betrachtet man die durchschnittlichen Gesundheitseinschätzungen der Erwerbstätigen genauer, so zeigt sich, dass mit steigender beruflicher Qualifikation und höherer Stellung auch eine bessere Gesundheitsbeurteilung einhergeht. So haben Hilfsarbeiter mit 4,1 einen durchschnittlich schlechten Mittelwert im Vergleich zur Gesundheitsbewertung aller Erwerbstätigen. Personen, die höhere und hoch qualifizierte Tätigkeiten ausüben hingegen geben im Durchschnitt überdurchschnittlich gute Werte an. Mit 4,4 und 4,5 bewerten sie ihre Gesundheit unter allen Erwerbstätigen am besten. Auffallend ist, dass Selbstständige einen niedrigeren Mittelwert der Gesundheitseinschätzung haben (und damit eine schlechtere Beurteilung der eigenen Gesundheit) als alle anderen Erwerbstätigen, ausgenommen Hilfsarbeiter.

Beim Vergleich des Gesundheitszustandes der älteren Bevölkerung soll nochmals darauf hingewiesen werden, dass diese Bevölkerungsgruppe oftmals aus natürlichen (altersbedingten) Gründen einen schlechteren Gesundheitszustand aufweist. Deshalb ist eine schlechtere Beurteilung nicht direkt mit den Lebensbedingungen in Zusammenhang zu bringen.

**Tabelle 25: Subjektiver Gesundheitszustand nach soziodemographischen Merkmalen (65+Jahre) in der Steiermark 2008**

	Gesamt	gut/sehr gut		mittelmäßig		schlecht/sehr schlecht		arithm. Mittel
	in 1.000	in 1.000	in %	in 1.000	in %	in 1.000	in %	
<b>Insgesamt</b>	<b>238</b>	<b>80</b>	<b>34</b>	<b>102</b>	<b>43</b>	<b>56</b>	<b>23</b>	<b>3,1</b>
<b>Geschlecht</b>								
Männer	94	38	40	37	39	20	21	3,2
Frauen	144	42	29	65	45	36	25	3,1
65 bis 74 Jahre	118	49	42	51	43	18	15	3,3
75 Jahre +	120	31	25	52	43	38	32	2,9
<b>Staatsbürgerschaft</b>								
Österreich	232	77	33	100	43	55	24	3,1
davon eingebürgert (Nicht EU/EFTA)	-	-	-	-	-	-	-	-
Nicht Österreich	-	-	-	-	-	-	-	-
davon EU/EFTA	-	-	-	-	-	-	-	-
davon sonstiges Ausland	-	-	-	-	-	-	-	-
<b>höchster Bildungsabschluss</b>								
max. Pflichtschule	105	25	24	52	49	28	27	3,0
Lehre/mittlere Schule	106	40	38	41	39	25	23	3,2
Matura/Universität	(27)	(14)	(53)	(9)	(35)	(3)	(12)	(3,5)
<b>Haushalte mit Pension</b>								
<b>Zusammen</b>	<b>187</b>	<b>66</b>	<b>35</b>	<b>80</b>	<b>43</b>	<b>41</b>	<b>22</b>	<b>3,2</b>
Alleinlebend männlich	(17)	(6)	(37)	(10)	(59)	(1)	(4)	(3,4)
Alleinlebend weiblich	51	(12)	(24)	24	47	15	29	3,0
Mehrpersonenhaushalte	120	48	40	46	39	26	22	3,2
<b>Haushalt mit</b>								
männlichem Hauptverdiener	148	56	38	59	40	33	22	3,2
weiblicher Hauptverdienerin	90	23	26	44	49	23	25	3,0

Quelle: Statistik Austria, EU-SILC 2008

Auf den ersten Blick wird ersichtlich, dass **der subjektive Gesundheitszustand der älteren Bevölkerung** deutlich schlechter ist als der der jüngeren. Steirer über 65 Jahren beschreiben nur zu **34% ihren Gesundheitszustand als gut bis sehr gut**, zu **43% als mittelmäßig** und zu **23% als schlecht bis sehr schlecht**. Die Anteile der unter 65-Jährigen im Vergleich waren 78% „gut / sehr gut“, 18% „mittelmäßig“ und 5% „schlecht / sehr schlecht“. Fast fünf Mal so viele der über 65-Jährigen geben also an von schlechter Gesundheit zu sein als unter 65-Jährige.

Ein Vergleich zwischen den Geschlechtern zeigt, dass Männer anscheinend subjektiv gesünder sind. Sie geben zu 40% an von guter Gesundheit zu sein und zu 21% von schlechter Gesundheit. Dagegen meinen 29% der Frauen ihr Gesundheitszustand sei gut und 25% er sei schlecht, was auch mit der deutlich höheren Zahl an hochbetagten Frauen zu tun haben könnte. Je höher der Bildungsabschluss ist, desto größer wird auch die Zahl derer, die ihren Gesundheitszustand als gut bis sehr gut beschreiben: 24% der Personen mit maximal Pflichtschule, 38% der Personen mit Lehre oder mittlerer Schule und 53% der Personen mit Matura oder Universitätsabschluss.

Das arithmetische Mittel des **subjektiven Gesundheitszustandes der steirischen Bevölkerung über 65 Jahren liegt bei 3,1**. Im Durchschnitt beurteilt die steirische Bevölkerung über 65 Jahren ihre Gesundheit also mit „mittelmäßig“.

Abschließend wird noch das Vorkommen von **Gesundheitsbeeinträchtigungen** in der steirischen Bevölkerung untersucht. Dazu wurden keine Altersbeschränkungen gesetzt. Gesundheitsbeeinträchtigungen werden angenommen, wenn der eigene Gesundheitszustand als „sehr schlecht“ eingeschätzt wird, „chronische Krankheiten“ oder Behinderungen vorliegen, eine „Invaliditäts- oder Erwerbsunfähigkeitspension“ oder „Pflegegeld“ bezogen wird<sup>22</sup>.

**Insgesamt sind 8% der steirischen Bevölkerung in schlechtem Gesundheitszustand, 30% chronisch krank und 10% stark durch Behinderung beeinträchtigt. 2% bezieht eine Invaliditäts- oder Erwerbsunfähigkeitspension.**

Ein Vergleich zwischen den Geschlechtern zeigt, dass Frauen (besonders aufgrund ihres höheren Alters) bei fast allen Gesundheitsbeeinträchtigungen höhere Anteile haben als Männer. Einzig unter den Beziehern von Invaliditäts- oder Erwerbsunfähigkeitspensionen haben die Männer einen höheren Anteil als Frauen. Dieser geschlechtsspezifische Unterschied zieht sich auch in Haushalten mit weiblicher Hauptverdienerin fort. Diese sind mit Ausnahme der Pensionsbezüge von allen Gesundheitsbeeinträchtigungen zu höheren Anteilen betroffen als die vergleichbaren Haushalte mit männlichem Hauptverdiener.

---

<sup>22</sup> Bei dauernder Erwerbsminderung oder bei gänzlicher Arbeitsunfähigkeit sind bestimmte Ansprüche im Sozialschutzsystem vorgesehen. Geldleistungen im Rahmen der gesetzlichen Pensionsversicherung sind **Invaliditätspensionen** und im Rahmen des Beamtenpensionsrechts **Ruhebezüge**. Anspruchsvoraussetzungen sind der Nachweis einer bestimmten Versicherungsdauer je nach Alter und der Invalidität, bestimmt durch die gesundheitlichen Beeinträchtigungen und der überwiegend ausgeübten beruflichen Tätigkeit. Als invalid gilt, wessen Arbeitsfähigkeit in Folge des körperlichen oder geistigen Zustands auf weniger als die Hälfte derjenigen einer gesunden Person mit ähnlicher Ausbildung und gleichwertigen Kenntnissen und Fähigkeiten in jedem Beruf, in den dieser verwiesen werden kann, herabgesunken ist. Die Anspruchshöhe unterscheidet sich je nach sozialrechtlicher Stellung und den beruflichen Merkmalen und wird durch die Anzahl der erworbenen Versicherungsmonate, die Höhe der Bemessungsgrundlage und das tatsächliche Pensionsalter bestimmt (vgl. BMSK, 2007, S. 40-42). Das **Pflegegeld** ist eine zweckgebundene Leistung, die ausschließlich zur Abdeckung der pflegebedingten Mehraufwendungen bestimmt ist und als solche als pauschalierter Beitrag zu den Kosten der erforderlichen Pflege anzusehen ist. Die Gewährung von Pflegegeld ist unabhängig von der Ursache der Pflegebedürftigkeit und vom Alter des Betroffenen, und seine Höhe orientiert sich ausschließlich am konkreten Pflegebedarf (vgl. BMSK, 2007, S. 68).

**Tabelle 26: Gesundheitsbeeinträchtigungen nach soziodemographischen Merkmalen in der Steiermark 2008**

	Gesamt	in schlechtem Gesundheitszustand		chronisch krank		stark beeinträchtigt durch Behinderung		Bezug einer Invaliditäts-/Erwerbsunfähigkeitspension	
		in 1.000	in 1.000	in %	in 1.000	in %	in 1.000	in %	in 1.000
<b>Insgesamt</b>	<b>1.195</b>	<b>92</b>	<b>8</b>	<b>363</b>	<b>30</b>	<b>123</b>	<b>10</b>	<b>27</b>	<b>2</b>
<b>Männer</b>									
<b>Zusammen</b>	<b>573</b>	<b>40</b>	<b>7</b>	<b>165</b>	<b>29</b>	<b>51</b>	<b>9</b>	<b>16</b>	<b>3</b>
bis 19 Jahre	130	(0)	(0)	(3)	(2)	(0)	(0)	(0)	(0)
20 bis 39 Jahre	162	(5)	(3)	32	20	(6)	(3)	(0)	(0)
40 bis 64 Jahre	187	(15)	(8)	73	39	22	12	16	8
65 Jahre +	94	20	21	57	61	24	25	(0)	(0)
<b>Frauen</b>									
<b>Zusammen</b>	<b>622</b>	<b>52</b>	<b>8</b>	<b>199</b>	<b>32</b>	<b>73</b>	<b>12</b>	<b>(11)</b>	<b>(2)</b>
bis 19 Jahre	135	(0)	(0)	(5)	(3)	(1)	(0)	(0)	(0)
20 bis 39 Jahre	164	(3)	(2)	36	22	(9)	(5)	(0)	(0)
40 bis 64 Jahre	179	12	7	69	38	23	13	(11)	(6)
65 Jahre +	144	36	25	89	62	40	28	(0)	(0)
<b>Staatsbürgerschaft</b>									
Österreich	1.118	84	8	343	31	110	10	26	2
davon eingebürgert (Nicht EU/EFTA)	(23)	(3)	(15)	(8)	(35)	(3)	(15)	(0)	(0)
Nicht Österreich	77	(7)	(10)	20	26	(13)	(17)	(1)	(1)
davon EU/EFTA	(18)	(0)	(2)	(5)	(26)	(2)	(11)	(1)	(4)
davon sonstiges Ausland	59	(7)	(12)	(16)	(27)	(11)	(19)	(0)	(1)
<b>höchster Bildungsabschluss</b>									
max. Pflichtschule	262	45	17	119	45	52	20	(6)	(2)
Lehre/mittlere Schule	500	39	8	182	36	56	11	17	3
Matura/Universität	233	(8)	(3)	62	27	15	6	(3)	(2)
<b>Haushalte mit Pension</b>									
<b>Zusammen</b>	<b>248</b>	<b>46</b>	<b>19</b>	<b>134</b>	<b>54</b>	<b>56</b>	<b>23</b>	<b>(3)</b>	<b>(1)</b>
Alleinlebend	73	15	21	44	60	21	29	(0)	(0)
Mehrpersonenhaushalte	176	31	18	90	51	35	20	(3)	(2)
<b>Haushalte ohne Pension</b>									
<b>Zusammen</b>	<b>947</b>	<b>45</b>	<b>5</b>	<b>229</b>	<b>24</b>	<b>67</b>	<b>7</b>	<b>24</b>	<b>3</b>
Alleinlebend	96	(3)	(3)	33	35	(5)	(5)	(5)	(5)
Mehrpersonenhaushalte ohne Kinder	272	26	9	102	37	32	12	14	5
Mehrpersonenhaushalte mit Kindern	580	17	3	94	16	30	5	(6)	(1)
<b>Haushalt mit</b>									
männlichem Hauptverdiener	857	51	6	239	28	65	8	20	2
weiblicher Hauptverdienerin	338	41	12	124	37	58	17	(7)	(2)

Quelle: Statistik Austria, EU-SILC 2008



Ein ebenso konkreter Zusammenhang stellt sich **zwischen Bildung und Gesundheitsbeeinträchtigungen** dar. **17% der Personen mit maximal Pflichtschule sind in schlechtem Gesundheitszustand, 45% sind chronisch krank und 20% sind stark durch eine Behinderung beeinträchtigt.** Dahingegen sind nur 3% der Personen mit Matura oder Universitätsabschluss in schlechtem Gesundheitszustand, 27% chronisch krank und 6% durch eine Behinderung stark beeinträchtigt. Auch Haushalte mit Pension sind viel stärker von Gesundheitsbeeinträchtigungen betroffen als solche ohne Pension, wobei hier die höhere Altersstruktur eine maßgebliche Rolle spielen dürfte. Interessant ist auch, dass ein bedeutender Unterschied zwischen Mehrpersonenhaushalten mit und ohne Kinder besteht. Von ersteren sind 3% in schlechtem Gesundheitszustand, 16% chronisch krank und 5% durch eine Behinderung stark beeinträchtigt. In Mehrpersonenhaushalten ohne Kinder sind diese Anteile bei weitem höher: 9% sind in schlechtem Gesundheitszustand, 37% chronisch krank und 12% durch eine Behinderung stark beeinträchtigt, wobei diese Unterschiede wie bei der Bildung auch mit der verschiedenen Altersstruktur zusammenhängen.

Kein signifikanter Unterschied kann zwischen den Gesundheitsbeeinträchtigungen von Österreichern und Nicht-Österreichern festgestellt werden.

#### 4.2.4.3 Resümee

Die Mehrheit der steirischen Bevölkerung unter 65 Jahren (78%) befindet ihren Gesundheitszustand für gut bis sehr gut, sodass sie einen durchschnittlichen Gesundheitswert von 4,1 („4“ bedeutet gut) vorweist. Aufgrund altersbedingter Probleme verschlechtert sich die Gesundheitseinschätzung mit zunehmendem Alter. Ein schlechteres Empfinden des eigenen Gesundheitszustandes sowie auch ein häufigeres Vorkommen von Gesundheitsbeeinträchtigungen haben Personen mit niedriger Bildung, Nicht-Österreicher, Personen in Haushalten mit weiblicher Hauptverdienerin oder in kinderlosen Haushalten sowie Erwerbslose und Personen in schlechter beruflicher Position.

#### 4.2.5 Zufriedenheit

Abschließend wird die Zufriedenheit der Steirer und Steirerinnen mit ihrem Leben untersucht. Hierbei handelt es sich um die subjektive Einschätzung der gegenwärtigen Zufriedenheit mit dem Leben. Die **Einschätzung der Zufriedenheit** erlaubt Antworten zwischen 6 „sehr zufrieden“ bis 1 „sehr unzufrieden“.

Tabelle 27: Lebenszufriedenheit nach soziodemographischen Merkmalen in der Steiermark 2008

	Gesamt	sehr/ziemlich unzufrieden		eher unzufrieden		eher zufrieden		sehr/ziemlich zufrieden		arithm. Mittel
	in 1.000	in 1.000	in %	in 1.000	in %	in 1.000	in %	in 1.000	in %	
<b>Insgesamt</b>	<b>691</b>	<b>(13)</b>	<b>(2)</b>	<b>31</b>	<b>4</b>	<b>117</b>	<b>17</b>	<b>531</b>	<b>77</b>	<b>5,1</b>
<b>Männer</b>										
<b>Zusammen</b>	<b>319</b>	<b>(4)</b>	<b>(1)</b>	<b>(16)</b>	<b>(5)</b>	<b>48</b>	<b>15</b>	<b>250</b>	<b>78</b>	<b>5,1</b>
bis 19 Jahre	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
20 bis 39 Jahre	111	(1)	(1)	(4)	(4)	(8)	(7)	98	88	5,3
40 bis 64 Jahre	130	(3)	(2)	(9)	(7)	18	14	100	77	5,0
65 Jahre +	71	(0)	(0)	(3)	(5)	21	30	46	65	4,9
<b>Frauen</b>										
<b>Zusammen</b>	<b>372</b>	<b>(9)</b>	<b>(2)</b>	<b>15</b>	<b>4</b>	<b>68</b>	<b>18</b>	<b>280</b>	<b>75</b>	<b>5,1</b>
bis 19 Jahre	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
20 bis 39 Jahre	109	(3)	(3)	(4)	(4)	(12)	(11)	91	83	5,2
40 bis 64 Jahre	140	(2)	(1)	(5)	(3)	26	18	108	77	5,2
65 Jahre +	109	(4)	(4)	(6)	(5)	30	27	69	63	4,8
<b>Staatsbürgerschaft</b>										
Österreich	653	(11)	(2)	28	4	111	17	504	77	5,1
davon eingebürgert (Nicht EU/EFTA)	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Nicht Österreich	(38)	(3)	(7)	(3)	(7)	(6)	(15)	(27)	(71)	(4,7)
davon EU/EFTA	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
davon sonstiges Ausland	(28)	(3)	(10)	(2)	(8)	(5)	(17)	(18)	(65)	(4,5)
<b>höchster Bildungsabschluss</b>										
max. Pflichtschule	171	(6)	(3)	(9)	(5)	48	28	109	64	4,7
Lehre/mittlere Schule	362	(6)	(2)	15	4	51	14	290	80	5,1
Matura/Universität	158	(2)	(1)	(7)	(4)	18	11	131	83	5,3
<b>Haushalte mit Pension</b>										
<b>Zusammen</b>	<b>191</b>	<b>(4)</b>	<b>(2)</b>	<b>(8)</b>	<b>(4)</b>	<b>49</b>	<b>26</b>	<b>129</b>	<b>67</b>	<b>4,9</b>
Alleinlebend	73	(1)	(2)	(3)	(5)	24	33	44	61	4,8
Mehrpersonenhaushalte	119	(3)	(2)	(5)	(4)	26	22	85	72	4,9
<b>Haushalte ohne Pension</b>										
<b>Zusammen</b>	<b>500</b>	<b>(9)</b>	<b>(2)</b>	<b>22</b>	<b>4</b>	<b>67</b>	<b>13</b>	<b>402</b>	<b>80</b>	<b>5,1</b>
Alleinlebend	96	(2)	(2)	(7)	(8)	(15)	(16)	71	74	5,0
Mehrpersonenhaushalte ohne Kinder	164	(2)	(1)	(5)	(3)	23	14	134	82	5,1
Mehrpersonenhaushalte mit Kindern	240	(5)	(2)	(11)	(4)	29	12	196	82	5,2
<b>Haushalt mit</b>										
männlichem Hauptverdiener	479	(5)	(1)	18	4	69	14	387	81	5,1
weiblicher Hauptverdienerin	212	(8)	(4)	(13)	(6)	47	22	144	68	4,9

Quelle: Statistik Austria, EU-SILC 2008

Die **Zufriedenheit mit dem eigenen Leben** gibt direkt Aufschluss über die Lebenssituation der Menschen. Laut EU-SILC 2008 ist die **Lebenszufriedenheit** in Österreich (arithmetisches Mittel von 5,0) und in der **Steiermark (5,1) sehr hoch** (theoretischer Höchstwert ist 6). Vergleicht man die Selbsteinschätzung der steirischen und der österreichischen Bevölkerung, so zeigt sich, dass die Verteilung auf die Zufriedenheitskategorien sehr ähnlich ist. 17% sind sowohl in der Steiermark als auch in Österreich eher zufrieden, dafür sind aber 77% (statt 76%) in der Steiermark sehr zufrieden.

Ein durchschnittlicher Zufriedenheitswert (arithmetisches Mittel) der Steirer und Steirerinnen von 5,1 besagt, dass die Bevölkerung im Mittel ziemlich bis sehr zufrieden mit ihrem Leben ist. Diesbezüglich gibt es keine Unterschiede zwischen den Geschlechtern, geringfügig schlechter fällt die Bilanz bei den Nicht-Österreichern aus. Eine kleine Differenz gibt es zwischen den Bildungsniveaus, wobei Menschen mit höherer Bildung auch zufriedener sind. So gaben 83% der Personen mit Matura oder Universitätsabschluss an sehr bis ziemlich zufrieden mit ihrem Leben zu sein, wohingegen dies nur 64% der Personen mit maximal Pflichtschulabschluss aussagten, im Mittel ist die Zufriedenheit dieser Gruppe bei bescheidenen 4,7. Ebenfalls niedrige Zufriedenheitsmittelwerte haben Alleinstehende mit Pension (4,8). Männer und Frauen zwischen 20 und 39 Jahren haben mit einer mittleren Zufriedenheit von 5,3 bzw. 5,2 überdurchschnittlich gute Werte, sowie auch Mehrpersonenhaushalte mit Kindern (5,2)

#### 4.2.6 Armutslagen – Deprivation

Es gibt zwar keine genauen Daten zur Deprivation der steirischen Bevölkerung, doch es kann davon ausgegangen werden, dass die Situation sehr ähnlich der österreichischen ist. Es stellt sich die Frage, wie „schwerwiegend“ die Deprivation der Betroffenen ist (d.h. an wie vielen Dimensionen der Deprivation<sup>23</sup> sie Mangel leiden).

In Österreich sind im Jahr 2008 33% von zumindest einer Deprivationsdimension betroffen, 10% sind von 2 Dimensionen der Deprivation betroffen und 3% sind von mindestens 3 Dimensionen betroffen.

Interessant dabei ist der Anteil von Personen in verschiedenen Einkommensgruppen nach Dimensionen der Deprivation. Die Einteilung der Einkommensgruppen wird am Medianeinkommen (19.011 Euro) gemessen. Die niedrige Einkommensgruppe ist definiert, wenn das verfügbare Einkommen unter 60% des äquivalisierten Medianeinkommens (unter 11.406 Euro) ist. Das entspricht der Gruppe der Armutgefährdeten. Das mittlere Einkommen ist mit 60-180% des äquivalisierten Medianeinkommens definiert, das entspricht einem Betrag zwischen 11.407 und 34.220 Euro. Das hohe Einkommen ist definiert als Einkommen, welches über 180% des äquivalisierten Medianeinkommens ist, also über 34.220 Euro.

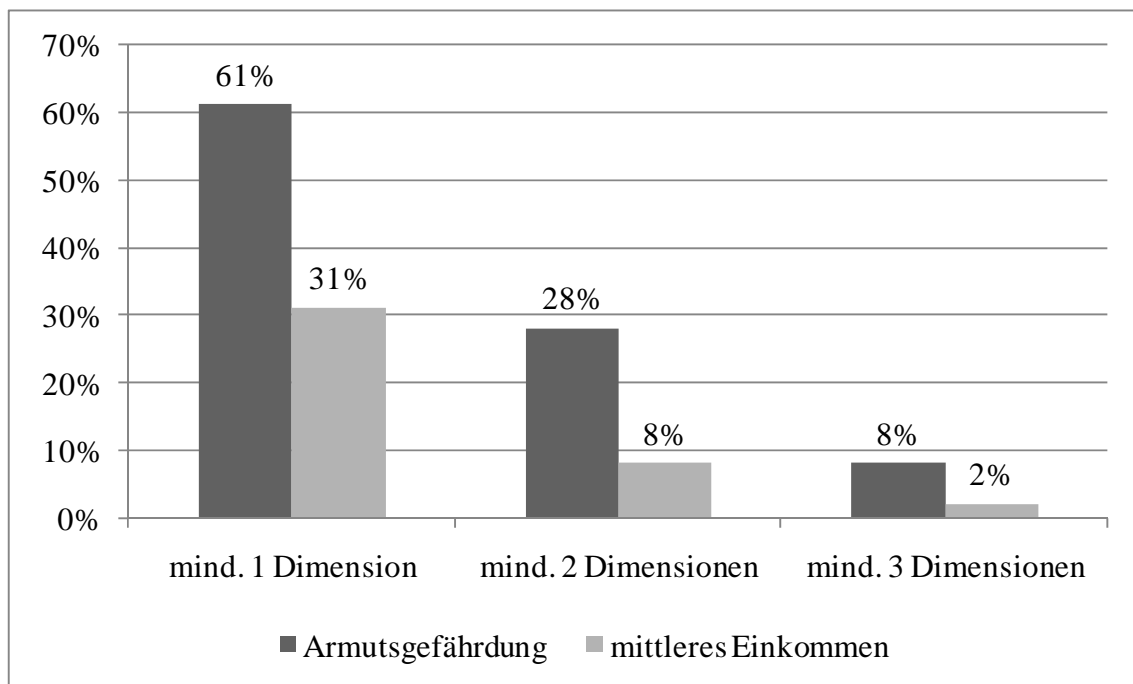
---

<sup>23</sup> Die Dimensionen der Deprivation umfassen: Teilhabe am Mindestlebensstandard, sekundäre Lebensbedingungen, Gesundheitszustand, Wohnsituation und Wohnumfeld.

Österreichweit sind 61% der Armutsgefährdeten (Einkommen < 60% des Medians) und 31% der Personen mit mittlerem Einkommen (60-180% des Medians) von zumindest einer der Deprivationsdimensionen betroffen. Von den Armutsgefährdeten leiden 28% in zwei und 8% in drei Bereichen an Deprivation. Gleiches gilt für 8% bzw. 2% der Personen mit mittlerem Einkommen.

Insgesamt stellt sich die Situation wie in folgender Grafik abgebildet, dar.

**Abbildung 16: Anteil derer, die an zumindest ... Dimensionen der Deprivation leiden (Österreich 2008)**



Quelle: Statistik Austria, EU-SILC 2008

## 5 Armutsgefährdete Gruppen

Dieser Abschnitt soll eine nähere Analyse der (Armut-)Situation in der Steiermark vornehmen. Dabei wird zuerst dem Einfluss von Bildung und Erwerbstätigkeit auf das Armutsrisiko nachgegangen. Danach wird die Armutsgefährdung bestimmter Risikogruppen, wie Frauen, Pensionsbezieher, Nicht-Österreicher und Menschen mit Behinderung, genauer beleuchtet.

Jeweils einleitend wird die Verteilung der entsprechenden Gruppe in der steirischen Bevölkerung dargestellt, um derart ein Bild vom Ausmaß der Betroffenheit zu gewinnen.

### 5.1 Der Zusammenhang zwischen Bildung und Armut

Es ist allgemein bekannt, dass Schulbildung und Arbeitsmarktchancen sowie Armutsgefährdungsrisiko zusammenhängen. Niedrige Bildung erhöht dabei das Risiko von Arbeitslosigkeit und niedrigem Einkommen. Personen mit geringem Bildungsniveau sind auch häufiger in unregelmäßigen Beschäftigungsverhältnissen und Beschäftigungen mit wenig sozial- und arbeitsrechtlichem Schutz zu finden. Weiters erhöht niedrige Bildung auch die Verweildauer in Situationen der Armutsgefährdung. Der Kausalzusammenhang von Bildung und Armut wirkt aber auch in die andere Richtung. Das Risiko, aus dem Bildungssystem zu fliegen, ist für Kinder von niedrig qualifizierten Eltern fünfmal so hoch wie für Kinder von Hochqualifizierten und für Kinder von Arbeitslosen dreimal so hoch wie für Kinder von Beschäftigten.<sup>24</sup>

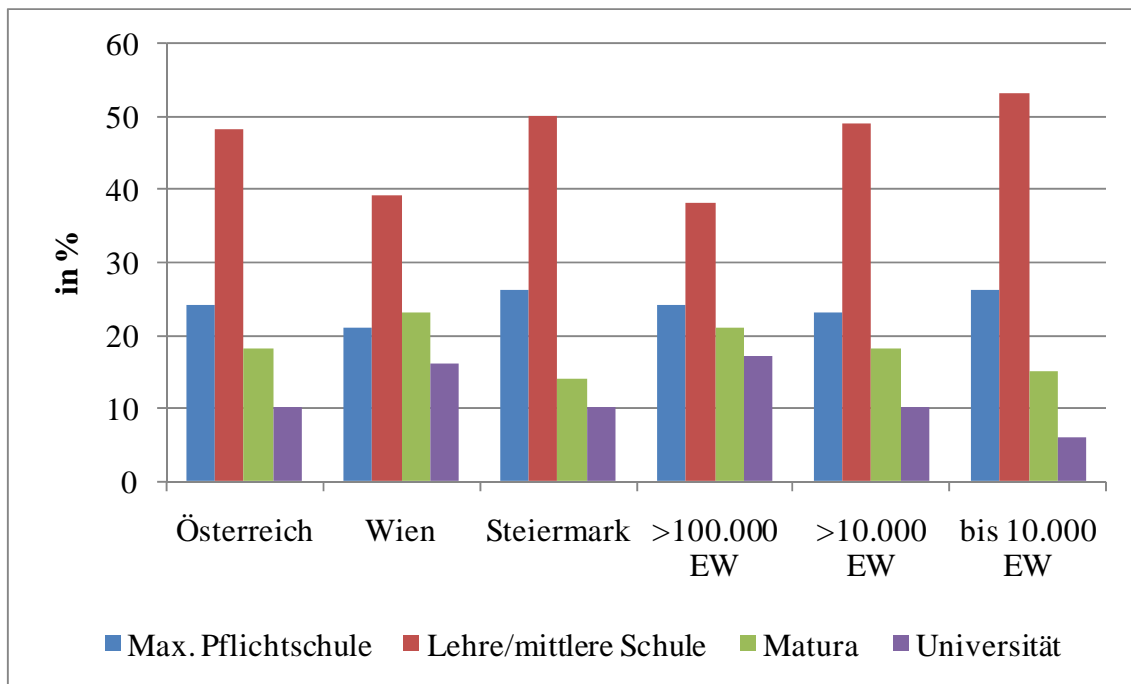
#### 5.1.1 Bildungssituation in Österreich und der Steiermark

Folgende Grafik bildet die Bildungssituation in Österreich, der Steiermark, Wien sowie in Abhängigkeit von der Einwohnerzahl einer Region ab.

---

<sup>24</sup> Die PISA-Studie zeigt eindeutig, dass Schüler aus bildungsnahen Familien überdurchschnittlich oft Spitzenleistungen erreichen, während Schüler aus bildungsfernen Familien überproportional oft Risikoschüler sind. Es entsteht ein Teufelskreis, denn ohne höhere Ausbildung sind die Chancen auf einen gut bezahlten Arbeitsplatz schlecht. (vgl. Arbeiterkammer Wien, 2010)

Abbildung 17: Höchste abgeschlossene Schulbildung der Bevölkerung ab 16 Jahren

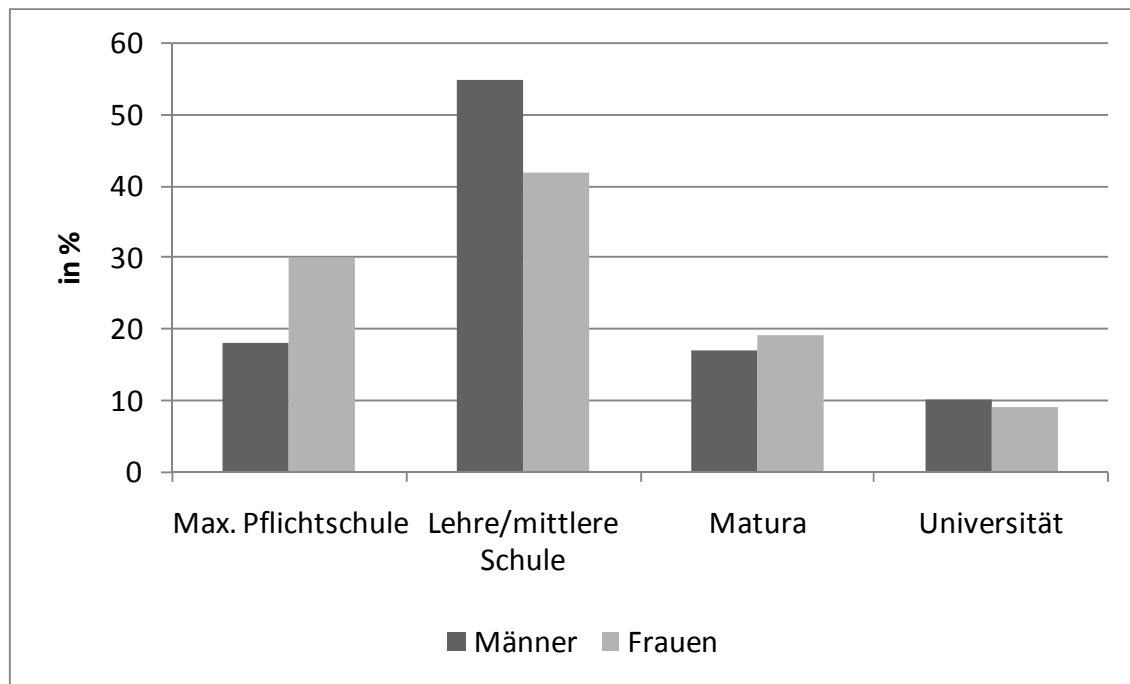


Quelle: Statistik Austria, EU-SILC 2008

In Österreich haben 24% der Bevölkerung maximal einen Pflichtschulabschluss, 48% eine Lehre oder mittlere Schule absolviert, 18% Matura und 10% sind Universitätsabsolventen. In der Steiermark sieht die Bildungssituation sehr ähnlich aus. **Die Mehrheit der Bevölkerung (50%) hat eine Lehre oder mittlere Schule abgeschlossen, während 26% nur einen Pflichtschulabschluss haben. 14% der Steirer haben die Matura und weitere 10% einen Universitätsabschluss.** Betrachtet man die Bildungssituation in Abhängigkeit von der Einwohnerzahl einer Region, zeigt sich ein deutlicher Trend: Je größer die Gemeinde ist, desto höher ist auch das Bildungsniveau ihrer Einwohner. So haben in Regionen mit bis zu 10.000 Einwohnern 26% maximal einen Pflichtschulabschluss und 53% eine Lehre oder mittlere Schule besucht, aber nur 15% Matura bzw. 6% einen Universitätsabschluss. Hingegen haben in Regionen mit über 100.000 Einwohner 17% einen Universitätsabschluss und 21% die Matura, sowie 38% einen Lehr- oder mittleren Schulabschluss und nur 24% lediglich einen Pflichtschulabschluss. Dieser Zusammenhang von Bildungsniveau und Wohnumfeld (Gemeindegröße), erklärt auch das hohe Bildungsniveau Wiens. Hier haben immerhin 16% einen Universitätsabschluss und 23% die Matura. 39% haben eine Lehre oder mittlere Schule abgeschlossen und nur 21% haben maximal die Pflichtschule beendet.

Dieser Zusammenhang kann darauf zurückgeführt werden, dass es in **städtischen Gebieten** ein erhöhtes **Angebot an weiterführenden Schulen, größere Anteile an höher gebildeten Eltern und bessere Berufschancen in höher qualifizierten Berufen gibt.**

Abbildung 18: Höchste abgeschlossene Schulbildung nach Geschlecht in Österreich (ab 16 Jahren)

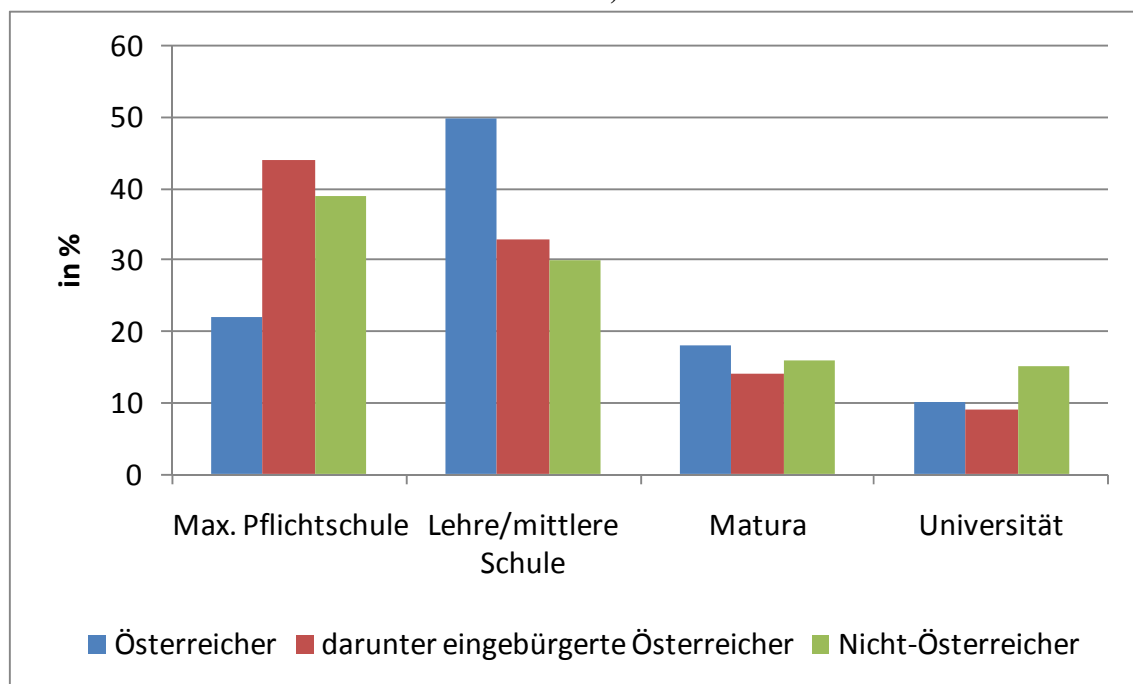


Quelle: Statistik Austria, EU-SILC 2008

**Vergleicht man das Bildungsniveau der Geschlechter<sup>25</sup>, so zeigen sich deutliche Unterschiede.** Ein erheblich höherer Anteil an Frauen (30%) als an Männern (18%) hat maximal die Pflichtschule besucht. Männer haben dafür viel öfter eine Lehre oder mittlere Schule absolviert. Auf dieser Stufe mittlerer Bildung befinden sich demnach 55% der Männer aber nur 42% der Frauen. Im oberen Bildungssegment sind die geschlechtsspezifischen Unterschiede eher gering. So haben mittlerweile 19% der Frauen, und damit um 2% mehr als Männer, die Matura. Einen Universitätsabschluss haben 10% der männlichen und 9% der weiblichen Bevölkerung. Zusammengefasst fällt auf, dass Frauen in niedrigeren Bildungsstufen stark benachteiligt sind, während in höheren Bildungsstufen (Matura und Universität) dieser Geschlechtsunterschied nicht zu finden ist. Hier schlägt offensichtlich der hohe Anteil älterer Frauen mit niedriger Bildung durch.

<sup>25</sup> Hierfür stehen nur Daten für Gesamtösterreich zur Verfügung. Es kann jedoch angenommen werden, dass in der Steiermark die Situation sehr ähnlich ist.

Abbildung 19: Höchste abgeschlossene Schulbildung nach Staatsbürgerschaft in Österreich (ab 16 Jahren)



Quelle: Statistik Austria, EU-SILC 2008

**Auch hinsichtlich der Staatsbürgerschaft zeigen sich deutliche Unterschiede im Bildungsniveau.** Der Anteil der eingebürgerten Österreicher bzw. Nicht-Österreicher, die maximal die Pflichtschule besucht haben, ist mit 44% bzw. 39% deutlich höher als unter den Österreichern mit 22%. Österreicher haben dafür zu 50% einen Lehr- oder mittleren Schulabschluss, während dies nur auf 33% bzw. 29% der Eingebürgerten oder Nicht-Österreicher zutrifft. Auf Maturaniveau gibt es kaum Unterschiede – 18% der Österreicher, 14% der Eingebürgerten und 16% der Nicht-Österreicher haben die Matura gemacht. Interessant ist die Verteilung der Universitätsabsolventen. Dies sind 9% der Österreicher und der eingebürgerten Österreicher, aber 15% der Nicht-Österreicher.

### 5.1.2 Auswirkungen des Bildungsniveaus auf die Armutsgefährdung

Nun soll dem bereits angesprochenen „positiven“ Effekt höherer Bildung auf die Armutsgefährdung anhand der neuesten EU-SILC Daten für Österreich und die Steiermark nachgegangen werden.



### 5.1.2.1 Bildung und Einkommen

Die Daten von EU-SILC 2008 für die Steiermark zeigen eine **eindeutige Korrelation von Bildungsniveau und Einkommen**. So beträgt das jährliche Median-Äquivalenzeinkommen von Personen mit maximal Pflichtschulabschluss 16.049 Euro, von Personen mit Lehr- oder mittlerem Schulabschluss 19.172 Euro und von Personen mit Matura oder Universitätsabschluss 23.473 Euro. Damit beziehen letztere über 7.000 Euro mehr pro Jahr als Personen mit maximal Pflichtschulabschluss. Deren Median-Äquivalenzeinkommen liegt außerdem deutlich unter dem mittleren Äquivalenzeinkommen der Gesamtbevölkerung von 18.805 Euro, während die beiden höheren Bildungsgruppen überdurchschnittliche Einkommen beziehen.

**Tabelle 28: Äquivalisiertes Nettohaushaltseinkommen von Personen in der Steiermark nach höchstem Bildungsabschluss (EU-SILC 2008)**

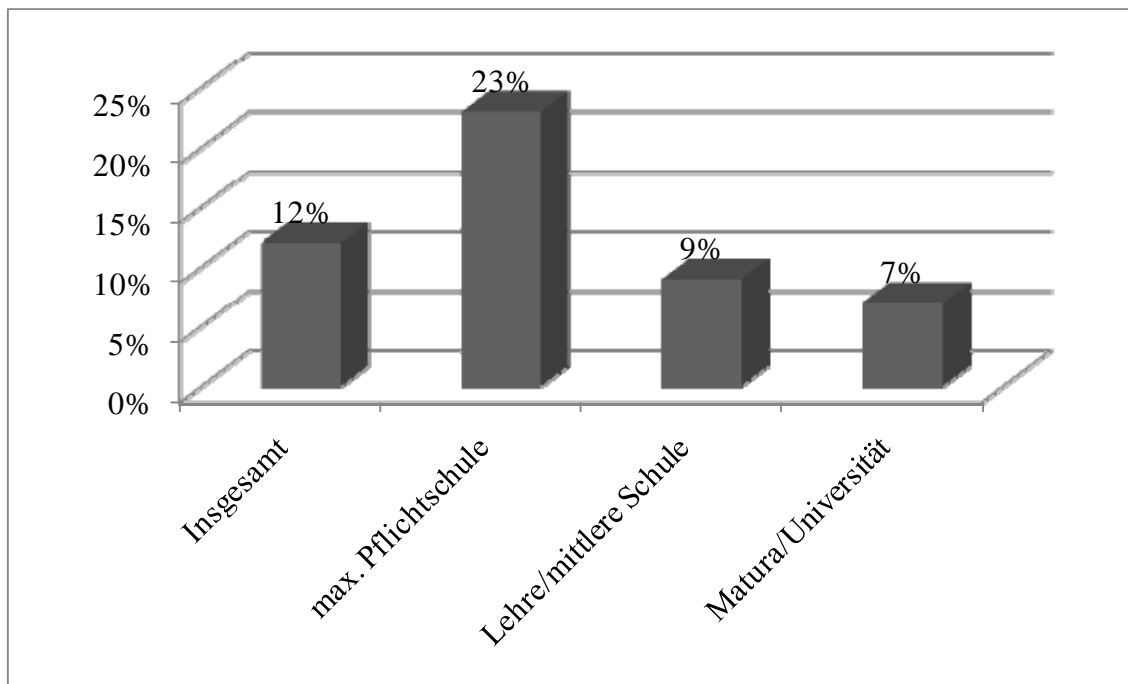
...Personen verfügen über weniger als ...EUR	Anzahl in 1.000	Jahresäquivalenzeinkommen			
		25%	50%	75%	arithm. Mittel
<b>Insgesamt</b>	<b>1.195</b>	<b>13.971</b>	<b>18.805</b>	<b>24.490</b>	<b>20.308</b>
<b>höchster Bildungsabschluss</b>					
max. Pflichtschule	262	11.716	16.049	21.441	16.891
Lehre/mittlere Schule	500	15.192	19.172	24.589	20.919
Matura/Universität	233	16.608	23.473	29.765	24.464

Quelle: Statistik Austria, EU-SILC 2008

### 5.1.2.2 Bildung und Armutsgefährdung

Auch die Armutsgefährdungsquoten nach Bildungsabschluss zeigen das erhöhte Armutsrisiko schlecht gebildeter Bevölkerungsgruppen. So haben **Personen mit maximal Pflichtschulabschluss mit 23% eine überdurchschnittlich hohe Armutsgefährdungsquote**, die sogar mehr als doppelt so hoch ist wie die von Personen mit Lehre oder mittlerem Schulabschluss (9%) bzw. von Personen mit Matura oder Universitätsabschluss (7%).

Abbildung 20: Armutsgefährdungsquote in der Steiermark 2008 nach höchstem Bildungsabschluss



Quelle: Statistik Austria, EU-SILC 2008

Betrachtet man das Bildungsniveau innerhalb der Gruppe der Armutsgefährdeten, so haben die meisten (49%) von ihnen maximal einen Pflichtschulabschluss, 37% eine Lehre oder mittlere Schule absolviert und 14% der Armutsgefährdeten sind Maturanten oder Universitätsabsolventen, wie man in Tabelle 10 sehen kann.

### 5.1.2.3 Bildung und Deprivation

Wie bereits in Tabelle 14 und Tabelle 15 deutlich wurde, haben Personen mit maximal Pflichtschulabschluss überdurchschnittliche **finanzielle Einschränkungen** sowohl bei Konsumgütern als auch bei der Erfüllung primärer Grundbedürfnisse zu erleiden. Hingegen ist der Anteil der Personen mit Matura oder Universitätsabschluss, die dieselben finanziellen Einschränkungen erdulden müssen, meist nicht einmal halb so groß. In Anbetracht der Grundbedürfnisse können es sich 43% der Personen mit Pflichtschulabschluss nicht leisten „auf Urlaub zu fahren“, 37% „unerwartete Ausgaben zu tätigen“, 22% „1x pro Monat Freunde und Verwandte einzuladen“ und 18% „jeden 2. Tag Fisch oder Fleisch zu essen“. Unter den Maturanten oder Universitätsabsolventen sind diese Anteile nur wesentlich geringer.

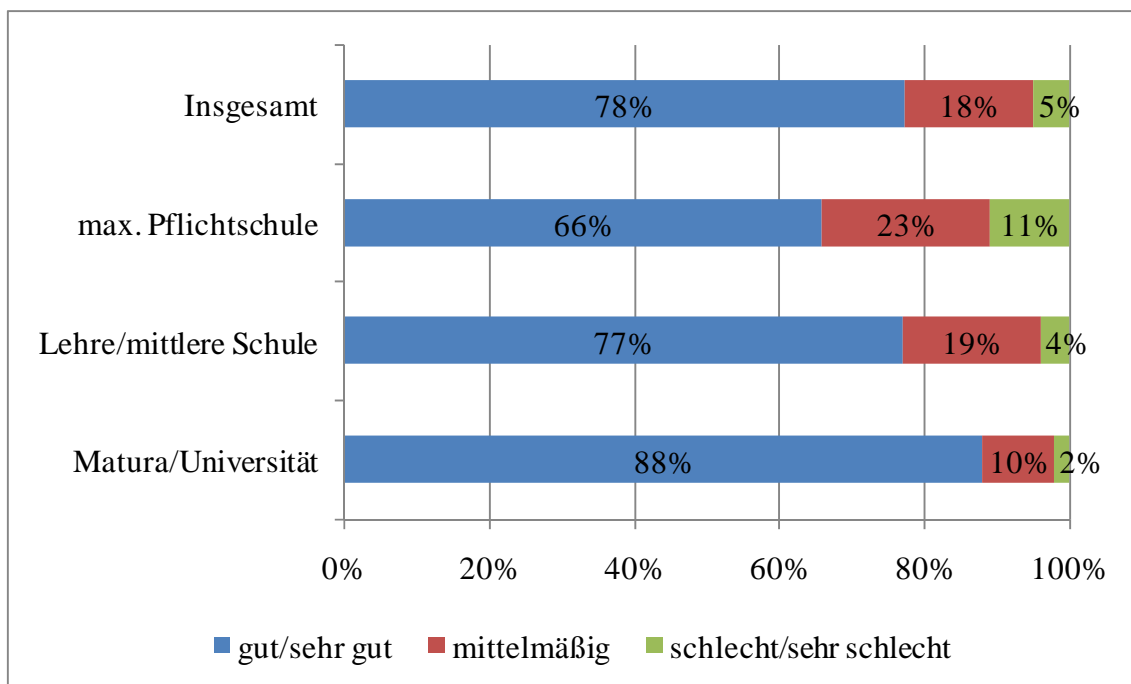
Auf die **Wohnprobleme** der Bevölkerung scheint die Bildung keinen Einfluss zu haben (siehe Tabelle 19), Personen mit höherer Bildung leiden sogar verstärkt an Luft-/Umweltverschmutzung, obwohl dies dadurch erklärbar sein könnte, dass diese öfters in städtischen Gebieten wohnen. Die Wohnzufriedenheit (siehe Tabelle 20) aller Bildungsgruppen entspricht (fast) genau dem arithmetischen Mittel der Gesamtbevölkerung. Mit einem Wert von 5,0 bei Personen mit Pflichtschulabschluss, 5,2 bei Personen mit Lehre

oder mittlerem Schulabschluss und bei Personen mit Matura oder Universitätsabschluss sind alle sehr bis ziemlich zufrieden mit ihrer Wohnsituation. Die subjektive Wohnkostenbelastung ist für Personen mit niedrigem Bildungsabschluss höher als für Personen mit einem höheren Abschluss. So geben 16% der Personen mit maximal Pflichtschulabschluss im Vergleich zu 9% der Personen mit Matura oder Universitätsabschluss an, dass die Wohnkosten für sie eine starke Belastung seien, während nur 30% der Pflichtschulabsolventen im Vergleich zu 36% der Maturanten und Universitätsabsolventen angeben, dass die Wohnkosten keine Belastung für sie darstellen (siehe Tabelle 21).

#### 5.1.2.4 Bildung und Gesundheit

Auf der nächsten Grafik ist abgebildet, wie Personen im Alter von 16 bis 64 Jahren mit unterschiedlichem Bildungsniveau subjektiv ihren Gesundheitszustand beschreiben (siehe Tabelle 23).

Abbildung 21: Subjektiver Gesundheitszustand nach höchstem Bildungsabschluss in der Steiermark 2008



Quelle: Statistik Austria, EU-SILC 2008

Hier zeigt sich ein klarer **Zusammenhang von Bildung und subjektivem Gesundheitsempfinden**. 88% der Personen mit Matura oder Universitätsabschluss, 77% der Personen mit Lehre oder mittlerem Schulabschluss und 66% der Personen mit maximal Pflichtschulabschluss fühlen sich gut oder sehr gut. Damit beschreiben unter den Personen mit Pflichtschulabschluss unterdurchschnittlich wenige ihren Gesundheitszustand als gut oder

sehr gut. Dafür geben 11% von ihnen, und damit mehr als doppelt so viele wie im Durchschnitt, an, dass ihr Gesundheitszustand schlecht bis sehr schlecht sei. Dieser Anteil ist somit auch mehr als 5 Mal so groß wie unter den Maturanten und Universitätsabsolventen, wo nur 2% über einen schlechten bis sehr schlechten Gesundheitszustand klagt. Die Personen mit Lehr- oder mittlerem Schulabschluss liegen in allen Bereichen im Mittelfeld.

Auch die Befragung nach Gesundheitsbeeinträchtigungen (siehe Tabelle 26) bestätigt diesen Trend. 17% der Personen mit Pflichtschulabschluss geben an „in schlechtem Gesundheitszustand“ und 45% „chronisch krank“, zu sein. Dies tun nur 3% bzw. 27% der Personen mit Matura oder Universitätsabschluss. Weiters sind 20% der Pflichtschulabsolventen, aber nur 11% der Personen mit Lehre oder mittlerer Schule und 6% der Personen mit Matura oder Universitätsabschluss „durch eine Behinderung stark beeinträchtigt“.

#### 5.1.2.5 Bildung und Lebenszufriedenheit

Dass Bildung auch die Lebenszufriedenheit beeinflusst, zeigen die Daten aus Tabelle 27. Der arithmetische **Mittelwert der Lebenszufriedenheit ist bei Personen mit Pflichtschulabschluss** unterdurchschnittlich mit **4,7**, was aber dennoch darauf hinweist, dass diese Personengruppe durchschnittlich mit ihrem Leben zufrieden ist. **Personen mit Lehre oder mittlerem Schulabschluss und Personen mit Matura oder Universitätsabschluss haben leicht höhere Zufriedenheitswerte von 5,1 bzw. 5,3.** Immerhin sagen 83% der Maturanten und Universitätsabsolventen im Vergleich zu 64% der Pflichtschulabsolventen, dass sie mit ihrem Leben sehr bis ziemlich zufrieden sind.

#### 5.1.2.6 Resümee

Insgesamt haben die Daten gezeigt, dass niedrige Bildung oft mit Benachteiligungen in vielen Lebensbereichen einhergeht. Personen mit niedrigerer Bildung beziehen geringere Einkommen, sind stärker von Armut gefährdet und leiden in vermehrtem Maße an Deprivationen. Sowohl bei der Erfüllung von Grundbedürfnissen als auch in Gesundheitsbelangen sind sie benachteiligt.

## 5.2 Der Zusammenhang von Erwerbstätigkeit und Armut

Die Beteiligung bzw. Nichtbeteiligung am Arbeitsmarkt hat besondere Auswirkungen auf die Lebenschancen und die Armutsgefährdung von Menschen. Dabei spielt auch der Grad der Beschäftigung und die Position der/des Erwerbstätigen eine Rolle.

Der nachfolgende Überblick hinsichtlich der Arbeitsmarkt- und Beschäftigungssituation in der Steiermark und in Österreich, soll ein Verständnis dafür schaffen, wer besonders vom beschäftigungsbedingten Armutsrisiko betroffen ist. Anschließend werden die Lebensbedingungen benachteiligter Erwerbsgruppen in der Steiermark näher betrachtet.

### 5.2.1 Beschäftigungssituation in der Steiermark

2009 kam es in der Steiermark aufgrund der Wirtschaftskrise zu einem Rückgang der Zahl der Erwerbstätigen im Vergleich zu 2008 (461.016) um 9.808 Personen oder -2,1% auf **451.208 produktiv Beschäftigte**<sup>26</sup>. Entgegen dem längerfristigen Trend fiel die Zahl der Frauen leicht um 1.238 auf 207.929 und die Zahl der Männer deutlich um 8.570 auf 243.279. Damit erhöhte sich auch der Frauenanteil von 45,4% im Jahr 2008 auf 46,1% im Jahr 2009.

Den höchsten Zuwachs mit +9,5% von 2008 auf 2009 verzeichnete die Altersgruppe der 65- und Mehrjährigen, die nunmehr einen Anteil von 0,2% an den produktiv Beschäftigten ausmacht. In diesem Zeitraum war mit -5,6% in der Altersgruppe der 35- bis 39-Jährigen der größte Rückgang zu verzeichnen. Damit stellt diese Altersgruppe 2009 nur mehr 12,9% der produktiv Beschäftigten.

2009 beträgt der Anteil der Ausländer unter allen Beschäftigten in der Steiermark 7,6%. Dies ist der geringste Ausländeranteil im Bundesländervergleich, während in ganz Österreich durchschnittlich 12,8% der Beschäftigten Ausländer sind.

Nähere Informationen zu Beschäftigung und Arbeitslosigkeit in der Steiermark bietet die Publikation „Arbeitsmarkt 2009“ (Steirische Statistiken, Heft 2/2010) der Landesstatistik Steiermark.

---

<sup>26</sup> Produktiv Beschäftigte sind die unselbständig Beschäftigten bereinigt um die Zahl der Präsenzdienler und Karenz- bzw. Kinderbetreuungsgeld-Bezieher.

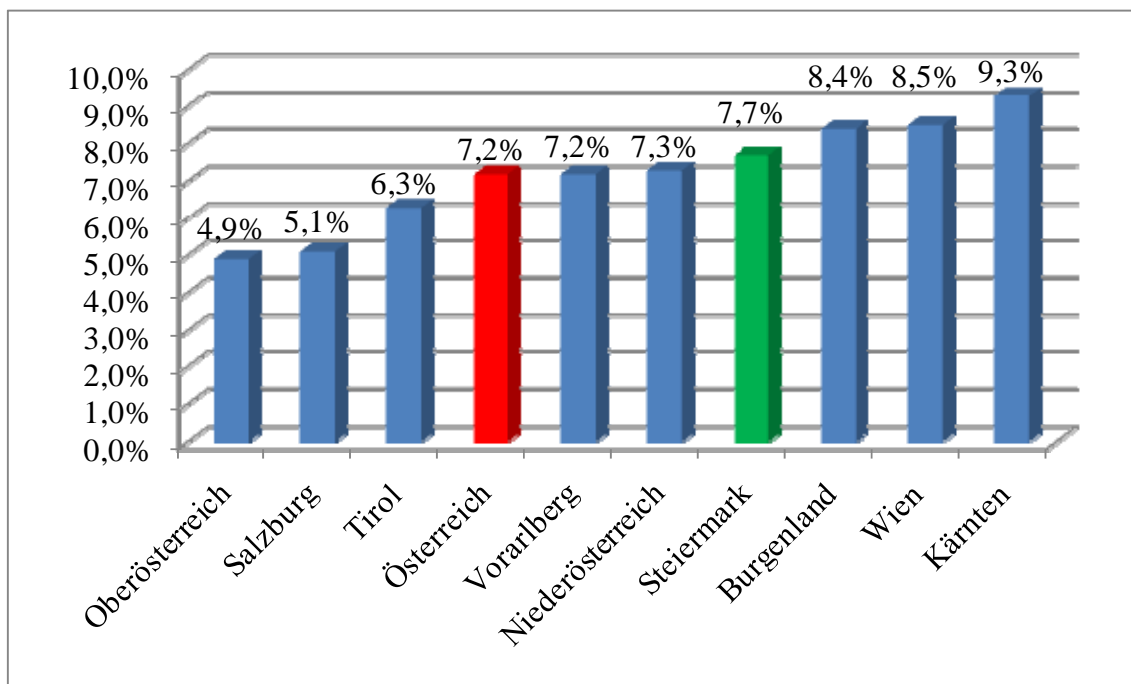
## 5.2.2 Arbeitslosigkeit in Österreich und der Steiermark

Arbeitslosigkeit geht meist einher mit einer starken Reduktion des Einkommens und dadurch bedingte Deprivation. Dies erhöht in vielen Fällen die Armutsgefährdung der Betroffenen.

Die Arbeitslosigkeit in der Steiermark nahm von 2008 auf 2009 von 30.896 Personen auf 39.165 Personen zu. Damit stieg die Zahl der Arbeitslosen aufgrund der Wirtschaftskrise um 26,8% und die **Arbeitslosenquote** von 6,1% im Jahr 2008 auf **7,7% im Jahr 2009**. Auch in Österreich stieg die Arbeitslosenquote von 5,8% auf 7,2%, womit sie um 0,5 Prozentpunkte unter der steirischen Quote liegt.

Der Bundesländervergleich zeigt, dass die Arbeitslosenquote der Steiermark im Mittelfeld, aber etwas über dem Bundesniveau liegt. Die höchsten Arbeitslosenquoten 2009 hatten Kärnten (9,3%), Wien (8,5%) und das Burgenland (8,4%). Die niedrigste Arbeitslosigkeit im Gegensatz dazu gab es in Oberösterreich (4,9%), Salzburg (5,1%) und Tirol (6,3%).

Abbildung 22: Arbeitslosenquoten in Österreich und den Bundesländern 2009



Quelle: AMS; Bearbeitung: LASTAT Steiermark

Eine geschlechtsspezifische Betrachtung der Arbeitslosigkeit in der Steiermark zeigt, dass die Arbeitslosigkeit unter den Männern 8,8% beträgt, während die Frauenarbeitslosigkeit bei 6,5% liegt. Ein wesentlicher Grund dafür dürfte in der saisonal bedingten Arbeitslosigkeit liegen, von der hauptsächlich Männer betroffen sind.

13,3% der Arbeitslosen sind Ausländer, wodurch ihr Anteil an den Arbeitslosen höher ist als an den Beschäftigten (7,6%). Somit beträgt die Arbeitslosenquote der Ausländer 12,9% in der Steiermark.

Weiteren Aufschluss über die Situation der Arbeitslosigkeit in der Steiermark bietet das Verhältnis von offenen Stellen zu Arbeitssuchenden. Im Berichtsjahr 2009 waren in der Steiermark durchschnittlich 2.980 offene Stellen gemeldet, was einen Rückgang von 851 oder -22,2% im Vergleich zu 2008 bedeutet. Da die Zahl der offenen Stellen nur durchschnittliche Stichtagsbestände darstellt, ist sie nur bedingt aussagekräftig. Interessanter ist hingegen der Zugang zu offenen Stellen<sup>27</sup>. Landesweit gab es für das gesamte Jahr 2009 49.252 Zugänge zu offenen Stellen, und damit einen Rückgang von 9,7% oder 5.296 Zugängen gegenüber 2008.

**Zusammenfassend lässt sich sagen, dass 2009 in der Steiermark 39.165 Arbeitssuchende 2.980 offenen Stellen und 49.252 Zugängen zu offenen Stellen gegenüberstanden. Unselbständig produktiv Beschäftigte waren weitere 451.208 Personen.** Dem gegenüber waren 2008 in der Steiermark 30.896 Personen arbeitslos und 461.016 unselbständig produktiv beschäftigt.

Gemäß EU-SILC 2008 gaben 33.000 Menschen in der Steiermark an, dass ihre Haupttätigkeit 2008 „Arbeitslosigkeit“ war. Diesen gegenüber stehen 502.000 Personen, die „Erwerbstätigkeit“ als ihre Haupttätigkeit 2008 angaben (inklusive Selbständige).

Die unterschiedlichen Daten 2008 begründen sich auf einer gewissen Unschärfe der Stichprobe sowie Unterschieden in den Definitionen. Im Folgenden werden die Zahlen und Ergebnisse von EU-SILC 2008 zur näheren Darstellung der Situation von Arbeitslosen in der Steiermark herangezogen.

### 5.2.2.1 Arbeitslosigkeit und Einkommen

Bereits im Abschnitt zur Armutssituation in der Steiermark wurde festgestellt, dass Erwerbstätigkeit bzw. Arbeitslosigkeit in engem Zusammenhang mit Armutsgefährdung und schlechteren Lebensbedingungen stehen.

Um diesen **Zusammenhang zwischen Arbeitslosigkeit und Armutsrisiko** zu veranschaulichen, wird zuerst einmal die Einkommenssituation (anhand des äquivalisierten Nettohaushaltseinkommens) in Abhängigkeit von der Haupttätigkeit der Befragten betrachtet.

---

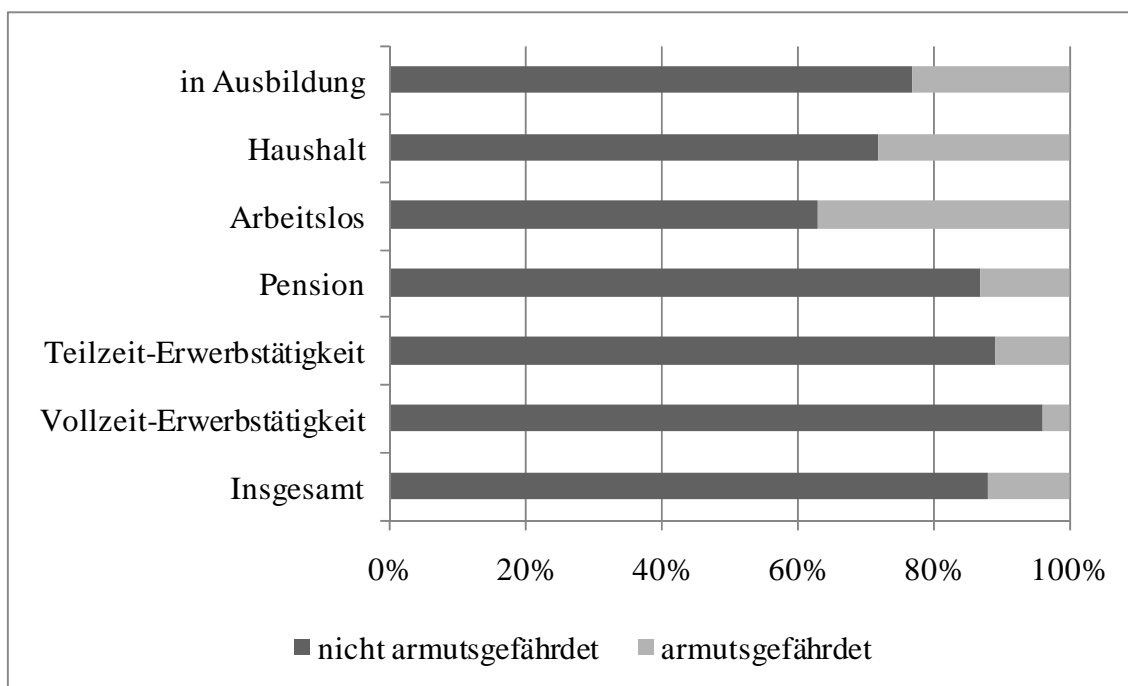
<sup>27</sup> Der Zugang zu offenen Stellen ist aussagekräftiger als die durchschnittliche Zahl offener Stellen, da letztere nur zum Monatsende erhoben werden und nichts über die Zahl der tatsächlich vermittelten Stellen aussagt. Der Zeitpunkt des Zugangs einer offenen Stelle ist hingegen mit dem Datum der Beauftragung an die regionale Geschäftsstelle definiert. Die Zu- und Abgänge beinhalten immer sofort und nicht sofort verfügbare offene Stellen.

Tabelle 8 zeigt, dass das jährliche Median-Äquivalenzeinkommen für Arbeitslose 12.331 Euro in der Steiermark beträgt, und damit deutlich unter dem der Gesamtbevölkerung von 18.805 Euro liegt. Dieses deutlich geringere Einkommen von Arbeitslosen im Vergleich zur steirischen Gesamtbevölkerung spiegelt sich in allen Einkommensquartilen wider, die damit die geringsten Einkommen beziehen. Ihr durchschnittliches Jahresäquivalenzeinkommen beträgt mit 13.288 Euro rund 7.000 Euro weniger als das des steirischen Durchschnitts.

### 5.2.2.2 Armutsgefährdung durch Arbeitslosigkeit

Da niedrige Einkommen direkt in Zusammenhang zu Armutsgefährdung stehen (siehe auch Tabelle 11), ist diese für Arbeitslose deutlich erhöht.

Abbildung 23: Armutsgefährdung in der Steiermark 2008 nach Haupttätigkeit



Quelle: Statistik Austria, EU-SILC 2008

**Arbeitslosigkeit geht mit der höchsten Armutsgefährdungsquote in der Steiermark von 37% einher**, die damit mehr als drei Mal so hoch wie die gesamtsteirische Armutsgefährdungsquote von 12% ist. Andere überdurchschnittlich armutsgefährdete Gruppen sind Personen im Haushalt und in Ausbildung. Es zeigt sich auch, dass Erwerbstätigkeit die Armutsgefährdung deutlich senkt, sodass Vollzeit- bzw. Teilzeit-Erwerbstätige die niedrigsten Armutsgefährdungsquoten von 4% bzw. 11% aufweisen.



Betrachtet man die Situation der arbeitslosen Bevölkerung unter Beachtung sozialer Transfers, ergibt sich in nachfolgender Tabelle dargestelltes Bild (da es keine steirischen Daten gibt und nur marginale Unterschiede zu Österreich zu erwarten sind, beziehen sich diese Daten auf Österreich).

**Tabelle 29: Armutsgefährdung vor und nach sozialen Transfers nach Haupttätigkeit in Österreich 2008**

Soziodemographische Merkmale	Gesamt in 1.000	Vor Pensionen u. Sozialleistungen			Vor Sozialleistungen			Nach Sozialleistungen			Lücke in %
		in 1.000	Anteil	Quote	in 1.000	Anteil	Quote	in 1.000	Anteil	Quote	
			in %			in %			in %		
<b>Insgesamt</b>	<b>8.242</b>	<b>3.504</b>	<b>100</b>	<b>43</b>	<b>2.016</b>	<b>100</b>	<b>24</b>	<b>1.018</b>	<b>100</b>	<b>12</b>	<b>15</b>
<b>Haupttätigkeit</b>											
Erwerbstätig	3.663	688	20	19	545	27	15	248	24	7	18
davon Vollzeit	2.916	497	14	17	405	20	14	183	18	6	18
davon Teilzeit	746	191	5	26	141	7	19	64	6	9	18
Pension	1.829	1.516	43	83	356	18	19	232	23	13	13
<b>Arbeitslos</b>	<b>265</b>	<b>193</b>	<b>6</b>	<b>73</b>	<b>182</b>	<b>9</b>	<b>69</b>	<b>101</b>	<b>10</b>	<b>38</b>	<b>21</b>
Haushalt	659	377	11	57	262	13	40	155	15	23	15
In Ausbildung	456	179	5	39	157	8	34	76	8	17	18
<b>Arbeitslosigkeit</b>											
1-5 Monate	263	105	3	40	90	4	34	39	4	15	23
6-11 Monate	106	78	2	74	73	4	69	25	2	23	22
Ganzjährig	143	128	4	90	121	6	84	73	7	51	21

Quelle: Statistik Austria, EU-SILC 2008

Die Bedeutung des österreichischen Systems des Sozialschutzes zeigt sich speziell für Arbeitslose als besonders wichtig. Vor Pensionen und Sozialleistungen beträgt die Armutsgefährdungsquote für Arbeitslose 73% - für Langzeitarbeitslose über 6 bzw. 12 Monate beträgt sie sogar 74% bzw. 90%. Nach Pensionen und Sozialleistungen sinkt die Armutsgefährdungsquote der Arbeitslosen auf 38%, was eine Risikosenkung um beinahe die Hälfte bedeutet. Dennoch haben Arbeitslose eine deutlich höhere Armutsgefährdungsquote nach Pensionen und Sozialleistungen als die Gesamtbevölkerung (12%).

### 5.2.2.3 Arbeitslosigkeit und Konsum

Auch beim Besitz von Konsumgütern und der Befriedigung primärer wie sekundärer Grundbedürfnisse zeigen sich Nachteile für Arbeitslose, wie man in Tabelle 13 sehen kann.

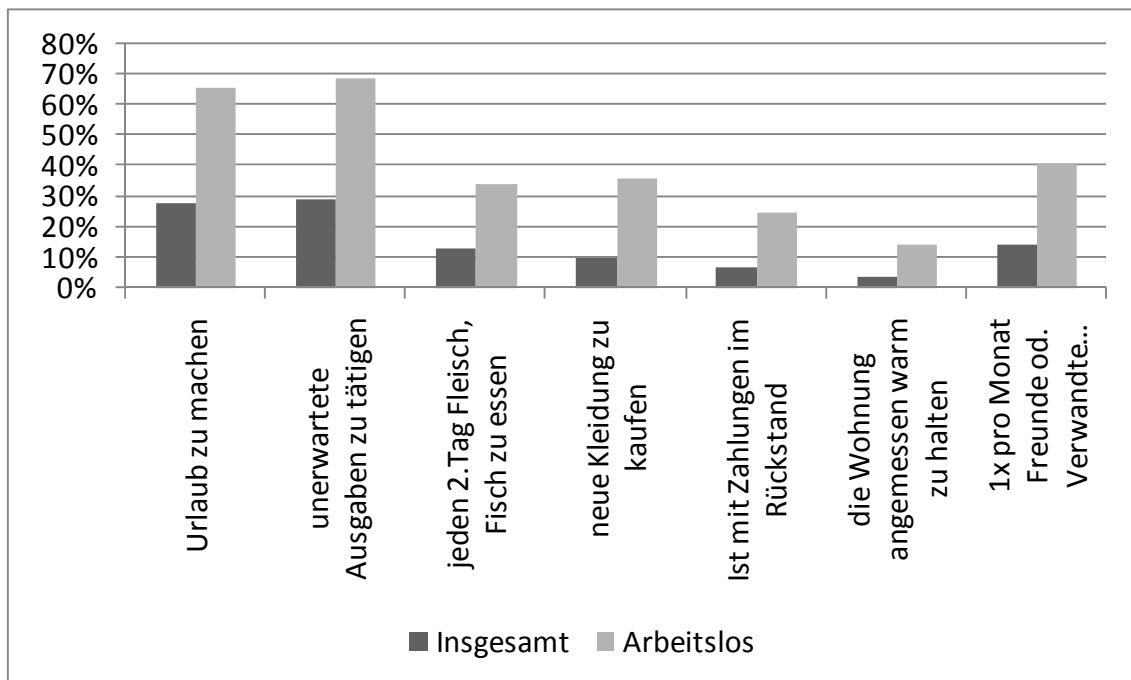
Mit Ausnahme vom Handy (90%) sind die Anteile der Arbeitslosen, die die angeführten Konsumgüter besitzen, deutlich geringer als die Anteile der steirischen Gesamtbevölkerung. So haben nur 53% der Arbeitslosen einen Internetanschluss, 65% DVDs, 60% PCs, 58% einen Geschirrspüler, 59% einen PKW und 31% ein Telefon.

Das Fehlen von Konsumgütern alleine bezeugt noch keine finanziell bedingten Einschränkungen, weshalb die Angaben über aus finanziellen Gründen fehlende Konsumgüter, genauer betrachtet werden sollten. Diesbezügliche Daten beziehen sich wiederum auf Österreich, da keine gesonderten Ergebnisse für die Steiermark vorliegen. Es kann aber von einer hohen Ähnlichkeit ausgegangen werden, weshalb eine Übertragung auf die Situation in der Steiermark durchaus möglich ist.

Arbeitslose gaben in Bezug auf alle betrachteten Konsumgüter zu größeren Teilen an, sich diese aus finanziellen Gründen nicht leisten zu können als die Durchschnitts-Österreicher. 26% der Arbeitslosen aber nur 8% aller Österreicher können sich kein Internet leisten, 15% (bzw. 5%) keinen DVD-Player, 20% (bzw. 6%) keinen PC, 25% (bzw. 6%) keine Geschirrspülmaschine, 28% (bzw. 7%) keinen PKW und 24% (bzw. 9%) kein Telefon. Dieser Vergleich der Arbeitslosen mit der gesamten Bevölkerung zeigt eine deutliche Deprivation ersterer, die sich drei bis vier Mal sooft bestimmte Konsumgüter nicht leisten kann.

Auf österreichischer Ebene lassen sich auch finanziell bedingte Einschränkungen bei der Befriedigung von Grundbedürfnissen analysieren.

**Abbildung 24: Finanziell bedingte Einschränkungen aller Österreicher und der Arbeitslosen  
...% können sich nicht leisten...**



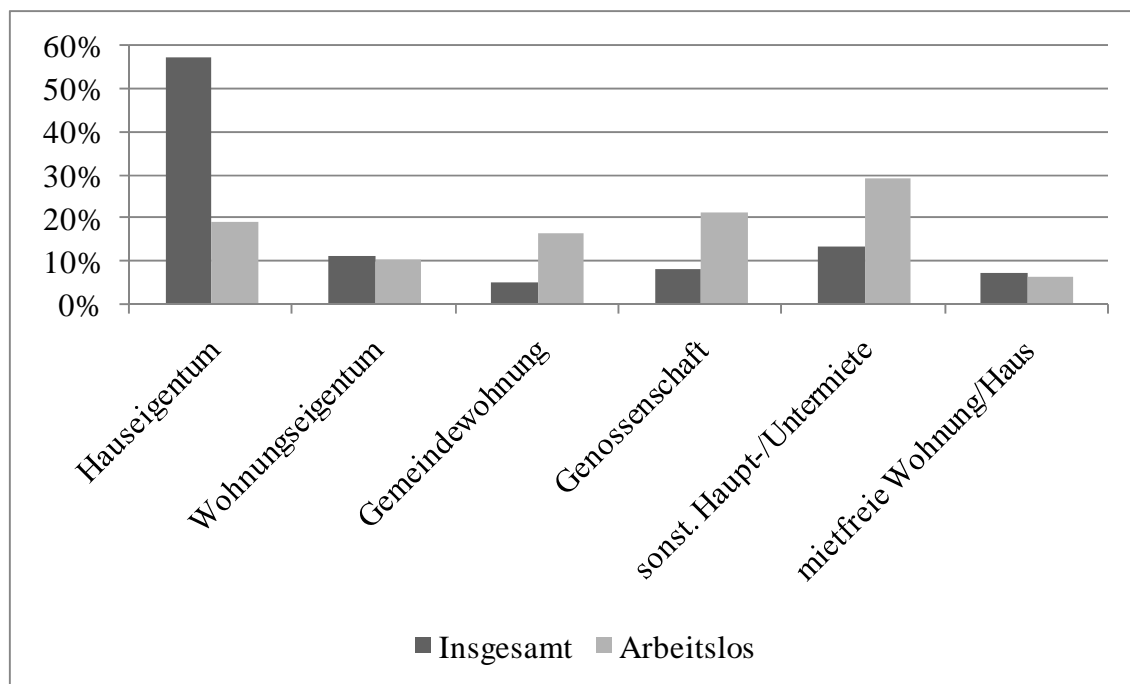
Quelle: Statistik Austria, EU-SILC 2008

Wie Abbildung 24 veranschaulicht, ist die Deprivation der arbeitslosen Bevölkerung im Vergleich zur Gesamtbevölkerung auch hinsichtlich der primären Bedürfnisbefriedigung sichtlich stärker. Sie können die angeführten Grundbedürfnisse zwei bis drei Mal seltener erfüllen als die Gesamtbevölkerung. Mehr als zwei Drittel der Arbeitslosen (66% bzw. 69%) kann es sich nicht leisten auf Urlaub zu fahren oder unerwartete Ausgaben zu tätigen. 34% können nicht jeden 2. Tag Fleisch oder Fisch essen, 36% können sich keine neuen Kleider leisten und 14% können ihre Wohnung nicht angemessen warm halten. 25% der Arbeitslosen sind mit Zahlungen im Rückstand und 41% können es sich nicht leisten Freunde einmal im Monat einzuladen. Damit sind sie aufgrund finanzieller Mängel weitaus stärker eingeschränkt als die österreichische Gesamtbevölkerung.

#### 5.2.2.4 Arbeitslosigkeit und Wohnen

Arbeitslose sind hinsichtlich des Rechtsverhältnisses an ihrer Wohnstätte im Vergleich zur gesamten steirischen Bevölkerung benachteiligt (siehe Tabelle 18).

Abbildung 25: Rechtsverhältnis an der Wohnung in der Steiermark 2008



Quelle: Statistik Austria, EU-SILC 2008

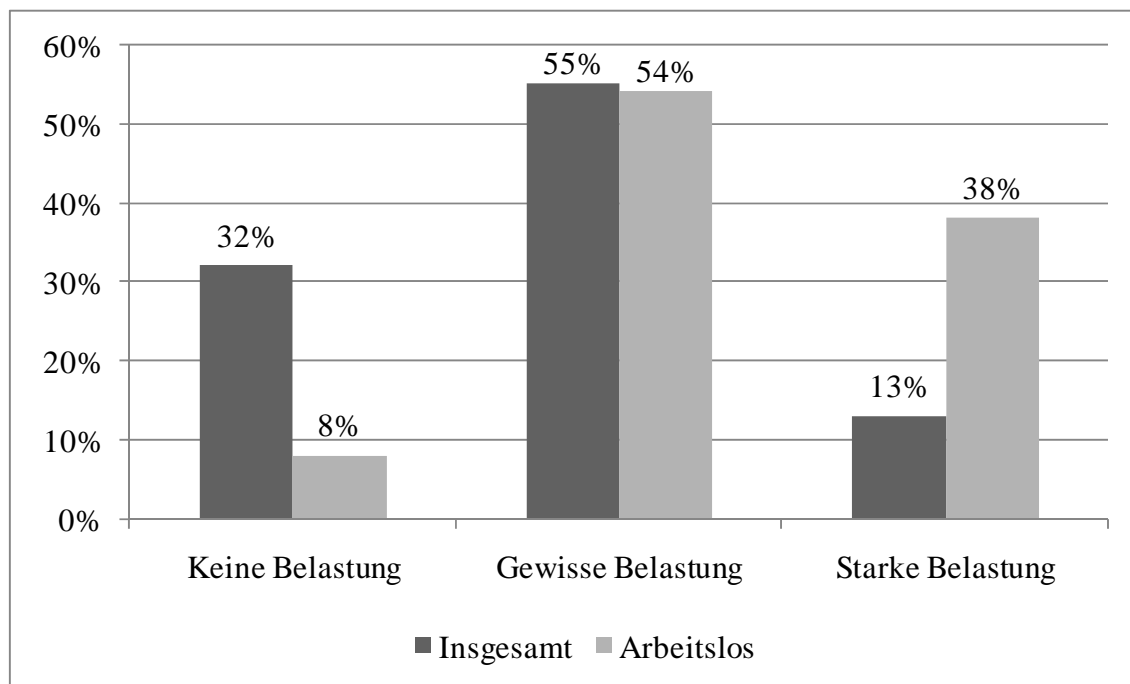
**Arbeitslose sind deutlich seltener im Besitz ihrer Wohnstätte – 19% besitzen ein Haus und 10% eine Wohnung.** Insgesamt besitzen hingegen 57% der Steirer und Steirerinnen ein Haus und 11% eine Wohnung.

Dafür finden sich überdurchschnittlich viele Arbeitslose in Genossenschaftswohnungen (21%) oder in sonstigen Mietverhältnissen (29%). Mit 16% ist auch ihr Anteil in

Gemeindewohnungen über dem steirischen Schnitt (5%). Für Personen, die über ausreichend finanzielle Mittel verfügen, scheinen diese Wohnverhältnisse hingegen wenig attraktiv.

In indirektem Zusammenhang mit dem Rechtsverhältnis an der Wohnung, steht auch die subjektive Wohnkostenbelastung. Die nächste Grafik zeigt, wie Arbeitslose die Belastung durch Wohnkosten empfinden (siehe auch Tabelle 22).

**Abbildung 26: Subjektive Wohnkostenbelastung für die steirische Gesamtbevölkerung und steirische Arbeitslose 2008**



Quelle: Statistik Austria, EU-SILC 2008

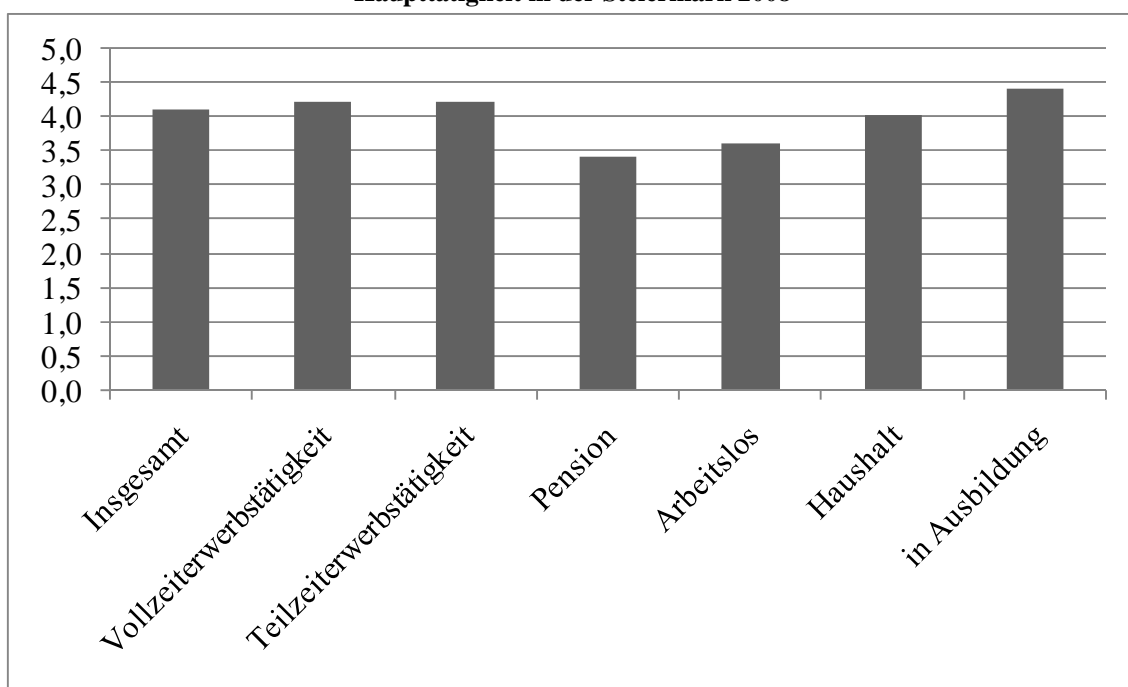
**Für 38% der steirischen Arbeitslosen stellen die Wohnkosten eine starke Belastung dar, während dies nur 13% der steirischen Gesamtbevölkerung derart empfinden.** Für 55% der Arbeitslosen machen die Wohnkosten mehr als 25% des Äquivalenzeinkommens aus – das sind mehr als drei Mal so viele wie in der Gesamtbevölkerung. Unter den Erwerbstätigen haben sogar nur 14% Wohnkosten, die mehr als 25% ihres Äquivalenzeinkommens betragen.

Als gewisse Belastung werden die Wohnkosten von 54% der Arbeitslosen und 55% der Gesamtbevölkerung empfunden. 8% der Arbeitslosen und 32% Gesamtbevölkerung gaben an, dass die Wohnkosten keine Belastung sind.

### 5.2.2.5 Arbeitslosigkeit und Gesundheit

Betrachtet man nochmals den subjektiven Gesundheitszustand der steirischen Bevölkerung in Abhängigkeit von ihrer Tätigkeit (siehe Tabelle 24), so lässt sich ein deutlicher Einfluss von Arbeitslosigkeit auf das persönliche Gesundheitsempfinden erkennen. **53% der Arbeitslosen, und damit um 25% weniger als die Gesamtbevölkerung, geben an sich gut bis sehr gut zu fühlen.** 12% finden sich unter den Arbeitslosen wieder, die angegeben haben in schlechtem bis sehr schlechtem Gesundheitszustand zu sein. Von der Gesamtbevölkerung gaben nämlich nur 5% an, dass ihr Gesundheitszustand schlecht bis sehr schlecht sei. Keine andere Gruppe gab derart oft an, sich schlecht oder sehr schlecht zu fühlen. Am seltensten befinden Erwerbstätige (2%) ihre Gesundheit als schlecht. Diese haben auch am häufigsten angegeben (83% bzw. 86%) in sehr guter bis guter gesundheitlicher Verfassung zu sein.

Abbildung 27: Arithmetisches Mittel der subjektiven Gesundheitseinschätzung (16 – 64 Jahre) nach Haupttätigkeit in der Steiermark 2008



Quelle: Statistik Austria, EU-SILC 2008

Bei der subjektiven Bewertung des Gesundheitszustandes von „1“ (sehr schlecht) bis „5“ (sehr gut) kommen Arbeitslose auf einen Mittelwert von „3,6“. Das heißt, dass sie im Durchschnitt ihre Gesundheit als „gut“ bis „mittelmäßig“ befinden. Damit ist ihre Gesundheitseinschätzung aber dennoch deutlich schlechter als die der steirischen Gesamtbevölkerung (4,1) oder als die der meisten Erwerbstätigen.

### 5.2.2.6 Armutslage der arbeitslosen Bevölkerung

Die nächste Tabelle gibt Auskunft über die „Stärke“ der Deprivation und die von ihr betroffenen Bevölkerungsgruppen in Abhängigkeit von ihrer Haupttätigkeit. Die Daten stehen wiederum nur für Österreich zur Verfügung.

**Tabelle 30: Deprivation nach Erwerbsstatus in Österreich 2008**

Erwerbsstatus	Gesamt in 1.000	Finanziell		Sekundär		Gesundheit		Wohnumfeld		Wohnung		Mind. 1 Dimension		Mind. 2 Dim.		Mind. 3 Dim.	
		in 1.000	in %	in 1.000	in %	in 1.000	in %	in 1.000	in %	in 1.000	in %	in 1.000	in %	in 1.000	in %	in 1.000	in %
<b>Insgesamt</b>	<b>8.242</b>	<b>1.641</b>	<b>20</b>	<b>424</b>	<b>5</b>	<b>677</b>	<b>8</b>	<b>768</b>	<b>9</b>	<b>294</b>	<b>4</b>	<b>2.732</b>	<b>33</b>	<b>810</b>	<b>10</b>	<b>216</b>	<b>3</b>
<b>Haupttätigkeit</b>																	
Erwerbstätig	3.663	548	15	113	3	89	2	300	8	109	3	918	25	189	5	41	1
davon Vollzeit	2.916	417	14	94	3	60	2	240	8	83	3	715	25	141	5	31	1
davon Teilzeit	746	132	18	19	3	29	4	59	8	26	3	203	27	48	6	(10)	(1)
Pension	1.829	404	22	100	5	425	23	177	10	57	3	792	43	279	15	77	4
Arbeitslos	265	147	55	59	22	54	20	42	16	24	9	188	71	95	36	33	13
Haushalt	659	162	25	62	9	66	10	65	10	23	4	252	38	93	14	29	4
In Ausbildung	456	84	18	15	3	43	9	45	10	20	4	146	32	42	9	15	3
<b>Arbeitslos</b>																	
1-5 Monate	263	92	35	25	9	22	8	23	9	(12)	(5)	120	45	41	16	(10)	(4)
6-11 Monate	106	49	47	18	17	(17)	(16)	(17)	(16)	(13)	(13)	65	61	29	27	(14)	(13)
Ganzjährig	143	89	62	36	25	41	29	28	20	(17)	(12)	114	80	65	46	26	18

Quelle: Statistik Austria, EU-SILC 2008

55% der Arbeitslosen leiden an primärer und 22% an sekundärer Deprivation – das sind beinahe drei Mal bzw. vier Mal so viele wie in der Gesamtbevölkerung. 9% der Arbeitslosen leiden an Deprivation im Wohnbereich, jeder fünfte im Gesundheitsbereich und 16% der Arbeitslosen im Wohnumfeld.

71% der Arbeitslosen leiden zumindest an einer Deprivationsdimension, 36% an zwei und 13% an drei Dimensionen der Deprivation. Damit sind Arbeitslose nicht nur öfter sondern auch stärker von Deprivation betroffen als die Gesamtbevölkerung Österreichs. Von allen Österreichern sind 33% in einer Dimension depriviert, 10% in zwei und 3% in drei Dimensionen.

Weiters kann zusammengefasst werden, dass 26% der arbeitslosen Bevölkerung im Vergleich zu 6% der Gesamtbevölkerung in manifester Armut leben. Besonders drastisch ist die Lage der Langzeitarbeitslosen, unter denen 16% der über sechs Monate Arbeitslosen und 37% der über 12 Monate Arbeitslosen von manifester Armut betroffen sind. Doppelt so viele Arbeitslose (12%) als Personen der Gesamtbevölkerung (6%) sind einkommensarm, während 29% der Arbeitslosen im Gegensatz zu 14% der Gesamtbevölkerung haben einen Teilhabemangel. Umgekehrt sind 74% der österreichischen Bevölkerung aber nur 33% der

Arbeitslosen nicht arm. Auch wenn sich diese Daten auf Österreich beziehen, dürfte die Lage in der Steiermark sehr ähnlich sein.

### 5.2.2.7 Resümee

7,7% (39.165 Personen) der steirischen Bevölkerung waren 2009 arbeitslos, 2008 lag die Arbeitslosenquote noch bei 6,1% (30.896 Personen). Mit Arbeitslosigkeit gehen niedrigeres Einkommen und erhöhte Armutsgefährdung einher. Arbeitslose sind mit 37% mehr als drei Mal sooft armutsgefährdet wie der steirische Durchschnittsbürger (12%). All dies führt zu Einschnitten beim Konsum und zu Benachteiligungen im Bereich des Wohnens und der Gesundheit.

### 5.2.3 Working Poor

Auch wenn Erwerbstätigkeit, wie bereits dargestellt, das Risiko in Armut zu geraten verringert, gibt es Erwerbstätige, die in Haushalten ohne genügendes Einkommen leben. Diese Personen werden als „working poor“ bezeichnet.

Der Begriff kommt aus dem Amerikanischen, wo dieses Phänomen schon seit längerer Zeit und verstärkt auftritt. Es ist ein Resultat aus schlechten, gering bezahlten Jobs und mangelnder Erwerbsbeteiligung. Für diesen Bericht wird die Definition von „working poor“ aus EU-SILC 2008 übernommen. Demnach werden jene Personen, die im Referenzjahr 2007 zumindest ein Monat Vollzeit oder Teilzeit erwerbstätig waren und zwischen 20 und 64 Jahre alt sind, und deren Haushaltseinkommen unter der Armutsgefährdungsschwelle liegt, als „working poor“ bezeichnet. Personen, die im Referenzjahr 2007 mehr als sechs Monate arbeitslos waren sind nicht berücksichtigt. Diese Definition wurde erstmals bei EU-SILC 2007 verwendet, daher sind die Ergebnisse von davor nicht vergleichbar.

**Tabelle 31: Armutsgefährdung und Erwerbstätigkeit von Personen im Erwerbsalter in der Steiermark**

in 1.000	nicht erwerbstätig	mind. 1 Monat erwerbstätig	Gesamt
nicht armutsgefährdet	110 (78%)	494 (94%)	604 (91%)
armutsgefährdet	31 (22%)	30 (6%)	61 (9%)
<b>Gesamt</b>	<b>141 (100%)</b>	<b>524 (100%)</b>	<b>665 (100%)</b>

Quelle: Statistik Austria, EU-SILC 2008

Obige Tabelle zeigt, dass in der Steiermark 61.000 Personen im erwerbsfähigen Alter (dies entspricht 9%) armutsgefährdet sind. Von diesen sind 31.000 nicht erwerbstätig und 30.000 sind zumindest ein Monat Vollzeit oder Teilzeit erwerbstätig. Diese 30.000

armutsgefährdeten Erwerbstätigen sind die steirischen „working poor“, die entsprechende Zelle in Tabelle 31 ist grau hinterlegt. Anders gesagt sind 6% der Erwerbstätigen in der Steiermark armutsgefährdet. Unter den Nicht-Erwerbstätigen beträgt die Armutsgefährdungsquote 22%.

Armutsgefährdung trotz Erwerbstätigkeit entsteht aufgrund niedrigen Erwerbsarbeitseinkommens in Zusammenhang mit der Größe und Konstellation des Haushaltes, der Anzahl der Verdienere im Haushalt und der Zusammensetzung des gesamten Haushaltseinkommens. Diese Faktoren werden nun näher betrachtet.

### 5.2.3.1 Haushaltszusammensetzung

Betrachtet man den Einfluss der Haushaltszusammensetzung auf das Armutsgefährdungsrisiko (siehe Tabelle 10), so zeigt sich, dass dieses für Alleinstehende deutlich höher ist als für Personen in Mehrpersonenhaushalten.

So beträgt die **Armutsgefährdungsquote von Alleinstehenden mit Pension 26%** und **ohne Pension 21%** und ist damit deutlich höher wie die des steirischen Durchschnitts (12%). Mehrpersonenhaushalte hingegen haben unterdurchschnittliche Armutsgefährdungsquoten. Die geringste haben Mehrpersonenhaushalte ohne Kinder (ohne Pension) mit 7%. Mit Kindern steigt das Armutsgefährdungsrisiko von Mehrpersonenhaushalten auf 10%. Mehrpersonenhaushalte mit Pension haben eine 14%-ige Armutsgefährdungsquote.

Erhebliche Unterschiede in der Armutsgefährdungsquote bewirkt auch das Geschlecht des Hauptverdieners bzw. der Hauptverdienerin. Haushalte mit männlichem Hauptverdiener haben mit 9% eine unterdurchschnittliche Armutsgefährdungsquote, während diese für Haushalte mit weiblicher Hauptverdienerin mehr als doppelt so hoch ist (19%).

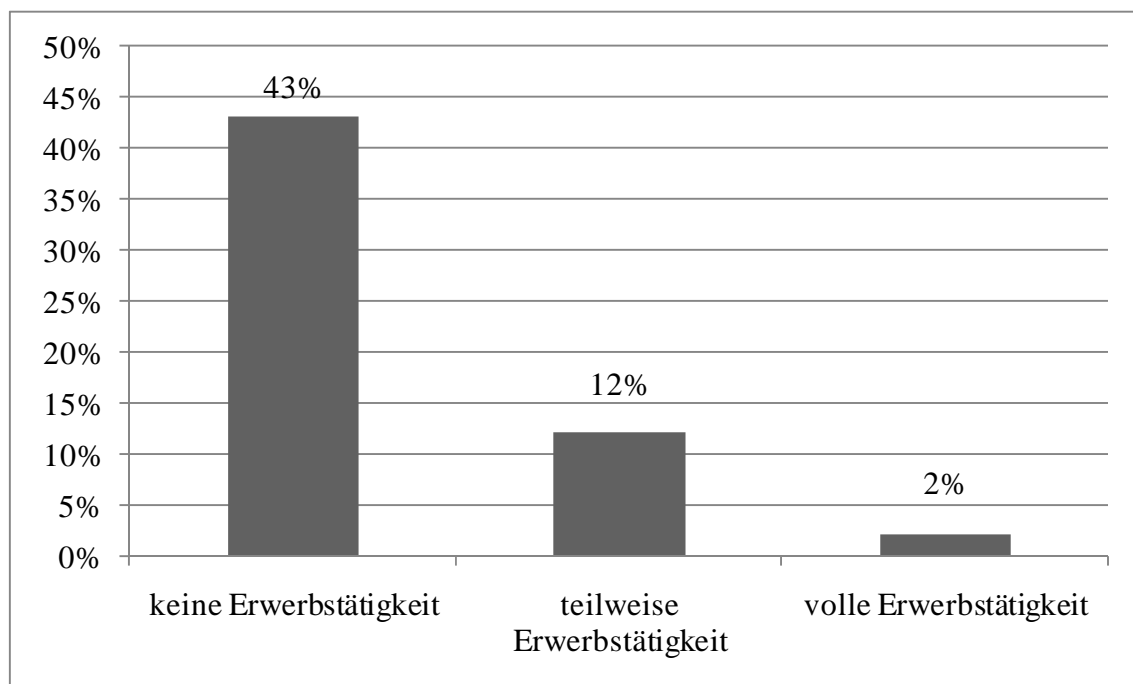
Die Armutsgefährdungslücke ist bei Haushalten ohne Pension insgesamt mit 10% unterdurchschnittlich gering, während Haushalte mit Pension in Summe eine erhöhte Armutsgefährdungslücke von 18% aufweisen. Dabei findet sich bei Alleinstehenden eine mehr als doppelt so große Lücke von 32% im Gegensatz zu einer 15%-igen Armutsgefährdungslücke bei Mehrpersonenhaushalten ohne Kinder.

### 5.2.3.2 Anzahl der Verdiener

Nicht nur die Anzahl der Haushaltsbewohner, sondern auch die Anzahl der Verdiener eines Haushaltes ist entscheidend für dessen Armutsgefährdung. Die nächste Grafik bildet den Einfluss von **Erwerbsintensität eines Haushaltes** auf die Armutsgefährdungsquote ab (siehe dazu auch Tabelle 11).



**Abbildung 28: Vergleich der Armutsgefährdungsquote nach Erwerbsintensität des Haushalts in der Steiermark 2008**



Quelle: Statistik Austria, EU-SILC 2008

**43% der Haushalte ohne Erwerbstätige sind in der Steiermark armutsgefährdet.** Das sind 21 Mal so viele wie Haushalte mit voller Erwerbstätigkeit (alle sind erwerbstätig), von denen nur 2% armutsgefährdet sind. Die Armutsgefährdung von Haushalten mit teilweiser Erwerbstätigkeit liegt mit 12% im Mittelfeld und im Bereich der steirischen Armutsgefährdungsquote von 12%.

Trotz deutlich verringertem Armutsrisiko bei Erwerbstätigkeit sind 11.000 Menschen in der Steiermark armutsgefährdet, obwohl sie in Haushalten mit voller Erwerbstätigkeit leben.

### 5.2.3.3 Zusammensetzung des Haushaltseinkommens

Ein weiterer Einflussfaktor für das Risiko der Armutsgefährdung ist die Zusammensetzung des Haushaltseinkommens (siehe Tabelle 11). **Die geringsten Armutsgefährdungsquoten von 6% bzw. 8% weisen Haushalte auf, deren Haupteinkommensquellen unselbständige oder selbständige Arbeit sind.** Die Armutsgefährdungsquote von Haushalten mit Pensionen als Haupteinkommensquelle beträgt bereits 16% und 52% bei Haushalten, deren Haupteinkommensquelle Sozialleistungen sind. Dieser Vergleich zeigt die Bedeutung von Erwerbsarbeitseinkommen bei der Reduzierung des Armutsrisikos eines Haushaltes.

Wie obige Ausführungen gezeigt haben, gibt es mehrere Faktoren – Haushaltszusammensetzung, Geschlecht des/der Hauptverdiener(s)in, Erwerbsintensität des

Haushaltes und Haupteinkommensquelle – die einen signifikanten Einfluss auf die Armutsgefährdung eines Haushaltes haben.

### 5.2.3.3.1 Atypische Beschäftigung in der Steiermark

Um einen Eindruck von der Bedeutung und damit der Zahl betroffener Personen zu bekommen, wird nun ein (unvollständiger) Überblick über atypische Beschäftigungsformen<sup>28</sup> in der Steiermark (sowie teilweise in Österreich) gegeben.

2008 gab es in der Steiermark nach Daten des Mikrozensus – Arbeitskräfteerhebung (Statistik Austria) 500.700 unselbständig Beschäftigte (ohne Präsenzdiener und Karenzurlauber). Wie man der nachfolgenden Tabelle entnehmen kann, waren davon **120.700 teilzeitbeschäftigt**. Dies sind fast 50.000 Personen mehr als noch im Jahr 2001, während die Gesamtzahl unselbständiger Beschäftigter um 60.000 Personen im gleichen Zeitraum angestiegen ist, womit sich die Zahl der Vollzeitbeschäftigten nur um rund 10.000 erhöht hat.

**Tabelle 32: Atypische Beschäftigungsverhältnisse in der Steiermark**

Jahr	Teilzeitbeschäftigte nach LFK <sup>29</sup>	Teilzeitquote der Frauen	Geringfügig Beschäftigte <sup>30</sup>	Befristete Arbeitsverhältnisse <sup>31</sup>	Leiharbeitsverhältnisse <sup>32</sup>	Freie Dienstvertragsnehmer <sup>33</sup>	Werkvertragsnehmer <sup>34</sup>
2001	71.325	35,6	31.357	-	5.339	3.017	3.038
2006	110.100	43,9	35.317	-	8.407	3.762	4.198
2008	120.700	45,2	41.925	-	12.305	3.403	4.501

Quelle: Arbeiterkammer Steiermark; Bearbeitung: LASTAT Steiermark

Die **Teilzeitquote der Frauen liegt bei 45,2%**, was bedeutet, dass im Jahr 2008 beinahe jede zweite Frau teilzeitbeschäftigt war, während dies 2001 noch etwas mehr als jede dritte Frau war. Österreichweit war die Teilzeitquote der Frauen 2008 etwas geringer und lag bei 43,4%. Natürlich kann man von den Teilzeitbeschäftigten nicht direkt auf die Zahl der Armutsgefährdeten schließen, da viele Teilzeitbeschäftigte „Zuverdiener“ zu einem

<sup>28</sup> Atypische Beschäftigungsverhältnisse sind all jene Arbeitsverhältnisse, die vom herkömmlichen Arbeitsverhältnis, welches durch abhängige, vollzeitliche, kontinuierliche und auf geregelte Arbeitszeit und geregeltem Einkommen basierende Tätigkeit charakterisiert wird, abweichen (vgl. AK STMK, 2009).

<sup>29</sup> LFK = Labour Force Konzept: Unselbständig Erwerbstätige mit einer wöchentlichen Arbeitszeit von 1 bis 35 Stunden, ohne Präsenz-, Zivildienstler und Karenzurlauber (vgl. AK STMK, 2009).

<sup>30</sup> Geringfügig Beschäftigte sind Personen, deren Entgelt nicht über der Geringfügigkeitsgrenze von 349,01 Euro pro Kalendermonat hinausgeht (Wert für 2008) (vgl. AK STMK, 2009).

<sup>31</sup> Daten über befristete Arbeitsverhältnisse liegen nur auf Bundesebene vor (vgl. AK STMK, 2009).

<sup>32</sup> Anzahl der überlassenen Arbeitskräfte per Stichtag 31. Juli (vgl. AK STMK, 2009).

<sup>33</sup> Freie Dienstnehmer: Dienstnehmer, die gemäß §4 Abs. 4 ASVG versichert sind (vgl. AK STMK, 2009).

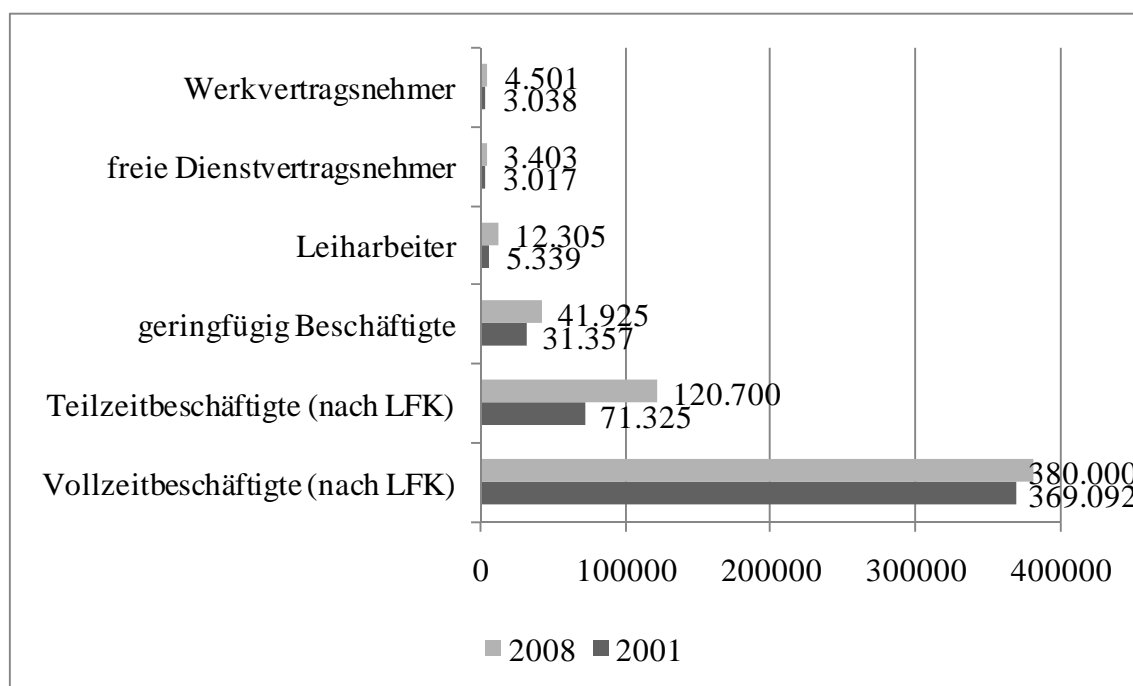
<sup>34</sup> Werkvertragsnehmer, die gemäß §2 Abs. 1 Z 4 GSVG pflichtversichert sind. Darunter fallen auch Wirtschaftstreuhänder, Dentisten, Journalisten, Künstler und Tierärzte (Stand jeweils Ende Dezember) (vgl. AK STMK, 2009).

Haupteinkommen aus einer Vollzeitbeschäftigung sind. Dass vor allem Frauen Teilzeitbeschäftigungen wählen, hat vor allem mit den von ihnen zu erfüllenden Betreuungsaufgaben in der Familie (Kinder, Pflege kranker oder alter Menschen etc.) zu tun.

Ebenso gestiegen ist in den letzten Jahren die Zahl geringfügig Beschäftigter. 2008 gab es in der Steiermark **41.925 Personen mit geringfügiger Beschäftigung**, davon waren 28.699 Frauen und 13.226 Männer. Insgesamt waren damit 8,4% der unselbständig Erwerbstätigen geringfügig beschäftigt, von denen 68,5% Frauen waren. Ähnlich ist die Tendenz in Österreich, wo von den 275.561 geringfügig Beschäftigten 67,1% Frauen waren.

**Leiharbeitsverhältnisse** sind eine atypische Beschäftigungsform, die oftmals mit finanziellen und versicherungsmäßigen Nachteilen für den Beschäftigten verbunden sind. In der Steiermark ist die Zahl der Leiharbeiter im Zeitraum von 2001 bis 2008 um fast 7.000 Beschäftigte auf 12.305 angestiegen. Des Weiteren gab es 2008 in der Steiermark 3.403 freie **Dienstnehmer** und 4.501 **Werkvertragsnehmer**. 2001 betrug die Anzahl dieser noch 3.017 bzw. 3.038.

Abbildung 29: Entwicklung der Beschäftigungsverhältnisse in der Steiermark 2001 und 2008



Quelle: Arbeiterkammer Steiermark; Bearbeitung: LASTAT Steiermark

Diese Abbildung fasst die Tendenz der zunehmenden Zahl atypischer Beschäftigung in der Steiermark zusammen. Anzumerken ist hierzu noch, dass davon Frauen in weitaus größerem Maße betroffen sind als Männer.

### 5.2.3.3.2 Atypische Beschäftigung und Armut

Laut einem Forschungsbericht des Bundesministerium für Gesundheit und Frauen aus dem Jahr 2004, gab es nach einem kontinuierlichen Anstieg über die letzten 20 Jahre mehr als eine halbe Million Teilzeitbeschäftigte in Österreich, von denen der Großteil (ca. 85%) Frauen waren.

Aufgrund geringer Jahresarbeitszeiten, schlechter Entlohnung und geringer sozial- und arbeitsrechtlicher Schutzleistungen lässt sich vermuten, dass Personen in atypischen Beschäftigungsverhältnissen stärker von Armut gefährdet sind als jene in regulärer Beschäftigung. Leider gibt es kaum Informationen über die Armutsgefährdung von Personen in atypischen Beschäftigungsverhältnissen wie Werkvertragsnehmer, geringfügig Beschäftigte, freie Dienstvertragsnehmer usw. Es ist auch schwer aufgrund dieser Beschäftigungsform auf Armut zu schließen, da diese Positionen oft von Frauen besetzt werden, deren Einkommen ein Zuverdienst zum Haupteinkommen des Partners ist.

Ein Blick auf die Armutsgefährdungsquoten laut EU-SILC 2008 (siehe Tabelle 11) zeigt, dass **Teilzeitbeschäftigte mit einer Armutsgefährdungsquote von 11% fast dreimal so oft armutsgefährdet sind wie Vollzeitbeschäftigte, deren Armutsrisiko bei 4% liegt.**

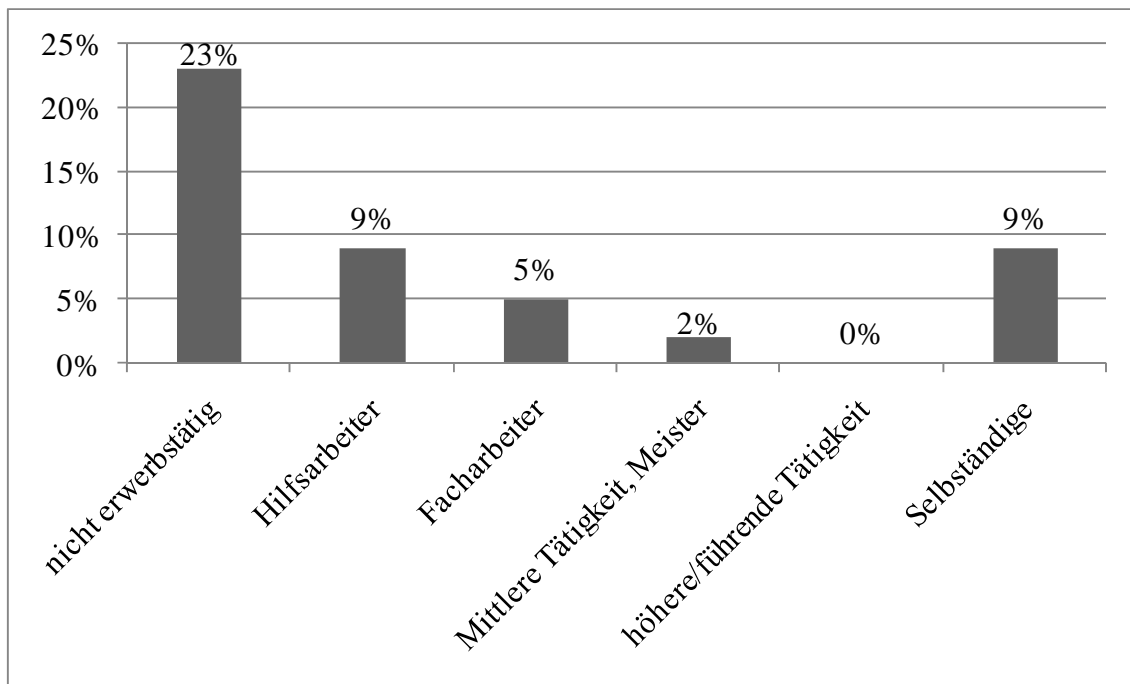
### 5.2.3.4 Berufliche Stellung

Die berufliche Stellung von Erwerbstätigen beeinflusst deren Einkommen und damit auch deren Risiko trotz Erwerbstätigkeit in Armut zu geraten (siehe auch Tabelle 11).

Wie man anhand nachfolgender Abbildung sehen kann, haben Erwerbstätige ein maximal halb so großes Risiko in Armut zu geraten wie Nicht-Erwerbstätige. Bei genauerer Betrachtung der Erwerbstätigen zeigt sich, dass **Facharbeiter sowie Personen mit mittlerer und höherer Tätigkeit eine besonders kleine Armutsgefährdungsquote von 0% bis 5% aufweisen.** Im Vergleich dazu haben **Hilfsarbeiter eine höhere Armutsgefährdungsquote von 9%. Selbständige sind ebenfalls zu 9% armutsgefährdet und damit deutlich öfter als unselbständig Beschäftigte.** Die hohe Armutsgefährdung der Selbständigen lässt sich besonders damit erklären, dass auch Landwirte in diese Kategorie fallen und diese häufiger von Armut betroffen sind.

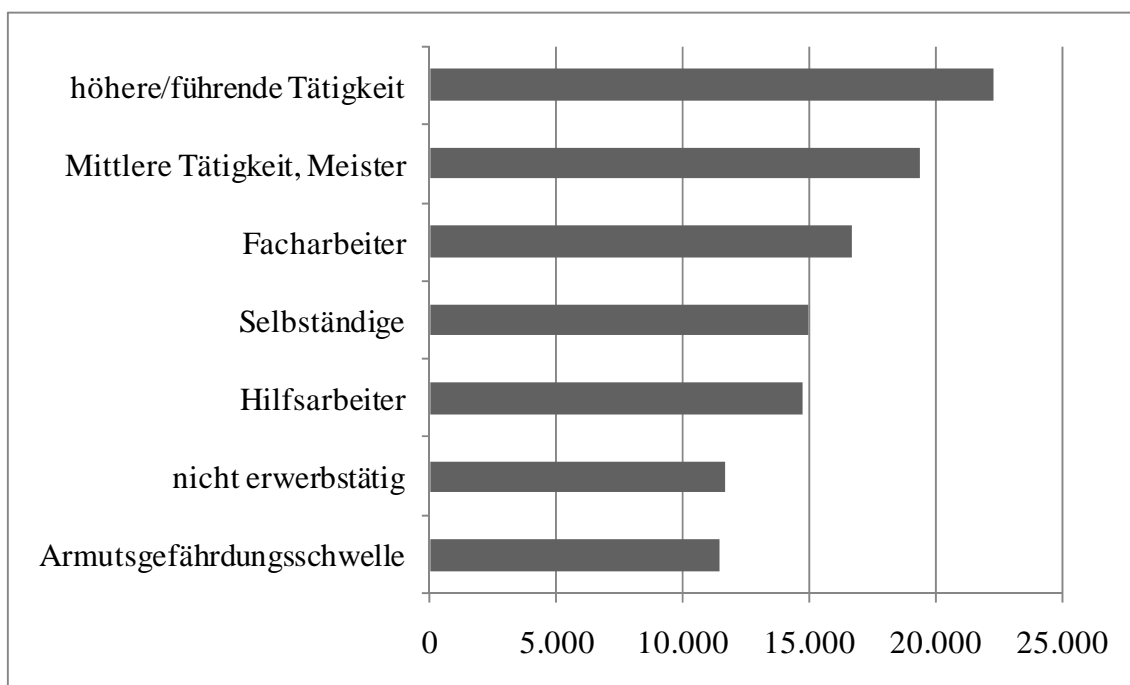
Das unterschiedliche Armutsrisiko hängt entscheidend von den verschiedenen Einkommenslagen je nach beruflicher Stellung ab (siehe Tabelle 8).

Abbildung 30: Armutsgefährdung in der Steiermark nach beruflicher Stellung 2008



Quelle: Statistik Austria, EU-SILC 2008

Abbildung 31: Unterstes Einkommensquartil nach beruflicher Stellung im Vergleich zur österreichischen Armutsgefährdungsschwelle in der Steiermark (EU-SILC 2008)



Quelle: Statistik Austria, EU-SILC 2008

Abbildung 31 vergleicht das maximale Jahresäquivalenzeinkommen der schwächsten Viertel (unterstes Quartil) nach beruflicher Stellung mit der österreichischen Armutsschwelle (11.406 Euro). Es zeigt sich, dass das Jahresäquivalenzeinkommen des untersten Quartils der Nicht-Erwerbstätigen mit 11.660 Euro und das der Hilfsarbeiter mit 14.694 Euro relativ nahe an der Armutsgefährdungsschwelle liegen. Facharbeiter und Personen mit mittlerer oder höherer Tätigkeit haben da schon eher einen „Sicherheitspuffer“ von zumindest 5.000 Euro. Auch hier zeigt sich, dass das schwächste Einkommensviertel der Selbstständigen, das maximal 14.961 Euro verdient, schlechter gestellt ist als viele unselbständig Beschäftigte.

### **5.2.3.5 Resümee**

Bei der Analyse der erwerbstätigen Personen in der Steiermark hat sich gezeigt, dass „working poor“ auch hierzulande für viele Realität ist. Zwar verringert Erwerbstätigkeit die Armutsgefährdung der Beschäftigten und deren Haushaltsangehörigen, sie bietet aber nicht allen Erwerbsgruppen ausreichenden Schutz. Relevant für die Armutsgefährdung trotz Erwerbstätigkeit sind die Dimensionen berufliche Stellung, atypische Beschäftigung, Haushaltszusammensetzung und Anzahl der Verdiener im Haushalt.

## **5.3 Der Zusammenhang zwischen bestimmten Bevölkerungsgruppen und Armut**

Wie aus der anfänglichen Situationsanalyse der Lebensbedingungen in der Steiermark hervorgegangen ist, sind bestimmte Bevölkerungsgruppen besonders benachteiligt. Niedrigere Einkommen und eine erhöhte Armutsgefährdung ziehen Benachteiligungen im Bereich von Konsum, Wohnen und Gesundheit nach sich. Zu diesen benachteiligten Bevölkerungsgruppen gehören unter anderem die weibliche Bevölkerung, Pensionsbezieher, Menschen mit Behinderung und Nicht-Österreicher.

### **5.3.1 Weibliche Bevölkerung**

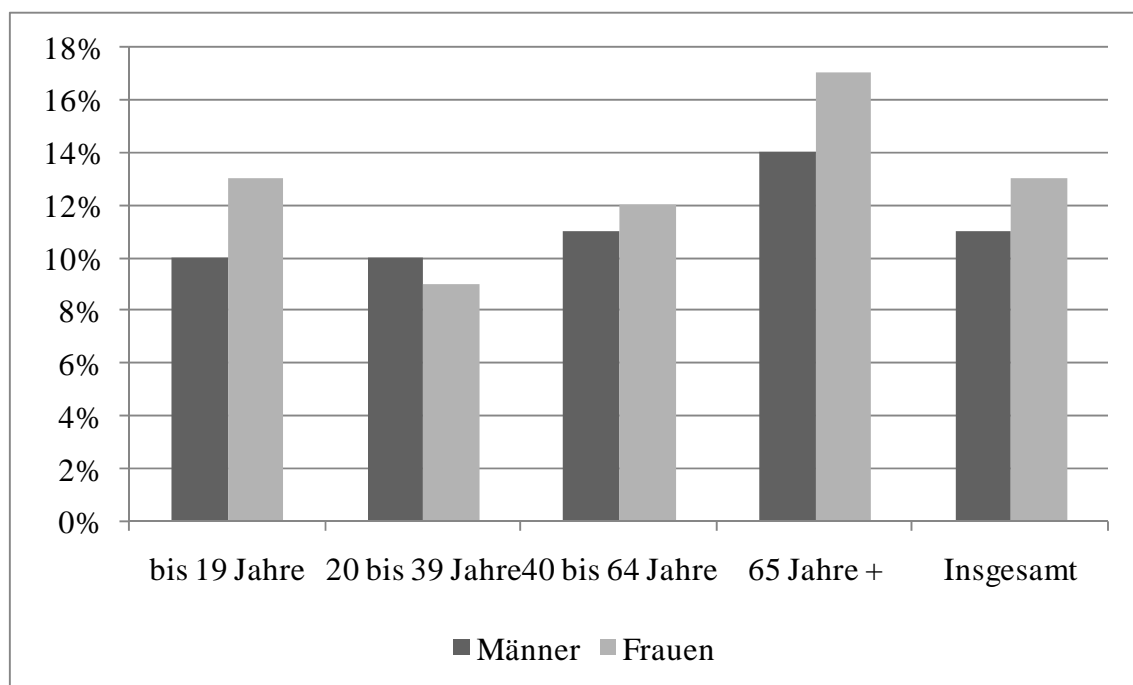
Trotz der vermehrten Erwerbsbeteiligung der Frauen am Arbeitsmarkt sind Frauen nach wie vor stärker von Armut betroffen als Männer. Wesentliche Ursache dafür liegen in den niedrigeren Einkommen von Frauen, so die Armutsforscherin Karin Heitzman von der Wirtschaftsuniversität Wien bei der Armutskonferenz 2008: „Frauen sind zu einem überproportionalen Ausmaß in so genannten atypischen Beschäftigungsformen und in schlecht entlohnten Branchen tätig; auch für gleiche Arbeit verdienen Frauen oft weniger.“

Geringe Erwerbseinkommen ziehen geringere Leistungen aus Arbeitslosenversicherung und Pensionsversicherung nach sich.“

### 5.3.1.1 Armutsgefährdung von Frauen in der Steiermark

Insgesamt sind Frauen in der Steiermark häufiger armutsgefährdet als Männer (siehe Tabelle 10). **13% aller steirischen Frauen** (oder 78.000 Frauen) **sind armutsgefährdet**, während im Vergleich nur 11% aller Männer (64.000) armutsgefährdet sind.

Abbildung 32: Armutsgefährdungsquoten in der Steiermark 2008 nach Alter und Geschlecht



Quelle: Statistik Austria, EU-SILC 2008

Dieser Unterschied ist in der Altersgruppe der über 65-Jährigen am stärksten. In dieser Alterskategorie sind 17% der Frauen und 14% der Männer armutsgefährdet. Durch die weitaus höhere Zahl an Frauen in diesem Alter wird auch der Gesamtwert stark beeinflusst. Aber auch bei den Jüngsten ist die geschlechtsspezifische Benachteiligung erheblich. 13% der Frauen bis 19 Jahren im Vergleich zu 10% der Männer bis 19 Jahren sind armutsgefährdet. Einzig unter den 20- bis 39- Jährigen ist die Armutsgefährdungsquote der Frauen geringer als die der Männer.

Hierbei sollte jedoch berücksichtigt werden, dass sich das Armutsrisiko aus dem Haushaltseinkommen errechnet und dadurch bei Mehrpersonenhaushalten die Beurteilung der Situation nach Geschlechtern kaum möglich ist.

### 5.3.1.2 Frauen und Einkommen

Die Betrachtung der Einkommenssituation in der Steiermark zeigt am deutlichsten die benachteiligte Situation von Frauen. Sowohl nach Daten der Sozialversicherung als auch nach Lohnsteuerdaten verdienten Frauen 2008 deutlich weniger als Männer.

Das mittlere Bruttoeinkommen (nach Sozialversicherungsdaten) von Frauen lag bei 1.561 Euro, und stieg damit im Vergleich zu 2007 um +1,2%, während das von Männern 2.509 Euro betrug und um +2,3% anwuchs. Damit verdienten steirische Frauen 2008 um 37,8% weniger als steirische Männer (in Österreich ist dieser Einkommensnachteil mit 33,3% geringer). In den obersteirischen Industriegebieten lag der Einkommensunterschied zwischen den Geschlechtern erheblich über dem landesweiten Durchschnitt.

Beim **geschlechtsspezifischen Einkommensvergleich** ist zu bedenken, dass Frauen viel häufiger teilzeitbeschäftigt sind als Männer (47% der Frauen und 11% der Männer arbeiten Teilzeit). Die Lohnsteuerdaten erlauben eine diesbezüglich differenzierte Betrachtung: **insgesamt verdienen Männer in der Steiermark pro Kopf brutto um 69% mehr als Frauen** – in der Vollzeitbeschäftigung sind es 36% und in der Teilzeitbeschäftigung 29%. Knapp die Hälfte der geschlechtsspezifischen Einkommensdifferenz lässt sich also auf die vermehrte Teilzeitarbeit von Frauen zurückführen.

Eine weitere Hauptursache liegt in der besseren Verdienstmöglichkeit im Sekundärsektor im Vergleich zum Dienstleistungssektor begründet. Die Produktion in der Steiermark ist mehrheitlich männlich besetzt und die Dienstleistungen werden hauptsächlich von Frauen erledigt. Ebenso finden sich Hochlohnbranchen eher im sekundären Sektor und Niedriglohnbranchen im Dienstleistungssektor.

Neben diesen Ursachen für die schlechtere Einkommenssituation von Frauen, lassen sich noch andere strukturelle Gründe nennen: eine teilweise geringere Entlohnung von Frauen in der Privatwirtschaft bei gleichen Voraussetzungen, höhere Anteile von Überstundenleistenden bei Männern<sup>35</sup>, höheres Durchschnittsalter männlicher Angestellter, und eine im Schnitt höhere Qualifikation männlicher Angestellter.

Nähere Informationen zur Einkommenssituation in der Steiermark und im Speziellen von Frauen kann der „Regionale Einkommensstatistiken unselbständig Beschäftigter 2008“ (Steirische Statistiken, Heft 12/2009) der Landesstatistik Steiermark entnommen werden.

Einen Aufschluss über die Einkommensunterschiede von Männer und Frauen gibt auch der „**Gender Pay Gap**“. Im Vergleich zu anderen EU-Mitgliedstaaten zählt Österreich zu den Ländern mit den größten geschlechtsspezifischen Lohn- und Gehaltsunterschieden. Gemäß dem EU-Strukturindikator „Gender Pay Gap“, der von Eurostat nach harmonisierten Standards für alle Mitgliedstaaten der Europäischen Union publiziert wird, beträgt das **geschlechtsspezifische Verdienstgefälle 2008 25,5%**. Dieser Indikator bezieht sich auf die Daten der Verdienststrukturerhebung und misst den relativen Unterschied zwischen den

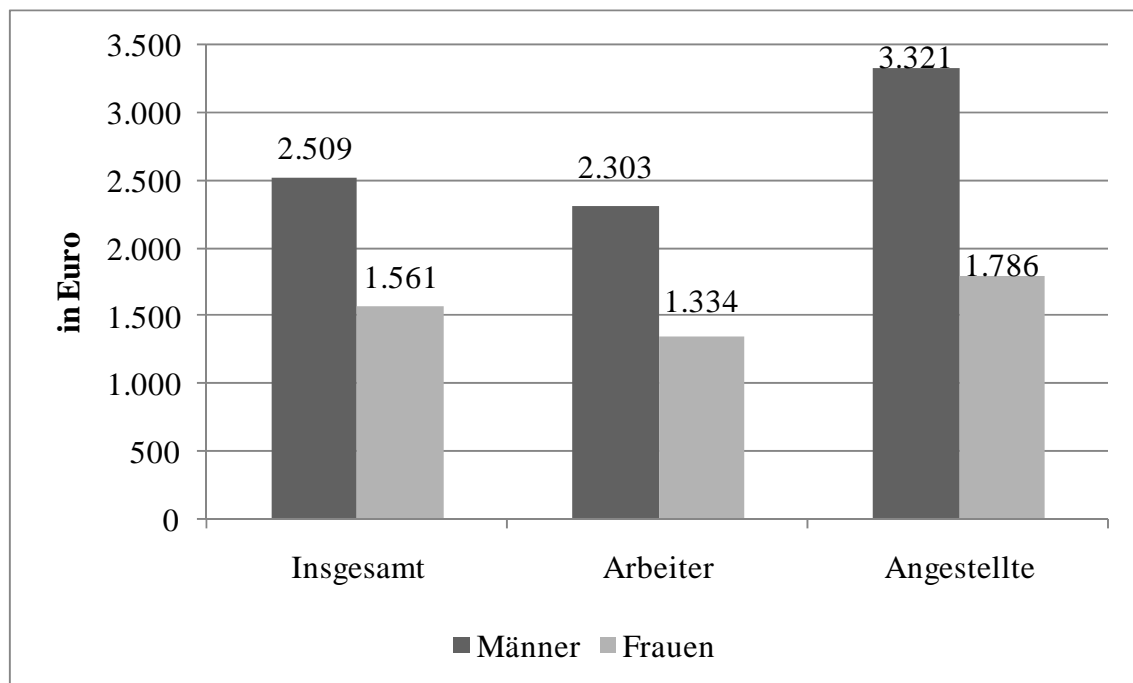
---

<sup>35</sup> In der Privatwirtschaft machen bezahlte Mehr- und Überstunden sowie Zulagen bei Männern knapp 11% des Bruttoeinkommens aus, während diese Quote bei Frauen nur 4% beträgt (vgl. BKA, 2007, S. 53).



durchschnittlichen **Bruttostundenverdiensten von Frauen und Männern** in Unternehmen ab zehn unselbständig Beschäftigten in der Privatwirtschaft. Analysen zum **Einfluss unterschiedlicher Faktoren** auf die geschlechtsspezifische Einkommensdifferenz machen deutlich, dass nur ein Teil auf beobachtbare Merkmale zurückgeführt werden kann. Ein Teil der Differenz beruht etwa auf der branchen- und berufsspezifischen Segregation des Arbeitsmarktes, wonach Frauen und Männer in unterschiedlichen Wirtschaftsbereichen und Berufen tätig sind. Ein weiterer Teil kann auf Unterschiede im Ausbildungsniveau sowie der Dauer der Zugehörigkeit zum Unternehmen und damit auf die Ausstattung mit Humankapital zurückgeführt werden. Insgesamt kann jedoch weniger als die Hälfte der geschlechtsspezifischen Lohn- und Gehaltsunterschiede durch diese Faktoren rechnerisch erklärt werden<sup>36</sup>.

Abbildung 33: Brutto-Medianeinkommen von Männern und Frauen in der Steiermark (EU-SILC 2008)



Quelle: HV d. SV; Bearbeitung: LASTAT Steiermark

Obige Abbildung zeigt, dass **Arbeiter generell weniger verdienen als Angestellte**. Bei beiden Gruppen verdienen Frauen im Durchschnitt deutlich weniger als ihre männlichen Kollegen. Unter den Angestellten ist der geschlechtsspezifische Einkommensunterschied mit über 1.500 Euro größer als unter den Arbeitern mit knapp 1.000 Euro. Dennoch sind weibliche Arbeiterinnen die am schlechtesten verdienende Gruppe der Erwerbstätigen. Sie kommen auf ein mittleres Bruttogehalt von 1.334 Euro, während weibliche Angestellte im Mittel 1.786 Euro brutto beziehen.

Diese Einkommensunterschiede setzen sich auch im Sozialsystem fort. So betrug im Jahr 2005 die mittlere Pension von Frauen 60% der mittleren Männerpension, was bedeutet, dass

<sup>36</sup> vgl. Statistik Austria,  
[http://www.statistik.at/web\\_de/statistiken/soziales/gender-statistik/einkommen/index.html](http://www.statistik.at/web_de/statistiken/soziales/gender-statistik/einkommen/index.html)

die Einkommensunterschiede zwischen den Geschlechtern in der Pension noch höher sind als im Erwerbsleben<sup>37</sup>. Auch beim Arbeitslosengeld und der Notstandshilfe sind Frauen benachteiligt, sodass anteilmäßig weniger arbeitslose Frauen als Männer einen Anspruch auf die Leistungen der Arbeitslosenversicherung haben.

Wie Tabelle 6 auf Basis von EU-SILC 2008, zeigt, ist nicht nur das arithmetische Mittel des äquivalisierten Nettohaushaltseinkommen von Frauen geringer als das der Männer, sondern ihr Jahresäquivalenzeinkommen liegt in fast allen Quartilen unter dem der Männer. Allerdings wird der Unterschied von Jahr zu Jahr geringer.

Das Median-Jahresäquivalenzeinkommen von Frauen beträgt 18.504 Euro und das von Männern 19.017 Euro. Damit ist das jährliche Medianäquivalenzeinkommen der Frauen nicht nur unter dem Landesdurchschnitt von 18.805 Euro, sondern liegt in fast allen Altersgruppen, außer bei den 40- bis 64- Jährigen, unter dem jeweiligen Bezug der Männer. Am höchsten ist der Unterschied in der Altersgruppe der bis 65- und Mehrjährigen, wo Frauen über 700 Euro weniger im Jahr zur Verfügung haben als ihre männlichen Altersgenossen. Auch das arithmetische Mittel männlicher Jahresäquivalenzeinkommen liegt um mehr als 500 Euro über dem der Frauen.

### 5.3.1.3 Frauen und Konsum

Tabelle 12 bildet die Konsumsituation der Steirer und Steirerinnen ab. Bei geschlechtsspezifischer Betrachtung zeigt sich, dass Frauen insgesamt alle Konsumgüter mit Ausnahme des Telefons seltener besitzen als Männer. Beispielsweise besitzen 73% der Männer einen PC aber nur 69% der Frauen, und 90% der Männer haben ein Auto aber nur 85% der Frauen. Frauen verfügen zwar öfter über ein Telefon als Männer, jedoch besitzen nur 91% der Frauen im Vergleich zu 94% der Männer ein Handy.

Insgesamt stehen Frauen also seltener im Besitz der genannten Konsumgüter, jedoch ist das Fehlen dieser nicht immer mit finanziellen Problemen erklärbar. Denn Frauen geben ungefähr gleich oft an wie Männer, sich bestimmte Konsumgüter aus finanziellen Gründen nicht leisten zu können. Deshalb gibt es wohl noch andere Ursachen für das vergleichsweise seltene Vorhandensein von Konsumgütern bei Frauen. Auch hinsichtlich der finanziell bedingten Einschränkung bei Grundbedürfnissen gibt es kaum geschlechtsspezifische Unterschiede. Wenn es darum geht, sich primäre Lebensbedürfnisse zu leisten, unterscheiden sich Männer und Frauen kaum. Einzig Urlaub zu machen können sich 32% der Frauen im Gegensatz zu 26% der Männer nicht leisten.

---

<sup>37</sup> Ursachen für den geringeren Pensionsanspruch von Frauen sind geringere Beitragsgrundlagen und Verkürzungen der Beitragsjahre durch Beschäftigungsunterbrechungen infolge der Kindererziehung (vgl. BKA, 2007, S. 44).

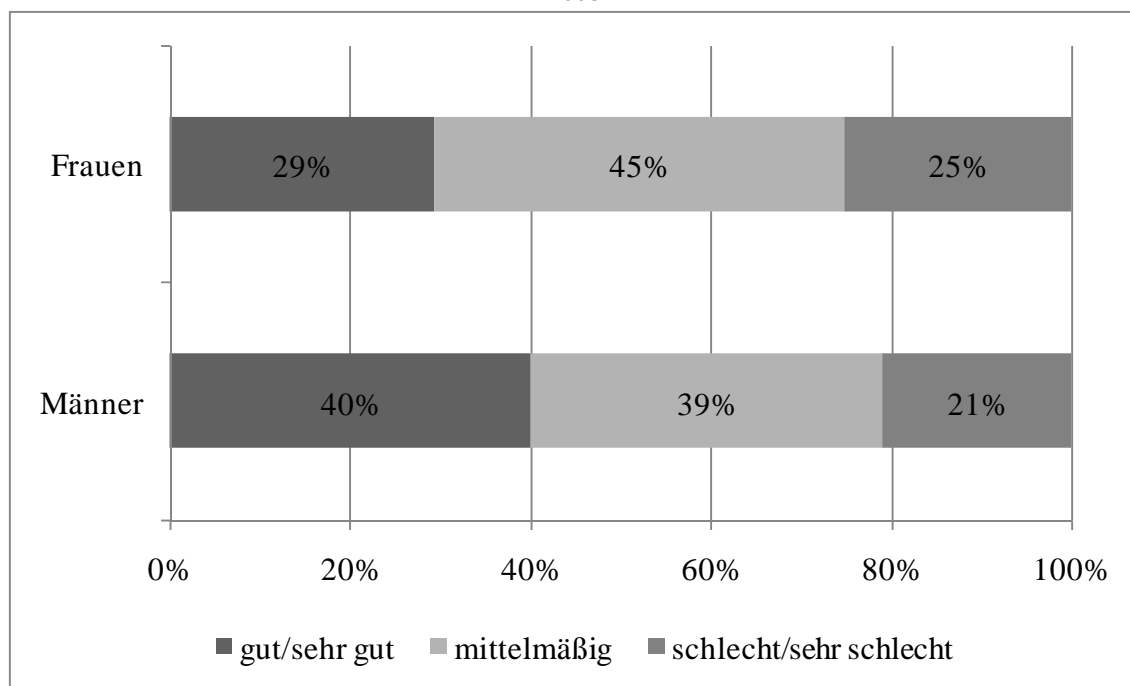
### 5.3.1.4 Frauen und Wohnen

Auch im Bereichen Wohnen gibt es nur geringe Unterschiede zwischen Männern und Frauen. Die Rechtsverhältnisse an der Wohnung (siehe Tabelle 17) sind ungefähr gleich verteilt. Wohnprobleme betreffen beide Geschlechter gleichermaßen, sodass auch die jeweiligen Werte ihrer Wohnzufriedenheit dem steirischen Durchschnitt entsprechen. Von dem abgesehen, zeigt sich eine minimale Tendenz, dass Frauen die Wohnkosten insgesamt als etwas stärkere Belastung empfinden als Männer.

### 5.3.1.5 Frauen und Gesundheit

Während der subjektive Gesundheitszustand der 16- bis 64- Jährigen keine geschlechtsspezifischen Unterschiede aufweist, werden solche bei der älteren Bevölkerung deutlich.

Abbildung 34: Subjektiver Gesundheitszustand nach Geschlecht (65 Jahre und älter) in der Steiermark 2008



Quelle: Statistik Austria, EU-SILC 2008

Bei den über **64-Jährigen beschreiben Frauen ihre Gesundheit um einiges schlechter als Männer**. So geben 29% der Frauen aber 40% der Männer jener Altersgruppe an, sich gut bis sehr gut zu fühlen, wohingegen 25% der Frauen aber nur 21% der Männer angeben, sich schlecht bis sehr schlecht zu fühlen. Dies ist wohl zum Teil auf den hohen Anteil Hochbetagter unter den Frauen zurückzuführen, die eine deutlich höhere Lebenserwartung als

Männer haben (lt. Statistik Austria ist die fernere Lebenserwartung von 65-jährigen Frauen 2008 um 3,6 Jahre höher als von 65-jährigen Männern).

Ebenso leiden Frauen öfter an Gesundheitsbeeinträchtigungen. 8% der Frauen sind in schlechtem Gesundheitszustand, 32% chronisch krank und 12% durch eine Behinderung stark beeinträchtigt. Diese gesundheitlichen Schwierigkeiten treffen nur auf 7% bzw. 29% und 9% der Männer zu. Auffallend ist auch, dass im Alter von 40 bis 64 Jahren 8% der Männer aber nur 6% der Frauen eine Invaliditäts- oder Erwerbsunfähigkeitspension beziehen.

### **5.3.1.6 Frauen und Lebenszufriedenheit**

Die durchschnittliche Lebenszufriedenheit von Männern und Frauen entspricht dem gesamten Durchschnittswert von 5,1, was auf eine hohe Zufriedenheit schließen lässt. Genauer gesagt, gaben 78% der Männer und 75% der Frauen an sehr bis ziemlich zufrieden zu sein. Beide Geschlechter haben in der Altersgruppe von 20 bis 39 Jahren die höchsten Zufriedenheitswerte von 5,3 bzw. 5,2. Mit zunehmendem Alter sinkt die Zufriedenheit dann bei Männern wie Frauen ein wenig.

### **5.3.1.7 Resümee**

Für Frauen zeigt sich besonders die Situation am Arbeitsmarkt als schwierig, was sich im Speziellen in benachteiligten Beschäftigungsverhältnissen ausdrückt. Damit gehen niedrigere Einkommen und erhöhte Armutsgefährdung einher. Obwohl Frauen seltener im Besitz ausgewählter Konsumgüter sind, geben sie nicht öfter als Männer an, sich diese aus finanziellen Gründen nicht leisten zu können. Auch in den Bereichen Wohnen, Gesundheit und Lebenszufriedenheit finden sich keine signifikanten geschlechtsspezifischen Unterschiede.

## 5.3.2 Pensionsbezieher

Pensionsbezieher erfahren oftmals eine deutliche Reduktion ihres Einkommens<sup>38</sup> und sind öfter von Armut gefährdet als erwerbstätige Personen. Oftmals geht eine Minderung des Einkommens mit Deprivationen im Konsumbereich und im Bereich des Wohnens einher. Im folgenden Abschnitt werden die Verteilung von Pensionsbezieher und ihre Lebenssituation näher analysiert.

### 5.3.2.1 Pensionsbezieher und Pensionsleistungen in Österreich und in der Steiermark

Die **durchschnittliche Alterspension** (aller Pensionsversicherten) beträgt laut Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger bei einem Gesamtstand von 1.185.183 ausbezahlten Alterspensionen im Dezember 2008, einschließlich Teilzahlungen, **1.419 Euro für Männer und 842 Euro für Frauen**<sup>39</sup>. Aufgrund niedrigerer Aktiveinkommen und Lücken im Versicherungsverlauf, insbesondere durch die Erziehung von Kindern, liegen die Durchschnittspensionen von Frauen bei allen Pensionsversicherungsträgern wesentlich unter jenen der Männer.

Ein Vergleich nach Pensionsversicherungsträger zeigt, dass Bauern (732 Euro im Durchschnitt von Männern und Frauen) und Arbeiter (801 Euro im Durchschnitt von Männern und Frauen) die niedrigsten durchschnittlichen Pensionen beziehen. Die unterschiedlichen Pensionshöhen bei den einzelnen Pensionsversicherungsträgern spiegeln ziemlich genau die Verschiedenheit der durchschnittlichen Beitragsgrundlagen der bei den einzelnen Pensionsversicherungsträgern versicherten Personen wider.

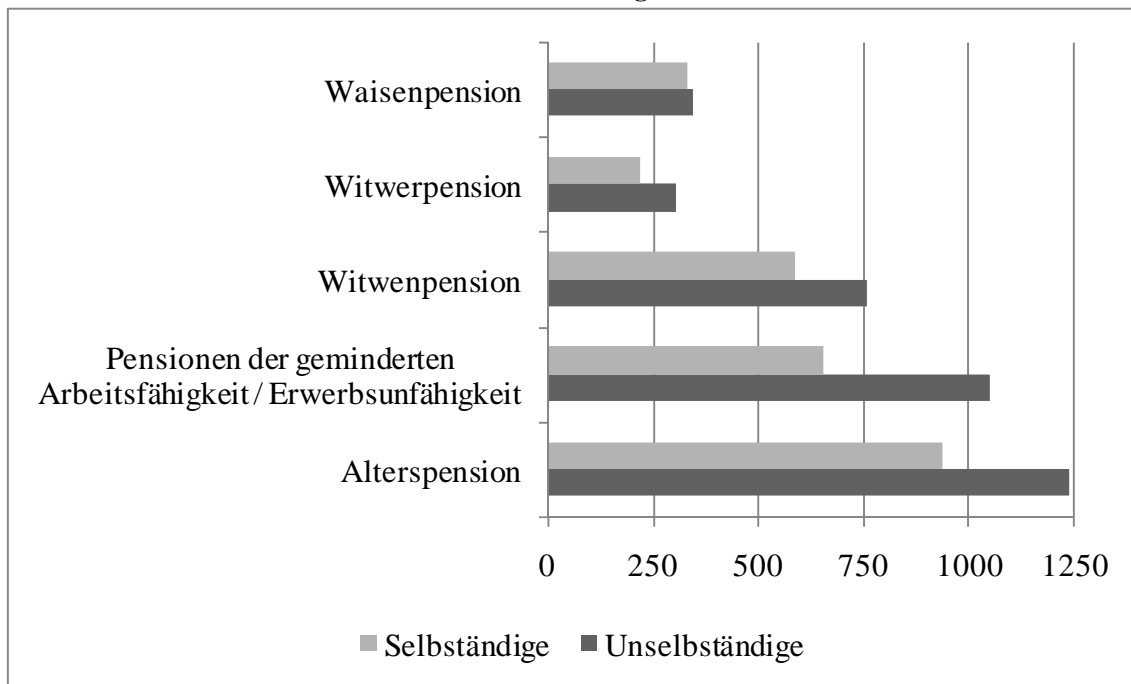
Im Dezember 2008 betrug der gesamte Pensionsstand in der Steiermark 287.399 Pensionen (das sind 4.030 Pensionen mehr als 2007) und machte damit 13,3% des gesamtösterreichischen Pensionsstandes aus. Die Verteilung der Durchschnittspensionen über Selbständigen und Unselbständigen zeigt die nächste Grafik.

---

<sup>38</sup> Die Höhe einer Pension wird einerseits durch die Höhe der Bemessungsgrundlage, andererseits durch die Anzahl der im Verlauf des Erwerbslebens erworbenen Versicherungsmonate bestimmt. Eine echte Mindestpension ist in der gesetzlichen Pensionsversicherung nicht vorgesehen. Es ist aber möglich über die Ausgleichszulage eine bedarfsorientierte, vom sonstigen eigenen bzw. Haushaltseinkommen abhängige Mindestpension zu gewähren. (vgl. Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger, 2009, S. 95)

<sup>39</sup> Der Gesamtstand aller Pensionen aller Versicherungsträger betrug 2,153.173 Pensionen, um 27.769 bzw. 1,3% mehr als ein Jahr zuvor, die im Dezember 2008 ausbezahlt wurden. Davon entfielen 1.316.225, also fast zwei Drittel, auf Frauen. Der Pensionsstand darf nicht gleichgesetzt werden mit der Zahl der Pensionsbezieher, da das geltende Pensionsversicherungsrecht die Kumulierung mehrerer Pensionen gestattet. Zum Stichtag 1. Juli 2008 stand einem Pensionsstand von 2,154.603 eine Anzahl von 1,916.472 Pensionsbezieher gegenüber. 2008 wurden in der Pensionsversicherung der Unselbständigen 1,806.171 Pensionen und in der Pensionsversicherung der Selbständigen 347.002 Pensionen ausbezahlt. (vgl. Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger, 2009, S. 71-81)

**Abbildung 35: Höhe der Durchschnittspension im Dezember 2008 in der Steiermark für Selbständige und Unselbständige**



Quelle: HV d. SV; Bearbeitung: LASTAT Steiermark

Unselbständige erhielten in der Steiermark im Dezember 2008 durchschnittlich 1.237 Euro an Alterspension, 1.047 Euro an Pension für geminderte Arbeitsfähigkeit, 756 Euro Witwen- und 303 Euro Witwerpension sowie 343 Euro Waisenpension. Selbständige im Vergleich erhielten eine durchschnittliche Alterspension in Höhe von 936 Euro, eine Erwerbsunfähigkeitspension in Höhe von 656 Euro, 587 Euro bzw. 218 Euro an Witwen bzw. Witwerpension sowie 330 Euro Waisenpension. Dies zeigt, dass Pensionsleistungen für Unselbständige deutlich höher sind als jene für Selbständige (den geringsten Unterschied gibt es bei Waisenpensionen). Eine mögliche Erklärung wäre, dass in diese Kategorie viele Landwirte mit sehr niedrigen Leistungen fallen.

Verglichen mit den Pensionsleistungen in Gesamtösterreich liegen die steirischen Unselbständigen im Durchschnitt. Deutlich geringer als der Bundesschnitt fallen jedoch die Pensionsleistungen für steirische Selbstständige aus (bei der Alterspension beziehen sie um über 100 Euro weniger). Wahrscheinlich auch eine Folge des hohen Anteils der Landwirte in unserem Bundesland.

Besondere Bedeutung gewinnen diese Daten zu durchschnittlichen Pensionsleistungen, wenn man bedenkt, dass die monatliche Armutsgefährdungsschwelle in Österreich bei 951 Euro liegt. Dies zeigt, dass viele Pensionsbezieher weniger als diesen Schwellenwert im Monat beziehen.

Erreicht die Pension zuzüglich dem sonstigen Nettoeinkommen und den Unterhaltsansprüchen einen bestimmten Richtsatz nicht, steht dem/r Pensionsberechtigten, solange er/sie sich im Inland aufhält, die Differenz als **Ausgleichszulage** zu. Grundsätzlich sind sämtliche Einkünfte des/r Pensionsbezieher(s)/in bzw. des/r Ehepartner(s)/in

anzurechnen. Einzelne Arten von Einkünften, wie Wohnbeihilfen, Pflegegeld, Kinderzuschüsse und Leistungen nach dem Familienlastenausgleichsgesetz, sind jedoch ausdrücklich von der Anrechnung ausgenommen. Die Richtsätze für Ausgleichszulagen 2008 sind wie folgt:

- 772,40 Euro für alleinstehende Pensionsbezieher
- 1.158,08 Euro für Pensionsbezieher, die mit der/dem Ehegatten(in) im selben Haushalt leben
- 80,95 Euro Erhöhung für jedes Kind, außer bei Beziehern einer Witwen-(Witwer)pension, dessen Nettoeinkommen nicht 284,10 Euro erreicht.

Weiters gibt es noch Richtsätze für Waisenpensionen<sup>40</sup>. Es ist offensichtlich, dass auch diese Einkommensgrenzen (Richtsätze) unter der Armutsgefährdungsschwelle liegen.

2008 betrug der Anteil der Ausgleichszulagen am Pensionsstand 17,6% (dies ist die zweithöchste Quote nach Kärnten). Anders gesagt hat beinahe jeder sechste Pensionsbezieher in der Steiermark eine Ausgleichszulage erhalten.

Die hochgerechneten Daten der Erhebung EU-SILC 2008 kommen zu dem Ergebnis, dass in der Steiermark 281.000 Menschen leben, deren Haupttätigkeit nach eigener Einschätzung die Pension ist, 248.000 Menschen in Haushalten mit Pension (Einkommen besteht zu mindestens 50% aus Pensionen) leben, und dass die Haupteinkommensquelle von 268.000 Menschen Pensionen sind.

Die Ausführungen zur Armutssituation steirischer Pensionsbezieher beziehen sich auf diese Daten der EU-SILC 2008 – Sonderauswertung Steiermark.

### 5.3.2.2 Pensionsbezieher und Einkommen

Altersarmut tritt vor allem dann ein, wenn man schon im Erwerbsleben benachteiligt war. Kurze Vollbeschäftigungszeiten und Unterbrechungen der Erwerbstätigkeit führen bei der Pensionsversicherung zu kurzen Beitragszeiten und damit geringerer Pensionshöhe. Auch Personen mit niedrigem Gehalt und geschiedene Personen, die nicht berufstätig waren (Hausfrauen), sind besonders von Armut betroffen. Hier ist ebenfalls zu bedenken, dass sich viele ältere Frauen nicht als Pensionsbezieher, sondern als Hausfrauen bezeichnen. Besonders in ländlichen Gebieten gibt es auffallend viele Hausfrauen und vergleichsweise wenige Pensionsbezieher.<sup>41</sup>

Die Einkommensdaten von EU-SILC 2008 (siehe Tabelle 6) ergeben, dass dem **schwächsten Einkommensviertel der Personen in Haushalten mit Pension** (in der Folge kurz Pensionsbezieher genannt) **maximal ein äquivalisiertes Nettohaushaltseinkommen von**

---

<sup>40</sup> vgl. Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger, 2009

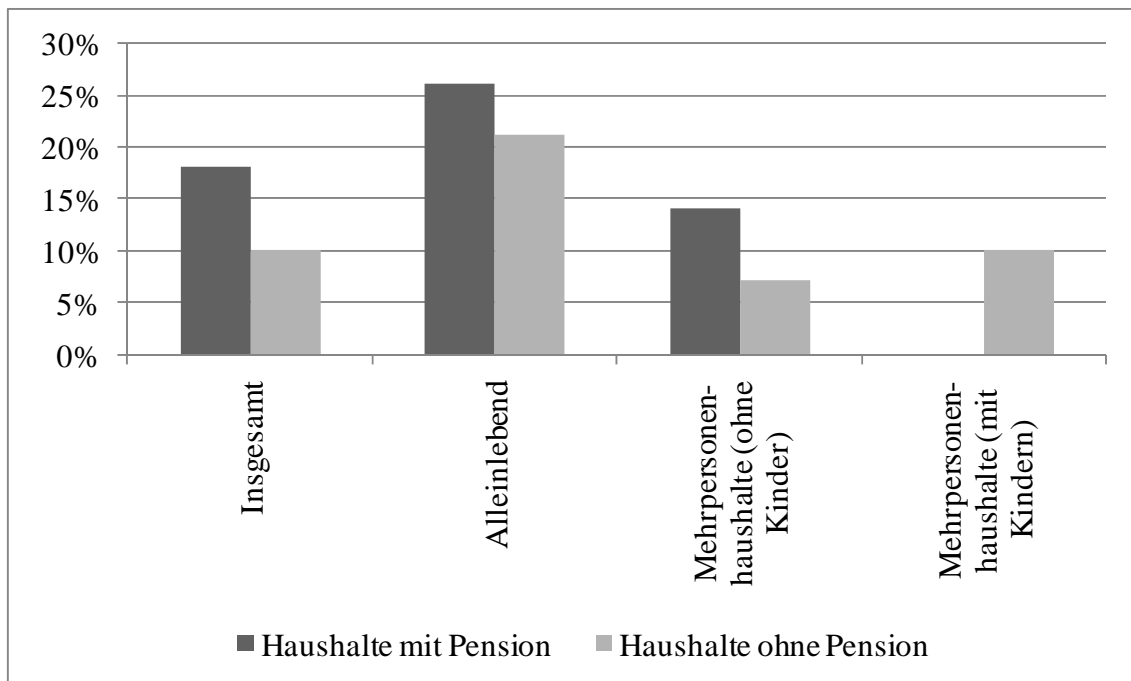
<sup>41</sup> vgl. Corso SozialForum, April/Mai 2005

**12.484 Euro pro Jahr zur Verfügung** stehen. Dies ist nur geringfügig mehr als die Armutsgefährdungsschwelle von 11.406 Euro. Alleinstehende Pensionsbezieher befinden sich in besonders prekärer Lage, da sie weniger als 11.168 Euro jährlich beziehen und damit höchst armutsgefährdet sind. Im Vergleich dazu bezieht das schwächste Einkommensquartil der Personen ohne Pension bis zu 14.725 Euro jährlich. Die Hälfte der Pensionsbezieher verfügt über bis zu 16.516 Euro im Jahr und das oberste Viertel über zumindest 22.936 Euro. Auch in diesen Einkommensgruppen sind alleinstehende Pensionsempfänger stark benachteiligt. Ihr Jahresäquivalenzeinkommen ist um rund 2.600 bzw. 1.900 Euro geringer als jenes von Personen in Mehrpersonenhaushalten.

### 5.3.2.3 Pensionsbezieher und Armutsgefährdung

Die **Armutsgefährdungsquote** (siehe Tabelle 10) **von Haushalten mit Pension liegt bei 18%** und damit sechs Prozentpunkte über dem steirischen Gesamtschnitt. In absoluten Zahlen bedeutet dies, dass 44.000 Personen in Haushalten mit Pension armutsgefährdet sind. Entsprechend den oben geschilderten Einkommensverhältnissen sind vor allem Alleinstehende betroffen, deren Armutsrisiko bei 26% liegt. Damit sind 19.000 der armutsgefährdeten Pensionsbezieher alleinstehende Menschen.

Abbildung 36: Armutsgefährdungsquoten von Haushalten mit und ohne Pension in der Steiermark 2008



Quelle: Statistik Austria, EU-SILC 2008

Personen in Haushalten mit Pension sind überdurchschnittlich oft von Armutsgefährdung betroffen. **Mehr als jede(r) sechste Pensionsbezieher(in) ist armutsgefährdet** im Vergleich zu jeder zehnten Person in Haushalten ohne Pension. Alleinstehende Pensionsbezieher haben



wie bereits festgestellt das doppelte Armutsgefährdungsrisiko im Vergleich zu Pensionsbeziehern in Mehrpersonenhaushalten. Diese weisen eine Armutsgefährdungsquote von 14% auf - im Vergleich zu Mehrpersonenhaushalten ohne Pension ist diese Quote recht hoch, denn ohne Kinder beträgt die Armutsgefährdungsquote nur 7%, mit Kindern jedoch 10%.

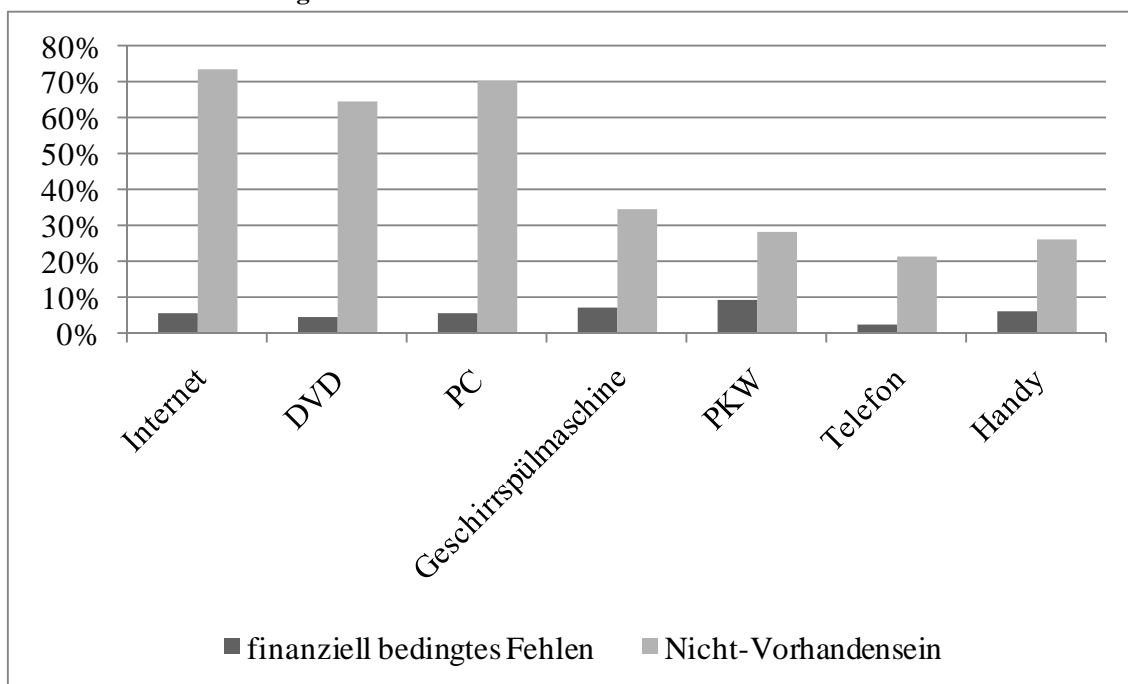
#### **5.3.2.4 Pensionsbezieher und Konsum**

Beim Vergleich des Konsumgüterbesitzes zwischen Personen in Haushalten mit und ohne Pension gilt es besonders vorsichtig zu sein, da das Fehlen bestimmter Konsumgüter noch nicht auf finanzielle Einschränkungen schließen lässt, sondern dafür auch andere Gründe verantwortlich sein können.

Alleine nach dem Vorhandensein von bestimmten Konsumgütern in Haushalten mit Pension gefragt, gaben 27% der Pensionsbezieher an einen Internetzugang zu haben, 36% DVDs, 30% einen PC, 66% einen Geschirrspüler, 72% einen PKW, 79% ein Festnetztelefon und 74% ein Handy. Dies sind deutlich geringere Anteile als bei Haushalten ohne Pension, jedoch besagen sie noch nichts über finanzielle Einschränkungen. Die Werte bei Haushalten mit Pension stiegen, mit Ausnahme des Festnetztelefons, das überall verliert, gegenüber 2006 doch recht deutlich.

Tabelle 14 bildet das Fehlen von Konsumgütern aus finanziellen Gründen ab und zeigt, dass nur äußerst geringe Anteile von Pensionsbeziehern angaben, sich bestimmte Konsumgüter aufgrund finanzieller Probleme nicht leisten zu können. Das fehlende Vorhandensein dieser Konsumgüter ist also auf andere Gründe zurückzuführen. Die nächste Grafik soll den Unterschied zwischen Nicht-Vorhandensein per se und finanziell bedingtem Fehlen von Konsumgütern aufzeigen.

**Abbildung 37: Nicht-Vorhandensein im Vergleich zu finanziell bedingtem Fehlen bestimmter Konsumgüter bei Haushalten mit Pension in der Steiermark 2008**



Quelle: Statistik Austria, EU-SILC 2008

Beispielsweise besitzen 73% der Haushalte mit Pension keinen Internetzugang, aber nur bei 5% ist dies aufgrund fehlender finanzieller Mittel der Fall. Ähnlich ist die Situation bei DVDs und PC. Auch haben 34% keinen Geschirrspüler, doch nur 7% geben an sich keinen leisten zu können.

Festzuhalten ist jedoch, dass alleinstehende Pensionsbezieher häufiger angeben, sich bestimmte Konsumgüter aufgrund finanzieller Einschränkungen nicht leisten zu können als Pensionsbezieher in Mehrpersonenhaushalten.

Die finanziell bedingte Einschränkung bei der Befriedigung von primären Grundbedürfnissen ist zwischen Haushalten mit und ohne Pension sehr ähnlich. In geringem Maße sind Pensionsbezieher jedoch stärker eingeschränkt und geben daher zu geringfügig größeren Anteilen an, sich bestimmte Grundbedürfnisse nicht erfüllen zu können, wie man in Tabelle 15 sehen kann.

28% der Haushalte mit Pension können sich nicht leisten „auf Urlaub zu fahren“, 26% „unerwartete Ausgaben zu tätigen“. Dies trifft im Vergleich auf 29% der Haushalte ohne Pension zu. Weiters können sich 25% der Haushalte mit Pension nicht leisten „jeden 2. Tag Fleisch oder Fisch“ zu essen, 12% können sich keine „neuen Kleider kaufen“, 2% sind „mit Zahlungen im Rückstand“, 16% können sich nicht leisten „Freunde einmal pro Monat einzuladen“ und 3% können die „Wohnung nicht angesprochen warm halten“. Ein starker Unterschied zeigt sich wieder zwischen alleinstehenden Pensionsbeziehern und solchen aus Mehrpersonenhaushalten. Erstere sind finanziell deutlich stärker eingeschränkt und können sich daher viel öfter die Befriedigung ihrer Grundbedürfnisse nicht leisten. So können sich

von den Alleinstehenden 38% weder Urlaub noch die Tätigung unerwarteter Ausgaben leisten (24% bzw. 21% bei Pensionsbeziehern aus Mehrpersonenhaushalten).

### 5.3.2.5 Pensionsbezieher und Wohnen

Hinsichtlich des **Rechtsverhältnisses** an der Wohnung zeigen sich Unterschiede zwischen Haushalten mit und ohne Pension. Haushalte mit Pension besitzen öfter ein Haus (58%) aber marginal seltener eine Wohnung (10%). 6% der Pensionsbezieher leben in Genossenschaftswohnungen und 7% in sonstigen Mietwohnungen. Überdurchschnittlich oft finden sich Haushalte mit Pension in mietfreien Wohnverhältnissen (16%). Vor allem alleinstehende Pensionsbezieher wohnen zu 17% mietfrei und zu 9% in Genossenschaftswohnungen.

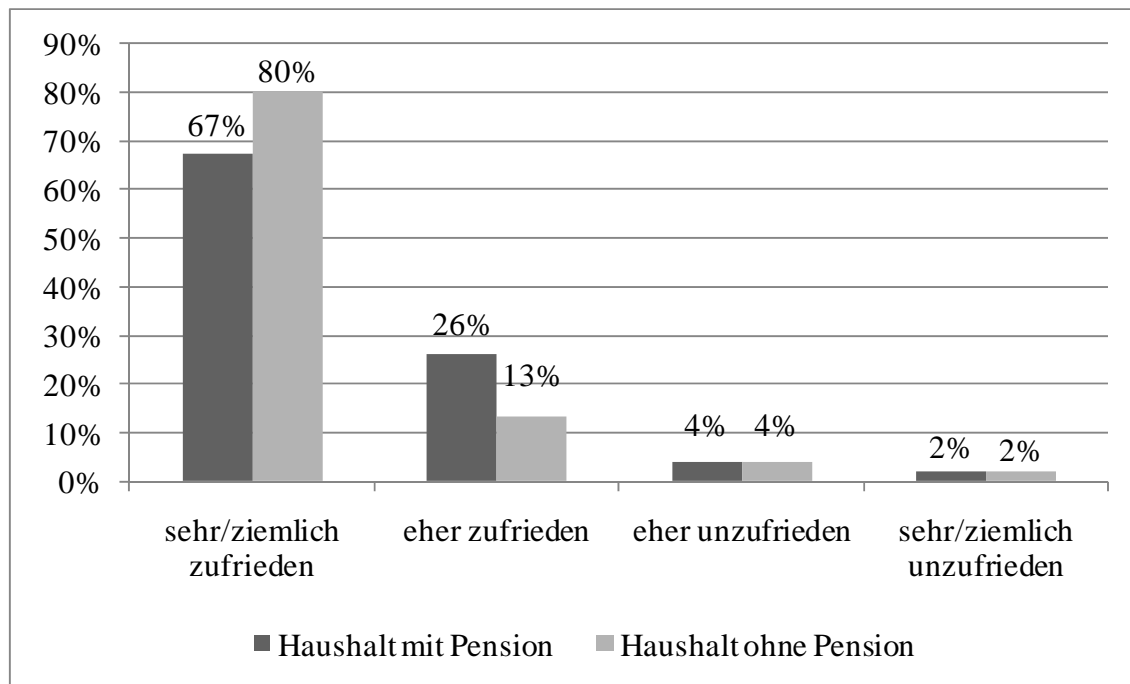
Bezüglich diverser **Wohnprobleme** sind die Anteile der betroffenen Haushalte mit und ohne Pension meist gleich groß oder variieren maximal um ein paar Prozentpunkte. Auch die durchschnittliche Wohnzufriedenheit von Pensionsbeziehern und Personen ohne Pension unterscheidet sich nur um wenige Prozentpunkte. Auch bei der subjektiven Wohnkostenbelastung gibt es nur geringe Unterschiede. Deutliche Unterschiede gibt es wieder zwischen Alleinstehenden und Mehrpersonenhaushalten. Für 32% der alleinstehenden Pensionsbezieher übersteigt der Wohnkostenanteil ein Viertel ihres Äquivalenzeinkommens, während dies nur bei 8% der Mehrpersonenhaushalte mit Pension zutrifft.

### 5.3.2.6 Pensionsbezieher und Gesundheit

Es ist schwierig, den Gesundheitszustand und die Gesundheitsbeeinträchtigungen (siehe dazu auch Abbildung 15 und Tabelle 26) zwischen Personen in Haushalten mit und ohne Pension zu vergleichen, da aufgrund des höheren Alters bei Pensionsbeziehern natürlich von einem schlechteren Gesundheitszustand ausgegangen werden muss.

### 5.3.2.7 Pensionsbezieher und Lebenszufriedenheit

Vergleicht man die allgemeine Lebenszufriedenheit von Personen in Haushalten mit Pension und Personen in Haushalten ohne Pension, so zeigen sich kleine Unterschiede in der subjektiven Beurteilung.

**Abbildung 38: Lebenszufriedenheit von Haushalten mit und ohne Pension in der Steiermark 2008**

Quelle: Statistik Austria, EU-SILC 2008

Die Grafik zeigt, dass mehr als zwei Drittel der Personen in Haushalten sowohl mit als auch ohne Pension sehr bis ziemlich zufrieden mit ihrem Leben sind. Haushalten ohne Pension geht es ein klein wenig besser, da ein größerer Anteil von Pensionsbeziehern nicht ganz, sondern nur eher zufrieden ist. Dafür ist nur ein sehr kleiner Anteil von 4% bzw. 2% der Haushalte eher oder sehr/ziemlich unzufrieden.

### 5.3.2.8 Resümee

Obwohl Pensionsbezieher sowohl beim Einkommen benachteiligt sind als auch von höherem Armutsrisiko betroffen sind, scheinen sie dies nicht als Belastung oder Benachteiligung zu erfahren. Wie die Daten zeigen, beklagten sie weder im Bereich des Konsums noch des Wohnens finanziell eingeschränkt zu sein oder die Wohnkosten als (starke) Belastung zu empfinden. Weiters ist die Lebenszufriedenheit von Personen in Haushalten mit Pension nicht signifikant verschieden von der von Personen in Haushalten ohne Pension.

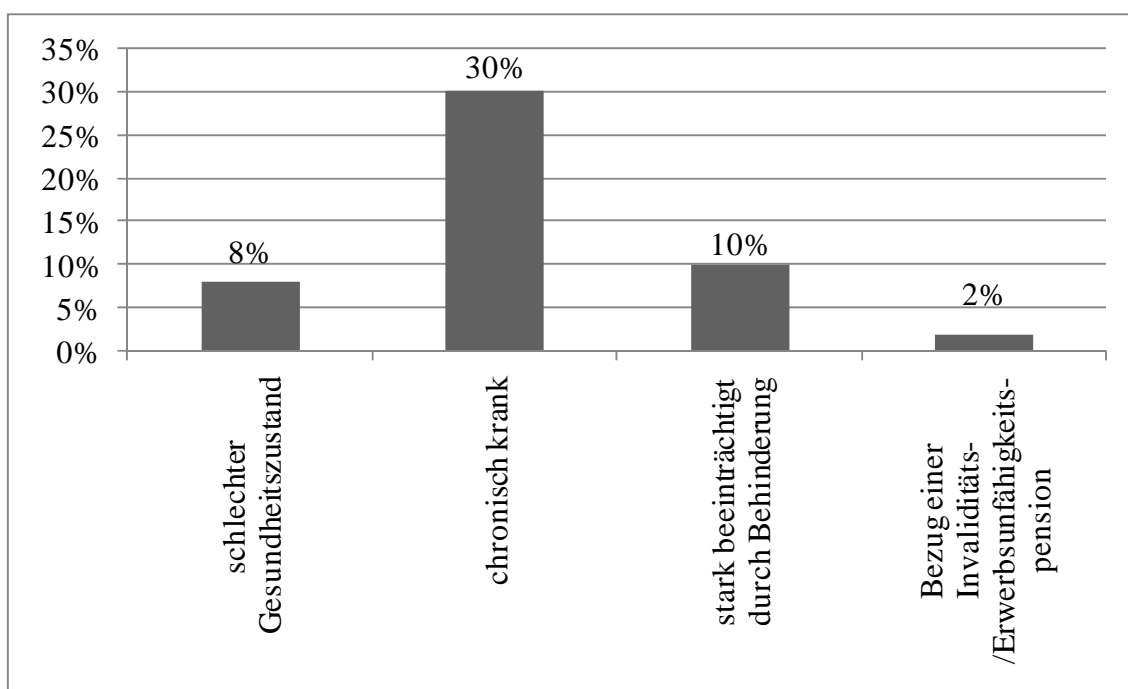
### 5.3.3 Menschen mit Behinderung

Die Analyse der Armutssituation von Menschen mit Behinderung in der Steiermark gestaltet sich schwierig, da eine einheitliche Definition von Behinderung nicht gegeben ist. Deshalb muss bei der Interpretation von Daten dieser Bevölkerungsgruppe immer darauf geachtet werden, welche Definition von Behinderung diesen zugrunde liegen.

#### 5.3.3.1 Situation in der Steiermark und in Österreich

Laut Mikrozensus 1995 waren in der Steiermark sowie in Österreich insgesamt etwa 30% der Bevölkerung körperlich beeinträchtigt. Das ergibt eine Zahl von rund 360.000 Steirern. Der Anteil körperlich beeinträchtigter Personen war in Oberösterreich und in Wien etwas höher, in Vorarlberg hingegen deutlich niedriger. Auch in EU-SILC 2008 wurde nach der subjektiven Einschätzung hinsichtlich Gesundheitsbeeinträchtigungen gefragt (siehe Tabelle 26). Folgende Grafik bildet die diesbezügliche Situation der Steirer ab.

Abbildung 39: Gesundheitsbeeinträchtigungen der steirischen Bevölkerung 2008



Quelle: Statistik Austria, EU-SILC 2008

2008 befanden sich 92.000 oder 8% der Steirer nach persönlicher Einschätzung in sehr schlechtem Gesundheitszustand. 30% oder 363.000 Steirer und Steirerinnen waren chronisch krank. 10% der steirischen Bevölkerung waren durch eine Behinderung stark beeinträchtigt und 2% bezogen eine Invaliditäts- oder Erwerbsunfähigkeitspension.

Es sei darauf verwiesen, dass diese Ergebnisse auf Stichprobenerhebungen beruhen und daher kein detailliertes Bild von Behinderung in der Steiermark abbilden können.

Die Datenlage über psychische und geistige Behinderungen ist noch spärlicher als jene für Personen mit körperlicher Behinderung. Schätzungen zufolge sind in Österreich 2,5% der Bevölkerung – ungefähr 200.000 Personen - psychisch beeinträchtigt und 1,0% (ungefähr 85.000 Menschen) geistig behindert<sup>42</sup>.

### 5.3.3.2 Wirtschaftliche Lage behinderter Personen in der Steiermark und in Österreich

Behinderte Menschen sind eine sehr heterogene Gruppe. So gehören dieser Gruppe sowohl Kinder als auch alte Menschen, aber auch leicht-, schwer und mehrfach Behinderte an. Weil verschiedene Definitionen von Behinderung zu verschiedenen Ergebnissen führen, muss auch bei der Beurteilung der wirtschaftlichen Lage von behinderten Menschen auf die Definition von Behinderung Rücksicht genommen werden.

Behinderte Menschen sind öfter **Arbeitslosengeld- bzw. Notstandshilfebezieher**<sup>43</sup> als Nicht-Behinderte. Laut Bundesministerium waren 2008 in Österreich ungefähr 15% oder 31.263 Personen der Arbeitslosengeld<sup>44</sup>- bzw. der Notstandshilfe-Bezieher Menschen mit Behinderung. In der Steiermark ist diese Quote im Jahr 2008 höher. Hier waren 19% oder 5.907 Personen, die Arbeitslosengeld bzw. Notstandshilfe beziehen, mit Behinderung. Auffällig ist auch, dass innerhalb der behinderten Bezieher von Arbeitslosengeld bzw. Notstandshilfe der Anteil der Notstandshilfebezieher deutlich höher ist als bei den nicht-behinderten Leistungsbeziehern. So beziehen mehr als zwei Drittel der Behinderten, jedoch nur rund 40% der Nicht-Behinderten Leistungsbeziehern Notstandshilfe. Dieses Faktum könnte auf eine größere Zahl an Langzeitarbeitslosen bzw. auf eine schlechtere finanzielle Situation von Behinderten hindeuten. Des Weiteren beziehen Behinderte im Durchschnitt längere und auch niedrigere Leistungen als Nicht-Behinderte. Laut Bundesministerium bezogen Behinderte im Jahr 2007 durchschnittlich 151 Tage lang Arbeitslosengeld bzw. Notstandshilfe. Das waren 69 Tage mehr als nicht-behinderte arbeitslose Menschen. Arbeitslosengeld und Notstandshilfe für behinderte Menschen betragen im Jahr 2008 monatlich 640,8 Euro, während diese für nicht-behinderte Personen durchschnittlich 710,6 Euro betragen.

---

<sup>42</sup> vgl. BMASK, 2009, S. 11, 12

<sup>43</sup> Das AMS definiert Arbeitslosenbezieher und Notstandshilfebezieher folgendermaßen: „Arbeitslosengeld können Personen beziehen, die die Voraussetzungen der Arbeitsfähigkeit, Arbeitswilligkeit sowie Arbeitslosigkeit erfüllen und der Arbeitsvermittlung zur Verfügung stehen (statistische Erfassung als „arbeitslos“). Notstandshilfe kann nach Ende eines Bezuges von Arbeitslosengeld oder Karenzgeld beantragt werden. Die Notstandshilfe beruht nicht ausschließlich auf dem Versicherungsprinzip (statistische Erfassung als „arbeitslos“).“ (AMS, 4. Quartalsbericht/2009, S. 3)

<sup>44</sup> Seit Anfang 2008 werden in der AMS-Statistik nur mehr jene arbeitslosen Personen als behindert ausgewiesen, deren Behinderung tatsächlich im Sinne des Behinderteneinstellungsgesetzes, des Opferfürsorgegesetzes oder eines Landesbehindertengesetzes festgestellt wurde. Zusätzlich werden auch weiterhin „Personen mit sonstigen gesundheitlichen Vermittlungseinschränkungen“ (ehemalige behinderte Personen laut AMS-Definition) erfasst. Diese beiden Gruppen finden sich ab dem Jahr 2008 unter dem Oberbegriff „Personen mit gesundheitlichen Vermittlungseinschränkungen“. (vgl. BMASK, 2009, S. 157)

Um die Arbeitsmarktsituation behinderter Menschen zusammenzufassen kann gesagt werden, dass diese Bevölkerungsgruppe häufiger und länger von Arbeitslosigkeit betroffen ist und ihr Bezug von Arbeitslosengeld bzw. Notstandshilfe geringer ist. Geschlechtsspezifische Unterschiede sind auch innerhalb der behinderten Bevölkerungsgruppe stark ausgeprägt. So beziehen behinderte Frauen häufig niedrigeres Arbeitslosengeld und Notstandshilfe als Männer. Ältere Frauen sind besonders stark benachteiligt. Frauen sind auch (aufgrund der höheren Lebenserwartung) öfter beeinträchtigt als Männer<sup>45</sup>.

Seit 1. Juli 1993 gibt es mit dem Bundespflegegesetz eine bundesweite Neuregelung der Pflegevorsorge. Das **Pflegegeld** wird dabei unabhängig von der Ursache der Pflegebedürftigkeit gewählt und hat den Zweck, in pauschalierter Form den pflegebedingten Mehraufwand abzudecken. Das Pflegegeld gebührt ab Geburt, wenn die Pflegebedürftigkeit voraussichtlich mindestens sechs Monate andauern wird.

Je nach Grad der Pflegebedürftigkeit wird im Jahr 2008 ein Pflegegeld von monatlich 148,30 Euro bis 1.562,10 Euro (in 7 Stufen) zwölf Mal jährlich ausbezahlt. Im Dezember 2008 bezogen 355.094 Personen ein Pflegegeld (österreichweit). Die Anzahl der Pflegegeldbezieher war damit um rund 5.000 höher als im Dezember 2007. Davon waren 21,8% (rund 77.000) der ersten Stufe, 34,0% (rund 121.000) der zweiten Stufe und die restlichen 44,3% einer höheren Stufe zugeordnet<sup>46</sup>. In der Steiermark bezogen im Dezember 2008 insgesamt 58.568 Personen Bundespflegegeld. Davon waren 34% oder 19.889 Männer und 66% oder 38.679 Frauen. Dabei erhielten 20,6% (12.056) Pflegegeld der ersten Stufe, 33,8% (19.828) Pflegegeld der zweiten Stufe und die restlichen 45,6% (26.684) sind einer höheren Stufe zugeordnet. In Österreich gibt es neben dem Bundespflegegeld auch das **Landespflegegeld**. Im Jahr 2008 erhielten in der Steiermark 10.125 Personen das Pflegegeld des Landes.<sup>47</sup> Von diesen waren 28,4% oder 2.871 Männer und 71,6% oder 7.254 Frauen.

Im Dezember 2008 betrug die Zahl der **Pensionen aus dem Versicherungsfall der geminderten Arbeitsfähigkeit bzw. Erwerbsunfähigkeit** 450.656 in Österreich. Davon entfielen rund 205.000 Pensionen auf Personen, die das gesetzliche Antrittsalter für die Alterspension (65 bzw. 60 Jahre) noch nicht erreicht hatten. Bei einem Pensionsstand von insgesamt 2.153.173 machen diese somit einen Anteil von rund 21% aus. In der Steiermark waren von 287.399 ausbezahlten Pensionen 79.685 (27,7%) Pensionen der geminderten Arbeitsfähigkeit bzw. Erwerbsunfähigkeit.

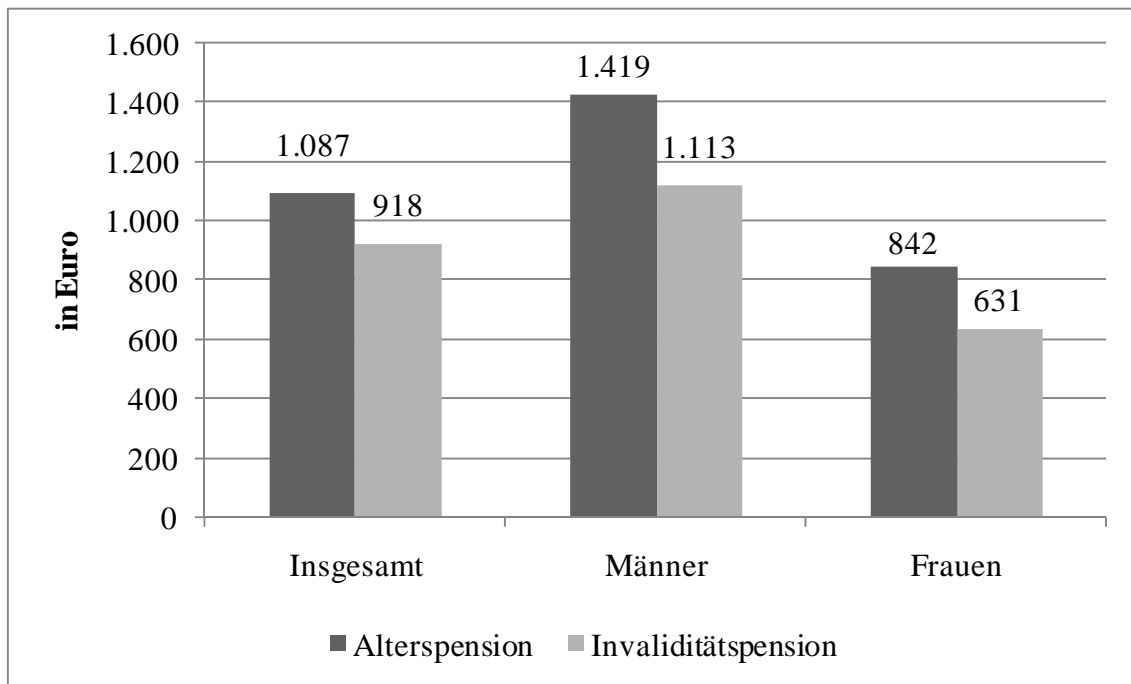
Die **Invaliditäts- (oder Berufs- bzw. Erwerbsunfähigkeits-)pension** ist deutlich niedriger als die Alterspension. Bei diesen Pensionen ist die bis zum Eintritt des Versicherungsfalles erworbene Anzahl der Versicherungsmonate naturgemäß geringer als bei Alterspensionen. Einen genaueren Vergleich zeigt die folgende Grafik:

---

<sup>45</sup> vgl. BMASK, 2009, S. 159, 160

<sup>46</sup> vgl. Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger, 2009, S. 230-233

<sup>47</sup> Amt der Stmk. Landesregierung - FA11A

**Abbildung 40: Durchschnittliche Höhe der Alters- bzw. Invaliditätspension im Dezember 2008 in Österreich**

Quelle: HV d. SV, Bearbeitung: LASTAT Steiermark

In Österreich betrug die durchschnittliche Höhe der Invaliditäts-, Berufs- bzw. Erwerbsunfähigkeitspension im Dezember 2008 918 Euro - für Männer im Durchschnitt 1.113 Euro und für Frauen 631 Euro. Die Alterspension hingegen betrug im gleichen Betrachtungszeitraum durchschnittlich 1.087 Euro bzw. 1.419 Euro für Männer und 842 Euro für Frauen. Die durchschnittliche Invaliditätspension ist damit um fast 200 Euro monatlich niedriger als die durchschnittliche Alterspension.

### 5.3.3.3 Resümee

Es ist klar ersichtlich, dass behinderte Menschen niedrigere Leistungen beziehen, die teilweise deutlich unter der Armutsgefährdungsschwelle liegen. Besonders stark von Armut gefährdet sind Menschen mit Behinderung, wenn diese zu gänzlicher oder teilweiser Erwerbsunfähigkeit führt. Behinderung resultiert oftmals auch in Einschränkungen am Arbeitsmarkt für Angehörige, wenn diese Betreuungspflichten wahrnehmen. Zusätzlich erhöhen geringere berufliche Qualifikationen das Armutsrisiko dieser Bevölkerungsgruppe.

Dieser Abschnitt kann zwar nicht das ganze Ausmaß der Situation behinderter Menschen in der Steiermark widerspiegeln, jedoch trägt er dazu bei, mit den wenigen verfügbaren Daten einen Überblick über die Lage behinderter Menschen in Österreich und speziell in der Steiermark zu gewinnen.



### 5.3.4 Bevölkerung ausländischer Herkunft

Ausländer machen einen immer größer werdenden Teil der steirischen Bevölkerung aus. Aufgrund oftmals niedrigen Ausbildungsniveaus, Sprachproblemen und Nicht-Anerkennung ausländischer Qualifikationsnachweise stehen dieser Bevölkerungsgruppe oft nur schlecht bezahlte und unsichere Arbeitsplätze zur Verfügung. Aus diesen Gründen und auch aufgrund von Diskriminierung sind Ausländer von erhöhtem Armutsgefährdungsrisiko betroffen. In diesem Abschnitt werden aber auch Ergebnisse von Eingebürgerten aus Nicht-EU/EFTA-Staaten aufgelistet. Diese Personen ausländischer Herkunft werden in EU-SILC kurz Nicht-Österreicher genannt.

#### 5.3.4.1 Nicht-Österreicher<sup>48</sup> in Österreich und der Steiermark

Zum 1.1.2009 betrug die Zahl der **ausländischen Staatsbürger in der Steiermark 75.839**. Der Zuwachs im Jahr 2008 betrug +4.157 bzw. 5,8%. Dieser Zuwachs an Ausländern ist vor allem durch Zuwanderung entstanden. Der **Ausländeranteil an der gesamten Wohnbevölkerung beträgt 6,3%**, und ist nach dem Burgenland weiterhin der geringste in ganz Österreich.

Differenziert man die ausländische Wohnbevölkerung nach Staatsbürgerschaft, so zeigt sich, dass der größte Anteil, nämlich 44.725, aus Nicht-EU-Staaten kommt. Im Vergleich dazu stammen 31.114 in der Steiermark lebende Ausländer aus EU-Staaten – das ist ein Anteil von 41,0% an der ausländischen Wohnbevölkerung. Weitere 32,1% stammen aus den Staaten des ehemaligen Jugoslawiens (ohne Slowenien), 15,1% kommen aus Deutschland und 7,2% aus der Türkei.

Das Bevölkerungswachstum Österreichs beruhte in den vergangenen Jahrzehnten überwiegend auf der Zuwanderung von Personen aus dem Ausland. Die Ergebnisse zeigen, dass rund **10,2% der Bevölkerung** bzw. 123.605 Menschen **in der Steiermark am 1.1.2009 ausländischer Herkunft** sind. Als Personen ausländischer Herkunft werden hier jene bezeichnet, die im Ausland geboren wurden sowie weiters jene, die zwar im Inland zur Welt kamen, aber keine österreichische Staatsbürgerschaft besitzen.

Der EU-SILC 2008 Sonderauswertung Steiermark zufolge leben laut Hochrechnungen 1.195.000 Personen in der Steiermark. Davon sind 1.118.000 Österreicher und 77.000 Nicht-Österreicher (6,4%). 23.000 der Österreicher sind aus einem Nicht-EU/EFTA-Staat eingebürgert worden und von den Nicht-Österreichern haben 59.000 die Staatsbürgerschaft eines Nicht-EU/EFTA-Staates (5% der steirischen Bevölkerung).

Österreichweit sind 874.000 von 8.242.000 Einwohnern Nicht-Österreicher (10,6%). 263.000 Personen wurden aus einem Nicht-EU-/EFTA-Staat eingebürgert und 270.000 haben eine EU-/EFTA-Staatsbürgerschaft. 604.000 Personen sind Nicht-Österreicher, deren

---

<sup>48</sup> EU-SILC 2008 differenziert mehrere Gruppen hinsichtlich ihrer aktuellen und vormaligen Staatsbürgerschaft. Österreicher sind alle Personen mit österreichischer Staatsbürgerschaft, wobei Eingebürgerte (Personen mit österreichischer Staatsbürgerschaft, die vormals keine EU25- oder EFTA-Staatsbürgerschaft hatten) gesondert ausgewiesen sind. Nicht-Österreicher haben keine österreichische Staatsbürgerschaft und werden in EU- oder EFTA-Bürger sowie Ausländern (Personen, die eine Nicht-EU-/EFTA-Staatsbürgerschaft haben) unterteilt (vgl. BMASK, 2009, S. 98).

Staatsangehörigkeit außerhalb der EU-/EFTA-Region liegt (7,3% der österreichischen Bevölkerung).

Damit ist der Anteil der Nicht-Österreicher an der Bevölkerung in der Steiermark um 4,2 Prozentpunkte geringer als in Österreich, wodurch auch die Quote der steirischen Bewohner mit einer Nicht-EU/EFTA-Staatsbürgerschaft unter der Österreichs liegt.

Nähere Informationen zu Ausländern in der steirischen Bevölkerung kann man in den Publikationen „Steiermark - Wohnbevölkerung am 1.1.2009, Wanderungen 2008“ (Steirische Statistiken, Heft 7/2009) und „Die ausländische Wohnbevölkerung in der Steiermark“ (Steirische Statistiken, Heft 11/2009) der Landesstatistik Steiermark entnehmen.

#### 5.3.4.2 Nicht-Österreicher und Einkommen

Das durchschnittliche Jahresäquivalenzeinkommen (siehe Tabelle 6) von Nicht-Österreichern liegt laut EU-SILC 2008 mit 14.362 Euro um mehr als 6.000 Euro unter dem von Österreichern. Eine genauere Betrachtung zeigt, dass vor allem Menschen aus Nicht-EU/EFTA-Staaten stark benachteiligt sind. So haben Eingebürgerte aus Nicht-EU/EFTA-Staaten ein durchschnittliches Jahresäquivalenzeinkommen von 16.206 Euro und das von Personen mit einer Nicht-EU/EFTA-Staatsbürgerschaft beträgt sogar nur 11.649 Euro. Nicht-Österreicher mit einer EU/EFTA-Staatsbürgerschaft haben hingegen ein durchschnittliches Jahresäquivalenzeinkommen von 23.434 Euro. Dieser recht hohe Wert ist wahrscheinlich einerseits auf die kleine Stichprobe zurückzuführen, andererseits auch auf die tendenziell höhere berufliche Stellung von Personen aus diesen Ländern. Auch beim Median-Äquivalenzeinkommen schaut die Lage ähnlich aus. Nicht-Österreicher verdienen 12.162 Euro im Jahr, damit nur knapp über der Armutsgefährdungsschwelle, und Österreicher verdienen 18.990 Euro pro Jahr. Das sind um über 6.000 Euro mehr.

#### 5.3.4.3 Nicht-Österreicher und Armutsgefährdung

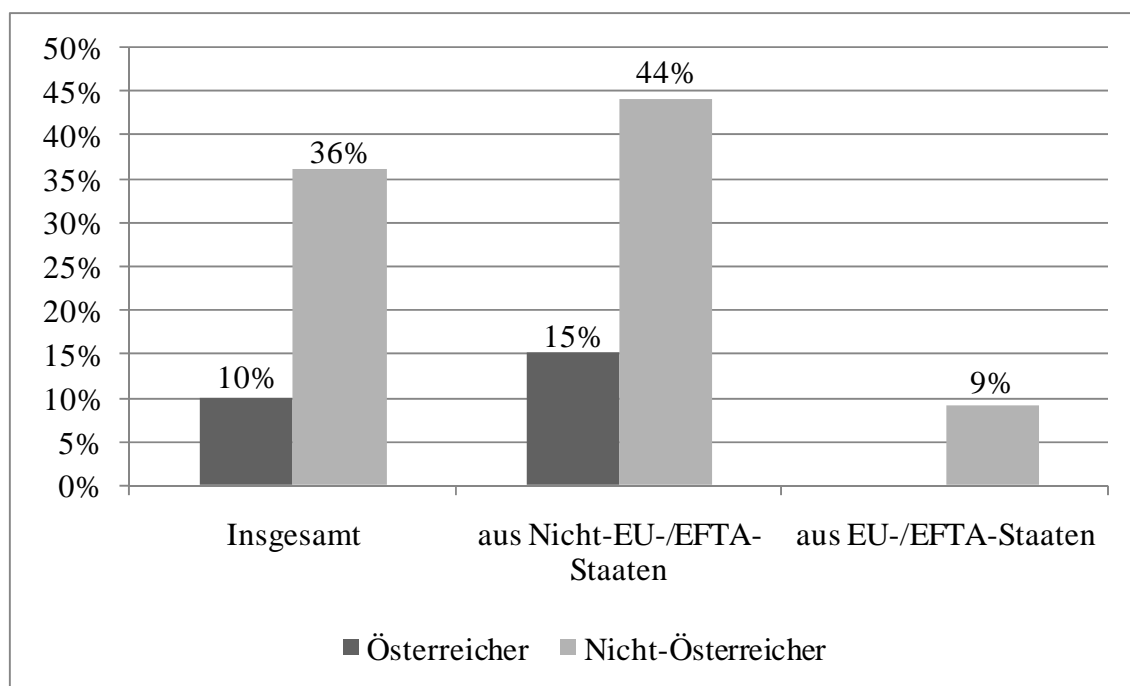
Diese ungleiche Einkommenssituation schlägt sich auch in deutlich stärkeren Risiken der Armutsgefährdung für Eingebürgerte und Nicht-EU/EFTA-Bürger nieder (siehe dazu Tabelle 10).

Wie sich zeigt, ist **die Armutsgefährdungsquote von Nicht-Österreichern (36%)** mehr als drei Mal so groß wie die von Österreichern. Auch unter den Personen mit österreichischer Staatsbürgerschaft finden sich große Unterschiede. Das Armutsrisiko derer, die aus einem Nicht-EU/EFTA-Staat eingebürgert worden sind, ist mit 15% deutlich höher als das Armutsrisiko der Gesamtgruppe. Bei den Nicht-Österreichern sieht die Situation ebenso unterschiedlich für EU/EFTA-Bürger und Nicht-EU/EFTA-Bürger aus. Erstere haben mit 9% eine deutlich niedrigere Armutsgefährdungsquote als letztere mit 44%.

In Österreich sind 26% der Nicht-Österreicher und 30% der Personen mit einer Nicht-EU/EFTA-Staatsbürgerschaft armutsgefährdet. Von den Eingebürgerten (aus Nicht-EU/EFTA-Staaten) sind 21% armutsgefährdet, wobei das Armutsrisiko der österreichischen

Bürger insgesamt bei 11% liegt. Damit ist vor allem die Armutsgefährdung von Nicht-Österreichern bundesweit geringer als in der Steiermark.

**Abbildung 41: Armutsgefährdungsquoten nach Staatsbürgerschaft und Herkunft in der Steiermark 2008**



Quelle: Statistik Austria, EU-SILC 2008

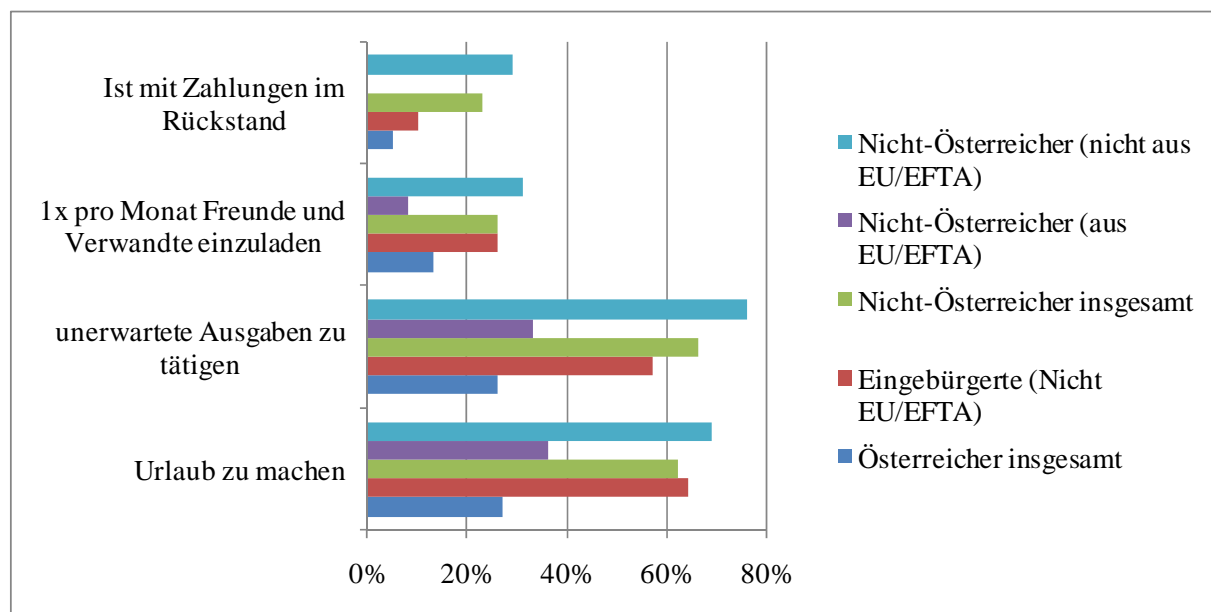
#### 5.3.4.4 Nicht-Österreicher und Konsum

**Nicht-Österreicher sind in geringerem Anteil in Besitz bestimmter Konsumgüter als Österreicher** (siehe dazu auch Tabelle 12). Dabei sind wiederum Personen mit Nicht-EU/EFTA-Herkunft in beiden Gruppen deutlich schlechter gestellt. So haben 52% der Nicht-Österreicher (63% der Österreicher) einen Internetanschluss, 63% der Nicht-Österreicher (74% der Österreicher) DVDs, 66% der Nicht-Österreicher (71% der Österreicher) einen PC, 67% der Nicht-Österreicher (82% der Österreicher) einen Geschirrspüler und 63% der Nicht-Österreicher (89% der Österreicher) einen PKW. Kaum Unterschiede gibt es beim Besitz von Handys. Nicht-Österreicher sind mit 94% sogar häufiger in Besitz eines Mobiltelefons als Österreicher (93%), doch haben sie nur zu 51% ein Testnetztelefon (62% der Österreicher). Aufschlussreicher ist die Betrachtung fehlender Konsumgüter aufgrund finanzieller Einschränkungen. So liegen die Anteile der österreichischen Staatsbürger, die angaben sich bestimmte Konsumgüter aus finanziellen Gründen nicht leisten zu können, zwischen 2% und 6%. Bei Nicht-Österreichern betragen die Anteile, der aus finanziellen Gründen fehlenden Konsumgüter, 20% bis 35%. Einzig das Handy fehlt nur bei 4% der Nicht-Österreicher aufgrund finanzieller Einschränkungen. Jedoch haben 35% aus finanziellen Gründen keinen Internetzugang, 34% keinen PKW, 26% keine DVDs, 22% keinen PC und 20% keine Geschirrspülmaschine. Hier gibt es gewaltige Unterschiede zwischen Nicht-Österreichern aus EU/EFTA-Staaten und jenen aus Nicht-EU/EFTA-Staaten. Während sich Nicht-Österreicher

aus EU-/EFTA-Staaten im Bereich der Österreicher befinden, sind Nicht-Österreicher aus Nicht-EU-/EFTA-Staaten sehr benachteiligt. Sehr wohl aber fehlen bestimmte Konsumgüter aufgrund finanzieller Einschränkungen bei Eingebürgerten zwei bis fünf Mal öfter als bei anderen Österreichern.

**Einschränkungen bei Grundbedürfnissen treten bei Personen ohne österreichische Staatsbürgerschaft bis zu doppelt so oft auf wie bei Personen mit einer solchen.** Wiederum sind Eingebürgerte und Bürger von Nicht-EU/EFTA-Herkunft am stärksten benachteiligt.

Abbildung 42: Steiermark 2008: ...% können sich nicht leisten...



Quelle: Statistik Austria, EU-SILC 2008

Nicht-Österreicher können in der Steiermark zu 62% keinen Urlaub machen, zu 66% keine unerwarteten Ausgaben tätigen, zu 26% nicht einmal pro Monat Freunde oder Verwandte einladen und sind zu 23% mit Zahlungen im Rückstand. Damit können sie sich viel öfter aus finanziellen Gründen Grundbedürfnisse nicht erfüllen als Österreicher. Die Grafik zeigt aber auch deutlich, dass unter den Nicht-Österreichern jene mit einer Nicht-EU/EFTA-Staatsbürgerschaft viel stärker benachteiligt sind. 69% von ihnen können es sich nicht leisten Urlaub zu machen, 76% unerwartete Ausgaben zu tätigen, 31% einmal pro Monat Freunde oder Verwandte einzuladen und 29% sind mit Zahlungen im Rückstand. Diese Einschränkungen treffen im Vergleich dazu 36%, 33%, 8% bzw. 0% der Nicht-Österreicher mit EU/EFTA-Staatsbürgerschaft.

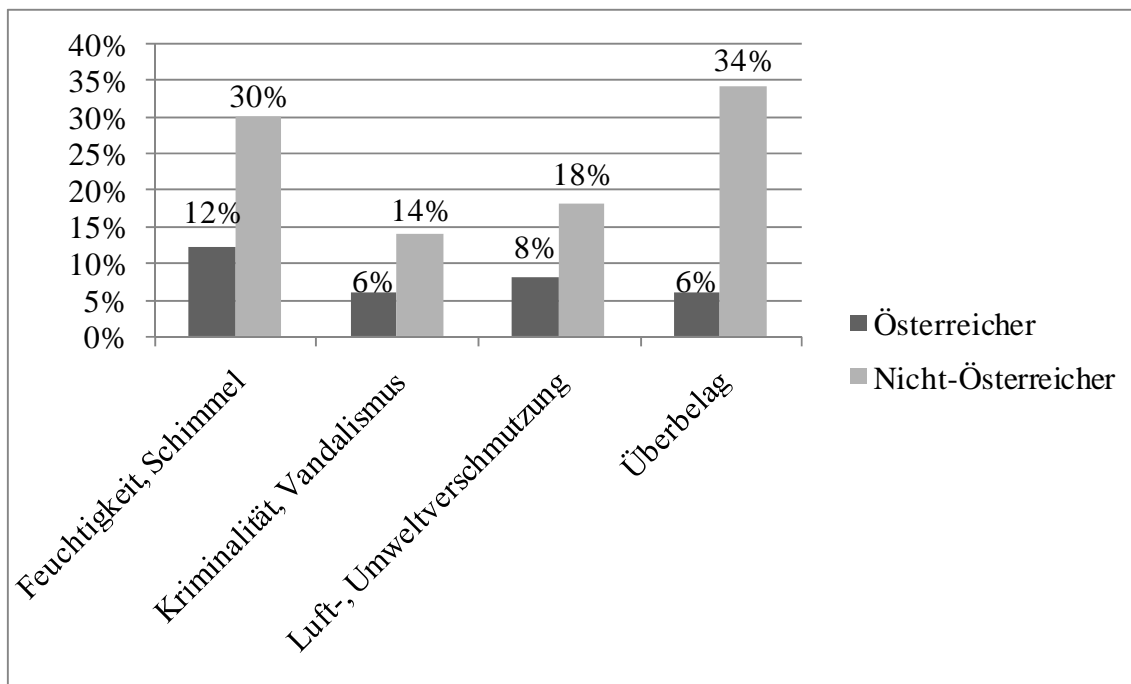
#### 5.3.4.5 Nicht-Österreicher und Wohnen

Während der Großteil der österreichischen Staatsangehörigen (61%) ein Hauseigentum hat, trifft dies nur 11% der Nicht-Österreicher und wiederum nur auf 6% derer mit einer Nicht-EU/EFTA-Staatsbürgerschaft. Der größte Anteil der Nicht-Österreicher (46%) lebt dafür in Haupt- oder Untermietverhältnissen. Relativ häufig wohnen Personen ohne österreichische

Staatsbürgerschaft auch in Gemeindewohnungen (13%) und Genossenschaftswohnungen (13%), wo sich nur 4% bzw. 8% der Österreicher finden lassen. Trotz eingeschränkter Interpretierbarkeit kleiner Fallzahlen lässt sich schließen, dass Nicht-Österreicher und speziell solche aus Nicht-EU/EFTA-Staaten **häufiger unter benachteiligten Rechtsverhältnissen** wohnen.

Auch sind Nicht-Österreicher, speziell aus Nicht-EU/EFTA-Staaten, viel häufiger von **Wohnproblemen** betroffen als Österreicher, wie folgende Grafik veranschaulicht.

Abbildung 43: Wohnprobleme der steirischen Bevölkerung 2008 nach der Staatsbürgerschaft



Quelle: Statistik Austria, EU-SILC 2008

Es ist deutlich erkennbar, dass Nicht-Österreicher von allen angeführten Wohnproblemen stärker betroffen sind als Österreicher. So leiden 30% an Feuchtigkeit und Schimmel, 14% an Kriminalität und Vandalismus, 18% an Luft-, Umweltverschmutzung und 34% an Überbelag. Es zeigt sich aber auch, dass von diesen Problemen Nicht-Österreicher aus EU/EFTA-Staaten kaum betroffen sind. Auch hinsichtlich anderer Wohnprobleme wie Lärm, dem Fehlen von Bad /WC und dunkler Räume, sind Nicht-Österreicher von höheren Anteilen betroffen als Österreicher (siehe dazu Tabelle 19).

Die häufigeren Wohnprobleme und die benachteiligten Rechtsverhältnisse am Wohnraum wirken sich auch auf die **Wohnzufriedenheit** von Nicht-Österreichern aus. Durchschnittlich haben sie einen Zufriedenheitswert von 4,6, während Österreicher einen Wert von 5,2 aufweisen (theoretisches Maximum ist 6). 60% der Nicht-Österreicher, und damit um 20% weniger als Österreicher, geben an sehr bis ziemlich zufrieden mit der Wohnsituation zu sein. Besonders häufig (12%) sind Nicht-Österreicher sehr unzufrieden mit ihrer Wohnsituation, dagegen geben nur 3% der Österreicher an, dass sie sehr unzufrieden sind.

Ein weiterer Faktor für die geringere Zufriedenheit mit den Wohnverhältnissen könnte die höhere **Wohnkostenbelastung** von Nicht-Österreichern und Eingebürgerten sein, wie man in Tabelle 21 sehen kann.

Machen die Wohnkosten nur für 15% der österreichischen Staatsbürger mehr als 25% ihres Äquivalenzeinkommens aus, so trifft dies auf 49% und damit mehr als drei Mal so viele Personen ohne österreichische Staatsbürgerschaft zu. Bei den eingebürgerten Österreichern sind auch noch 30% von einem Wohnkostenanteil über einem Viertel des Äquivalenzeinkommens betroffen.

Weiters geben 27% bzw. 44% der Nicht-Österreicher an, dass die Wohnkosten für sie eine starke bzw. eine gewisse Belastung sind.

#### 5.3.4.6 Nicht-Österreicher und Gesundheit

Vergleicht man die Angaben zu den subjektiven Einschätzungen über den eigenen Gesundheitszustand der Personen zwischen 16 und 64 Jahren, so fühlen sich Personen ausländischer Staatsbürgerschaft geringfügig schlechter als österreichische Bürger. Sie geben zu 67% an sich gut bis sehr gut zu fühlen, was im Vergleich dazu 78% der Österreicher von sich behaupten. 21% der Nicht-Österreicher fühlen sich mittelmäßig und 12% schlecht bis sehr schlecht. Vergleichsweise trifft dies auf 18% bzw. 4% der Österreicher zu.

Da es aufgrund zu kleiner Fallzahlen keine Daten für Nicht-Österreicher über 65 Jahren gibt, ist ein Vergleich für diese Altersgruppe nicht möglich.

Von **Gesundheitsbeeinträchtigungen** scheinen eingebürgerte Österreicher aus Nicht-EU/EFTA-Staaten am stärksten betroffen. Sie sind in allen Kategorien mit den größten Anteilen vertreten (siehe dazu Tabelle 23).

#### 5.3.4.7 Nicht-Österreicher und Lebenszufriedenheit

Der durchschnittliche Wert für die Lebenszufriedenheit ist bei österreichischen Staatsangehörigen wie ausländischen Staatsbürgern relativ hoch. Österreicher sind im Durchschnitt aber geringfügig zufriedener als Nicht-Österreicher, was sich darin ausdrückt, dass sie zu einem größeren Anteil sehr bis ziemlich zufrieden sind und dafür zu einem kleineren Anteil eher unzufrieden, wie in Tabelle 27 zu sehen ist.

#### 5.3.4.8 Resümee

Ausländische Staatsbürger, die 6,3% der steirischen Wohnbevölkerung ausmachen, erfahren eine Vielzahl von Benachteiligungen in diversen Lebensbereichen. Sie sind im Schnitt mehr als drei Mal so häufig armutsgefährdet wie österreichische Staatsbürger und erleben deutlich stärkere Einschränkungen bei der Erfüllung von Konsumwünschen. Auch leben Personen mit ausländischer Staatsbürgerschaft öfters in benachteiligten Wohnverhältnissen und leiden öfter an den ausgewählten Wohnproblemen. Es soll hervorgehoben werden, dass sowohl in der Gruppe der Österreicher als auch in der Gruppe der Nicht-Österreicher, jene mit Herkunft aus

Nicht-EU/EFTA-Staaten signifikant schlechter gestellt sind als jene mit EU/EFTA-Abstammung. Die eigene Gesundheit beschreiben ausländische Staatsbürger ein wenig schlechter als österreichische. In der Lebenszufriedenheit gibt es trotz allem kaum Unterschiede.

## 5.4 Haushalts- und Familientyp

Wie bereits Tabelle 10 gezeigt hat, hat die Familien- bzw. Haushaltsstruktur einen wichtigen Einfluss auf die Armutsgefährdung. So sind Alleinstehende, Haushalte mit weiblicher Hauptverdienerin, Familien mit mindestens 3 Kindern und mit nicht erwerbstätigen Frauen verstärkt von Armut gefährdet.

Im Folgenden wird die Verteilung von Haushaltstypen in der Steiermark dargestellt. Dies soll ein Verständnis dafür schaffen, welche und wie viele Personen von den damit zusammenhängenden Aspekten der Armut betroffen sind.

### 5.4.1 Haushalts- und Familienstruktur in der Steiermark

Laut **Mikrozensus 2008 wurden in der Steiermark 496.840 Privathaushalte<sup>49</sup> gezählt**. Ein längerer Zeitvergleich zeigt diesbezüglich ein kontinuierliches Wachstum. In der Steiermark lebten 2008 somit 1.194.400 Personen in Privathaushalten (während die übrigen in Anstaltshaushalten untergebracht waren). In der Steiermark lebten laut den letzten verfügbaren Daten von Statistik Austria von der Proberegisterzählung 2006 rund 13.500 Personen oder 1,1% der Bevölkerung in Anstaltshaushalten, der Großteil dieser Personen war in Heil-/Pflegeanstalten bzw. Pensionisten-/Altersheimen untergebracht.

Nicht nur die Zahl der Haushalte hat sich im Laufe der Zeit verändert, sondern auch die Haushaltsgröße. Bedingt durch den demografischen Wandel (bereits seit 1997 liegen die Geburtenzahlen unter den Sterbefällen, wodurch Bevölkerungszuwächse nur mehr aufgrund von Wanderungsbewegungen möglich waren), ändern sich auch die Strukturen der Privathaushalte. Die Haushaltsgröße verlagert sich immer mehr auf Ein- und Zwei-Personenhaushalte. Mehr-Personenhaushalte mit einer Größe von mindestens fünf Personen gehen zurück und auch seltener sind mehrere Generationen unter einem Dach zu finden. Die durchschnittliche Haushaltsgröße sank folglich stetig und betrug 2008 in der Steiermark nur mehr 2,4 Personen. In der folgenden Tabelle sind die Haushaltsgrößen der Volkszählungen 1971 bis 2001 sowie der Mikrozensusergebnisse der Jahre 2004 bis 2008 dargestellt.

---

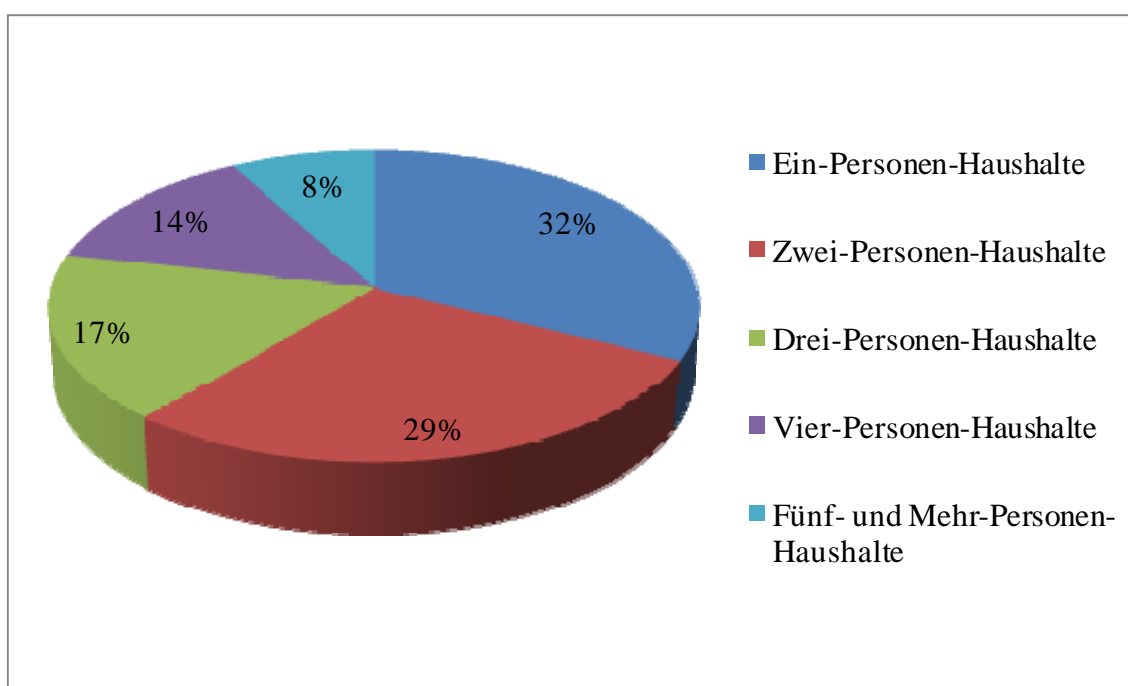
<sup>49</sup> In der Haushaltsstatistik wird generell zwischen Anstaltshaushalt und Privathaushalt unterschieden, wobei unter ersterem jene Unterkunftsform zu verstehen ist, in der Gruppen von Personen leben und versorgt werden, wie etwa Altersheime, Internate oder Justizanlagen. Privathaushalte hingegen sind Wohnungen, in denen Personen mit Hauptwohnsitz leben. Im Zuge der Volkszählung (sowie im Mikrozensus) wurde jede Person einer dieser beiden Formen zugeordnet (vgl. Statistik Austria, 2009 (Mikrozensus-Familien – u. Haushaltsstatistik)).

**Tabelle 33: Privathaushalte nach Haushaltsgröße in der Steiermark**

Jahr	Ein-Personen-Haushalte	Zwei-Personen-Haushalte	Drei-Personen-Haushalte	Vier-Personen-Haushalte	Fünf- und Mehr-Personen-Haushalte	Gesamt
1971	73.169	85.041	66.760	58.421	81.649	365.040
1981	92.046	95.566	72.376	65.363	69.233	394.584
1991	110.024	112.020	79.850	69.061	54.615	425.570
2001	143.184	130.714	83.474	68.219	43.229	468.820
2004	149.508	134.387	83.624	72.373	40.567	480.459
2005	153.061	138.923	85.555	67.307	41.229	486.075
2006	155.800	140.599	86.058	67.122	40.934	490.513
2007	157.907	141.851	86.204	67.037	40.513	493.512
2008	160.583	142.929	86.388	66.824	40.116	496.840

Quelle: Statistik Austria (Volkszählungen, Mikrozensus); Bearbeitung: LASTAT Steiermark

Folgende Grafik stellt die Verteilung der Haushaltsgrößen in der Steiermark für das Jahr 2008 dar.

**Abbildung 44: Privathaushalte nach Haushaltsgröße in der Steiermark 2008**

Quelle: Statistik Austria - Mikrozensus; Bearbeitung: LASTAT Steiermark

Generell ist festzustellen, dass hinsichtlich der **Haushaltsgröße** ein Stadt-Land-Effekt zu erkennen ist. Von je her hatte Graz einen geringeren Anteil an Mehrpersonenhaushalten. Durch den deutlichen Rückgang bei Fünf- und mehr-Personenhaushalten in allen Bezirken hat sich die Kluft zwischen ländlichen und städtischen Gebieten jedoch verringert.



Die demografische Verschiebung betrifft auch die **Familienstrukturen**<sup>50</sup> in der Steiermark. Die Zahl der Familien ist kontinuierlich gestiegen, speziell die Zahl derer ohne Kinder. Zwischen 2001 und 2008 hat die Zahl der kinderlosen Familien um +20% auf 134.000 zugenommen, dagegen gab es bei Familien mit Kindern hingegen einen Rückgang von 3%. Die folgende Tabelle fasst zusammen, wie Haushalts- und Familienstrukturen in der Steiermark im Jahr 2008 verteilt sind (mit Vergleich zu 2001).

**Tabelle 34: Privathaushalte nach Größe sowie Familien nach Typ 2008 (Mikrozensus) und 2001 (Volkszählung) in der Steiermark Steiermark**

Haushaltsgröße	2008		2001	
	absolut	in %	absolut	in %
<b>Privathaushalte insgesamt</b>	<b>496.800</b>	<b>100</b>	<b>468.820</b>	<b>100</b>
mit				
1 Person	160.600	32,3	143.184	30,5
2 Personen	142.900	28,8	130.714	27,9
3 Personen	86.400	17,4	83.474	17,8
4 Personen	66.800	13,4	68.219	14,6
5 und mehr Personen	40.100	8,1	43.229	9,2
<b>Familien insgesamt</b>	<b>346.500</b>	<b>100</b>	<b>330.460</b>	<b>100</b>
ohne Kinder	134.000	38,7	111.446	33,7
mit Kind(ern)	212.500	61,3	219.014	66,3
Ehepaare	250.100	72,2	241.162	73
ohne Kinder	108.000	31,2	93.486	28,3
mit Kind(ern)	142.200	41,0	147.676	44,7
Lebensgemeinschaften	50.200	14,5	36.595	11,1
ohne Kinder	26.100	7,5	17.960	5,4
mit Kind(ern)	24.100	7,0	18.635	5,6
Elternteil-Familien	46.200	13,3	52.703	15,9
alleinerziehender Vater	6.600	1,9	7.131	2,2
alleinerziehende Mutter	39.600	11,4	45.572	13,8

Quelle: Statistik Austria (Volkszählung 2001, Mikrozensus 2008); Bearbeitung: LASTAT Steiermark

Die Zahl der Privathaushalte ist zwischen 2001 und 2008 um 27.980 oder 6,0% gestiegen. Ebenso gestiegen ist auch die Zahl der Familien. Hier betrug der Anstieg 16.040 oder 4,9%, war also in etwa gleich hoch. Eine genauere Betrachtung zeigt, dass dabei ein **Trend zu immer kleineren Haushalten und kinderlosen Familien** zu verzeichnen ist.

So waren 2008 bereits 38,7% aller Familien kinderlos, im Vergleich zu nur einem Drittel 2001, der Zuwachs von 2001 auf 2008 betrug rund ein Fünftel von 111.446 auf 134.000. Der Anteil der Privathaushalte mit 1 oder 2 Personen ist im gleichen Zeitraum von 58,4% auf

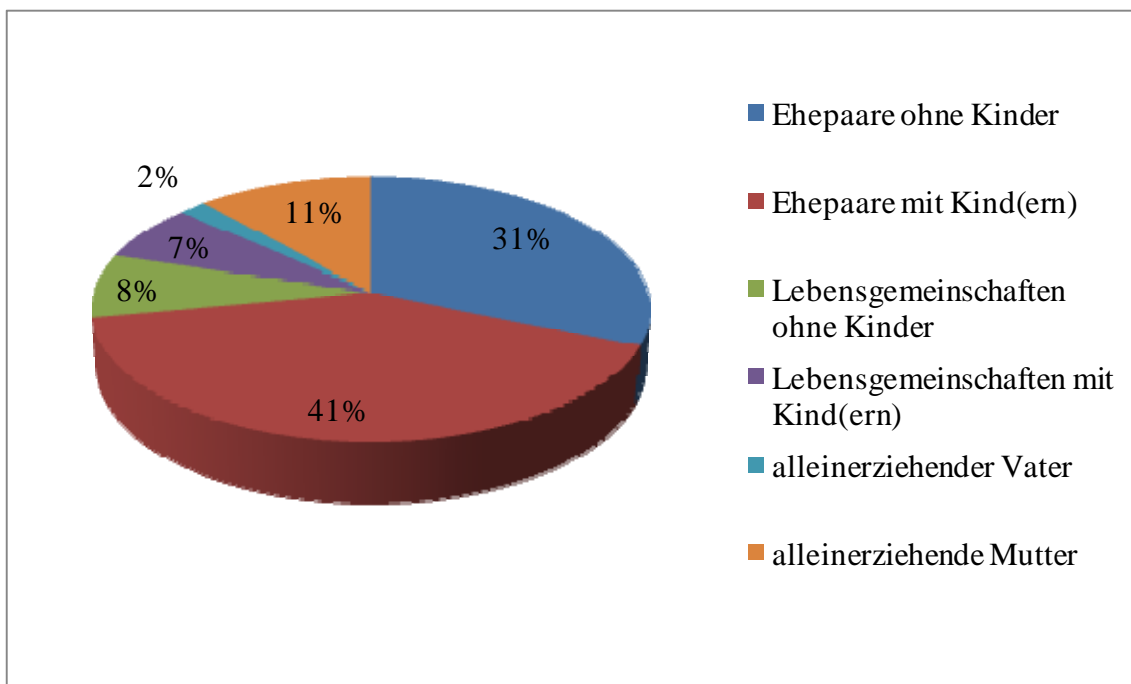
<sup>50</sup> In der Familienstatistik versteht man unter einer Familie Ehepaare, Lebensgemeinschaften mit oder ohne Kinder bzw. Elternteile mit Kindern. Diesem Konzept der Vereinten Nationen folgt auch die Volkszählung 2001. Der Begriff Kinder umfasst leibliche, Stief- und Adoptivkinder, die mit ihren Eltern im selben Haushalt leben, kinderlos sind, selbst noch nicht verheiratet bzw. verheiratet sind, aber vom Partner getrennt leben. Kind ist man somit altersunabhängig, sodass auch ein 50-Jähriger, der bei seiner 75-jährigen Mutter wohnt, als Kind zu erfassen ist. Für manche Fragestellungen kann der Begriff auf Kinder unter 15 Jahren eingeschränkt werden (vgl. LASTAT, 2007, S. 6).

61,1% gestiegen, der Anteil mit 4 und mehr Personen von 23,8% auf 21,5% deutlich gesunken.

2008 bestand wie 2001 der Großteil der Familien mit 72,2% aus Ehepaaren, 14,5% (2001 erst 11%) waren Lebensgemeinschaften und 13,3% (2001 noch 15,9%) waren Elternteil-Familien. Weiters hatten nur 57% der Ehepaare und nicht einmal die Hälfte der Lebensgemeinschaften Kinder. Bei den Elternteil-Familien ist es zu einem markanten Rückgang im Bereich der hier dominierenden alleinerziehenden Mütter gekommen, wobei diese Entwicklung gegenüber der Volkszählung 2001 (Vollerhebung!) zum Teil auch mit der Mikrozensus-Stichprobe zu tun haben könnte.

Die nachfolgende Grafik stellt nochmals die Verteilung der Familientypen in der Steiermark gemäß Mikrozensus 2008 dar:

**Abbildung 45: Familienstrukturen in der Steiermark 2008**



Quelle: Statistik Austria - Mikrozensus; Bearbeitung: LASTAT Steiermark

Genauere Daten können der Publikation „Familien- und Haushaltsstatistik“ – Ergebnisse des Mikrozensus 2008 (Statistik Austria, 2009) entnommen werden.

Für nähere Informationen zur Verteilung steirischer Haushalts- und Familienstrukturen sowie Prognosen dieser Entwicklung bis 2050 sei weiters auf folgende Publikationen verwiesen: „Privathaushalte in der Steiermark, Stand Volkszählung 2001 und Entwicklung 1971-2050“ (Steirische Statistiken, Heft 3/2007) sowie „Familien in der Steiermark, Stand Volkszählung 2001 und Entwicklung 1971 – 2050“ (Steirische Statistiken, Heft 4/2007).

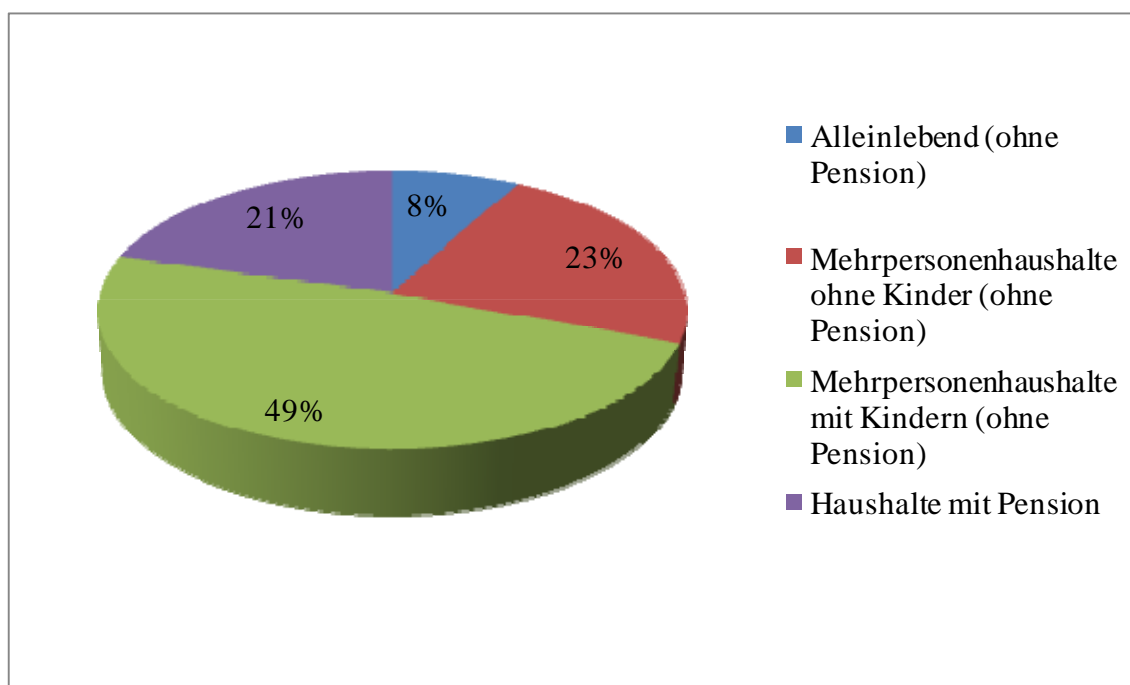
## 5.4.2 Alleinstehende und Mehrpersonenhaushalte mit Kindern

In diesem Abschnitt wird die Lebenssituation von Alleinstehenden und Mehrpersonenhaushalten mit Kindern näher analysiert<sup>51</sup>, da beide Bevölkerungsgruppen Charakteristika aufweisen, welche zu höherem Armutsrisiko führen können.

### 5.4.2.1 Alleinstehende und Mehrpersonenhaushalte in Österreich und der Steiermark

Die nächste Grafik zeigt den Anteil verschiedener Haushaltstypen in der Steiermark. Grundsätzlich unterschieden werden Haushalte mit und ohne Pension. Letztere werden in Alleinstehende sowie Mehrpersonenhaushalte ohne und mit Kindern unterteilt.

Abbildung 46: Verteilung der Haushaltstypen in der Steiermark 2008



Quelle: Statistik Austria, EU-SILC 2008

Laut EU-SILC 2008 leben in der Steiermark 248.000 Personen (oder 21% der steirischen Bevölkerung) in Haushalten mit Pension. Davon sind 73.000 Alleinstehende, was einem Anteil von 6% der steirischen Bevölkerung entspricht.

79% der Bevölkerung oder 947.000 Personen leben somit in Haushalten ohne Pension. Der größte Anteil wird dabei von Mehrpersonenhaushalten mit Kindern (49% der steirischen Bevölkerung) gebildet. Weitere 23% der steirischen Bevölkerung leben in Mehrpersonenhaushalten ohne Kinder und 8% sind alleinstehend.

In Summe sind somit 14% der steirischen Bevölkerung alleinstehend (mit und ohne Pension).

<sup>51</sup> Im Folgenden werden nur jene Haushalte ohne Pension analysiert, da auf die Situation der pensionsbeziehenden Haushalte bereits eingegangen wurde.

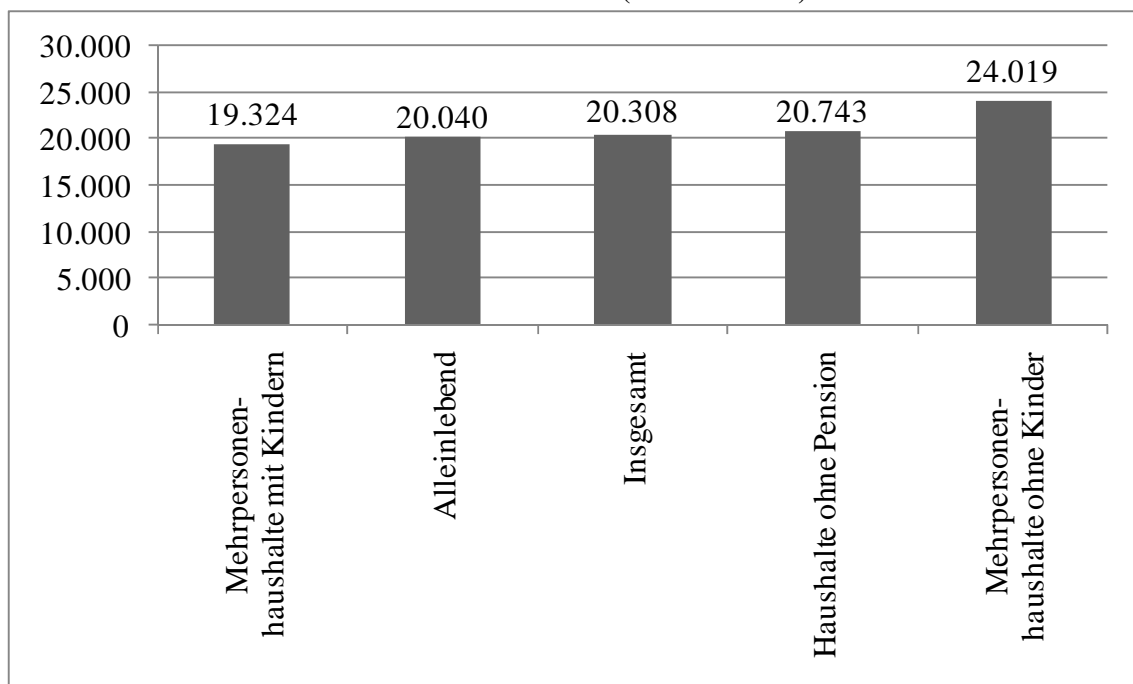
In Österreich leben 20% der Bevölkerung (oder 1.640.000 Personen) in Haushalten mit Pension und 80% (oder 6.602.000 Personen) in Haushalten ohne Pension. In Haushalten mit Pension leben 128.000 Männer und 415.000 Frauen alleine (dies sind zusammen 6,6% der österreichischen Bevölkerung). 8,7% der österreichischen Bevölkerung (718.000 Personen) leben alleine in Haushalten ohne Pension, 23,7% in Mehrpersonenhaushalten ohne Kinder und 47,6% in Mehrpersonenhaushalten mit Kindern. Der Großteil derer haben ein oder zwei Kinder (34,6% oder 2.852.000 Personen), 9,2% (oder 754.000 Personen) leben in Haushalten mit mindestens drei Kindern und 3,9% (oder 320.000 Personen) in Ein-Eltern-Haushalten.

#### 5.4.2.2 Alleinstehende sowie Personen in Mehrpersonenhaushalten und Einkommen

Das Median-Äquivalenzeinkommen liegt für Haushalte ohne Pension bei 19.342 Euro jährlich. Alleinstehende haben ein unterdurchschnittliches Median-Äquivalenzeinkommen von 18.417 Euro und auch jenes von Mehrpersonenhaushalten mit Kindern liegt mit 18.504 Euro pro Jahr etwas unter dem Durchschnitt. Im Vergleich dazu ist das Median-Äquivalenzeinkommen von Mehrpersonenhaushalten ohne Kinder mit 21.775 Euro um mehr als 3.000 Euro jährlich höher.

Eine Betrachtung der schwächsten Einkommensviertel zeigt, dass jene 25% der Alleinstehenden maximal 11.660 Euro im Jahr zur Verfügung haben. Damit liegen sie nur knapp über der Armutsgefährdungsschwelle von 11.406 Euro. Das einkommensschwächste Viertel der Mehrpersonenhaushalte mit Kindern verfügt im Jahr über weniger als 14.035 Euro.

**Abbildung 47: Arithm. Mittel des Jahresäquivalenzeinkommens in der Steiermark insgesamt und für Haushalte ohne Pension (EU-SILC 2008)**



Quelle: Statistik Austria, EU-SILC 2008

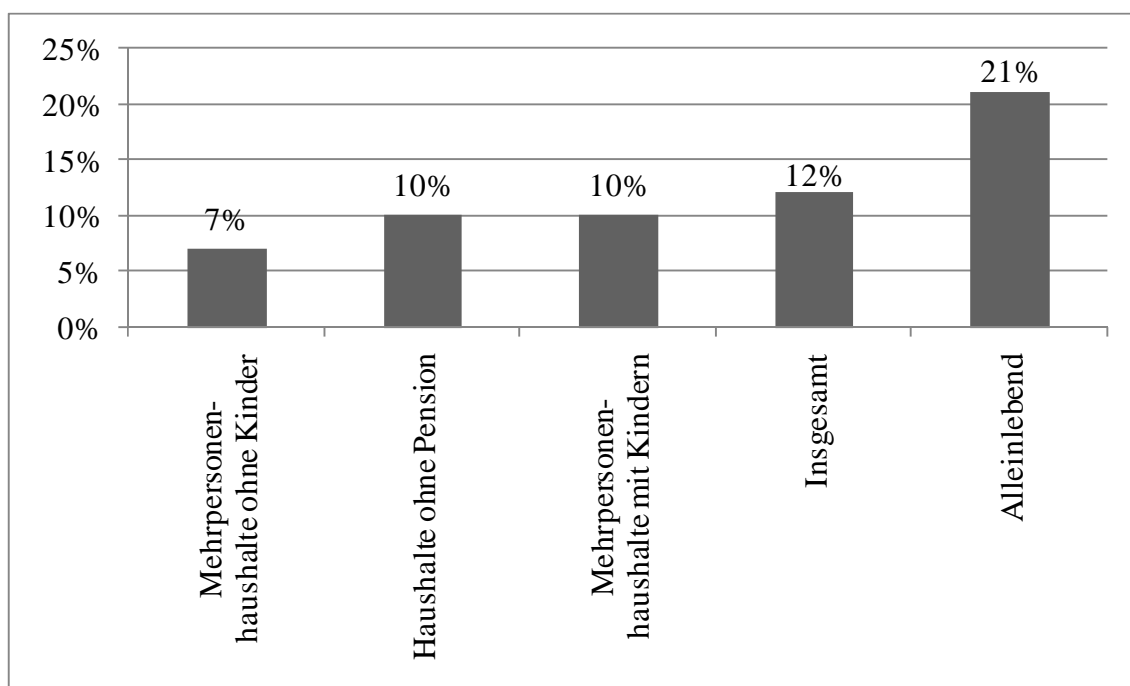
Die Abbildung der arithmetischen Mittel des Jahresäquivalenzeinkommens bestätigt die oben beschriebene Tendenz. Insgesamt verfügen Haushalte ohne Pension über ein höheres Jahresäquivalenzeinkommen (20.743 Euro) als der Durchschnitt aller steirischen Haushalte (20.308 Euro). Doch innerhalb der Haushalte ohne Pension gibt es große Unterschiede. So beziehen Mehrpersonenhaushalte ohne Kinder bei weitem am meisten, während sowohl Mehrpersonenhaushalte mit Kindern als auch Alleinstehende ein unterdurchschnittliches Jahresäquivalenzeinkommen beziehen. Mit 19.324 Euro bzw. 20.040 Euro liegen sie sogar noch unter dem steirischen Gesamtdurchschnitt.

Die Einkommensdaten der Steiermark zeigen, dass Steirer in allen Bereichen etwas weniger verdienen als die Vergleichskategorien auf gesamtösterreichischer Ebene.

### 5.4.2.3 Alleinstehende sowie Personen in Mehrpersonenhaushalten und Armutsgefährdung

Auch das Armutsrisiko trifft nicht alle Haushaltstypen ohne Pension in der Steiermark gleichermaßen.

Abbildung 48: Armutsgefährdung in der Steiermark 2008 insgesamt und für Haushalte ohne Pension



Quelle: Statistik Austria, EU-SILC 2008

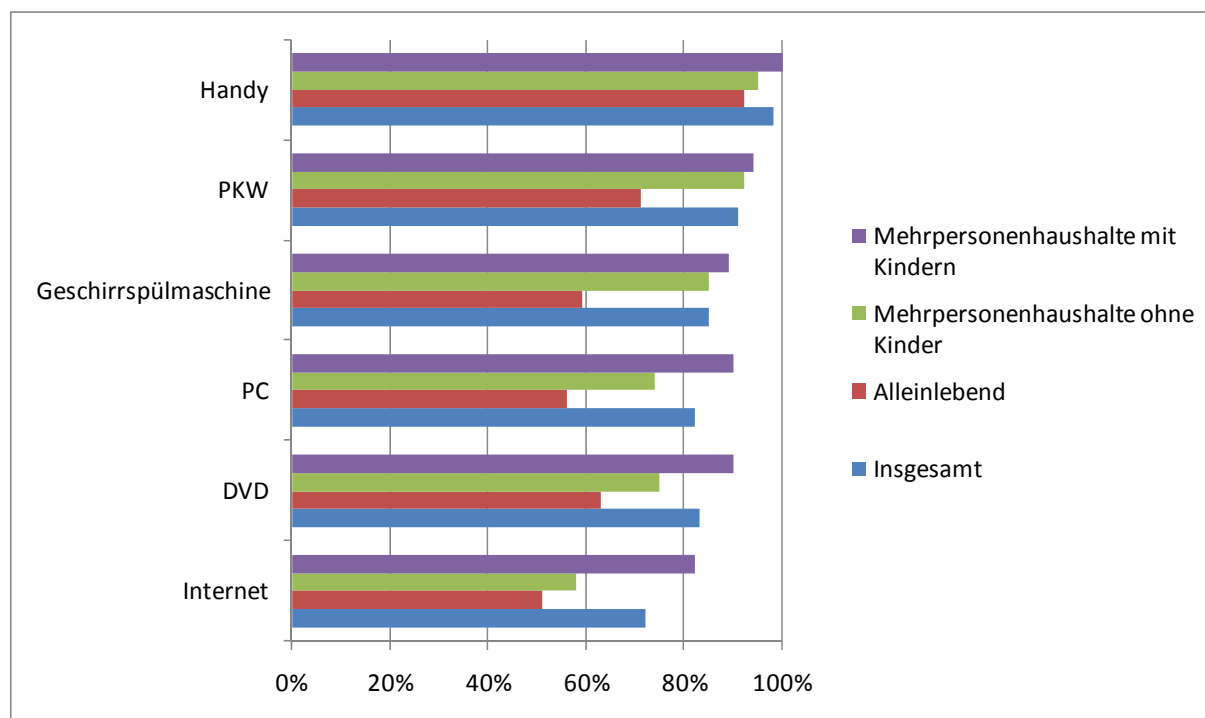
Haushalte ohne Pension haben mit 10% eine etwas geringere Armutsgefährdung als die gesamtsteirische Bevölkerung. Dennoch ist die Armutsgefährdungsquote der Alleinstehenden mit 21% mehr als doppelt so hoch wie jene aller Personen in Haushalten ohne Pension. Das weitaus geringere Armutsrisiko von Mehrpersonenhaushalten mit Kindern ist mit 10% noch immer höher wie jenes von Mehrpersonenhaushalten ohne Kinder, von denen nur 7% armutsgefährdet sind.

Die Armutsgefährdungslücke von Alleinstehenden ist mit 32% am größten (d.h. ihr Median-Äquivalenzeinkommen weicht im Durchschnitt um 32% von der Armutsgefährdungsschwelle ab), während sie für Mehrpersonenhaushalte mit Kindern 25% ebenfalls über dem steirischen Schnitt von 16% liegt.

#### 5.4.2.4 Alleinstehende sowie Personen in Mehrpersonenhaushalten und Konsum

Wie nachfolgende Grafik zeigt, hängt auch das Vorhandensein von Konsumgütern von der Haushaltszusammensetzung ab (siehe auch Tabelle 12).

Abbildung 49: Anteil der Haushalte in der Steiermark 2008 die folgende Güter besitzen



Quelle: Statistik Austria, EU-SILC 2008

Alleinstehende leben in jener Haushaltsform, die zu den geringsten Anteilen die erwähnten Konsumgüter besitzt. Mehrpersonenhaushalte mit Kindern sind nicht nur öfter als alle anderen Haushaltsformen (ohne Pension), sondern auch öfter als der steirische Durchschnitt im Besitz dieser Konsumgüter. So haben etwa 51% der Alleinstehenden und 82% der Mehrpersonenhaushalte mit Kindern einen Internetanschluss, 59% der Ersteren und 89% der Letzteren eine Geschirrspülmaschine und 71% der Alleinstehenden aber 94% der Mehrpersonenhaushalte mit Kindern einen PKW. Mehrpersonenhaushalte ohne Kinder liegen beim Besitz von Konsumgütern im Mittelfeld.

Das häufige Vorkommen von Konsumgütern in Haushalten mit Kindern könnte dadurch erklärt werden, dass diese Güter das Leben für Familien sehr erleichtern bzw. diese für Kinder im schulpflichtigen Alter notwendig sind (z.B. PC oder Internet).

Ebenso werden finanzielle Einschränkungen am häufigsten von Alleinstehenden gemeldet, die sich meist doppelt sooft bestimmte Konsumgüter nicht leisten können als Mehrpersonenhaushalte. Zwischen den Mehrpersonenhaushalten mit und ohne Kinder gibt es kaum Unterschiede – ihre finanziell bedingten Einschränkungen beim Besitz von Konsumgütern entsprechen in etwa dem steirischen Durchschnitt.

Dieser Trend setzt sich bei finanziellen Einschränkungen hinsichtlich der Erfüllung von Grundbedürfnissen fort, wie man in Tabelle 15 sehen kann.

Der Anteil derer, die sich bestimmte Grundbedürfnisse nicht leisten können, ist unter den Alleinstehenden am höchsten und liegt in allen Bereichen über dem steirischen Durchschnitt. Am meisten sind Alleinstehende, nämlich 24% bzw. 34%, davon betroffen sich keinen Urlaub leisten zu können bzw. unerwartete Ausgaben zu tätigen. 14% können sich nicht leisten jeden 2. Tag Fisch oder Fleisch zu essen, und 17% können sich nicht leisten einmal pro Monat Freunde oder Verwandte einzuladen. Wiederum gibt es wenige Unterschiede zwischen Mehrpersonenhaushalten mit und ohne Kinder, nur geben Mehrpersonenhaushalte mit Kindern mit 32% wesentlich öfter als Mehrpersonenhaushalte ohne Kinder (22%) an, dass sie sich unerwartete Ausgaben nicht tätigen können. Interessant ist allerdings, dass Mehrpersonenhaushalte öfter angeben (31% bzw. 28%) sich keinen Urlaub leisten zu können. Es zeigt sich insgesamt aber, dass Alleinstehende sowohl bei der Erfüllung von Konsum- als auch von Grundbedürfnissen starke finanzielle Einschränkungen erdulden müssen.

#### **5.4.2.5 Alleinstehende sowie Personen in Mehrpersonenhaushalten und Wohnen**

Die nachfolgenden Betrachtungen weisen auf Differenzen im Bereich des Wohnens in Abhängigkeit vom Haushaltstyp hin, wie in Tabelle 17 sichtbar wird.

Nur 24% der Alleinstehenden haben Hauseigentum, während dies auf ca. zwei Drittel der Mehrpersonenhaushalte mit und ohne Kinder zutrifft. Der Großteil der Alleinstehenden (31%) lebt in Mietverhältnissen, was nur 9% bzw. 13% der Mehrpersonenhaushalte tun. Deutlich höhere Anteile von Alleinstehenden finden sich in Gemeinde- oder Genossenschaftswohnungen, sowie in mietfreien Unterkünften.

Der Vergleich des Wohnungseigentums weist darauf hin, dass Differenzen im Hauseigentum unter anderem mit den unterschiedlichen Bedürfnissen der verschiedenen Haushaltsgrößen zusammenhängen.

Aufgrund geringer Fallzahlen ist eine Interpretation der Ergebnisse hinsichtlich Wohnprobleme nur eingeschränkt möglich. Alleinstehende scheinen aber in geringem Maße häufiger von Wohnproblemen betroffen als Mehrpersonenhaushalte, was durch die vielfach benachteiligte Rechtsform des Wohnverhältnisses erklärbar ist. Zwischen Mehrpersonenhaushalten mit und ohne Kinder gibt es kaum Unterschiede.

Die benachteiligten Rechtsformen im Wohnverhältnis wirken sich auch auf die subjektive Wohnkostenbelastung aus. So empfinden zwischen 12% und 14% der Alleinstehenden und der Mehrpersonenhaushalte mit Kindern die Wohnkosten als starke Belastung. Für 45% der Alleinstehenden machen die Wohnkosten auch mehr als ein Viertel am

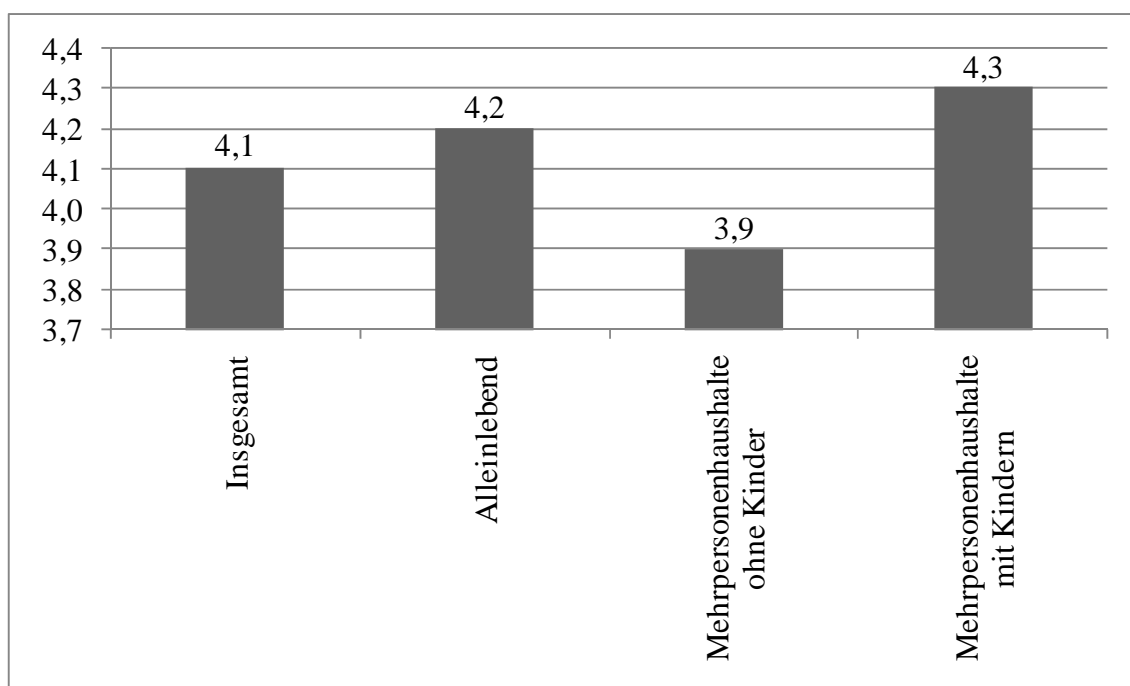
Äquivalenzeinkommen aus. Dies trifft weiters auf 16% der Mehrpersonenhaushalte mit Kindern und auf 12% der Mehrpersonenhaushalte ohne Kinder zu. Diese empfinden mit 39% auch am häufigsten keine Belastung durch Wohnkosten.

Die Wohnzufriedenheit (siehe Tabelle 20) der steirischen Bevölkerung bildet die Wohnlage der Haushaltsformen ab. So haben Alleinstehende mit 4,9 (wobei 1=sehr unzufrieden und 6=sehr zufrieden darstellt) die niedrigste Zufriedenheit aller Haushaltsformen. Im Vergleich dazu liegt der Zufriedenheitswert von Mehrpersonenhaushalten mit 5,3 bzw. 5,2 im bzw. leicht über dem steirischen Schnitt. Eine genauere Betrachtung zeigt, dass nur 72% der Alleinstehenden, im Gegensatz zu 81% bzw. 82% der Mehrpersonenhaushalte ohne bzw. mit Kindern, sehr bis ziemlich zufrieden mit der Wohnlage sind. Dafür sind 7% der Alleinstehenden sehr bis ziemlich unzufrieden mit ihrer Wohnlage. Dies trifft nur auf 1% der Mehrpersonenhaushalte ohne Kinder und auf 5% derer mit Kindern zu.

#### 5.4.2.6 Alleinstehende sowie Personen in Mehrpersonenhaushalten und Gesundheit

Unterschiede zwischen Alleinstehenden und Menschen in Mehrpersonenhaushalten bestehen auch im Bereich der Gesundheit, wie die folgende Grafik zeigt (siehe auch Tabelle 23).

Abbildung 50: Subjektiver Gesundheitszustand nach Haushaltstyp in der Steiermark 2008



Quelle: Statistik Austria, EU-SILC 2008

Alleinstehende und Personen in Mehrpersonenhaushalten ohne Kinder beurteilen ihre Gesundheit schlechter als Personen in Mehrpersonenhaushalten mit Kindern, was mit unterschiedlichen Altersstrukturen zu tun haben könnte. Die beiden erstgenannten Haushaltstypen haben einen arithmetischen Mittelwert ihrer Gesundheitseinschätzung von 4,2 bzw. 3,9, während letztere einen klar von 4,3 haben (ein höherer Durchschnittswert bedeutet eine bessere Gesundheitsbeurteilung).



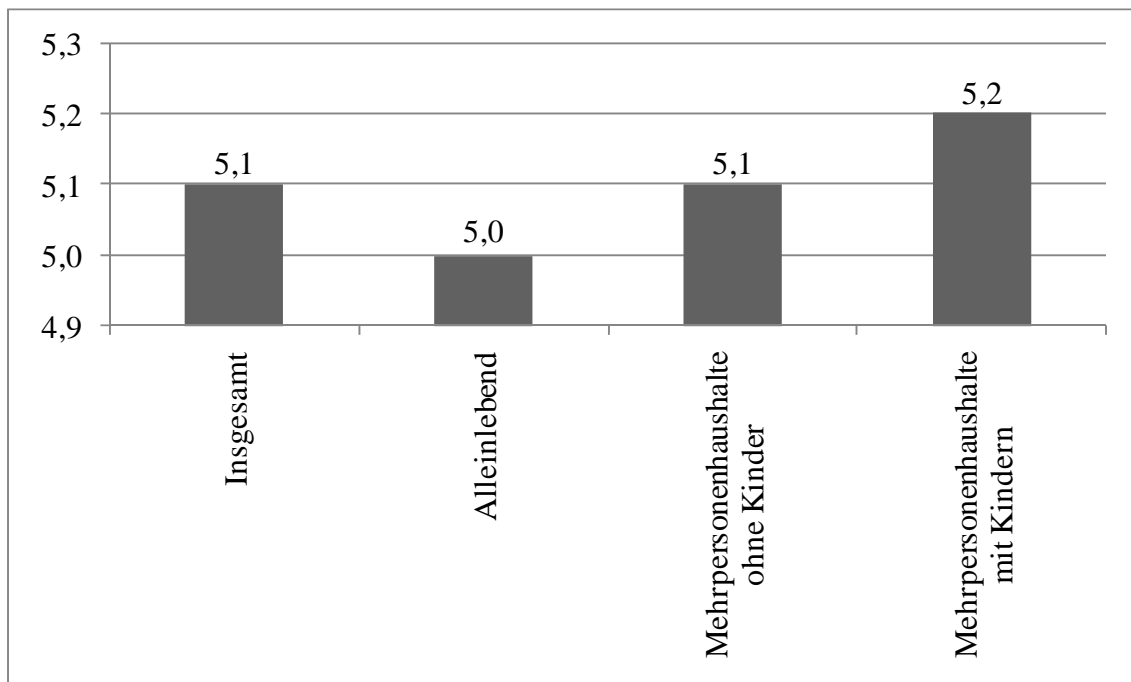
Damit haben Haushalte ohne Kinder auch einen niedrigeren (und damit schlechteren) Durchschnittswert der Gesundheitseinschätzung als die Gesamtbevölkerung (4,1), während Alleinstehende und Mehrpersonenhaushalte mit Kindern ihre Gesundheit überdurchschnittlich gut einschätzen.

In Mehrpersonenhaushalten mit Kindern finden sich am seltensten Gesundheitsbeeinträchtigungen. Zwei bis fünf Mal so häufig kommen diese hingegen bei Alleinstehenden oder Mehrpersonenhaushalten ohne Kinder vor. So sind nur 3% der Personen in Mehrpersonenhaushalten mit Kindern und Alleinlebenden in sehr schlechtem Gesundheitszustand, aber 9% der Personen in Mehrpersonenhaushalten ohne Kinder. Weiters sind 35% der Alleinstehenden und 37% der Personen in Mehrpersonenhaushalten ohne Kinder chronisch krank, was nur auf 16% der Personen in Mehrpersonenhaushalten mit Kindern zutrifft und 5% der Alleinlebenden und Personen in Mehrpersonenhaushalten ohne Kinder beziehen eine Invaliditäts-/Erwerbsunfähigkeitspension, aber nur 1% der Personen aus Mehrpersonenhaushalten mit Kindern.

#### 5.4.2.7 Alleinstehende sowie Personen in Mehrpersonenhaushalten und Lebenszufriedenheit

Wie schon ein Vergleich der Lebenslage, in den Bereichen Konsum und Grundbedürfnisse, Wohnen und Gesundheit, vermuten lässt, ist die Lebenszufriedenheit der alleinstehenden steirischen Bevölkerung unterdurchschnittlich gering (siehe Tabelle 27).

Abbildung 51: Arithmetischer Mittelwert der Lebenszufriedenheit in der Steiermark 2008 nach Haushaltsform



Quelle: Statistik Austria, EU-SILC 2008

Nur 74% der Alleinstehenden im Vergleich zu 82% der Personen aus Mehrpersonenhaushalten sind sehr bis ziemlich zufrieden. Alleinstehende haben somit einen arithmetischen Mittelwert der Lebenszufriedenheit von nur 5,0 (wobei „6“ der theoretische Maximalwert ist), im Gegensatz zu einem Zufriedenheitswert von 5,2 bei Personen, die in Mehrpersonenhaushalten mit Kindern wohnen. Personen aus Mehrpersonenhaushalten ohne Kinder liegen hier in der Mitte und entsprechen genau dem steirischen Schnitt mit einer Zufriedenheit von 5,1.

#### 5.4.2.8 Resümee

Zusammenfassend kann festgehalten werden, dass Alleinstehende ohne Pension gegenüber Mehrpersonenhaushalten mit und ohne Kinder in fast allen Bereichen benachteiligt sind. Alleinstehende verfügen über deutlich niedrigere Jahresäquivalenzeinkommen als Mehrpersonenhaushalte, obwohl unter jenen diejenigen ohne Kinder über mehr Geld verfügen können. Analog zeigt sich die Situation hinsichtlich der Armutsgefährdung, sodass Alleinstehende die höchste Armutsgefährdungsquote nach Personen in Mehrpersonenhaushalten mit Kindern aufweisen. Weiters besitzen Alleinstehende diverse Konsumgüter zu den geringsten Anteilen und melden auch am häufigsten finanzielle Einschränkungen zurück. Alleinstehende empfinden am öftesten die Wohnkosten als starke Belastung, für die Hälfte machen sie mehr als ein Viertel des Äquivalenzeinkommens aus. All dies mündet in einer unterdurchschnittlichen Lebenszufriedenheit von Alleinstehenden.

Zur genaueren Analyse der Mehrpersonenhaushalte sollte auch noch auf spezifische Situationen von Haushalten mit unterschiedlicher Kinderzahl und Alleinerziehende eingegangen werden. Die Realität zeigt nämlich, dass Haushalte mit höherer Kinderzahl und Alleinerzieher-Haushalte ebenfalls starke Benachteiligungen erfahren.

#### 5.4.3 (Paar-)Familien mit ... Kindern

Einbußen im Lebensstandard und ungünstige Wohnverhältnisse sind oftmals Gründe, weshalb sich viele Menschen gegen Kinder entscheiden oder diese Entscheidung in die Zukunft verschieben. Verstärkte Armutsgefährdung tritt besonders bei Familien mit mindestens drei Kindern auf.

Gemäß den Daten aus dem Mikrozensus **2008** gab es in der **Steiermark 346.545 Familien**, von denen **134.041 Familien ohne Kinder** (38,7%) und **212.504 mit Kindern** (61,3%) waren. Familien sind dabei Ehepaare oder Lebensgemeinschaften mit bzw. ohne Kinder sowie Elternteile mit Kindern. Als Kinder werden, unabhängig vom Lebensalter, jene Personen gezählt, die ohne Partner und ohne eigene Kinder bei den Eltern oder bei einem Elternteil leben. Familien in Anstaltshaushalten werden nicht ausgewiesen.

Ausgehend von diesem Familienkonzept gab es 2008 in der Steiermark 134.041 Familien, davon 107.953 Ehepaare und 26.088 Lebensgemeinschaften, ohne Kinder. Diesen gegenüber stehen 142.152 Ehepaare und 24.121 Lebensgemeinschaften mit zumindest einem Kind sowie 6.598 alleinerziehende Väter und 39.633 alleinerziehende Mütter. Damit haben 57% der Ehepaare im Vergleich zu 48% der Lebensgemeinschaften Kinder.

Unter Beachtung der Kinderzahl gab es insgesamt 113.372 Familien mit einem Kind, 76.949 mit zwei Kindern, 17.915 mit drei Kindern und 4.268 mit vier oder mehr Kindern. Damit ist sowohl insgesamt wie auch in allen einzelnen Familienformen die **Ein-Kind-Familie die häufigste Form**, allerdings wie bereits erwähnt bezogen auf „Kinder“ aller Altersgruppen.

**Tabelle 35: Familien nach Familientyp in der Steiermark (Mikrozensus 2008)**

Familientyp	Insgesamt	kein Kind	1 Kind	2 Kinder	3 Kinder	4 und mehr Kinder
Ehepaar	250.105	107.953	65.458	58.092	14.837	3.765
Lebensgemeinschaft	50.209	26.088	14.815	7.998	1.040	268
alleinerziehender Vater	6.598	-	5.180	1.043	375	0
alleinerziehende Mutter	39.633	-	27.919	9.816	1.663	235
<b>Gesamt</b>	<b>346.545</b>	<b>134.041</b>	<b>113.372</b>	<b>76.949</b>	<b>17.915</b>	<b>4.268</b>

Quelle: Statistik Austria - Mikrozensus; Bearbeitung: LASTAT Steiermark

Aufgrund der spärlichen Datenlage zur Armutsgefährdung von Familien mit Kindern in der Steiermark werden hier eigene Berechnungen durchgeführt. Ausgehend von der Annahme, dass es hinsichtlich der Armutssituation kaum relevante Unterschiede zwischen der Lage in Österreich und der in der Steiermark gibt, werden die österreichischen Armutsgefährdungsquoten von Haushalten mit ... Kindern gemäß EU-SILC 2008 auf die steirischen Familien mit ... Kindern umgelegt<sup>52</sup>.

In diesem ersten Abschnitt soll die **Armutsgefährdung von Paarfamilien** (Ehepaaren und Lebensgemeinschaften) mit Kindern untersucht werden, bevor auf Alleinerzieher im nächsten Abschnitt eingegangen wird.

Es wird also angenommen, dass steirische Familien mit einem Kind im selben Maße armutsgefährdet sind wie österreichische Haushalte mit einem Kind (9%). Demnach sind von den rund 80.300 Paarfamilien mit einem Kind rund 7.200 Familien armutsgefährdet. Von den 66.100 Paarfamilien mit zwei Kindern sind 10% und damit ca. 6.600 Familien armutsgefährdet. Paarfamilien mit drei oder mehr Kindern gibt es insgesamt 19.900, diese sind zu 20% armutsgefährdet, wodurch 4.000 armutsbetroffene Familien mit zumindest drei Kindern in der Steiermark leben.

Betrachtet man, wie häufig Familien mit Kindern österreichweit von **Deprivation, Einkommensarmut und manifester Armut** betroffen sind, so zeigt sich umgelegt auf die Steiermark folgendes Bild: Etwa 10.400 Paarfamilien mit einem Kind, 6.600 mit zwei Kindern sowie 2.600 Familien mit zumindest drei Kindern sind in der Steiermark depriviert.

<sup>52</sup> Es sei darauf hingewiesen, dass zur Berechnung die österreichischen Armutsgefährdungsquoten laut EU-SILC 2008 auf die Familiensituation in der Steiermark angewandt werden. Diese verteilt sich gemäß den Daten des Mikrozensus im Jahr 2008.

Weiters sind rund 4.000 Ein-Kind-Familien, 4.000 Zwei-Kind-Familien und 2.000 Familien mit drei oder mehr Kindern einkommensarm. In manifester Armut leben etwa 3.200 Familien mit einem Kind, 2.600 Familien mit 2 Kindern und 2.000 Familien mit zumindest drei Kindern.

Demnach sind 10% der **Familien mit zumindest drei Kindern** von manifester Armut betroffen, was bedeutet, dass sie häufiger in den jeweiligen Armutslagen sind als Familien mit weniger Kindern.

Anders ausgedrückt sind 79% der Ein-Kind-Familien und Zwei-Kind-Familien nicht arm, während dies nur auf 67% der Familien mit drei oder mehr Kinder zutrifft.

Am stärksten von Armut betroffen sind jedoch Ein-Eltern-Haushalte – also alleinerziehende Mütter und Väter. Diesen widmet sich deshalb auch die nächste Analyse.

#### 5.4.4 Alleinerzieher-Familien

In den Medien wird immer wieder darüber berichtet, dass **Alleinerzieher-Familien verstärkt armutsgefährdet** sind. Gründe dafür sind besonders eingeschränkte Erwerbs- und Verdienstmöglichkeiten aufgrund Kinderbetreuungspflichten, Ausgaben für Kinderbetreuung und natürlich fehlt auch das Einkommen eines Partners.

Gemäß den Ergebnissen der Mikrozensushebung 2008 gab es in der Steiermark 46.231 Ein-Eltern-Haushalte, von denen 39.633 aus alleinerziehenden Müttern mit ihrem/n Kind/ern und 6.598 aus alleinerziehenden Vätern mit ihrem/n Kind/ern bestanden. Alleinerzieher-Familien machen somit über 13% aller steirischen Familien 2008 aus.

Wieder davon ausgehend, dass die Armutssituation Alleinerziehender in der Steiermark gleich der in Österreich ist, sind **29% oder 13.400 Familien mit einem alleinerziehenden Elternteil armutsgefährdet**.

Eine detailliertere Betrachtung der Armutslagen ergibt, dass 23% oder 10.600 Ein-Eltern-Haushalte depriviert sind, weitere 9% oder 4.200 einkommensarm und 20% oder 9.200 Alleinerzieher-Familien manifest arm sind. Damit sind sie von allen Armutskonstellationen überdurchschnittlich stark betroffen, verglichen mit Mehrpersonenhaushalten mit Kindern.

**Lediglich knapp die Hälfte aller Ein-Eltern-Haushalte kann daher als nicht arm bezeichnet werden!**

Obwohl die Datenlage nur einen Rückschluss der Österreicherergebnisse auf die Steiermark zulässt, kann mit ziemlicher Sicherheit festgestellt werden, dass Alleinerzieher-Familien auch in der Steiermark überdurchschnittlich stark von Armut gefährdet sind.

#### 5.4.5 Haushalte mit weiblicher Hauptverdienerin

Besonders aufgrund der ungünstigeren Situation von Frauen am Arbeitsmarkt sind die Lebensbedingungen von Personen in Haushalten mit weiblicher Hauptverdienerin etwas schlechter und die Gefahr in Armut zu geraten höher.

Inwiefern diese Personen genau benachteiligt sind, wird im folgenden Abschnitt näher analysiert. Hierbei ist wiederum zu beachten, dass die Stichprobe der Steiermark relativ gering ist und daher bei der Interpretation der Ergebnisse eine gewisse Ungenauigkeit vorherrscht.

#### **5.4.5.1 Verteilung der Haushalte mit weiblicher Hauptverdienerin in der Steiermark**

Gemäß den Daten von EU-SILC 2008 leben in der Steiermark 338.000 Personen in Haushalten mit weiblicher Hauptverdienerin und 857.000 in Haushalten mit männlichem Hauptverdiener. Damit lebt mehr als ein Viertel (28%) der 1.195.000 Steirer in Haushalten mit weiblicher Hauptverdienerin. Bundesweit leben 2.212.000 Personen oder 27% in Haushalten mit weiblicher Hauptverdienerin.

#### **5.4.5.2 Haushalte mit weiblicher Hauptverdienerin und Einkommen**

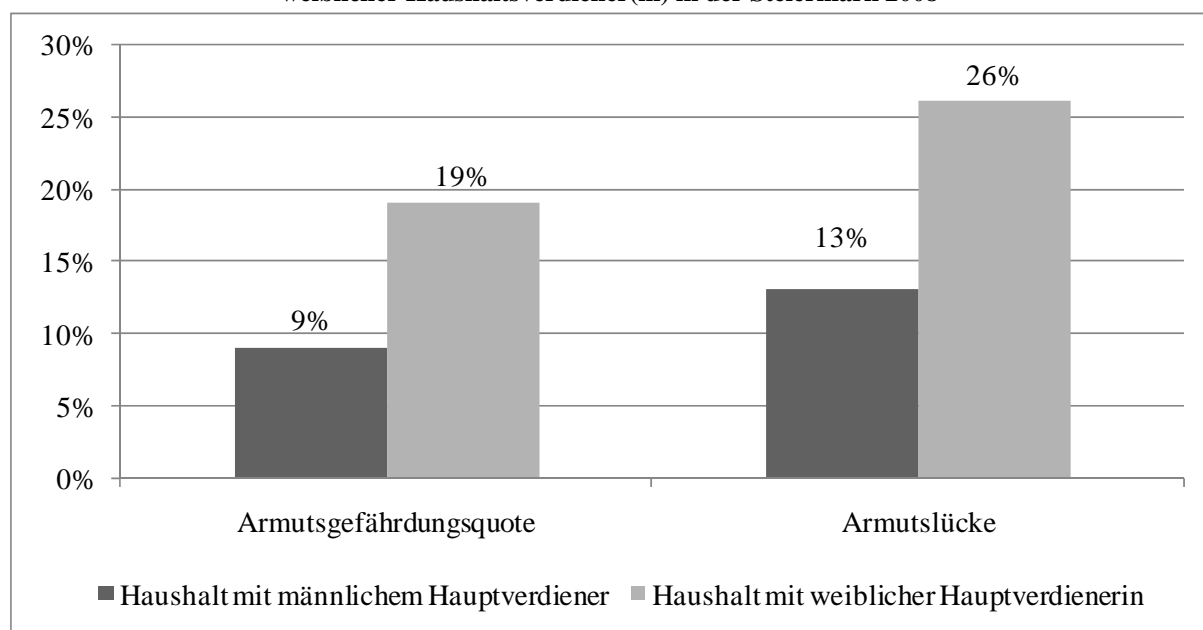
Der Median des Jahresäquivalenzeinkommens (siehe auch Tabelle 6) beträgt für Personen in Haushalten mit weiblicher Hauptverdienerin 18.504 Euro. Das ist um 321 Euro oder 1,7% weniger als Personen in Haushalten mit männlichem Hauptverdiener pro Jahr zur Verfügung stehen. Allerdings scheint dieser Unterschied aufgrund der kleinen Stichprobe in der Steiermark zu gering zu sein. Betrachtet man sich die Werte von Österreich, so ist der Median des Jahresäquivalenzeinkommens von Haushalten mit weiblicher Hauptverdiener bei 17.546 Euro und bei Haushalten mit männlichem Hauptverdiener bei 19.402 Euro. Das einkommensschwächste Viertel der Haushalte mit weiblicher Hauptverdienerin in der Steiermark verfügt über weniger als 12.331 Euro jährlich und liegt damit nahe an der Armutsgefährdungsschwelle von 11.406 Euro und deutlich hinter dem Wert bei männlichem Hauptverdiener von 14.565 Euro.

#### **5.4.5.3 Haushalte mit weiblicher Hauptverdienerin und Armutsgefährdung**

Wie die schlechteren Einkommensverhältnisse von Haushalten mit weiblicher Hauptverdienerin erwarten lassen, ist die Armutsgefährdung von eben diesen weitaus höher als von Haushalten mit männlichem Hauptverdiener.

19% der Haushalte mit weiblicher Hauptverdienerin sind armutsgefährdet – das sind mehr als doppelt so viele wie Haushalte mit männlichem Hauptverdiener (9%). Eklatant auch der geschlechtsspezifische Unterschied der Armutslücke. Bei armutsgefährdeten Haushalten mit weiblicher Hauptverdienerin weicht das Median-Äquivalenzeinkommen um durchschnittlich 26% von der Armutsgefährdungsschwelle ab, bei Haushalten mit männlichem Haushaltsverdiener weicht es um durchschnittlich 13% ab.

**Abbildung 52: Armutsgefährdungsquote und Armutslucke von Haushalten mit männlichem bzw. weiblicher Haushaltsverdiener(in) in der Steiermark 2008**



Quelle: Statistik Austria, EU-SILC 2008

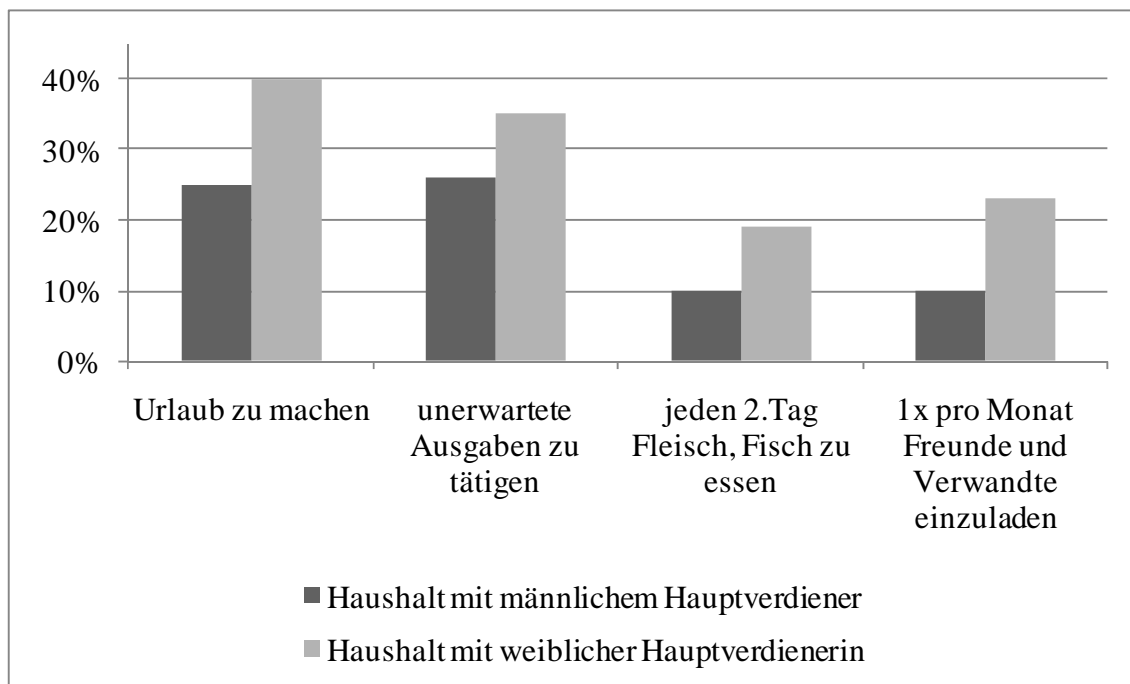
#### 5.4.5.4 Haushalte mit weiblicher Hauptverdienerin und Konsum

Die Daten von EU-SILC 2008 lassen darauf schließen, dass die Konsummöglichkeiten von Haushalten mit weiblicher Hauptverdienerin im Vergleich zu denen von Haushalten mit männlichem Hauptverdiener deutlich eingeschränkt sind. Die größten Unterschiede gibt es im Vorhandensein von PKW, PC, Internet und Handy. 73% der Haushalte mit weiblicher Hauptverdienerin haben einen PKW, 58% einen PC, 50% haben Internet und 85% ein Handy. Das sind jeweils um zumindest 10% weniger wie in Haushalten mit männlichem Hauptverdiener. Auch bei allen anderen Konsumgütern sind Haushalte mit weiblicher Hauptverdienerin unterdurchschnittlich ausgerüstet. Den geringsten Unterschied gibt es bei Telefonen, die bei 60% der Haushalte mit weiblicher Hauptverdienerin und bei 62% der Haushalte mit männlichem Hauptverdiener anzutreffen sind.

Dass diese Konsumeinschränkungen vielfach finanziell bedingt sind, zeigt die Tatsache, dass Haushalte mit weiblicher Hauptverdienerin zwei bis vier Mal so oft angeben, sich diese Konsumgüter nicht leisten zu können (siehe Tabelle 14). Einen PC können sich 3% der Haushalte mit männlichem Hauptverdiener aber 12% der Haushalte mit weiblicher Hauptverdienerin aufgrund finanzieller Einschränkungen nicht leisten. Ebenso haben 3% der Haushalte mit männlichem Hauptverdiener aber 13% der Haushalte mit weiblicher Hauptverdienerin aus finanziellen Gründen keinen PKW.

Auch finanzielle bedingte Einschränkungen bei Grundbedürfnissen treffen Haushalte mit weiblicher Hauptverdienerin viel häufiger als Haushalte mit männlichem Hauptverdiener (siehe Tabelle 15).

**Abbildung 53: Finanzielle Einschränkung bei Grundbedürfnissen in der Steiermark 2008**  
**"...können sich nicht leisten..."**



Quelle: Statistik Austria, EU-SILC 2008

Personen in Haushalten mit weiblicher Hauptverdienerin sind sichtlich häufiger in der Erfüllung ihrer Grundbedürfnisse eingeschränkt als Personen in Haushalten mit männlichem Hauptverdiener. Den größten Unterschied gibt es im Bereich „Urlaub“, was sich 40% der Haushalte mit weiblicher Hauptverdienerin nicht leisten können. Dasselbe trifft nur auf 25% der Haushalte mit männlichem Hauptverdiener, und damit auf 15% weniger, zu. 23% der Personen in Haushalten mit weiblicher Hauptverdienerin (im Vergleich zu 10% in solchen mit männlichem Hauptverdiener) können es sich nicht leisten einmal pro Monat Freunde und Verwandte einzuladen, und 35% können unerwartete Ausgaben nicht tätigen (im Gegensatz zu 26%). Auch bei allen anderen Grundbedürfnissen sind Haushalte mit weiblicher Hauptverdienerin benachteiligt.

#### 5.4.5.5 Haushalte mit weiblicher Hauptverdienerin und Wohnen

Die Rechtsverhältnisse an der Wohnung unterscheiden sich deutlich zwischen Haushalten mit weiblicher Hauptverdienerin und Haushalten mit weiblichem Hauptverdiener, wie in Tabelle 17 zu sehen ist.

Während 61% der Personen in Haushalten mit männlichem Hauptverdiener ein Haus besitzen, tun dies nur 49%, und damit um 12% weniger, der Personen in Haushalten mit weiblicher Hauptverdienerin. Diese haben zwar um 3% häufiger eine Wohnung in Besitz, doch befinden sie sich auch viel öfter in benachteiligten Rechtsverhältnissen. 15% der Personen mit weiblicher Hauptverdienerin leben in sonstigen Mietverhältnissen, 10% in Genossenschaftswohnungen und 6% in Gemeindewohnungen.

Während es hinsichtlich diverser Wohnprobleme keine signifikanten Unterschiede zwischen Haushalten mit weiblicher Hauptverdienerin und solchen mit männlichem Hauptverdiener gibt, zeigen sich doch Differenzen in der subjektiven Wohnkostenbelastung. 17% der Haushalte mit weiblicher Hauptverdienerin empfinden die Wohnkosten als starke Belastung und damit deutlich mehr wie Haushalte mit männlichem Hauptverdiener (11%). Die Wohnkosten machen in Haushalten mit weiblicher Hauptverdienerin auch deutlich öfter über ein Viertel des Äquivalenzeinkommens aus – nämlich in 24% der Fälle, während dies nur auf 15% der Haushalte mit männlichem Hauptverdiener zutrifft.

#### **5.4.5.6 Haushalte mit weiblicher Hauptverdienerin und Gesundheit**

Personen in Haushalten mit weiblicher Hauptverdienerin beurteilen ihren Gesundheitszustand in beiden Alterskategorien durchschnittlich als schlechter im Vergleich zu Personen in Haushalten mit männlichem Hauptverdiener.

Unter den 16- bis 64- Jährigen bezeichnen 77% der Personen in Haushalten mit weiblicher Hauptverdienerin im Vergleich zu 78% der Personen in Haushalten mit männlichem Hauptverdiener ihren Gesundheitszustand als gut bis sehr gut. 19% bzw. 15% befinden diesen als mittelmäßig, aber 8% (und damit mehr als doppelt so viele) der Personen in Haushalten mit weiblicher Hauptverdienerin geben an, in schlechtem bis sehr schlechtem Gesundheitszustand zu sein im Vergleich zu 3% der Personen in Haushalten mit männlichem Hauptverdiener. Allerdings sind diese Unterschied nicht dramatisch.

Auch bei den über 64- Jährigen geben Personen in Haushalten mit weiblicher Hauptverdienerin mit 25% häufiger an, dass ihr Gesundheitszustand schlecht bis sehr schlecht sei. Seltener als Personen in Haushalten mit männlichem Hauptverdiener befinden sie diesen als gut bis sehr gut (26% im Vergleich zu 38%).

Ebenso leiden Personen in Haushalten mit weiblicher Hauptverdienerin viel häufiger an Gesundheitsbeeinträchtigungen (siehe Tabelle 26). Angemerkt soll an dieser Stelle werden, dass dies sicherlich auch auf den hohen Anteil hochbetagter Frauen in diesen Haushalten zurückzuführen ist.

Personen in Haushalten mit weiblicher Hauptverdienerin geben gemäß den Daten von EU-SILC 2008 doppelt so oft an in schlechtem Gesundheitszustand zu sein. 37% von ihnen, und damit um 9% mehr als Personen in Haushalten mit männlichem Hauptverdiener, geben an chronisch krank zu sein. Weiters sind mit 17% mehr als doppelt so viele Personen in Haushalten mit weiblicher Hauptverdienerin als Personen in Haushalten mit männlichem Hauptverdiener durch eine Behinderung stark beeinträchtigt. Einzig beim Bezug von Invaliditäts- oder Erwerbsunfähigkeitspensionen ist der Anteil von Personen in Haushalten mit männlichem Hauptverdiener in etwa gleich als der von Personen in Haushalten mit weiblicher Hauptverdienerin.



#### **5.4.5.7 Haushalte mit weiblicher Hauptverdienerin und Lebenszufriedenheit**

Trotz diverser Benachteiligungen von Personen in Haushalten mit weiblicher Hauptverdienerin, gibt es kaum Unterschiede in ihrer Lebenszufriedenheit. Der Zufriedenheitswert von Personen in Haushalten mit weiblicher Hauptverdienerin ist mit 4,9 nur geringfügig niedriger als der von Personen in Haushalten mit männlichem Hauptverdiener mit 5,1 (der theoretische Höchstwert liegt bei 6,0). Mit 68% geben um 13% der Personen in Haushalten mit weiblicher Hauptverdienerin seltener an sehr bis ziemlich zufrieden zu sein. 4% von ihnen sind sehr bis eher unzufrieden, wohingegen dies nur 1% der Personen in Haushalten mit männlichem Hauptverdiener angeben.

#### **5.4.5.8 Resümee**

Haushalte mit weiblicher Hauptverdienerin haben ein deutlich niedrigeres Einkommen als Haushalte mit männlichem Hauptverdiener und sind mehr als doppelt so oft armutsgefährdet. Geringerer Besitz von Konsumgütern und stärkere finanzielle Einschränkungen treffen Personen in Haushalten mit weiblicher Hauptverdienerin in allen betrachteten Lebensbereichen. Für ein Sechstel der Haushalte mit weiblicher Hauptverdienerin machen die Wohnkosten mehr als 25% des Äquivalenzeinkommens aus. In der Lebenszufriedenheit gibt es dennoch keine signifikanten Unterschiede zwischen den Bewohnern der verschiedenen Haushalte.

## 6 Sozialschutz

Sozial(schutz)ausgaben umfassen Ausgaben für Sozialleistungen mit Umverteilungscharakter (private Vorsorge und private Zuzahlungen sind nicht inkludiert). Sozialleistungen sind weiters Geld- oder Sachleistungen, die zur Vermeidung von Risiken oder zur Unterstützung in bestimmten Lebenssituationen zur Verfügung gestellt werden. Es können acht, den Sozialschutz begründende Funktionen (Risiken) unterschieden werden: Krankheit/Gesundheitsversorgung, Invalidität/Gebrechen, Alter, Hinterbliebene, Arbeitslosigkeit, Familie/Kinder, Wohnen und soziale Ausgrenzung<sup>53</sup>.

### 6.1 Arten des Sozialschutzes

Das österreichische System der sozialen Sicherung besteht aus zentralen wie dezentralen Elementen, wobei die Leistungen, die in den Kompetenzbereich der zentralstaatlichen Ebene fallen, überwiegen. Das Sozialschutzsystem kann in folgende Bereiche gegliedert werden: Sozialversicherung, Arbeitslosenversicherung, universelle Systeme, bedarfsorientierte Leistungen, Sozialschutz für Beamte, Sozialentschädigung, Arbeitsrechtlicher Schutz, betriebliche Formen der Altersvorsorge, soziale Dienste<sup>54</sup> und bedarfsorientierte Mindestsicherung.

- Die österreichische **Sozialversicherung** ist eine Pflichtversicherung, die auf dem Solidaritätsprinzip und der Selbstverwaltung beruht. Den Kern der Sozialversicherung bilden die Pensions-, die Unfalls- und die Krankenversicherung. Insgesamt existieren für diese 22 Sozialversicherungsträger, die im Hauptverband österreichischer Sozialversicherungsträger zusammengeschlossen sind. Die Sozialversicherungsträger erfassen fast alle Erwerbstätigen (in den letzten Jahren wurde auch ein großer Teil atypischer Beschäftigungsverhältnisse beitrags- und leistungsseitig verpflichtend oder optional einbezogen). Der Krankenversicherungsschutz erstreckt sich auch auf Familienangehörige von Versicherten und sichert somit die Gesundheitsversorgung für (beinahe) die gesamte Bevölkerung<sup>55</sup>.
- Die **Arbeitslosenversicherung** wird vom Arbeitsmarktservice (AMS) verwaltet, das auch für Maßnahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik zuständig ist. Finanziert wird sie überwiegend aus lohnbezogenen Arbeitgeber- und Arbeitnehmerbeiträgen<sup>56</sup>.
- Auf die Leistungen der **Universellen Systeme** hat die gesamte Wohnbevölkerung unabhängig vom Erwerbsstatus und den Einkommensverhältnissen Anspruch. Die drei bedeutendsten Geldleistungen sind Familienbeihilfe und Kinderabsetzbetrag, Kinderbetreuungsgeld sowie Pflegegeld. Da die Krankenversicherung auch die mitversicherten Personen umfasst, entspricht auch sie einem universellen System<sup>57</sup>.

---

<sup>53</sup> vgl. Statistik Austria, Statistisches Jahrbuch, S. 205

<sup>54</sup> vgl. BMSK, 2007, S. 9 und 12

<sup>55</sup> vgl. BMSK, 2007, S. 12-13

<sup>56</sup> vgl. BMSK, 2007, S. 13

<sup>57</sup> vgl. BMSK, 2007, S. 13-14

- **Bedarfsorientierte Leistungen** umfassen Ausgleichszulagen in der Pensionsversicherung zur Erreichung einer Mindestpension, Notstandshilfe bei Langzeitarbeitslosigkeit sowie Wohn- und Studienbeihilfen. Die Sozialhilfe stellt das letzte „Netz“ im System der sozialen Sicherheit dar. Mit Ausnahme der Notstandshilfe sind die bedarfsorientierten Leistungen steuerfinanziert<sup>58</sup>.
- Für die Mehrheit der öffentlichen Bediensteten (Beamten) gelten in bestimmten Schutzbereichen eigene Regelungen in Abhängigkeit vom Dienstgeber (Bund, Land, u.a.). Gemein ist ihnen, dass sie weder arbeitslosen- noch pensionsversichert sind. Stattdessen regelt der **Sozialschutz für Beamte** deren direkte Ansprüche gegenüber den Dienstgebern. Die Finanzierung der Pensionen und Gesundheitsversorgung erfolgt durch die Beiträge der Beamten und das staatliche Budget der Gebietskörperschaften<sup>59</sup>.
- **Sozialentschädigungen** sind eigene Schutzesysteme, für bestimmte Risikolagen, für die der Staat eine besondere Verantwortung übernimmt. Darunter fallen beispielsweise Leistungen für Kriegs- und Heeresopfer, Verbrechenopfer und Opfer von Impfschäden. Die Finanzierung dieser Entschädigungen erfolgt ausschließlich aus dem Budget des Bundes<sup>60</sup>.
- **Arbeitsrechtliche Absicherungen** sichern Ansprüche gegenüber Arbeitgebern, wie finanzielle Absicherung im Krankheitsfall und Kündigungsfristen sowie Regelungen über Arbeits- und Ruhezeiten. Die Kollektivverträge garantieren ein Mindesteinkommen auf Branchenebene (einen gesetzlichen Mindestlohn gibt es nicht)<sup>61</sup>.
- **Betriebliche Formen der Altersvorsorge** („zweite Säule“) erfassen in Österreich nur einen relativ kleinen Teil der Arbeitnehmer. Derzeit beziehen nur 2% der Pensionsbezieher zusätzlich eine Firmenpension. Für neu ins Berufsleben eintretende Arbeitnehmer besteht eine obligatorische betriebliche Mitarbeitervorsorge<sup>62</sup>.
- Die wesentlichen Bereiche der **Sozialen Dienste** sind Maßnahmen der Arbeitsmarktpolitik, Alten- und Pflegeheime, außerschulische Betreuung, tagesstrukturierende Einrichtungen und ambulante Dienste, Wohn- und Beschäftigungseinrichtungen für beeinträchtigte Menschen sowie die Beratung und Betreuung von Personen in besonderen Problemlagen. Die Zuständigkeit für die sozialen Betreuungseinrichtungen liegt größtenteils bei den Bundesländern, Gemeinden und Städten<sup>63</sup>.
- Die österreichische Bundesregierung hat sich zur weiteren Verstärkung der Armutsbekämpfung die Einführung einer **bedarfsorientierten Mindestsicherung** im Rahmen der Rentenversicherung, der Sozialhilfe und der Arbeitslosenversicherung vorgenommen. Begleitet werden soll dies durch einen von den Sozialpartnern zu vereinbarenden Mindestlohn für alle Arbeitnehmer. Die Umsetzung wird in mehreren Schritten erfolgen, wobei der erste davon durch die Erhöhung des

---

<sup>58</sup> vgl. BMSK, 2007, S. 14-15

<sup>59</sup> vgl. BMSK, 2007, S. 15

<sup>60</sup> vgl. BMSK, 2007, S. 15

<sup>61</sup> vgl. BMSK, 2007, S. 15

<sup>62</sup> vgl. BMSK, 2007, S. 15-16

<sup>63</sup> vgl. BMSK, 2007, S. 16

Ausgleichszulagenrichtsatzes in der Rentenversicherung für das Jahr 2007 bereits gesetzt wurde. Im Rahmen einer Vereinbarung zwischen Bund und Ländern soll im Weiteren eine Vereinheitlichung und Pauschalierung der Sozialhilfe der Bundesländer erfolgen. Gleichzeitig soll der Ausbau mindestsichernder Elemente in der Arbeitslosenversicherung erfolgen, indem die Nettoersatzrate bei der Notstandshilfe angehoben wird. Darüber hinaus soll die Anrechnung des Partnereinkommens dahingehend geändert werden, dass eine Anrechnung nicht zu einem Haushaltseinkommen unter dem Familienausgleichszulagenrichtsatz zuzüglich Kinderzuschläge führt. Es handelt sich bei der bedarfsorientierten Mindestsicherung um kein arbeitsloses Grundeinkommen. Die Zuerkennung von mindestsichernden Leistungen ist im Falle von Arbeitsfähigkeit an die Arbeitswilligkeit gekoppelt. Langzeitarbeitslose sollen im stärkeren Ausmaß in gemeinnützige Arbeitsprojekte eingebunden und zur Weiterbildung verpflichtet werden. Ein Inkrafttreten der bedarfsorientierten Mindestsicherung ist mit 1.9.2010 geplant<sup>64</sup>.

## 6.2 Sozialausgaben

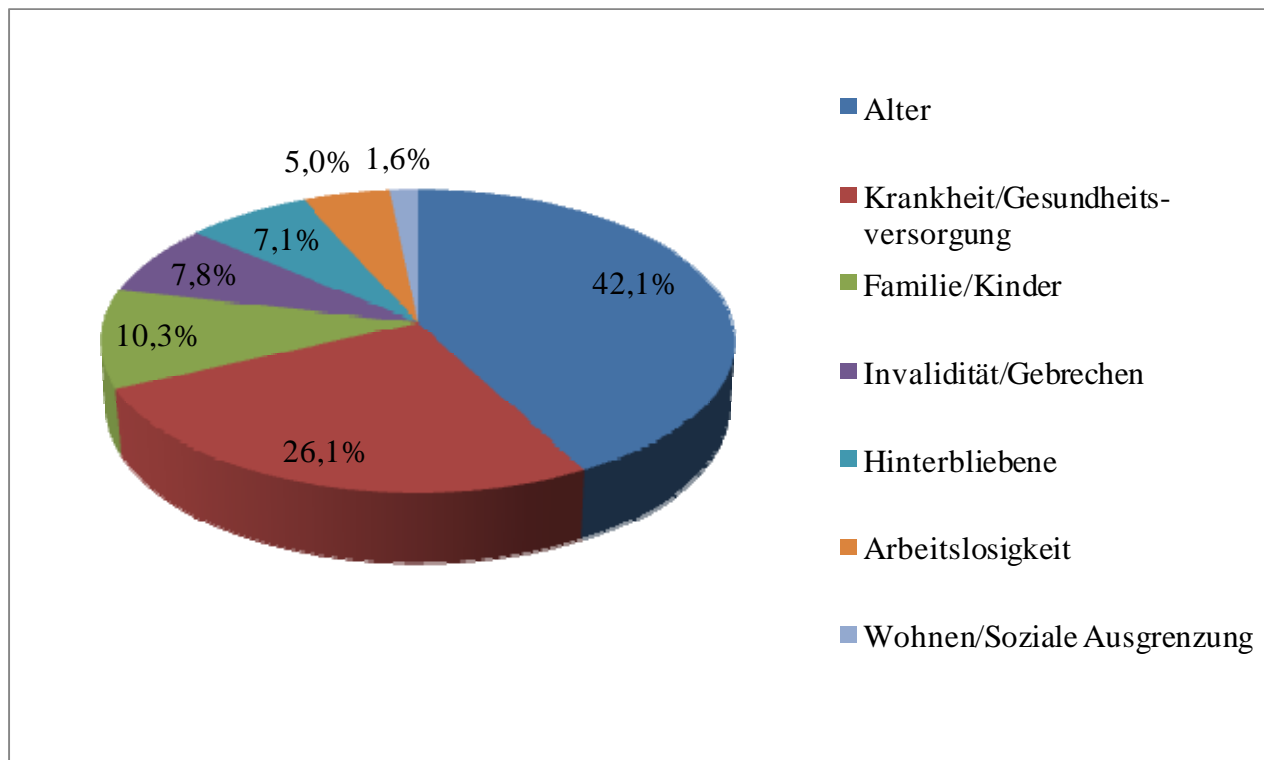
Sozialpolitik hat in Österreich einen hohen Stellenwert. Im Jahr 2008 betragen die gesamten Sozialausgaben 79,8 Mrd. Euro, was einer **Sozialquote von 28,3%** entspricht. Die Sozialquote gibt das Verhältnis von Sozialausgaben zur jährlichen wirtschaftlichen Wertschöpfung eines Staates (BIP) wider. Im Vergleich zu 2003 (Sozialquote von 29,6%) ist die Sozialquote damit um 1,3 Prozentpunkte gesunken, obwohl die Sozialausgaben um 13,6 Mrd. Euro gestiegen sind. Laut Bundesministerium ist dies zu einem geringen Teil auf Konsolidierungsmaßnahmen und zu einem größeren Teil auf ein stärkeres Wachstum des BIP zurückzuführen. Im Vergleich zu 1990, als die Sozialquote 26,1% betrug, ist dennoch ein deutlicher Anstieg der Quote zu beobachten.

In Österreich überwiegen die sozialversicherungsrechtlichen Leistungen, auf die mehr als die Hälfte der Sozialausgaben entfällt. Die oben abgebildete Grafik zeigt, dass beinahe die Hälfte der österreichischen Sozialausgaben (42,1% bzw. 32,6 Mrd. Euro) für Pensionen, Pflegegelder und soziale Betreuungseinrichtungen für ältere Menschen ausgegeben werden. Ein weiteres Viertel (26,1% bzw. 20,2 Mrd. Euro) entfällt auf die Gesundheitsversorgung, 10,3% auf Familienleistungen, 7,8% für Invaliditätsleistungen, 7,1% auf Hinterbliebenenleistungen und 5,0% auf Arbeitslosen- und Arbeitsmarktleistungen. Die Leistungen im Bereich Alter sind von 1990 bis 2008 am stärksten angestiegen. Einen überdurchschnittlichen Anstieg gab es auch bei Leistungen für Arbeitslosigkeit und Arbeitsmarkt.

---

<sup>64</sup> vgl. BMSK, 2008, S. 4

Abbildung 54: Struktur der Sozialausgaben nach Funktionen 2008



Quelle: Statistik Austria, BMASK

Insgesamt entfallen rund 70% der Sozialausgaben auf Geldleistungen, von denen mehr als die Hälfte Altersleistungen sind. Den größten Anteil der Sachleistungen mit drei Viertel machen die ambulante und stationäre Krankenversorgung aus.

Das gesamte Sozialsystem wurde 2008 zu 38% durch Arbeitgeberbeiträge, zu 33% durch Budgetmittel der Gebietskörperschaften und zu 27% durch Versichertenbeiträge finanziert<sup>65</sup>.

## 6.3 Bedeutung staatlicher Sozialleistungen

Diese Daten machen deutlich, dass Sozialschutz in Österreich einen hohen Stellenwert innehat. Inwiefern diese Aufwendungen zu Gleichheit und geringerer Armutsgefährdung der Bevölkerung führen, wird im nächsten Abschnitt näher erläutert.

### 6.3.1 Armutsreduzierende Wirkung staatlicher Sozialleistungen

Die staatlichen Sozialleistungen senken die Armutsgefährdung in Österreich beträchtlich. So wären ohne staatlichen Sozialschutz 43% der österreichischen Bevölkerung armutsgefährdet. Nach Pensionszahlungen aber vor Sozialleistungen sind es immer noch 24%. Schließlich sind

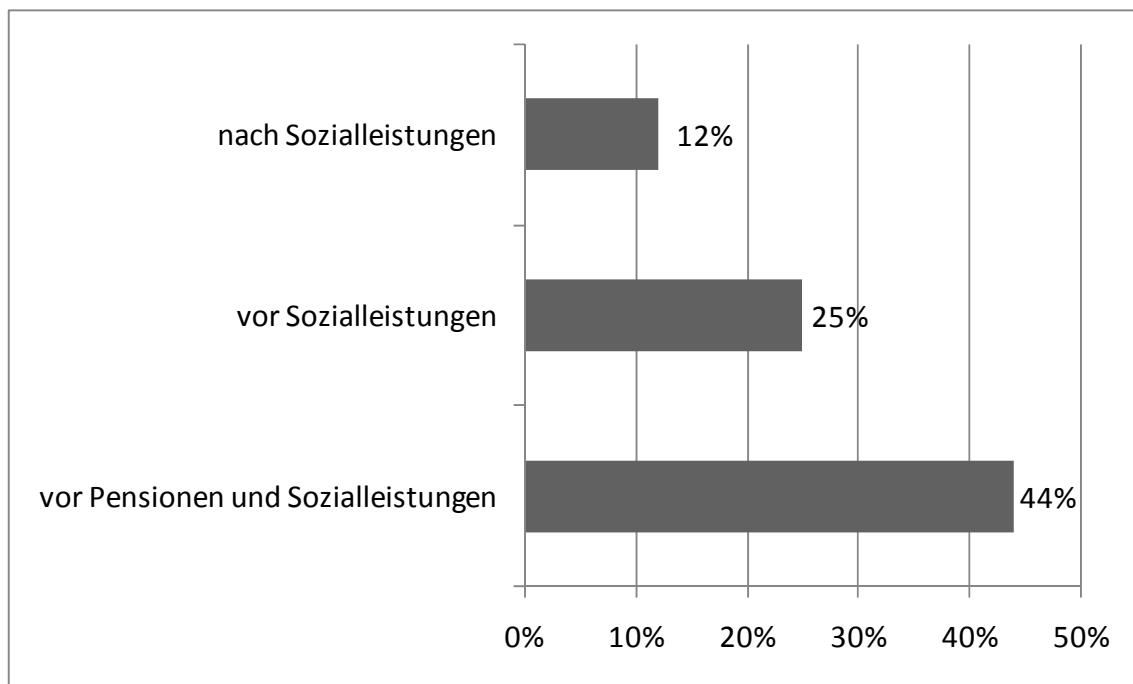
<sup>65</sup> vgl. BMSK, 2009

nach Pensions- und Sozialleistungen 12% der Österreicher armutsgefährdet – 31 Prozentpunkte weniger als ohne staatlichen Sozialschutz.

Die höchste Armutsgefährdung vor Pensionen und Sozialleistungen gibt es in Vorarlberg (48%) und die niedrigste in Salzburg (36%). Nach Pensionen und Sozialleistungen haben Vorarlberg (18%) und Wien (17%) die höchsten Armutsgefährdungsquoten, und Salzburg (8%) und Oberösterreich (10%) die niedrigsten.

Auch in der Steiermark zeigt sich deutlich die armutsreduzierende Wirkung staatlicher Sozialleistungen.

**Abbildung 55: Armutsgefährdungsquote in der Steiermark 2008 vor und nach Sozialleistungen**



Quelle: Statistik Austria, EU-SILC 2008

Die Armutsgefährdung ohne staatlichen Sozialschutz läge in der Steiermark bei 44%. Nach Pensionen wären nur mehr 25% armutsgefährdet. Die Zahl der Armutsgefährdeten reduziert sich nach Sozialleistungen weiter auf 12%.

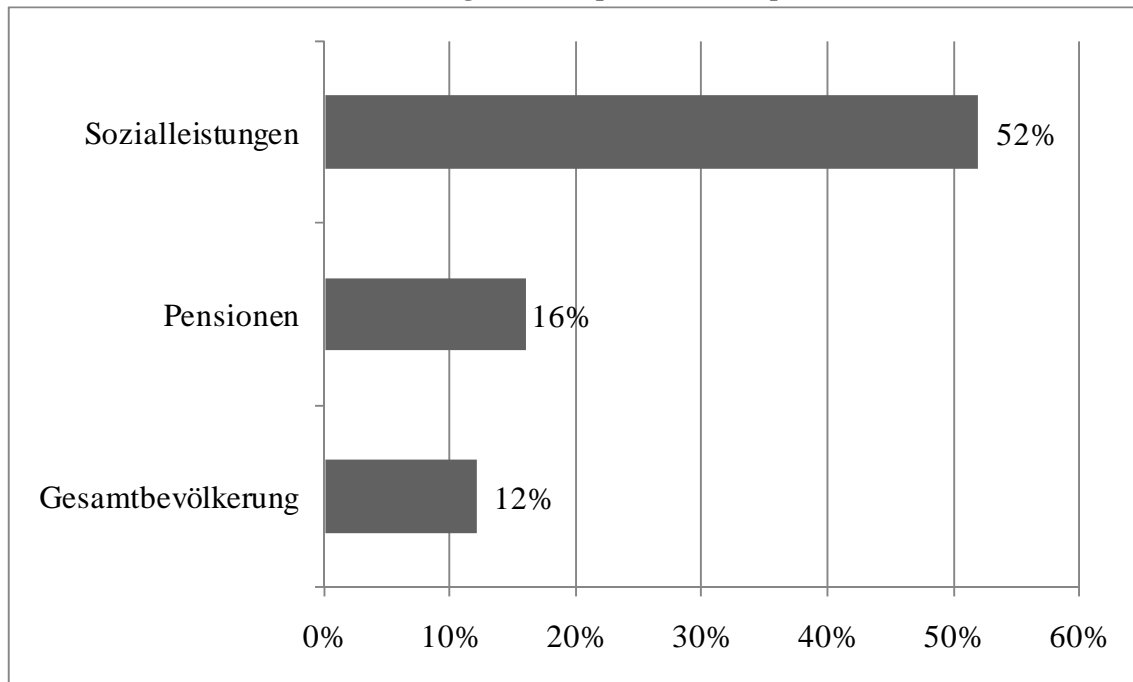
### 6.3.2 Staatliche Sozialleistungen als Haupteinkommensquelle

Laut EU-SILC 2008 beziehen österreichweit 641.000 Personen oder 8% der Bevölkerung ihr Haupteinkommen aus Sozialleistungen. Für weitere 21% oder 1.754.000 Menschen stellen Pensionen das Haupteinkommen dar. In der Steiermark sind für 22% der Bevölkerung oder 268.000 Menschen Pensionen die Haupteinkommensquelle und für 7% oder 81.000 sind es Sozialleistungen. Der höchste Anteil an Personen, deren Haupteinkommen aus Sozialleistungen besteht, findet sich in Wien mit 13%.

Im Folgenden wird die Lebenslage jener Bevölkerungsgruppen analysiert, deren Haupteinkommensquelle staatliche Sozialleistungen sind<sup>66</sup>.

### 6.3.2.1 Personen mit staatlichen Sozialleistungen als Haupteinkommensquelle und Armutsgefährdung

Abbildung 56: Armutsgefährdung von Personen in der Steiermark 2008 in Haushalten mit Pensionen und Sozialleistungen als Haupteinkommensquelle



Quelle: Statistik Austria, EU-SILC 2008

Trotz der armutsreduzierenden Wirkung von staatlichen Sozialleistungen sind Personen, deren Haupteinkommensquelle Pensionen oder Sozialleistungen sind, überdurchschnittlich stark armutsgefährdet. 16% sind es bei Personen, deren Haupteinkommensquelle Pensionen sind und gar 52% bei Personen, deren Haupteinkommensquelle Sozialleistungen sind. Bei einer Armutsgefährdungsquote von 12% für die steirische Gesamtbevölkerung ist ihr Risiko somit beinahe fünf Mal so hoch.

### 6.3.2.2 Personen mit staatlichen Sozialleistungen als Haupteinkommensquelle und Konsum

Die EU-SILC 2008 Konsumdaten zeigen, dass Menschen, deren Haupteinkommensquelle Pensionen oder Sozialleistungen sind, beim Besitz diverser Konsumgüter benachteiligt sind. In diesem Zusammenhang ist jedoch auf die weiter oben dargestellte Analyse zur Lage von

<sup>66</sup> Aufgrund der genauen Analyse der Pensionsbezieher im vorigen Abschnitt werden Ergebnisse dieser hier teilweise nicht näher interpretiert.

Pensionsbeziehern zu verweisen. Demnach ist das Fehlen von Konsumgütern in dieser Personengruppe nicht immer finanziell bedingt, sondern hängt vielfach mit anderen Faktoren zusammen.

Tabelle 13 zeigt in welchem Ausmaß diverse Konsumgüter in Haushalten mit Pension und Sozialleistungen als Haupteinkommensquelle vorhanden sind. Während 63% der steirischen Gesamtbevölkerung im Besitz von Internet ist, sind das nur 42% der Sozialleistungsempfänger und 32% der Pensionsbezieher. Weiters haben 49% der Bezieher von Sozialleistungen und 35% derer von Pensionen einen PC, wohingegen 71% der Steirer einen solchen haben. Einen PKW haben 87% der Steirer und Steirerinnen, aber nur 62% der Personen, deren Haupteinkommensquelle Sozialleistungen und 74% der Personen, deren Haupteinkommensquelle Pensionen sind. Auch bei DVDs und Geschirrspülern haben Sozialleistungsbezieher und Pensionsbezieher deutlich geringere Anteile. So gut wie keine Unterschiede zwischen der Gesamtbevölkerung und den Sozialleistungsempfängern gibt es bei Handys. Pensionsbezieher haben auch in diesen Bereichen weit niedrigere Konsumanteile. Leider gibt es keine Information darüber, inwieweit die vorhandenen Differenzen finanziell bedingt sind.

### **6.3.2.3 Personen mit staatlichen Sozialleistungen als Haupteinkommensquelle und Wohnen**

Die Wohnsituation von Personen, deren Haupteinkommensquelle Pensionen oder Sozialleistungen sind, kann nur anhand des Rechtsverhältnisses an der Wohnung betrachtet werden. Aufgrund zu geringer Stichproben gibt es in EU-SILC 2008 keine Analysen zu Wohnproblemen, Wohnkostenbelastung und Wohnzufrieden dieser Bevölkerungsgruppen.

Tabelle 18 bildet die Verteilung der Rechtsverhältnisse nach Erwerbsstatus ab. Dabei sieht man, dass der Großteil der steirischen Bevölkerung (57%) Hauseigentum hat, während dies nur auf 34% der Personen mit Sozialleistungen als Haupteinkommensquelle zutrifft. 33% der Personen mit Sozialleistungen als Haupteinkommen leben in sonstigen Mietverhältnissen, 9% in Gemeindewohnungen und 11% in Genossenschaftswohnungen und weitere 2% in mietfreien Wohnmöglichkeiten. Unter den Personen, deren Haupteinkommensquelle Pensionen sind, leben 15% in mietfreien Wohnverhältnissen, während 9% eine Wohnung besitzen und 7% in sonstigen Mietverhältnissen leben, aber 60% besitzen ein Haus.

### **6.3.2.4 Personen mit staatlichen Sozialleistungen als Haupteinkommensquelle und Gesundheit**

Eine genauere Betrachtung der gesundheitlichen Lage ist in diesem Bereich aufgrund zu geringer Fallzahlen nur auf Bundesebene möglich, dabei wird die Altersgruppe von 20 bis 64 Jahren näher betrachtet. Bei der Auswertung des Gesundheitszustandes werden bei der Österreichauswertung grundsätzlich Personen im Erwerbsalter (20 – 64 Jahre) verwendet, in



der Sonderauswertung Steiermark wurden jedoch alle Personen im Alter von 16 bis 64 Jahren betrachtet. Daher sind diese beiden Auswertungen nicht vollkommen vergleichbar.

Für 9% dieser Gruppe bilden Sozialleistungen und für 10% Pensionen die Haupteinkommensquelle. Von den Sozialhilfebeziehern geben 47% an, sich gut bis sehr gut zu fühlen, 31% gaben an, dass ihr Gesundheitszustand mittelmäßig sei und 22% befanden ihren Gesundheitszustand für schlecht bis sehr schlecht. Damit sind die Werte deutlich schlechter als der Durchschnitt in dieser Altersgruppe. Ebenfalls schlechter als der Durchschnitt schneiden Personen deren Haupteinkommen von Pensionen gebildet wird ab. Nur 64% empfinden ihn als gut bis sehr gut, jedoch 11% als schlecht bis sehr schlecht.

Personen, deren Haupteinkommensquelle aus Sozialleistungen besteht, sind in der Gruppe der über 20- bis 64- Jährigen auch am stärksten von gesundheitlichen Beeinträchtigungen betroffen. Mehr als die Hälfte ist chronisch krank und jeder Fünfte bezeichnet seinen Gesundheitszustand als schlecht bis sehr schlecht. Jeder Vierte ist durch eine Behinderung stark beeinträchtigt. Hingegen sind 40% der Personen, mit Pensionen als Haupteinkommensquelle, chronisch krank und 10% bzw. 14% sind in schlechtem Gesundheitszustand bzw. durch eine Behinderung stark beeinträchtigt.

### **6.3.2.5 Personen mit staatlichen Sozialleistungen als Haupteinkommensquelle und Lebenszufriedenheit**

Auch die Lebenszufriedenheit in Abhängigkeit von der Haupteinkommensquelle, lässt sich nur auf Bundesebene analysieren. Mit einem durchschnittlichen Zufriedenheitswert von 5,0 zeigen sich Pensionempfänger als ungefähr gleich zufrieden wie die österreichische Gesamtbevölkerung (5,0). 72% gaben an sehr bis ziemlich zufrieden zu sein und weitere 21% waren eher zufrieden. Nur 4% bzw. 2% sagten, dass sie ziemlich bzw. sehr unzufrieden seien. Im Vergleich zu den Pensionempfängern und auch zur österreichischen Gesamtbevölkerung, sind Sozialleistungsbezieher deutlich unzufriedener mit ihrem Leben. Sie haben einen Zufriedenheitswert von nur 4,4 und geben viel öfter an unzufrieden zu sein (10% sind sehr, 12% eher unzufrieden). Im Gegensatz dazu sind nur 52% sehr zufrieden mit ihrem Leben.

### **6.3.3 Resümee**

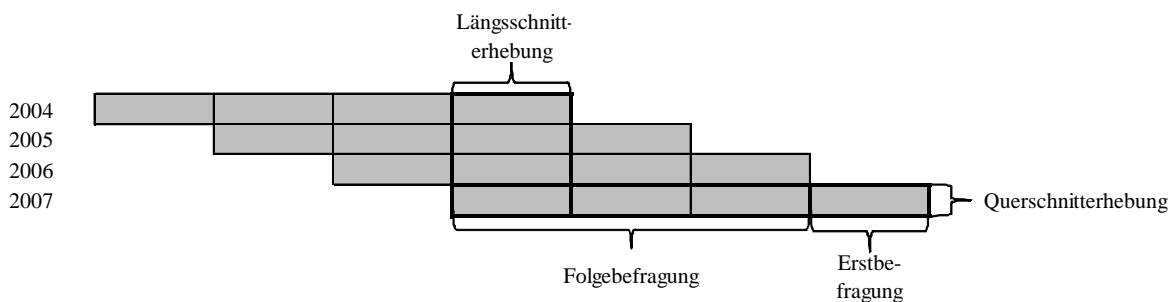
Zusammenfassend kann festgestellt werden, dass staatliche Sozialleistungen die Armutsgefährdung in Österreich und der Steiermark (von 44% auf 12%) stark reduzieren. Dennoch erfahren Bevölkerungsgruppen, die auf diese staatliche Hilfe (als Haupteinkommensquelle) angewiesen sind, starke Benachteiligungen in allen Lebensbereichen.

## 7 Dauerhaftigkeit der Armutsgefährdung in Österreich

### 7.1 Allgemeines

Seit dem Jahr 2003 wird die Erhebung von EU-SILC in Österreich durchgeführt, wobei seit 2004 die Erhebung mit einem integrierten Quer- und Längsschnittdesign erfolgt. Das bedeutet, dass drei Viertel der Haushalte im nächsten Jahr wieder befragt werden und ein Viertel neu in die Stichprobe kommt. Insgesamt bleibt ein Viertel damit vier Jahre in der Befragung, somit können auch Fragestellungen wie die dauerhafte Armutsgefährdung näher betrachtet werden. Somit kann erstmals für die Jahre 2004 bis 2007 eine Längsschnittauswertung gemacht werden. Die Zusammensetzung der Stichprobe ist in der nachfolgenden Grafik nochmals dargestellt.

Abbildung 57: Zusammensetzung der Stichprobe bei EU-SILC



Quelle: Statistik Austria, EU-SILC 2008

Die Daten über dauerhafte Armut können durch die kleine Stichprobe, die nur mehr rund ein Viertel ist, nur für Österreich ausgewertet werden. Es ist anzunehmen, dass die Ergebnisse großteils auch auf die einzelnen Bundesländer umlegbar sind.

Die Stichprobe dieser ersten Längsschnitterhebung von 2004 bis 2007 beträgt 3.118 Personen und umfasst 1.291 Haushalte. Das sind all jene Personen, die alle vier Jahre befragt wurden und somit für jedes Jahr Daten zur Armutsgefährdung vorliegen. Über die Gewichte der Längsschnittstichprobe ergibt sich eine Gesamtbevölkerung von 7.618.000 Personen, das sind 93% der Bevölkerung des Jahres 2007. Das sind rund 600.000 weniger als im Erhebungsjahr 2007. Diese Differenz ergibt sich, durch die Neugeborenen zwischen 2003 und 2007, die Zugewanderten und solche Personen, die in befragte Haushalte gezogen sind. Weiters reduziert sich die Bevölkerungszahl durch Sterbefälle und Wegzüge ins Ausland. Detailliertere Informationen kann man in der Publikation des Bundesministeriums für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz „Armutsgefährdung in Österreich: EU-SILC 2008“ finden.

## 7.2 Dauerhafte Armutsgefährdung

Insgesamt 73% waren in keinem der Jahre 2004 bis 2007 armutsgefährdet, d.h. 27% waren zumindest in einem Jahr armutsgefährdet. Diese 27% sind mehr als doppelt so hoch wie die Armutsgefährdungsquoten in den einzelnen Erhebungsjahren, die zwischen 12 und 13% lagen. Diese Zahlen deuten auf eine starke Dynamik der Einkommensarmut hin.

Rund 3% waren in allen vier Jahren und 15% in einem Jahr armutsgefährdet. Kumuliert man diese Ergebnisse, dann waren 27% zumindest ein Jahr, 12% zumindest 2 Jahre und 6% zumindest 3 Jahre armutsgefährdet.

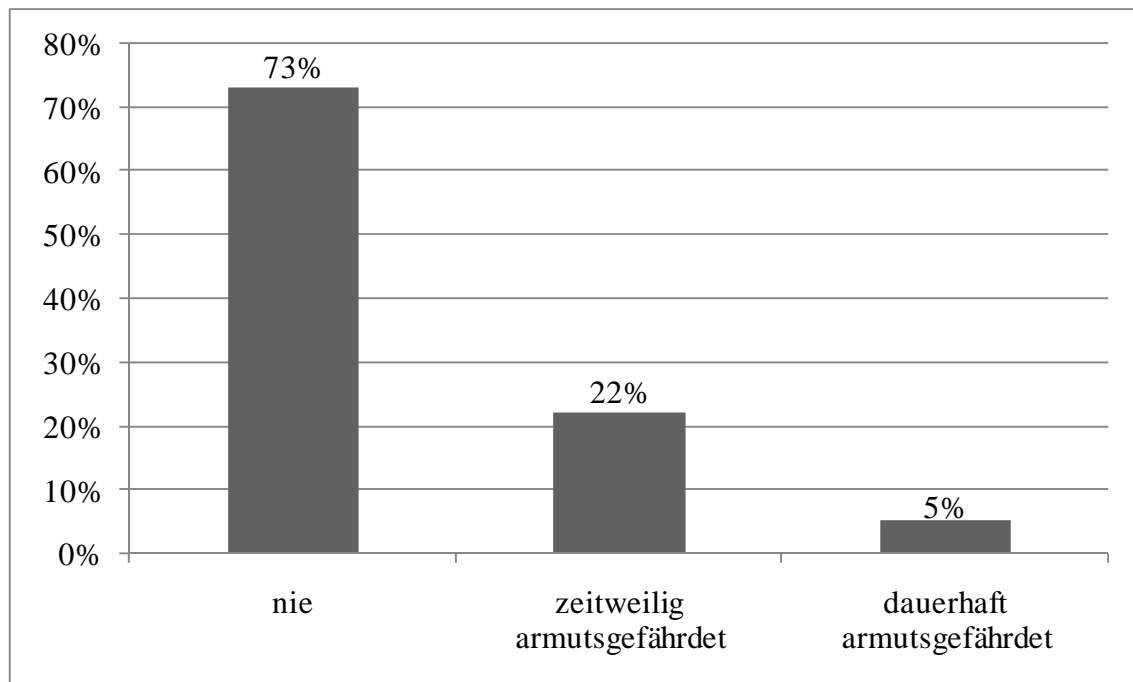
**Tabelle 36: Häufigkeit des Auftretens von Armutsgefährdung in Österreich 2004 - 2007**

Auftreten von Armutsgefährdung	Häufigkeit in 1.000	in %	kumuliert	in %
nie	5.542	73	nie	73
in einem Jahr	1.172	15	zumindest 1 Jahr	27
in zwei Jahren	466	6	zumindest 2 Jahre	12
in drei Jahren	245	3	zumindest 3 Jahre	6
in vier Jahren	194	3	in vier Jahren	3
<b>Gesamt</b>	<b>7.618</b>	<b>100</b>		

Quelle: Statistik Austria, EU-SILC 2004 - 2007

Die „dauerhafte Armutsgefährdung“ wird definiert, wenn man im letzten Jahr (2007) des Betrachtungszeitraums und in mindestens zwei von drei vorhergehenden Jahren armutsgefährdet war. Wenn man in zumindest einem Jahr armutsgefährdet war, dann spricht man von „zeitweiliger Armutsgefährdung“.

Somit sind rund 5% nach dieser Definition im Zeitraum von 2004 bis 2007 in Österreich dauerhaft armutsgefährdet, das sind hochgerechnet 389.000 Betroffene. Nimmt man diese Zahlen auch für die dauerhafte Armut in der Steiermark, dann gibt es rund 55.000 Betroffene. Die Armutsgefährdung ist, wie bereits zuvor in diesem Bericht ausführlich erklärt, der Prozentsatz der Bevölkerung in Haushalten deren Äquivalenzeinkommen unter der Armutsgefährdungsschwelle des jeweiligen Jahres liegt. Weitere rund 22% waren im Beobachtungszeitraum zumindest ein Jahr armutsgefährdet, sind somit zeitweilig armutsgefährdet.

**Abbildung 58: Dauerhafte und zeitweilige Armutsgefährdung in Österreich 2004 - 2007**

Quelle: Statistik Austria, EU-SILC 2004 - 2007

### 7.2.1 Dauerhafte Armutsgefährdung nach soziodemografischen Merkmalen

In den folgenden Tabellen sind die Quoten der zeitweiligen und dauerhaften Armutsgefährdung nach soziodemografischen Merkmalen dargestellt, ebenfalls werden die Anteile angegeben, die nie von Armut betroffen waren.

Wie in der nachfolgenden Tabelle zu sehen ist, haben Frauen ein deutlich höheres dauerhaftes Armutsrisiko als Männer, Gründe dafür sind schlechteres Einkommen, Kinderbetreuung und Teilzeitarbeit. Beim Alter ist zu beobachten, dass vor allem jüngere und ältere Personen eine erhöhte Armutsgefährdung aufweisen, die Jüngeren vor allem zeitweilig (28%), die Älteren dauerhaft (10%). Der Grund liegt darin, dass Jüngere ihre Situation durch Beendigung der Lehre oder der Ausbildung verbessert wird und bei Älteren dies nicht mehr der Fall ist. Wie nicht anders zu erwarten hat Bildung einen großen Einfluss auf die dauerhafte Armutsgefährdung. So sind Personen mit maximal Pflichtschulabschluss zu 12% dauerhaft armutsgefährdet, bei allen anderen Bildungsebenen bewegt sich der Wert zwischen 2 und 4%. Auch bei der Staatsangehörigkeit ist deutlich zwischen Österreichern und Nicht-Österreichern zu unterscheiden. Erstere haben mit 5% die dauerhafte Armutsgefährdungsquote des Österreichschnitts, bei den Nicht-Österreichern ist dieses mit 9% doch deutlich höher, wobei die Werte bei Nicht-Österreichern aus Nicht-EU/EFTA-Staaten noch schlechter sind.

**Tabelle 37: Dauerhaftigkeit von Armutsgefährdung nach soziodemografischen Merkmalen in Österreich 2004 - 2007**

	Betroffenheit von Armutsgefährdung 2004 -2007			
	Nie	Zeitweilig	Dauerhaft	Jeweils (=Summe zeitweilig + dauerhaft)
	in %			
<b>Insgesamt</b>	<b>73</b>	<b>22</b>	<b>5</b>	<b>27</b>
<b>Geschlecht</b>				
Männer	76	21	3	24
Frauen	70	23	7	30
<b>Alter</b>				
bis 19 Jahre	68	28	4	32
20 bis 39 Jahre	70	25	6	30
40 bis 64 Jahre	79	19	3	21
65 Jahre +	71	18	10	29
<b>Staatsbürgerschaft</b>				
Österreich	74	21	5	26
davon eingebürgert (Nicht EU/EFTA)	51	39	(10)	49
Nicht Österreich	55	36	(9)	45
davon EU/EFTA	(66)	(21)	(13)	(34)
davon sonstiges Ausland	51	42	(7)	49
<b>höchster Bildungsabschluss</b>				
max. Pflichtschule	59	28	12	41
Lehre/mittlere Schule	77	20	3	23
Matura/Universität	78	18	(4)	22
Universität	82	16	(2)	18

Quelle: Statistik Austria, EU-SILC 2004 - 2007

## 7.2.2 Dauerhafte Armutsgefährdung nach Haushaltstyp

Auch in der nächsten Tabelle sind Frauen wieder deutlich benachteiligt. So sind alleinlebende Frauen in Haushalten mit Pension mit 21% über vier Mal so oft von dauerhafter Armutsgefährdung betroffen als der Schnitt, aber auch alleinlebende Frauen in Haushalten ohne Pension sind mit 19% noch sehr oft von dauerhafter Armut betroffen. Einen weiteren sehr hohen Wert gibt es bei Ein-Eltern-Haushalten, die mit 16% ebenfalls einen sehr hohen Wert aufweisen und diese Haushalte treffen zum Großteil wieder Frauen, da es wesentlich mehr Alleinerzieherinnen als Alleinerzieher gibt.

**Tabelle 38: Dauerhaftigkeit von Armutsgefährdung nach Haushaltstyp in Österreich 2004 - 2007**

	Betroffenheit von Armutsgefährdung 2004 -2007			
	Nie	Zeitweilig	Dauerhaft	Jeweils (=Summe zeitweilig + dauerhaft)
	in %			
<b>Insgesamt</b>	<b>73</b>	<b>22</b>	<b>5</b>	<b>27</b>
<b>Haushalte mit Pension</b>				
Zusammen	73	17	10	27
Alleinlebende Männer	(80)	(20)	(0)	(20)
Alleinlebende Frauen	56	23	21	44
Mehrpersonenhaushalte	79	14	7	21
<b>Haushalte ohne Kinder (ohne Pension)</b>				
Zusammen	73	24	4	27
Alleinlebende Männer	72	(23)	(5)	(28)
Alleinlebende Frauen	54	27	(19)	46
Mehrpersonenhaushalte ohne Kinder	80	18	(2)	20
<b>Haushalt mit Kindern (ohne Pension)</b>				
Zusammen	70	26	4	30
Ein-Eltern-Haushalt	41	43	(16)	(59)
Mehrpersonenhaushalt + 1 Kind	80	20	(0)	20
Mehrpersonenhaushalt + 2 Kinder	76	21	(4)	24
Mehrpersonenhaushalt + mind. 3 Kinder	61	37	(2)	39

Quelle: Statistik Austria, EU-SILC 2004 - 2007

### 7.2.3 Dauerhafte Armutsgefährdung nach Haushaltsmerkmalen

Den besten Schutz vor Armutsgefährdung, sowohl zeitweilig als auch dauerhaft, stellt Erwerbstätigkeit dar. So sind Haushalte mit keiner Erwerbstätigkeit zu 15% dauerhaft armutsgefährdet, wobei bereits bei teilweiser Erwerbstätigkeit dieses Risiko auf 4% sinkt. Ebenfalls zu sehen ist es bei der Haupteinkommensquelle. Besteht diese aus Sozialleistungen oder Pensionen ist die dauerhafte Armutsgefährdung bei 16% bzw. 9%, wobei sich dieses Risiko bei selbständiger bzw. unselbständiger Arbeit auf 1% bis 2% minimiert. Auch hier ist wieder die Benachteiligung der Frauen zu sehen. Haushalte mit weiblicher Hauptverdienerin sind zu 13% von dauerhafter Armutsgefährdung bedroht, während dieses Risiko bei Haushalten mit männlichem Hauptverdiener bei 2% liegt.

**Tabelle 39: Dauerhaftigkeit von Armutsgefährdung nach Haushaltsmerkmalen in Österreich 2004 - 2007**

	Betroffenheit von Armutsgefährdung 2004 -2007			
	Nie	Zeitweilig	Dauerhaft	Jeweils (=Summe zeitweilig + dauerhaft)
	in %			
<b>Insgesamt</b>	<b>73</b>	<b>22</b>	<b>5</b>	<b>27</b>
<b>Haupteinkommensquelle</b>				
Unselbständige Arbeit	77	21	2	23
Selbständige Arbeit	75	25	(1)	24
Sozialleistungen	40	44	16	60
Pensionen	73	18	9	27
Private Einkommen	(41)	(38)	(21)	(59)
<b>Haushalte mit</b>				
männlichem Hauptverdiener	78	20	2	22
weiblicher Hauptverdienerin	59	29	13	41
<b>Erwerbsintensität des Haushalts</b>				
Keine Erwerbstätigkeit	62	23	15	38
Teilweise Erwerbstätigkeit	68	29	4	32
Volle Erwerbstätigkeit	81	18	(1)	17

Quelle: Statistik Austria, EU-SILC 2004 - 2007

#### 7.2.4 Teilhabemängel nach Dauerhaftigkeit der Armutsgefährdung

Personen, die dauerhaft von Armut gefährdet sind, können sich zu 61% keinen Urlaub leisten, zu 71% keine unerwarteten Ausgaben tätigen und zu 36% nicht einmal pro Monat Freunde oder Verwandte einladen. Bei Personen die nicht von Armut gefährdet sind, sind diese Quoten um ein Vielfaches geringer. Ähnlich ist die Situation bei Konsumgütern. Auch hier sind die Anteile die sich bestimmte Konsumgüter wie PC, Internet, Handy oder PKW nicht leisten können, bei Personen die zeitweilig oder dauerhaft armutsgefährdet sind, wesentlich höher. Längerfristiger Einkommensmangel schlägt sich natürlich besonders in der Nichtleistbarkeit von Konsumgütern nieder.

**Tabelle 40: Dauerhaftigkeit von Armutsgefährdung nach Teilhabemangel in Österreich 2004 - 2007**

	Betroffenheit von Armutsgefährdung 2004 -2007			
	Gesamt	Nie	Zeitweilig	Dauerhaft
	in %			
<b>Kann sich nicht leisten...</b>				
Urlaub zu machen	21	14	34	61
jeden 2. Tag Fleisch, Fisch zu essen	7	4	13	23
neue Kleider zu kaufen	3	2	6	(12)
die Wohnung angemessen warm zu halten	2	1	2	(10)
unerwartete Ausgaben zu tätigen	26	18	45	71
1x pro Monat Freunde od. Verwandte einzuladen	9	6	13	36
Ist mit Zahlungen im Rückstand	2	(0)	(4)	(12)
<b>Kann sich nicht leisten...</b>				
Telefon	3	2	5	(6)
Handy	1	(1)	(1)	(4)
PC	4	2	6	(18)
Internet	6	4	8	(20)
DVD	3	2	(5)	(4)
Geschirrspülmaschine	4	2	10	(10)
PKW	3	(1)	7	(18)

Quelle: Statistik Austria, EU-SILC 2004 - 2007

### 7.2.5 Wohnen und Gesundheit nach Dauerhaftigkeit der Armutsgefährdung

Es besteht ein deutlicher Zusammenhang zwischen dem Rechtsverhältnis der Wohnung, der subjektiven Wohnkostenbelastung und der Armutsgefährdung. Nur rund ein Viertel der dauerhaften Armutsgefährdeten besitzt ein Haus, während aber 55% der Nichtarmutsgefährdeten Hausbesitzer sind. Mehr als zwei Drittel der dauerhaften Armutsgefährdeten wendet mehr als 25% seines Einkommens für Wohnen auf, während bei Nichtarmutsgefährdeten dieser Anteil bei 11% liegt. Wohnprobleme treten bei dauerhafter Armut wesentlich öfter auf, vor allem Überbelag und Feuchtigkeit und Schimmel sind gegenüber Nichtarmutsgefährdeten anteilmäßig wesentlich höher. Bei der Betrachtung des Gesundheitszustandes ist immer das Alter mitentscheidend. Ältere Personen sind generell öfter armutsgefährdet, aber auch öfter chronisch krank oder in schlechterem Gesundheitszustand. Nichtsdestotrotz sind dauerhaft Armutsgefährdete wesentlich öfter chronisch krank.



**Tabelle 41: Dauerhaftigkeit von Armutsgefährdung nach Wohnbedingungen und Gesundheit in Österreich 2004 - 2007**

	Betroffenheit von Armutsgefährdung 2004 -2007			
	Gesamt	Nie	Zeitweilig	Dauerhaft
	in %			
<b>Rechtsverhältnis an der Wohnung</b>				
Hauseigentum	51	55	45	23
Wohnungseigentum	10	11	6	(3)
Gemeindewohnung	6	5	5	(22)
Genossenschaftswohnung	12	12	12	15
Sonst. Haupt-/Untermiete	15	11	25	(22)
Mietfreie Wohnung/Haus	6	6	6	15
<b>Wohnkostenbelastung</b>				
Starke Belastung	11	7	21	31
Wohnkostenanteil > 25%	18	11	33	67
<b>Wohnprobleme</b>				
Überbelag	7	4	13	18
Feuchtigkeit, Schimmel	9	6	13	20
Dunkle Räume	5	3	7	(13)
Lärm	20	18	23	24
Luft-/Umweltverschmutzung	7	7	7	(12)
Kriminalität, Vandalismus	15	16	14	(15)
<b>Gesundheitsprobleme</b>				
In schlechtem /sehr schlechtem Gesundheitszustand	6	5	9	8
Chronisch krank	19	18	17	25
Stark beeinträchtigt durch Behinderung	8	7	10	(11)

Quelle: Statistik Austria, EU-SILC 2004 - 2007

## 7.2.6 Übertritte in und aus Armutsgefährdung

Wie zuvor bereits zu sehen war ist Armutsgefährdung kein statisches Phänomen sondern dynamisch. Diese Dynamik wurde für die Jahre 2006 und 2007 genauer analysiert. Das größte relative Eintrittsrisiko in Armutsgefährdung besteht für Ein-Eltern-Haushalte, Nicht-Österreicher, Mehrpersonenhaushalte mit mindestens drei Kindern und alleinlebende Frauen. Unterdurchschnittlich ist dieses Risiko für Mehrpersonenhaushalte mit keinen oder mit bis zu zwei Kindern, Männer und Österreicher. Die geringsten relativen Austrittschancen aus der Armutsgefährdung treten bei alleinlebenden Personen, Ein-Eltern-Haushalten, bei Personen über 65 Jahren und bei Nicht-Österreichern aus Nicht-EU/EFTA-Staaten auf. Gute Chancen auf einen Austritt aus der Armutsgefährdung besitzen Personen bis 19 Jahre und Mehrpersonenhaushalte mit und ohne Kinder.

## 8 Österreich und die Steiermark im Vergleich zur EU 2008

### 8.1 Einkommen und Armutsgefährdung in der EU und Österreich

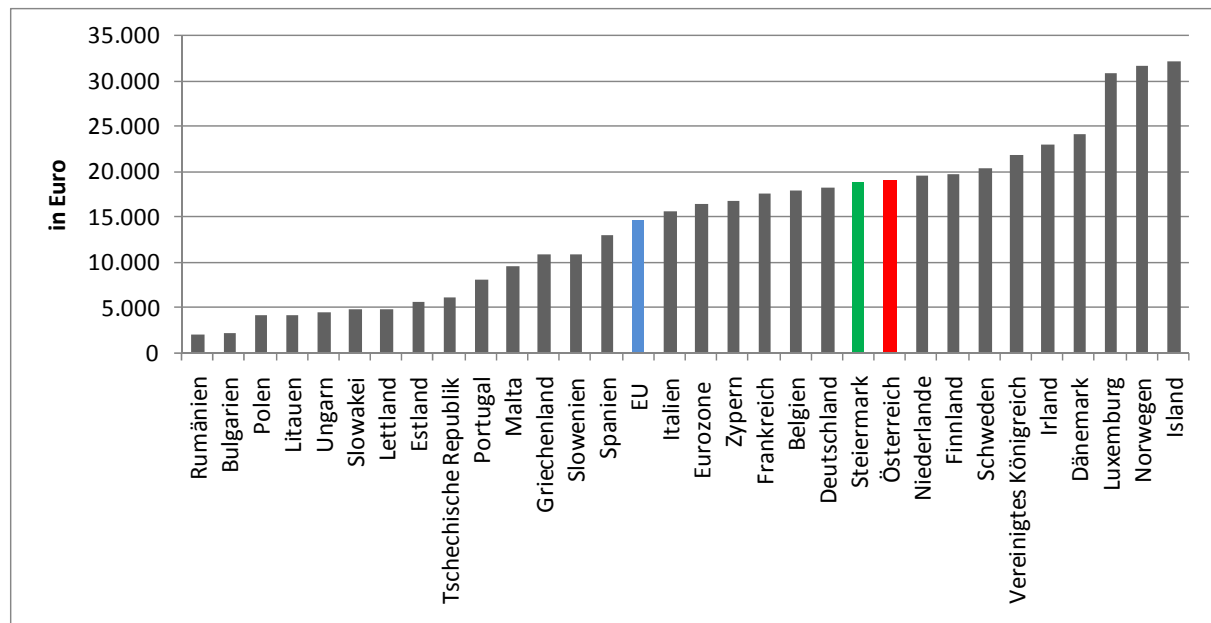
Tabelle 42: Armutsindikatoren 2008 im Vergleich von Österreich und der Steiermark zur EU

Nation	Median-Jahresäquivalenzeinkommen in €	Armutsgefährdungsschwelle in €	Armutsgefährdungsquote in %	Armutslucke in%
EU (27 Länder)	14.625	-	17	22
EU (25 Länder)	15.396	-	16	21
EU (15 Länder)	17.325	-	16	21
Eurozone	16.432	-	16	21
Eurozone (15 Länder)	16.432	-	16	21
Eurozone (13 Länder)	16.440	-	16	21
Eurozone (12 Länder)	16.490	-	16	22
Belgien	17.979	10.788	15	17
Bulgarien	2.171	1.303	21	27
Tschechische Republik	6.064	3.638	9	18
Dänemark	24.161	14.497	12	18
Deutschland	18.254	10.953	15	23
Estland	5.547	3.328	19	20
Irland	22.933	13.760	16	19
Griechenland	10.800	6.480	20	25
Spanien	12.922	7.753	20	24
Frankreich	17.564	10.538	13	18
Italien	15.637	9.382	19	23
Zypern	16.703	10.022	16	17
Lettland	4.832	2.899	26	29
Litauen	4.169	2.502	20	26
Luxemburg	30.917	18.550	13	17
Ungarn	4.399	2.639	12	17
Malta	9.547	5.728	15	18
Niederlande	19.490	11.694	11	15
<b>Österreich</b>	<b>19.011</b>	<b>11.406</b>	<b>12</b>	<b>15</b>
<b>Steiermark</b>	<b>18.805</b>	<b>11.284</b>	<b>12</b>	<b>16</b>
Polen	4.155	2.493	17	21
Portugal	8.130	4.878	18	23
Rumänien	1.954	1.173	23	32
Slowenien	10.892	6.535	12	19
Slowakei	4.792	2.875	11	18
Finnland	19.666	11.800	14	16
Schweden	20.296	12.178	12	18
Vereinigtes Königreich	21.865	13.119	19	21
Island	32.216	19.330	10	15
Norwegen	31.657	18.985	11	22

Quelle: EUROSTAT, EU-SILC 2008

In diesem Kapitel werden einige Ergebnisse aus EU-SILC aus den Ländern der Europäischen Union mit den Daten aus Österreich und der Steiermark verglichen. Wie in Tabelle 42 zu sehen, wird das Einkommen und die Armutsgefährdung der einzelnen Länder miteinander verglichen.

**Abbildung 59: Median-Jahresäquivalenzeinkommen in der EU 2008**

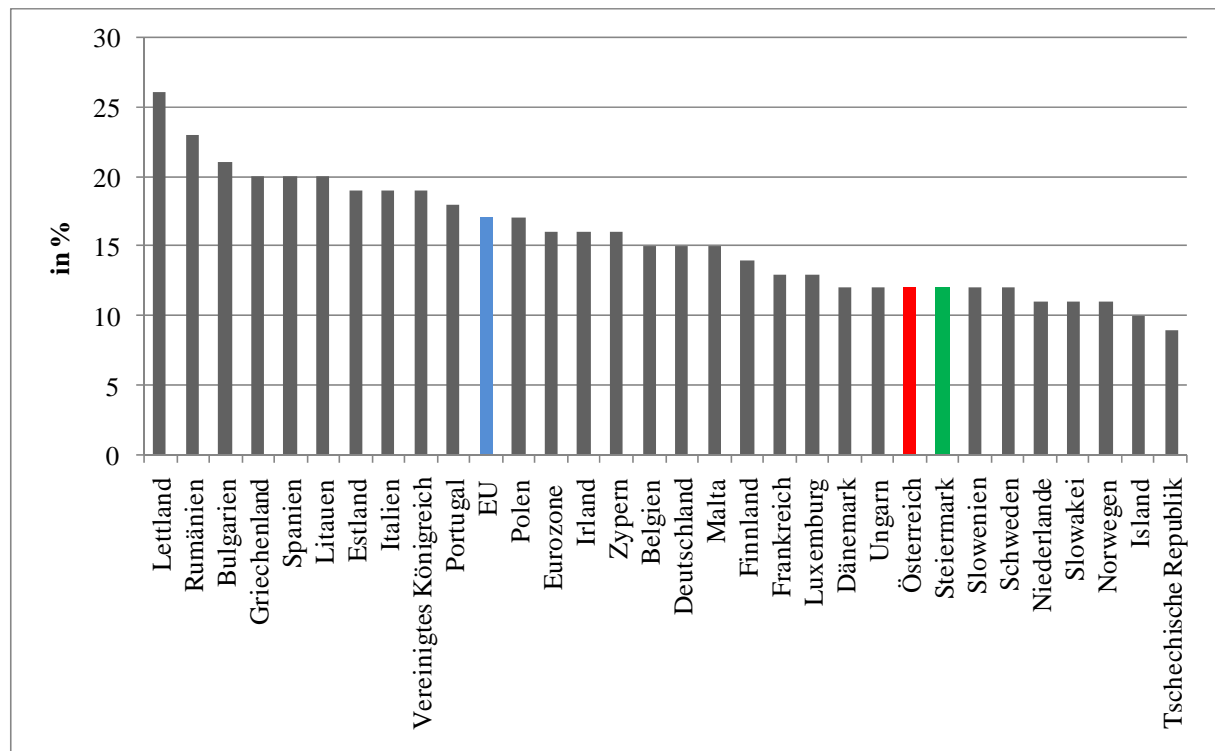


Quelle: EUROSTAT, EU-SILC 2008

Die höchsten Einkommen haben die Nicht-EU Länder Island (32.216 Euro) und Norwegen (31.657 Euro), die aber ebenfalls die EU-SILC Befragung durchführen. Das EU-Land mit dem höchsten Median-Äquivalenzeinkommen ist Luxemburg mit 30.917 Euro, gefolgt von Dänemark mit 24.161 Euro. Das sind fast 12.000 Euro mehr als in Österreich und um fast 29.000 Euro mehr als das Schlusslicht in dieser Wertung, Rumänien (1.954 Euro). Aber auch Bulgarien mit 2.171 Euro hat nur ein unwesentlich höheres Median-Äquivalenzeinkommen. Österreich (19.011 Euro), aber auch die Steiermark (18.805 Euro) liegen deutlich über dem EU-Schnitt von 14.625 Euro. Bemerkenswert ist, dass Länder wie Deutschland oder Frankreich hinter Österreich liegen. Benachteiligt in dieser Liste sind vor allem die „neuen“ EU-Länder. Die einzigen „alten“ EU-Länder, die unter dem Schnitt liegen, sind Portugal, Griechenland und Spanien. Allerdings ist zu beachten, dass die Kaufkraft (inkl. Preisniveau) der einzelnen Länder nicht berücksichtigt ist und daher ergeben sich diese extremen Unterschiede des Median-Äquivalenzeinkommens.

Ebenfalls interessant sind die Ergebnisse der Armutsgefährdungsquote nach den einzelnen Ländern, die in der nachfolgenden Abbildung dargestellt ist.

Abbildung 60: Armutsgefährdungsquoten in der EU 2008



Quelle: EUROSTAT, EU-SILC 2008

Die höchste Armutsgefährdungsquote im Jahr 2008 gibt es in Lettland mit 26%, gefolgt von Rumänien mit 23%. Die niedrigste Armutsgefährdungsquote ist mit 9% in Tschechien, gefolgt von der Slowakei und den Niederlanden mit 11%. Österreich und die Steiermark liegen mit 12% doch deutlich unter dem EU-Schnitt von 17%.

## 8.2 Konsum in der EU und Österreich

Hinsichtlich der Bedürfnisse der primären Lebensbedingungen ist die Situation in der Steiermark und in Österreich sehr ähnlich. Wie in der folgenden Tabelle zu sehen ist, sind die Werte für Österreich und die Steiermark bei allen Grundbedürfnissen im oberen Drittel zu finden. Die größten Einschränkungen betreffen vor allem die neuen Mitgliedsländer aus dem Osten und die südlichen Mitgliedsländer.

Auch bei Konsumgütern, PC, Internet, PKW, usw. ist die Situation ähnlich. Auch hier schneidet Österreich und auch die Steiermark im EU-Vergleich sehr gut ab.

Tabelle 43: Finanziell bedingte Einschränkungen bei Grundbedürfnissen in der EU 2008

... % können sich nicht leisten	Urlaub zu machen	unerwartete Ausgaben zu tätigen	jeden 2.Tag Fleisch, Fisch zu essen	Ist mit Zahlungen im Rückstand	die Wohnung angemessen warm zu halten
	in %	in %	in %	in %	in %
EU (27 Länder)	37	34	9	10	9
EU (25 Länder)	35	33	9	9	8
EU (15 Länder)	30	30	7	9	7
Eurozone	32	31	7	9	8
Eurozone (15 Länder)	32	31	7	9	8
Eurozone (13 Länder)	32	31	7	9	8
Eurozone (12 Länder)	32	31	7	9	8
Belgien	26	24	5	7	6
Bulgarien	59	57	30	35	34
Tschechische Republik	39	38	12	4	6
Dänemark	10	24	2	4	2
Deutschland	25	35	11	6	6
Estland	44	20	5	9	1
Irland	30	41	3	11	4
Griechenland	50	27	7	24	15
Spanien	34	27	2	7	5
Frankreich	32	34	8	10	5
Italien	40	32	8	16	11
Zypern	46	39	5	13	29
Lettland	55	57	23	14	17
Litauen	60	39	19	8	22
Luxemburg	12	20	2	2	1
Ungarn	67	68	26	16	10
Malta	65	32	10	8	9
Niederlande	14	19	2	4	2
Österreich	28	29	13	7	4
Steiermark	29	28	12	6	2
Polen	63	51	21	11	20
Portugal	64	26	4	6	35
Rumänien	76	42	19	25	25
Slowenien	30	44	12	16	6
Slowakei	57	38	29	5	6
Finnland	18	30	3	10	2
Schweden	11	19	2	6	1
Vereinigtes Königreich	24	29	4	8	6
Island	3	25	3	10	1
Norwegen	6	13	2	8	1

Quelle: EUROSTAT, EU-SILC 2008

### 8.3 Wohnen in der EU und Österreich

Auch bei Wohnproblemen haben Österreich und die Steiermark gute Werte. Besonders gut sind die Werte bei Kriminalität und Umweltverschmutzung, aber auch bei Feuchtigkeit und Schimmel. Einzig bei Lärm ist man im europäischen Mittelfeld. Auch beim Wohnkostenanteil am verfügbaren Haushaltseinkommen haben Österreich und die Steiermark einen eher niedrigen Anteil.

**Tabelle 44: Wohnprobleme in der EU und Österreich 2008**

	Lärm	Feuchtigkeit, Schimmel	Kriminalität, Vandalismus	Luft-, Umwelt- verschmutz- ung	dunkle Räume	Wohnkosten- anteil
	in %	in %	in %	in %	in %	in %
EU (27 Länder)	22	17	15	16	7	29
EU (25 Länder)	21	16	15	16	7	29
EU (15 Länder)	22	15	16	16	7	30
Eurozone	23	16	14	18	7	29
Eurozone (15 Länder)	23	16	14	18	7	29
Eurozone (13 Länder)	23	16	14	18	7	29
Eurozone (12 Länder)	23	16	14	18	7	29
Belgien	21	18	16	16	8	33
Bulgarien	17	30	25	20	8	25
Tschechische Republik	18	14	14	17	4	26
Dänemark	18	9	16	8	4	20
Deutschland	26	14	13	23	4	50
Estland	18	17	17	22	5	37
Irland	12	12	12	8	5	15
Griechenland	22	19	12	20	7	30
Spanien	22	16	15	13	6	28
Frankreich	18	13	15	15	8	17
Italien	24	20	14	20	8	21
Zypern	31	26	10	22	5	12
Lettland	20	26	29	35	12	20
Litauen	17	25	5	13	10	16
Luxemburg	20	16	11	16	6	15
Ungarn	12	31	13	11	10	23
Malta	25	7	10	36	5	12
Niederlande	29	16	15	13	4	30
<b>Österreich</b>	<b>22</b>	<b>14</b>	<b>11</b>	<b>8</b>	<b>7</b>	<b>18</b>
<b>Steiermark</b>	<b>17</b>	<b>13</b>	<b>6</b>	<b>8</b>	<b>4</b>	<b>17</b>
Polen	19	23	7	12	8	26
Portugal	24	19	12	17	12	18
Rumänien	31	24	13	17	8	32
Slowenien	19	30	9	20	12	15
Slowakei	19	9	9	19	4	20
Finnland	15	4	13	13	5	20
Schweden	14	8	13	9	7	28
Vereinigtes Königreich	20	15	25	12	10	36
Island	12	20	3	10	10	27
Norwegen	12	8	5	8	4	24

Quelle: EUROSTAT, EU-SILC 2008

## 8.4 Subjektiver Gesundheitszustand in der EU und Österreich

Auch hier schneidet Österreich wieder ganz gut ab. Vor allem der Anteil der Personen, die ihren Gesundheitszustand als schlecht oder sehr schlecht bezeichnen, ist gering. Die Steiermark kann in dieser Tabelle nicht gesondert aufgelistet werden, da die Ergebnisse der Steiermark von 16 bis 64 Jahren gelten und daher nicht genau vergleichbar sind, allerdings sind die Ergebnisse wahrscheinlich sehr ähnlich wie die von Österreich.

**Tabelle 45: Subjektiver Gesundheitszustand von Personen ab 18 Jahren in der EU und Österreich**

	gut/sehr gut	mittelmäßig	schlecht/sehr schlecht
	in %	in %	in %
EU (27 Länder)	66,8	23,4	9,9
EU (25 Länder)	66,8	23,4	9,8
EU (15 Länder)	68,8	22,7	8,6
Eurozone	66,7	24,1	9,2
Eurozone (15 Länder)	66,7	24,1	9,2
Eurozone (13 Länder)	66,6	24,2	9,2
Eurozone (12 Länder)	66,7	24,1	9,2
Belgien	73,3	18,4	8,4
Bulgarien	61,2	24,6	14,1
Tschechische Republik	60,5	26,1	13,4
Dänemark	71,5	20,1	8,4
Deutschland	63,9	28,1	8,1
Estland	53,4	31,3	15,2
Irland	83,8	13,5	2,7
Griechenland	75,5	15,0	9,6
Spanien	72,3	19,7	8,0
Frankreich	68,3	23,1	8,7
Italien	62,8	26,0	11,3
Zypern	76,3	15,7	8,0
Lettland	42,9	39,2	17,9
Litauen	47,0	34,7	18,2
Luxemburg	73,5	18,6	7,9
Ungarn	54,1	26,2	19,7
Malta	73,3	22,3	4,4
Niederlande	74,1	19,7	6,2
<b>Österreich</b>	<b>68,7</b>	<b>21,9</b>	<b>9,4</b>
Polen	56,4	26,7	16,9
Portugal	47,4	32,6	20,0
Rumänien	68,4	22,7	8,9
Slowenien	54,9	28,4	16,6
Slowakei	58,3	25,4	16,3
Finnland	65,4	25,5	9,0
Schweden	75,3	18,7	6,1
Vereinigtes Königreich	79,5	15,3	5,3
Island	78,0	17,1	5,0
Norwegen	74,3	16,6	9,0

Quelle: EUROSTAT, EU-SILC 2008

## 8.5 Ungleichheit der Einkommensverteilung in der EU und Österreich

Alle bisherigen Auswertungen bezogen sich auf den einkommensschwachen Teil der Bevölkerung. Aber auch die **Gesamtverteilung des Einkommens** kann interessant sein. Mit der S80/S20 Quote wird für jedes Land das gesamte Äquivalenzeinkommen des obersten Einkommensquintils (20% der Bevölkerung mit dem höchsten Äquivalenzeinkommen) mit dem des untersten Einkommensquintils (20% der Bevölkerung mit dem geringsten Äquivalenzeinkommen) verglichen. Während das S80/S20-Verhältnis (Anteilsverhältnis der Einkommensquintile) lediglich Veränderungen im obersten und im untersten Quintil anzeigt, lässt sich mit dem Gini-Koeffizienten die gesamte Einkommensverteilung nachvollziehen. Bei vollkommener Gleichheit (wenn jeder das gleiche Einkommen hätte) wäre der Gini-Koeffizient 0%; bezöge dagegen eine einzige Person das gesamte nationale Einkommen, läge er bei 100%<sup>67</sup>.

Für das Jahr 2008 lag die S80/S20-Quote in der EU bei 5,0. Das heißt, das Einkommen im obersten Quintil war um das 5-fache höher als das der einkommensschwächsten Gruppe (unterstes Quintil). In **Österreich lag die Quote bei 3,7**, womit Österreich im vorderen Drittel vertreten ist. Die höchste Quote gab es in Lettland mit 7,3, die geringste in Tschechien, Slowenien und der Slowakei mit 3,4.

Ähnlich die Situation beim Gini-Koeffizienten, welcher in **Österreich 2008 bei 26%** lag, womit Österreich auch da ganz vorne vertreten ist. Der mittlere Gini-Koeffizient in der EU lag bei 31%. Die nationalen Gini-Koeffizienten lagen zwischen 23% (Slowenien) und 38% (Lettland).

Die Höhe des Einkommens weist auch in Österreich einen positiven Zusammenhang mit dem Gesundheitszustand auf. Menschen, die in Armut leben, weisen ein höheres Erkrankungsrisiko auf, schätzen ihre Gesundheit schlechter ein und neigen eher zu Verhaltensweisen, die sich negativ auf den Gesundheitszustand auswirken, wie wenig körperliche Bewegung, ungesunde Ernährung und höherer Tabakkonsum, wie man im Bericht über die Österreichischen Gesundheitsbefragung 2006/2007 von Statistik Austria nachlesen kann. Daher sind die Indikatoren von der Ungleichheit der Einkommensverteilung auch von besonderem Interesse.

**Tabelle 46: Indikatoren für Ungleichheit der Einkommensverteilung in Österreich von 2004 bis 2008**

Jahr	S80/S20-Verhältnis	Gini-Koeffizient
2004	3,8	25,7%
2005	3,8	26,2%
2006	3,7	26,3%
2007	3,8	26,1%
<b>2008</b>	<b>3,7</b>	<b>26,1%</b>

Quelle: Statistik Austria, EU-SILC 2004 - 2008

<sup>67</sup> vgl. EUROSTAT Datenbank, 2010



Wie man in Tabelle 46 sehen kann, haben sich die Indikatoren, die die Ungleichheit der Einkommensverteilung messen, in den Jahren 2004 bis 2008 in Österreich wenig verändert. Sie blieben nahezu konstant. Berechnet man diese Werte für die Steiermark getrennt, dann unterliegen sie einer ziemlichen Streuung, daher werden diese Indikatoren nicht auf Bundeslandebene angegeben. **Es kann aber wieder davon ausgegangen werden, dass die Werte für die Steiermark ähnlich sind wie für Österreich insgesamt.**

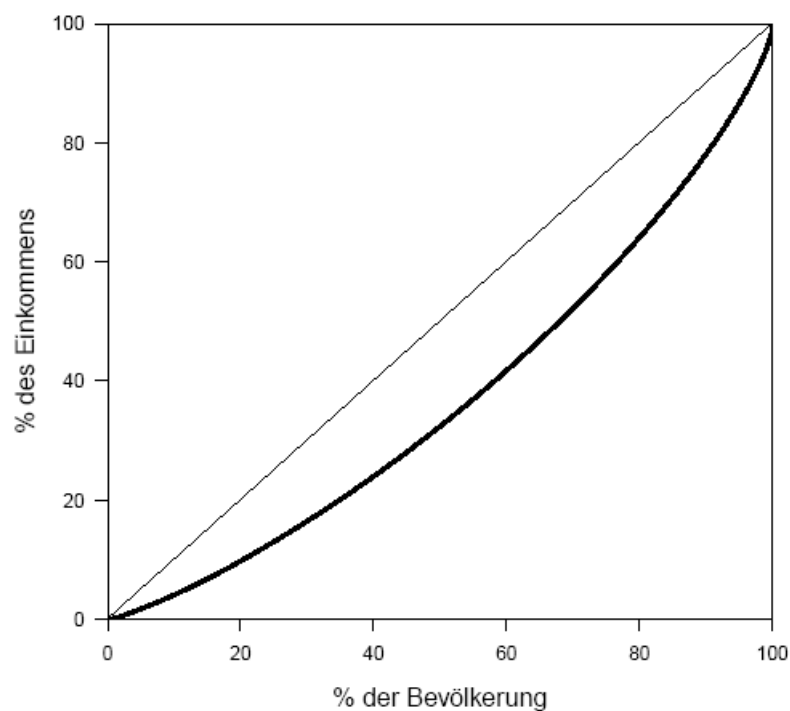
**Tabelle 47: Ungleichheit der Einkommensverteilung in der EU und Österreich 2008**

	S80/S20-Verhältnis	Gini-Koeffizient
EU (27 Länder)	5,0	31%
EU (25 Länder)	4,8	30%
EU (15 Länder)	4,9	30%
Eurozone	4,8	30%
Eurozone (15 Länder)	4,8	30%
Eurozone (13 Länder)	4,8	30%
Eurozone (12 Länder)	4,8	30%
Belgien	4,1	28%
Bulgarien	6,5	36%
Tschechische Republik	3,4	25%
Dänemark	3,6	25%
Deutschland	4,8	30%
Estland	5,0	31%
Irland	4,5	30%
Griechenland	5,9	33%
Spanien	5,4	31%
Frankreich	4,2	28%
Italien	5,1	31%
Zypern	4,1	28%
Lettland	7,3	38%
Litauen	5,9	34%
Luxemburg	4,1	28%
Ungarn	3,6	25%
Malta	4,0	27%
Niederlande	4,0	28%
<b>Österreich</b>	<b>3,7</b>	<b>26%</b>
Polen	5,1	32%
Portugal	6,1	36%
Rumänien	7,0	36%
Slowenien	3,4	23%
Slowakei	3,4	24%
Finnland	3,8	26%
Schweden	3,5	24%
Vereinigtes Königreich	5,6	34%
Island	3,8	27%
Norwegen	3,7	25%

Quelle: EUROSTAT, EU-SILC 2008

Um die Einkommensverteilung auch grafisch darstellen zu können, verwendet man die Lorenzkurve. Dabei wird dem kumulierten Anteil der Einkommensempfänger (geordnet nach Einkommenshöhe von den unteren zu den oberen Einkommensbeziehern), abgetragen auf der Abszisse (die waagerechte Linie), der jeweilige kumulierte („aufaddierte“) Anteil am Gesamteinkommen, abgetragen auf der Ordinate (die senkrechte Linie), gegenübergestellt. Bei einer vollkommenen Gleichverteilung der Einkommen bzw. Vermögen wäre die Lorenz-Kurve eine Gerade von 45 Grad. Je ungleicher Einkommen bzw. Vermögen in der Bevölkerung verteilt sind, desto stärker hängt die Lorenz-Kurve nach rechts unten durch. Aus dieser Darstellung kann man auch den Gini-Koeffizienten herauslesen, dieser ist der Anteil der Fläche zwischen der Lorenz-Kurve und der 45°-Linie und dem Dreieck mit der 45°-Linie. Für das Jahr 2008 ergibt sich ein Wert von 26%. Hierbei kann man dann z.B. folgende Aussagen treffen: „40% der ärmeren Haushalte verfügen über 20% des gesamten Einkommens.“

**Abbildung 61: Lorenzkurve aus EU-SILC 2008 für Österreich**



Quelle: Statistik Austria, EU-SILC 2008; Bearbeitung: LASTAT Steiermark

## 9 Überschuldung und finanzielle Ausgrenzung

Durch das EU-SILC Sondermodul 2008 „Überschuldung und finanzielle Ausgrenzung“ ist erstmals eine differenzierte Analyse zur Verschuldung österreichischer Haushalte auf Basis von Mikrodaten möglich. Aufgrund der Datenlage sind Auswertungen auf Bundeslandebene nicht sinnvoll, allerdings sind die Ergebnisse für die Steiermark wahrscheinlich ähnlich den Ergebnissen für Österreich insgesamt.

Es gibt eine Vielzahl von Definitionen von Verschuldung, für diese Auswertungen wurde „wenn ein Haushalt Schulden hat“ verwendet. Überschuldung, als problematische Verschuldungssituation, wird mit „der monatliche verbleibende freie Einkommensrest ist geringer als die zur Begleichung der monatlichen Verbindlichkeiten notwendige Summe“ definiert. Allerdings ist zu beachten, dass EU-SILC die Bestandsgröße des Vermögens nicht erhebt, sondern nur Einkünfte aus Dividenden, Zinsen, usw. Aussagen zum Nettovermögen (Vermögen – Schulden) sind damit nicht möglich.<sup>68</sup>

Detailliertere Informationen kann man in der Publikation des Bundesministeriums für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz „Armutsgefährdung in Österreich: EU-SILC 2008“ im Kapitel „Verschuldung, Überschuldung und finanzielle Ausgrenzung“ finden.

### 9.1 Verschuldung

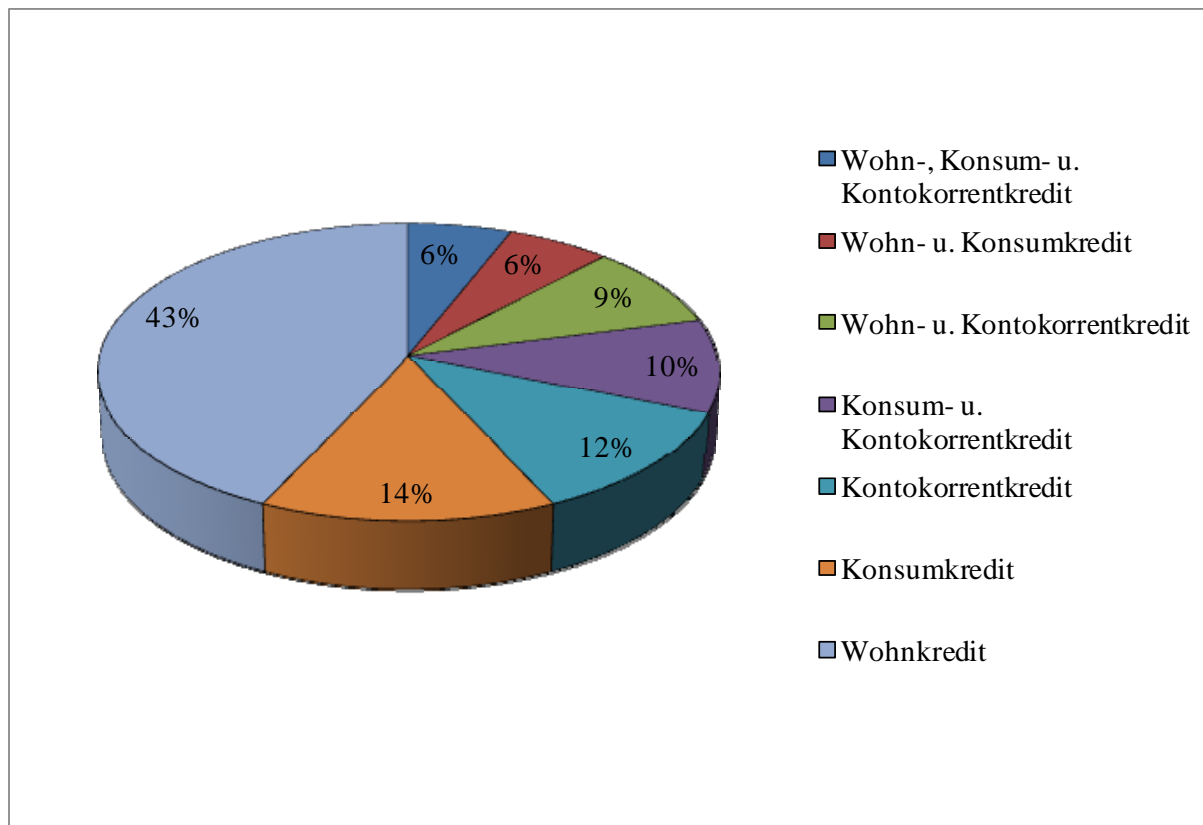
**Im Jahr 2008 waren in Österreich insgesamt 38% der Haushalte verschuldet bzw. 46% der Wohnbevölkerung lebte in verschuldeten Haushalten.** Verschuldung bezieht sich in diesem Fall auf das Vorhandensein von Kreditverbindlichkeiten, entweder für Wohnraum oder sonstige Rückzahlungsverpflichtungen. **30% der Bevölkerung leben in einem Haushalt, der laufende Kredite für diesen Wohnraum bezahlt, damit ist es auch die häufigste Form von Verschuldung.** Danach kommen Konsumkredite mit einem Anteil von 19% der Wohnbevölkerung, gefolgt von Kontokorrentkrediten (Kontoüberziehungen) mit einem Anteil von 18%. 11% der Mieterinnen und Mieter mussten für die Finanzierung (Schaffung/Sanierung) von Mietwohnungen Kredite aufnehmen.

In der folgenden Grafik werden die verschuldeten Haushalte in Österreich nach Kombinationen von Kreditverbindlichkeiten aufgelistet. Insgesamt 69% der verschuldeten Haushalte sind nur durch eine Kreditart verschuldet, das bedeutet dass immerhin 31% mehrere Kreditverbindlichkeiten aufweisen. Fast zwei Drittel der verschuldeten Haushalte sind durch einen Wohnkredit belastet. 6% dieser Haushalte weisen gleichzeitig einen Wohn-, Konsum- und Kontokorrentkredit auf.

---

<sup>68</sup> vgl. BMASK, 2009, S.133 – S.134

Abbildung 62: Kreditstruktur verschuldeter Haushalte in Österreich 2008



Quelle: Statistik Austria, EU-SILC 2008

In der folgenden Tabelle werden Verschuldungshäufigkeiten nach sozioökonomischen Eigenschaften, verschiedenen Haushaltstypen, Einkommensgruppen und Lebenslagen aufgelistet.

**Der Anteil der Personen in verschuldeten Haushalten nimmt mit dem Alter ab, darüberhinaus ist der Anteil in verschuldeten Haushalten ohne Pension deutlich geringer als in Haushalten mit Pension.** Diese Zahlen sind nicht sonderlich überraschend, da wie vorher schon berichtet, der Großteil der Kredite Wohnkredite sind und diese vor allem von der jüngeren Bevölkerung in Anspruch genommen werden. Noch häufiger sind Haushalte ohne Pension und mit Kindern mit Kreditverbindlichkeiten belastet. Eine Ausnahme bilden dabei die Ein-Eltern-Haushalte, die unterdurchschnittlich oft von Krediten belastet sind. Gründe dafür könnten ein schlechterer Zugang zu Kreditdienstleistungen sowie geringere Möglichkeiten zur Kredittilgung sein, wie die überdurchschnittlich hohe Anzahl von Kontoüberziehungen (27%) von Ein-Eltern-Haushalten zeigt

Ein ähnliches Bild zeigt sich bei den Einkommensgruppen. Niedrige Einkommensgruppen sind weniger oft von Kreditverbindlichkeiten belastet, allerdings ist der Anteil bei Kontoüberziehungen wieder überdurchschnittlich hoch. Die höhere Anzahl an Krediten bei höheren Einkommensgruppen entsteht vor allem durch die hohe Anzahl an Wohnkrediten.

Bei Personen, die von Teilhabemangel oder manifester Armut betroffen sind, ist der Anteil derer, die Konsum- oder Kontokorrentverbindlichkeiten aufweisen, besonders hoch.

Tabelle 48: Kreditverbindlichkeiten von Personen in Privathaushalten in Österreich 2008

Soziodemographische Merkmale	Gesamt (=100%) in 1.000	In HH mit Kredit		In HH mit Kredit (inkl.Konto- überziehung)		Kredit für Eigentum		Kredit für Miet- wohnung		Konsum- kredit		HH hat Konto überzogen	
		in 1.000	in %	in 1.000	in %	in 1.000	in %	in 1.000	in %	in 1.000	in %	in 1.000	in %
<b>Insgesamt</b>	<b>8.242</b>	<b>3.778</b>	<b>46</b>	<b>4.197</b>	<b>51</b>	<b>2.483</b>	<b>48</b>	<b>325</b>	<b>11</b>	<b>1.552</b>	<b>19</b>	<b>1.509</b>	<b>18</b>
<b>Alter</b>													
bis 19 Jahre	1.816	1.118	62	1.214	67	743	67	111	16	455	25	450	25
20 bis 39 Jahre	2.153	1.114	52	1.228	57	675	57	112	11	502	23	464	22
40 bis 64 Jahre	2.897	1.337	46	1.502	52	921	48	86	9	529	18	513	18
65 Jahre +	1.376	209	15	253	18	145	14	(16)	(5)	66	5	82	6
<b>Staatsbürgerschaft</b>													
Österreich	7.367	3.401	46	3.742	51	2.362	47	271	11	1.298	18	1.268	17
darunter eingebürgert (Nicht EU/EFTA)	263	115	44	147	56	47	62	18	9	71	27	87	33
Nicht Österreich	874	377	43	455	52	121	57	54	8	254	29	241	28
davon EU/EFTA	270	117	43	135	50	53	53	27	16	55	20	57	21
davon sonstiges Ausland	604	260	43	320	53	68	61	27	6	200	33	185	31
<b>Haushalte mit Pension</b>													
Zusammen	1.640	270	16	321	20	195	16	25	6	77	5	93	6
Alleinlebende Männer	128	16	13	21	17	(7)	(9)	(3)	(5)	(8)	(6)	(8)	(7)
Alleinlebende Frauen	415	39	10	57	14	24	10	(5)	(3)	(12)	(3)	25	6
Mehrpersonenhaushalt	1.096	214	20	243	22	164	19	(18)	(7)	58	5	59	5
<b>Haushalte ohne Pension</b>													
Zusammen	6.602	3.508	53	3.876	59	2.289	57	300	12	1.475	22	1.416	21
Alleinlebende Männer	412	158	38	186	45	71	47	(13)	(5)	86	21	74	18
Alleinlebende Frauen	305	86	28	104	34	45	42	16	8	31	10	42	14
Mehrpersonenhaushalt ohne Kinder	1.957	867	44	987	50	555	43	52	8	400	20	372	19
<b>Haushalte mit Kindern (ohne Pension)</b>													
Zusammen	3.927	2.397	61	2.599	66	1.617	65	219	15	958	24	928	24
Ein-Eltern-Haushalt	320	152	47	181	57	77	64	30	15	60	19	87	27
Mehrpersonenhaushalt + 1 Kind	1.351	794	59	874	65	539	61	70	15	325	24	316	23
Mehrpersonenhaushalt + 2 Kinder	1.502	1.000	67	1.048	70	715	68	74	16	373	25	320	21
Mehrpersonenhaushalt + mind. 3 Kinder	754	452	60	495	66	287	66	45	14	201	27	205	27
<b>Einkommensgruppen</b>													
Niedrig	1.018	289	28	412	40	122	27	30	5	163	16	239	23
Mittel	6.474	3.116	48	3.397	52	2.085	50	277	12	1.252	19	1.172	18
Hoch	749	373	50	387	52	276	50	18	9	137	18	98	13
<b>Armutslagen</b>													
Kein Mangel	6.074	2.832	47	3.023	50	2.041	48	217	12	997	16	771	13
Einkommensmangel	527	124	24	177	34	69	24	17	7	50	10	91	17
Teilhabemangel	1.150	656	57	762	66	320	60	79	13	392	34	499	43
Manifeste Armut	492	165	34	235	48	53	31	13	4	113	23	148	30

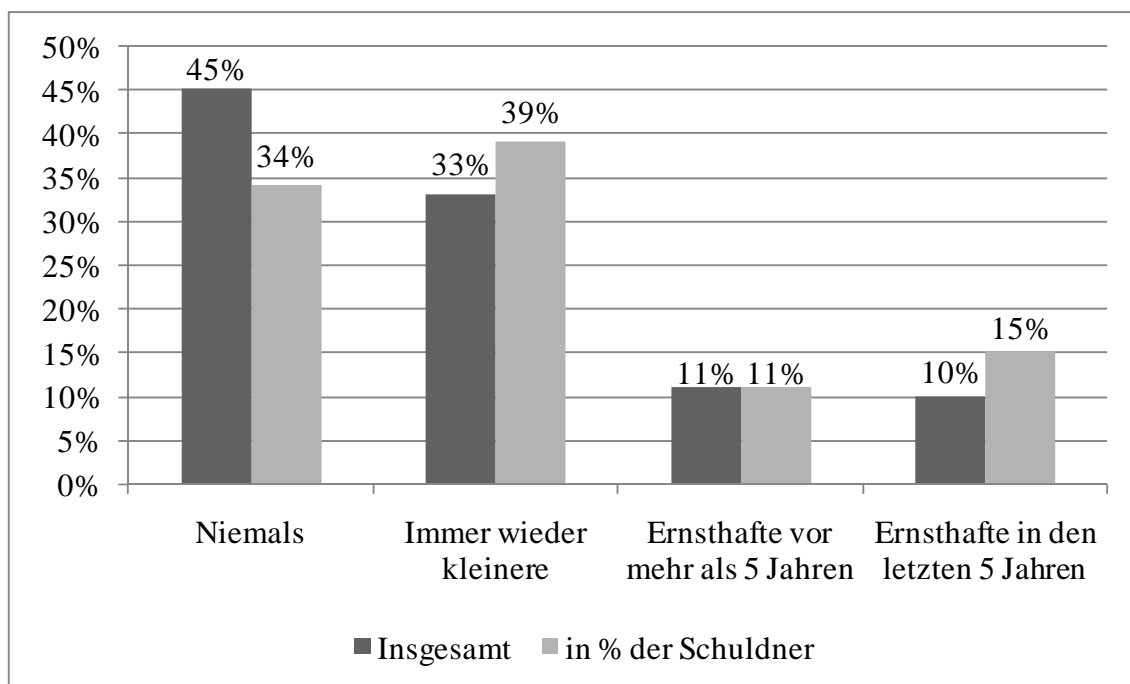
Quelle: Statistik Austria, EU-SILC 2008

Bei dieser Tabelle ist zu beachten, dass beim Kredit für Eigentum nur der Anteil jener berechnet wurde, die tatsächlich ein Haus oder eine Wohnung besitzen, bei den Krediten für Wohnungen wurde nur die Anzahl der Mieter berücksichtigt.

## 9.2 Finanzielle Schwierigkeiten

Die Daten von EU-SILC 2008 belegen, dass in Österreich **55% der Bevölkerung in Privathaushalten leben, die in der Vergangenheit ernsthafte oder immer wieder kleinere finanzielle Schwierigkeiten hatten.**

Abbildung 63: Finanzielle Schwierigkeiten in Österreich 2008



Quelle: Statistik Austria, EU-SILC 2008

Wenn Verschuldung und finanzielle Schwierigkeiten gleichzeitig auftreten, kann dies in eine problematische Lage führen. **15% aller Schuldner hatten in den letzten 5 Jahren ernsthafte finanzielle Probleme, weitere 11% gaben an diese ernsthaften Probleme vor mehr als 5 Jahren gehabt zu haben.** Knapp 40% hatten immer wieder kleinere finanzielle Schwierigkeiten und 34% der Schuldner gaben an, noch niemals in finanziellen Schwierigkeiten gewesen zu sein. Besonders hohe Anteilswerte bei ernsthaften finanziellen Schwierigkeiten in den letzten 5 Jahren hatten Ein-Eltern-Haushalte (24%), Nicht-Österreicher aus Nicht-EU/EFTA-Staaten (22%) und Personen deren Haupteinkommensquelle Sozialleistungen sind (25%). Zur Bewältigung dieser finanziellen Schwierigkeiten wurde ebenfalls befragt. Hierzu gibt es unterschiedliche Strategien. Die nachfolgende Auswertung bezieht sich auf Personen in verschuldeten Haushalten mit immer wieder kleineren oder ernsthaften finanziellen Schwierigkeiten in der Vergangenheit. **41% haben mindestens einmal Geld von Freunden oder Verwandten erhalten, weitere 42% haben eine Vereinbarung mit der Bank versucht.** Insgesamt 7% der Schuldner versuchte es bereits einmal mit einer Beratungsstelle. Besonders hoch sind die Anteile, die bei Freunden oder Verwandten Geld erhielten bei Nicht-Österreichern, Ein-Eltern-Haushalten und niedrigen Einkommensgruppen. Beratungsstellen werden vor allem von Sozialleistungsbeziehern und niedrigen Einkommensgruppen aufgesucht.

Tabelle 49: Umgang mit finanziellen Schwierigkeiten in Österreich

Haushalt hat schon mind. einmal wegen finanzieller Probleme...	Gesamt (=100%) in 1.000	Geld im Freundes-/Verwandtenkreis geliehen		Vereinbarung mit Bank gesucht		Beratungsstelle aufgesucht		Nichts davon trifft zu	
		in 1.000	in %	in 1.000	in %	in 1.000	in %	in 1.000	in %
<b>Insgesamt</b>	<b>2.803</b>	<b>1.160</b>	<b>41</b>	<b>1.178</b>	<b>42</b>	<b>200</b>	<b>7</b>	<b>963</b>	<b>34</b>
<b>Alter</b>									
bis 19 Jahre	826	366	44	334	40	62	7	279	34
20 bis 39 Jahre	850	397	47	341	40	58	7	266	31
40 bis 64 Jahre	968	351	36	439	45	75	8	349	36
65 Jahre +	159	46	29	64	40	(5)	(3)	69	43
<b>Einwohnerzahl in der Region</b>									
Wien	539	293	54	246	46	74	14	135	25
>100.000	264	162	61	75	29	27	10	66	25
>10.000	446	180	40	222	50	35	8	142	32
<=10.000	1.554	525	34	635	41	64	4	620	40
<b>Staatsbürgerschaft</b>									
Österreich	2.417	976	40	1.015	42	166	7	855	35
darunter eingebürgert (Nicht EU/EFTA)	117	63	54	69	59	21	18	24	21
Nicht Österreich	386	184	48	163	42	34	9	108	28
davon EU/EFTA	95	54	56	38	40	(8)	(9)	27	29
davon sonstiges Ausland	291	131	45	125	43	26	9	80	28
<b>höchster Bildungsabschluss</b>									
Max. Pflichtschule	558	202	36	261	47	61	11	195	35
Lehre/mittlere Schule	1.067	421	39	474	44	69	6	360	34
Matura	389	176	45	161	41	15	4	125	32
Universität	158	73	46	51	32	(6)	(4)	57	36
<b>Haushalte mit Pension</b>									
Zusammen	205	66	32	84	41	(10)	(5)	78	38
Alleinlebende Männer	(15)	(3)	(18)	(7)	(43)	(1)	(6)	(7)	(43)
Alleinlebende Frauen	43	16	36	14	31	(1)	(2)	17	39
Mehrpersonenhaushalt	146	48	33	64	44	(8)	(5)	54	37
<b>Haushalte ohne Pension</b>									
Zusammen	2.599	1.093	42	1.094	42	191	7	886	34
Alleinlebende Männer	135	74	55	70	52	(14)	(11)	28	21
Alleinlebende Frauen	74	37	51	23	31	(7)	(9)	23	31
Mehrpersonenhaushalt ohne Kinder	652	232	36	317	49	39	6	222	34
<b>Haushalte mit Kindern (ohne Pension)</b>									
Zusammen	1.737	750	43	684	39	130	7	613	35
Ein-Eltern-Haushalt	154	100	65	65	42	15	10	38	24
Mehrpersonenhaushalt + 1 Kind	591	234	40	237	40	33	6	225	38
Mehrpersonenhaushalt + 2 Kinder	621	260	42	239	39	49	8	222	36
Mehrpersonenhaushalt + mind. 3 Kinder	371	156	42	143	39	33	9	128	35
<b>Haupteinkommensquelle</b>									
Unselbständige Arbeit	1.986	803	40	806	41	94	5	715	36
Selbständige Arbeit	236	87	37	114	48	18	7	84	36
Sozialleistungen	312	166	53	145	47	78	25	69	22
Pensionen	235	83	35	100	43	(10)	(4)	87	37
Private Einkommen	35	21	59	13	36	(0)	(0)	(9)	(26)
<b>Einkommensgruppen</b>									
Niedrig	384	198	52	154	40	74	19	106	28
Mittel	2.277	912	40	965	42	119	5	799	35
Hoch	143	49	35	59	41	(7)	(5)	58	41

Quelle: Statistik Austria, EU-SILC 2008

### 9.3 Überschuldung

Überschuldung ist wie vorher bereits beschrieben als **problematische Verschuldungssituation** definiert. Bei EU-SILC erfolgt die Auswertung über Variablen zu Zahlungsrückständen. So lebte **9% der Bevölkerung in Haushalten, die zum Zeitpunkt der Befragung und/oder während der vorherigen 12 Monate zumindest einmal Zahlungsrückstände aufwiesen**. 6% waren nur mit einer Zahlung in Rückstand, weitere 3% mit mindestens zwei Zahlungen.

**Zahlungsrückstände bei laufenden Wohnkosten (5%) und sonstigen Rechnungen und Krediten (6%) waren die häufigsten Ursachen von Überschuldung**. 1% konnte sich Zahlungen für den Wohnkredit nicht mehr leisten.

Betrachtet man die Rückstände bei Zahlungen nach der Staatsbürgerschaft, so haben Österreicher mit 8% ein deutlich geringeres Risiko als Nicht-Österreicher aus Nicht-EU/EFTA-Staaten mit 22%.

Wie nicht anders zu erwarten ist der **höchste Bildungsabschluss ein direkter Indikator für die Überschuldungswahrscheinlichkeit**. 12% der Personen mit Pflichtschulabschluss waren mit Zahlungen im Verzug, dagegen waren nur 4% mit Universitätsabschluss im Verzug. Auch sehr entscheidend ist die Erwerbstätigkeit eines Haushalts. **Bei voller Erwerbstätigkeit ist das Risiko für Zahlungsverzug mit 8% um mehr als die Hälfte geringer als bei Haushalten mit keiner Erwerbstätigkeit mit 17%**. Wenn man die Haupteinkommensquelle eines Haushalts betrachtet, sind 28% der Sozialleistungsbezieher mit Zahlungen im Rückstand. Dagegen sind Haushalte mit selbständiger oder unselbständiger Arbeit mit 14% bzw. 8% Überschuldungswahrscheinlichkeit wesentlich besser gestellt. Entscheidend für Überschuldung ist auch die jeweilige Einkommensgruppe. Waren nur 4% mit hohem Einkommen aktuell oder in den letzten 12 Monaten mit Zahlungen in Rückstand, so war das Risiko bei der niedrigen Einkommensgruppe mit 20% fünfmal so hoch. Diese Gruppe sowie auch die Sozialleistungsbezieher sind mit 8% bzw. 10% rund dreimal so oft mit mindestens zwei Zahlungen in Rückstand als der Schnitt (3%).

Tabelle 50 gibt einen Aufschluss über die Verbreitung von Zahlungsrückständen. Allerdings wird noch keine Rücksicht auf die Höhe der Schulden genommen. Daher wird in Tabelle 51 der mittlere Anteil (Median) des aktuellen Zahlungsrückstands am gesamten verfügbaren monatlichen Haushaltseinkommen angegeben. Dieser Wert sagt etwas über die Intensität der Überschuldung aus. Der mittlere Anteil des Zahlungsrückstandes belief sich dabei auf 65% des verfügbaren Haushaltseinkommens. Das bedeutet, dass bei der Hälfte der verschuldeten Haushalte machten die Zahlungsrückstände mehr als 65% ihres Einkommens aus, bei der anderen Hälfte weniger.

Hierbei ergeben sich überraschende Ergebnisse. So sind Gruppen mit hoher Überschuldungswahrscheinlichkeit wie Nicht-Österreicher oder Personen mit Pflichtschule als höchstem Bildungsabschluss in geringerem Maße überschuldet als Personen mit geringerem Überschuldungsrisiko wie die 40- bis 64- Jährigen oder von Österreichern. Allerdings trifft das nicht immer zu, denn bei Personen die keine Erwerbstätigkeit aufweisen ist sowohl das Überschuldungsrisiko als auch die Überschuldungshöhe hoch, ebenso wie bei Personen mit niedrigem Einkommen.



**Tabelle 50: Überschuldung durch Zahlungsrückstände (aktuell oder in den letzten 12 Monaten) in Österreich 2008**

Soziodemographische Merkmale	Gesamt (=100%) in 1.000	Mit Zahlungen im Rückstand		Für Wohnkredit		Bei laufenden Wohnkosten		Bei sonstigen Rechnungen und Krediten		Mit einer Zahlung		Mit zwei und mehr Zahlungen	
		in 1.000	in %	in 1.000	in %	in 1.000	in %	in 1.000	in %	in 1.000	in %	in 1.000	in %
<b>Insgesamt</b>	<b>8.242</b>	<b>748</b>	<b>9</b>	<b>112</b>	<b>1</b>	<b>447</b>	<b>5</b>	<b>456</b>	<b>6</b>	<b>500</b>	<b>6</b>	<b>249</b>	<b>3</b>
<b>Alter</b>													
bis 19 Jahre	1.816	206	11	34	2	129	7	127	7	129	7	77	4
20 bis 39 Jahre	2.153	253	12	30	1	146	7	156	7	178	8	75	3
40 bis 64 Jahre	2.897	256	9	42	1	152	5	157	5	167	6	88	3
65 Jahre +	1.376	33	2	(6)	(0)	20	1	15	1	26	2	(8)	(1)
<b>Staatsbürgerschaft</b>													
Österreich	7.367	581	8	107	1	332	5	359	5	382	5	199	3
darunter eingebürgert (Nicht EU/EFTA)	263	38	15	(9)	(3)	25	9	27	10	21	8	17	7
Nicht Österreich	874	168	19	(5)	(1)	116	13	97	11	118	13	50	6
davon EU/EFTA	270	35	13	(3)	(1)	26	10	17	6	24	9	(11)	(4)
davon sonstiges Ausland	604	133	22	(1)	(0)	90	15	81	13	93	15	39	7
<b>höchster Bildungsabschluss</b>													
Max. Pflichtschule	1.657	192	12	26	2	122	7	117	7	127	8	65	4
Lehre/mittlere Schule	3.308	270	8	41	1	157	5	165	5	182	5	89	3
Matura	1.228	101	8	14	1	53	4	61	5	77	6	24	2
Universität	679	26	4	(9)	(1)	(11)	(2)	14	2	18	3	(7)	(1)
<b>Haushaltstyp</b>													
Haushalte mit Pension	1.640	43	3	(9)	(1)	27	2	18	1	32	2	(10)	(1)
Haushalte ohne Pension	6.602	706	11	102	2	420	6	438	7	467	7	238	4
Haushalte mit Kindern (ohne Pension)													
Zusammen	3.927	417	11	76	2	261	7	253	6	258	7	159	4
Ein-Eltern-Haushalt	320	70	22	9	3	46	14	39	12	48	15	22	7
Mehrpersonenhaushalt + 1 Kind	1.351	121	9	30	2	66	5	78	6	70	5	50	4
Mehrpersonenhaushalt + 2 Kinder	1.502	128	9	28	2	79	5	77	5	78	5	50	3
Mehrpersonenhaushalt + mind. 3 Kinder	754	98	13	9	1	69	9	58	8	62	8	36	5
<b>Erwerbsintensität des Haushaltes</b>													
Keine Person im Erwerbsalter im HH	1.014	20	2	(5)	(0)	13	1	(8)	(1)	15	1	(5)	(1)
Keine Erwerbstätigkeit	772	129	17	10	1	98	13	70	9	81	10	48	6
Teilweise Erwerbstätigkeit	3.019	332	11	61	2	197	7	205	7	214	7	118	4
Volle Erwerbstätigkeit	3.437	267	8	36	1	140	4	173	5	190	6	77	2
<b>Haupteinkommensquelle</b>													
Unselbständige Arbeit	5.131	426	8	71	1	241	5	264	5	288	6	139	3
Selbständige Arbeit	606	84	14	20	3	48	8	50	8	55	9	29	5
Sozialleistungen	641	179	28	10	2	120	19	118	18	112	18	67	10
Pensionen	1.754	52	3	(11)	(1)	33	2	21	1	40	2	(12)	(1)
Private Einkommen	109	(6)	(6)	(0)	(0)	(5)	(5)	(3)	(3)	(5)	(4)	(2)	(2)
<b>Einkommensgruppen</b>													
Niedrig	1.018	204	20	19	2	145	14	119	12	126	12	78	8
Mittel	6.474	517	8	90	1	290	4	318	5	354	5	164	3
Hoch	749	27	4	(3)	(0)	(12)	(2)	19	3	20	3	(7)	(1)

Quelle: Statistik Austria, EU-SILC 2008

**18% der Österreicher leben in Haushalten, in denen zumindest ein Mitglied sein Konto überzogen hat.** Der mittlere Anteil des Kontoüberzugs gemessen am verfügbaren Haushaltseinkommen betrug 51%. Da Banken die Möglichkeit der Kontoüberziehung als auch die maximale Höhe zumeist an die finanziellen Möglichkeiten des Kunden knüpfen, ist der Höhe des Kontoüberzugs zumeist eine Grenze gesetzt.

**Tabelle 51: Anteil der aktuellen Zahlungsrückstände am aktuellen monatlichen Haushaltseinkommen in Österreich 2008**

Soziodemographische Merkmale	Gesamt (=100%) in 1.000	Haushalt ist aktuell mit Zahlungen im Rückstand		Haushalt hat Konto überzogen		Anteil der Rückstände am Haushalts- einkommen in %	Anteil des neg. Kontostands am Haushalts- einkommen in %
		in 1.000	in %	in 1.000	in %		
<b>Insgesamt</b>	<b>8.242</b>	<b>380</b>	<b>5</b>	<b>1.509</b>	<b>18</b>	<b>65</b>	<b>51</b>
<b>Alter</b>							
bis 19 Jahre	1.816	110	6	450	25	64	50
20 bis 39 Jahre	2.153	127	6	464	22	53	53
40 bis 64 Jahre	2.897	133	5	513	18	92	55
65 Jahre +	1.376	(10)	(1)	82	6	-	45
<b>Staatsbürgerschaft</b>							
Österreich	7.367	272	4	1.268	17	67	52
darunter eingebürgert (Nicht EU/EFTA)	263	24	9	87	33	(61)	89
Nicht Österreich	874	109	12	241	28	56	50
davon EU/EFTA	270	(13)	(5)	57	21	-	45
davon sonstiges Ausland	604	96	16	185	31	48	50
<b>höchster Bildungsabschluss</b>							
Max. Pflichtschule	1.657	122	7	311	19	58	50
Lehre/mittlere Schule	3.308	127	4	548	17	93	53
Matura	1.228	38	3	206	17	(38)	50
Universität	679	(8)	(1)	94	14	-	48
<b>Haushaltstyp</b>							
Haushalte mit Pension	1.640	14	1	93	6	(120)	41
Haushalte ohne Pension	6.602	366	6	1.416	21	65	53
darunter Haushalte mit Kindern	3.927	224	6	928	24	65	50
Ein-Eltern-Haushalt	320	29	9	87	27	68	85
Mehrpersonenhaushalt + 1 Kind	1.351	61	5	316	23	47	41
Mehrpersonenhaushalt + 2 Kinder	1.502	68	5	320	21	304	47
Mehrpersonenhaushalt + mind. 3 Kinder	754	66	9	205	27	65	55
<b>Erwerbsintensität des Haushaltes</b>							
Keine Person im Erwerbsalter im HH	1.014	(7)	(1)	55	5	-	50
Keine Erwerbstätigkeit	772	78	10	110	14	100	57
Teilweise Erwerbstätigkeit	3.019	162	5	665	22	65	57
Volle Erwerbstätigkeit	3.437	134	4	680	20	38	48
<b>Haupteinkommensquelle</b>							
Unselbständige Arbeit	5.131	209	4	1.048	20	47	48
Selbständige Arbeit	606	36	6	150	25	(56)	76
Sozialleistungen	641	117	18	174	27	100	67
Pensionen	1.754	16	1	106	6	(120)	53
Private Einkommen	109	(3)	(3)	32	29	-	54
<b>Einkommensgruppen</b>							
Niedrig	1.018	126	12	239	23	100	63
Mittel	6.474	246	4	1.172	18	45	50
Hoch	749	(8)	(1)	98	13	-	44

Quelle: Statistik Austria, EU-SILC 2008

Auffallend hohe Werte beim mittleren Anteil des Kontoüberzugs gemessen am verfügbaren Einkommen ergeben sich aber ungeachtet dessen bei Ein-Eltern-Haushalten mit 85% und bei Personen mit selbständiger Arbeit mit 76% sowie bei Eingebürgerten aus Nicht-EU/EFTA-Staaten mit 89%.

## 9.4 Finanzielle Exklusion

**Unter finanzieller Exklusion versteht man keinen oder nur erschwerten Zugang zu wesentlichen Finanzdienstleistungen. Zwei wichtige Indikatoren dafür sind das Nichtvorhandensein eines Kontos im Haushalt bzw. einer Haushaltsversicherung.** Kein Konto zu besitzen bedeutet eine Erschwernis, Gehalt oder andere Einkünfte zu empfangen oder generell eine Benachteiligung im täglichen Leben, wie z.B. bei regelmäßigen Zahlungen, die nur direkt über das Konto abgewickelt werden können. Die Haushaltsversicherung schützt gegen das Risiko des Verlustes von materiellen Gütern im Haushalt durch Feuer, Sturm, Einbruch, Wasserschäden, usw. Als dritter Indikator wird noch die Kreditkarte angegeben, allerdings wie sich herausstellen wird, ist ein Nichtvorhandensein nicht von großer Bedeutung für finanzielle Ausgrenzung.

**155.000 Personen oder 2% der Bevölkerung in Österreich leben in einem Haushalt ohne Konto.** Am häufigsten betroffen davon sind von manifester Armut Betroffene (8%), Personen in niedrigen Einkommensgruppen (6%), alleinlebende Männer und Frauen in Haushalten mit Pension (5-7%) und generell ältere Personen (65 Jahre und älter) mit 5% sowie Nichterwerbstätige (5%). Keine Unterschiede gibt es bei den Ergebnissen nach der Staatsbürgerschaft, sowohl 2% der Österreicher als auch der Nicht-Österreicher besitzen kein Konto.

Der zweite wichtige Indikator für finanzielle Ausgrenzung ist die Nichtleistbarkeit einer Haushaltsversicherung. **Insgesamt 6% der Personen in Privathaushalten, das sind rund 461.000 Personen, gibt an, dass sich ihr Haushalt die Haushaltsversicherung aus finanziellen Gründen nicht leisten kann.** Besonders benachteiligt hierbei sind Personen, die von manifester Armut betroffen sind (31%), Personen deren Haupteinkommensquelle Sozialleistungen sind (23%), Personen in niedrigen Einkommensgruppen (21%), Personen, die keiner Erwerbstätigkeit nachgehen (14%), Ein-Eltern-Haushalte (13%) und Mehrpersonenhaushalte mit mindestens drei Kindern (11%). Beim Nichtvorhandensein eines Kontos spielt die Staatsbürgerschaft keine Rolle, ganz anders die Situation jedoch bei der Nichtleistbarkeit einer Haushaltsversicherung. Können sich nur 4% der Österreicher diese nicht leisten, so sind es 21% der Nicht-Österreicher. Betrachtet man die Eingebürgerten aus Nicht-EU/EFTA-Staaten mit 23% und die Nicht-Österreicher aus Nicht-EU/EFTA-Staaten mit 28%, dann erkennt man, dass diese Gruppe besonders benachteiligt ist.

**Fast die Hälfte aller Personen in Österreich besitzt keine Kreditkarte (47%). Damit hat der Besitz einer Kreditkarte sehr wenig Einfluss auf finanzielle Ausgrenzung.** Sehr selten besitzen ältere (65 Jahre und älter) und armutsgefährdete Personen (Nicht-Österreicher, Nicht-Erwerbstätige, Sozialleistungsbezieher, niedrige Einkommensgruppen, Personen mit Einkommensmangel, Teilhabemangel oder in manifester Armut) keine Kreditkarte. Besonders

oft besitzen Personen mit Universitätsabschluss und in höheren Einkommensgruppen eine Kreditkarte.

**Tabelle 52: Finanzielle Exklusion in Österreich 2008**

Soziodemographische Merkmale	Gesamt (=100%)	Kein Konto		Keine Haushaltsversicherung		Keine Kreditkarte	
	in 1.000	in 1.000	in %	in 1.000	in %	in 1.000	in %
<b>Insgesamt</b>	<b>8.242</b>	<b>150</b>	<b>2</b>	<b>461</b>	<b>6</b>	<b>3.882</b>	<b>47</b>
<b>Alter</b>							
bis 19 Jahre	1.816		1	126	7	844	46
20 bis 39 Jahre	2.153	25	1	133	6	938	44
40 bis 64 Jahre	2.897	36	1	159	5	1.225	42
65 Jahre +	1.376	64	5	43	3	875	64
<b>Staatsbürgerschaft</b>							
Österreich	7.367	133	2	273	4	3.382	46
darunter eingebürgert (Nicht EU/EFTA)	263	(6)	(2)	61	23	173	66
Nicht Österreich	874	17	2	188	21	500	57
davon EU/EFTA	270	(5)	(2)	19	7	98	36
davon sonstiges Ausland	604	13	2	169	28	402	67
<b>höchster Bildungsabschluss</b>							
Max. Pflichtschule	1.657	59	4	168	10	1.088	66
Lehre/mittlere Schule	3.308	58	2	123	4	1.646	50
Matura	1.228	(10)	(1)	52	4	384	31
Universität	679	(3)	(0)	18	3	124	18
<b>Haushaltstyp</b>							
Haushalte mit Pension	1.640	71	4	59	4	998	61
Haushalte ohne Pension	6.602	79	1	402	6	2.884	44
<b>Haushalte mit Kindern (ohne Pension)</b>							
Zusammen	3.927	46	1	260	7	1.719	44
Ein-Eltern-Haushalt	320	(6)	(2)	40	13	204	64
Mehrpersonenhaushalt + 1 Kind	1.351	(13)	(1)	74	5	561	42
Mehrpersonenhaushalt + 2 Kinder	1.502	12	1	63	4	605	40
Mehrpersonenhaushalt + mind. 3 Kinder	754	15	2	83	11	350	46
<b>Erwerbsintensität des Haushaltes</b>							
Keine Person im Erwerbsalter im HH	1.014	54	5	39	4	690	68
Keine Erwerbstätigkeit	772	27	4	112	14	491	64
Teilweise Erwerbstätigkeit	3.019	38	1	203	7	1.390	46
Volle Erwerbstätigkeit	3.437	31	1	108	3	1.311	38
<b>Haupteinkommensquelle</b>							
Unselbständige Arbeit	5.131	39	1	217	4	2.160	42
Selbständige Arbeit	606	12	2	40	7	197	32
Sozialleistungen	641	21	3	147	23	439	68
Pensionen	1.754	78	4	53	3	1.042	59
<b>Einkommensgruppen</b>							
Niedrig	1.018	59	6	215	21	723	71
Mittel	6.474	91	1	245	4	3.039	47
Hoch	749	(0)	(0)	(1)	(0)	120	16
<b>Armutslagen</b>							
Kein Mangel	6.074	65	1	108	2	2.409	40
Einkommensmangel	527	19	4	62	12	342	65
Teilhabemangel	1.150	26	2	138	12	750	65
Manifeste Armut	492	39	8	153	31	381	78

Quelle: Statistik Austria, EU-SILC 2008

## 10 Verwendete Quellen und Literatur

AMS Steiermark. „Quartalsbericht Arbeitsmarktdaten (4.Quartal 2009).“ Graz, 2010.

Arbeiterkammer. *Mit Recht auf Ausbildung Armut verhindern*. 2010. <http://wien.arbeiterkammer.at/online/mit-recht-auf-ausbildung-armut-verhindern-52755.html>.

Arbeiterkammer Steiermark. „Regionalstatistik Steiermark 2009.“ Graz, 2009.

Bundeskanzleramt – Bundesministerium für Frauen, Medien und Öffentlichen Dienst. „Frauen und Männer in Österreich; Statistische Analysen zu geschlechtsspezifischen Unterschieden.“ Wien, 2007.

Bundeskanzleramt. „Gleichbehandlungsbericht des Bundes.“ Wien, 2008.

Bundesministerium für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz. „Armutsgefährdung in Österreich: EU-SILC 2008.“ Wien, 2009.

Bundesministerium für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz. „Austrian report on strategies for social protection and social inclusion 2008 - 2010.“ Wien, 2010.

Bundesministerium für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz. „Behindertenbericht 2008.“ Wien, 2009.

Bundesministerium für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz. „Einkommen, Armut und Lebensbedingungen: Tabellenband zu EU-SILC 2008.“ Wien, 2009.

Bundesministerium für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz. „European Year for combating poverty and social exclusion (2010); Austrian programme.“ Wien, 2009.

Bundesministerium für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz. „Gemeinsam gegen Armut! Zahlen, Daten, Fakten.“ Wien, 2010.

Bundesministerium für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz. „Soziale Lage - Gender - Gesundheit; Tagungsband zur Veranstaltung vom 28.10.2008.“ Wien, 2008.

Bundesministerium für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz. „Supplementary Report 2007 to the Austrian report on strategies for social protection and social inclusion 2006 - 2008.“ Wien, 2008.

Bundesministerium für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz. „Umverteilung im Wohlfahrtsstaat.“ Wien, 2009.

Bundesministerium für Gesundheit und Frauen. „Gleicher Lohn für gleiche und gleichwertige Arbeit.“ Wien, 2004.

Bundesministerium für Soziales und Konsumentenschutz. „Ergänzungsbericht 2007 zum österreichischen Bericht über Strategien für Sozialschutz und soziale Eingliederung (2006 - 2008).“ Wien, 2008.

Bundesministerium für Soziales und Konsumentenschutz. „Sozialbericht 2007-2008.“ Wien, 2009.

Bundesministerium für Soziales und Konsumentenschutz. „Sozialschutz in Österreich.“ Wien, 2007.

Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit. „Beschäftigungs- und Einkommenschancen von Frauen und Männern.“ Wien, 2002.

Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit. „Einkommen von Frauen und Männern in unselbständiger Beschäftigung.“ Wien, 2000.

Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit. „Zunehmende Einkommensungleichheit zwischen Frauen und Männern.“ Wien, 2002.

EUROSTAT. „Algorithms to compute Social Inclusion Indicators based on EU-SILC and adopted under the Open Method of Coordination (OMC).“ Luxembourg, 2009.

EUROSTAT. „Combating poverty and social exclusion; A statistical portrait of the European Union 2010.“ Luxembourg, 2010.

EUROSTAT. „Comparative EU statistics on Income and Living Conditions: Issues and Challenges.“ Luxembourg, 2007.

Eurostat. *Datenbank Eurostat - Employment and social policy indicators.* 2010. [http://epp.eurostat.ec.europa.eu/portal/page/portal/employment\\_and\\_social\\_policy\\_indicators/omc\\_social\\_inclusion\\_and\\_social\\_protection/social\\_inclusion\\_strand](http://epp.eurostat.ec.europa.eu/portal/page/portal/employment_and_social_policy_indicators/omc_social_inclusion_and_social_protection/social_inclusion_strand).

Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger. „Handbuch der österreichischen Sozialversicherung 2009.“ Wien, 2009.

Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger. „Statistisches Handbuch der österreichischen Sozialversicherung 2009.“ Wien, 2009.

Industriewissenschaftliches Institut Wien. „Potenziale für qualifizierte Teilzeitarbeit in Österreich.“ Wien, 2008.

LASTAT. „Arbeitsmarkt 2009.“ Steirische Statistiken, Graz, 2010.

LASTAT. „Armut und Lebensbedingungen in der Steiermark.“ Steirische Statistiken, Graz, 2004.

LASTAT. „Armut und Lebensbedingungen in der Steiermark 2005/2006.“ Steirische Statistiken, Graz, 2008.

LASTAT. „Die ausländische Wohnbevölkerung in der Steiermark.“ Steirische Statistiken, Graz, 2009.

LASTAT. „Familien in der Steiermark - Stand Volkszählung 2001 und Entwicklung 1971 - 2050.“ Steirische Statistiken, Graz, 2007.

LASTAT. „Natürliche Bevölkerungsbewegung 2008, Vornamensstatistik 2008.“ Steirische Statistiken, Graz, 2009.

LASTAT. „Privathaushalte in der Steiermark - Stand Volkszählung 2001 und Entwicklung 1971 - 2050.“ Steirische Statistiken, Graz, 2007.

LASTAT. „Regionale Einkommensstatistiken unselbständig Beschäftigter 2008.“ Steirische Statistiken, Graz, 2009.

LASTAT. „Steiermark - Wohnbevölkerung am 1.1.2009, Wanderungen 2008.“ Steirische Statistiken, Graz, 2009.

Statistik Austria. „Armutsgefährdung und Wohnsituation; Modul zur Wohnsituation in EU-SILC 2007.“ Statistische Nachrichten 6/2009, Wien, 2009.

Statistik Austria. „Armutslagen und Chancen für Eingliederung in Österreich.“ Wien, 2009.

Statistik Austria. „Demographische Indikatoren 1961 - 2008.“ Wien, 2009.

Statistik Austria. „Einkommen, Armut und Lebensbedingungen 2004; Ergebnisse aus EU-SILC 2004.“ Wien, 2006.

Statistik Austria. „Einkommen, Armut und Lebensbedingungen 2005; Ergebnisse aus EU-SILC 2005.“ Wien, 2007.

Statistik Austria. „Einkommen, Armut und Lebensbedingungen 2006; Ergebnisse aus EU-SILC 2006.“ Wien, 2008.

Statistik Austria. „Einkommen, Armut und Lebensbedingungen 2007; Ergebnisse aus EU-SILC 2007.“ Wien, 2009.

Statistik Austria. „EU-SILC 2004 - Sonderauswertungen zu Haushaltseinkommen, Armutsgefährdung und Lebensbedingungen in der Steiermark.“ Wien, 2006.

Statistik Austria. „EU-SILC 2006 - Sonderauswertungen zu Haushaltseinkommen, Armutsgefährdung und Lebensbedingungen in der Steiermark.“ Wien, 2007.

Statistik Austria. „EU-SILC 2008 - Sonderauswertungen zu Haushaltseinkommen, Armutsgefährdung und Lebensbedingungen in der Steiermark.“ Wien, 2010.

Statistik Austria. „Familien- und Haushaltsstatistik 2008: Ergebnisse des Mikrozensus.“ Wien, 2009.

Statistik Austria. „Methoden und Vergleiche zu EU-SILC 2008.“ Wien, 2009.

Statistik Austria. „Statistisches Jahrbuch Österreichs 2010.“ Wien, 2010.

Statistik Austria. „Verschuldung, Überschuldung und finanzielle Ausgrenzung österreichischer Privathaushalte; Ergebnisse aus EU-SILC 2008.“ Statistische Nachrichten 12/2009, Wien, 2009.

Weltgesundheitsorganisation. „Soziale Determinanten von Gesundheit: Die Fakten.“ Kopenhagen, 2004.

WIFO. „Mehr Jobs und bessere Einkommenschancen für Frauen: Eine gesellschaftspolitische Herausforderung für Österreich.“ Wien, 2006.

